Mitteilungen des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine
27 (2016)

VERBAND BAYERISCHER GESCHICHTSVEREINE

MITTEILUNGEN

27 (2016)

Umschlagvorderseite:

Dr. Marcus Junkelmann präsentiert beim Tag der bayerischen Landesgeschichte in Ingolstadt die Uniform eines bayerischen Soldaten aus der Napoleonzeit. (Foto: Bernhard Schäfer, Jakobneuharting)

Impressum

Herausgeber:	Verband bayerischer Geschichtsvereine e.V. Austraße 18, 83022 Rosenheim
Redaktion:	Bernhard Schäfer
Copyright:	© 2016 Verband bayerischer Geschichtsvereine e.V.
Grafik, Druck und Verlag:	VDS VERLAGSDRUCKEREI SCHMIDT Nürnberger Straße 27–31, 91413 Neustadt an der Aisch

Der Verlag PH. C. W. Schmidt ist nicht verantwortlich für den Inhalt der Publikation und evtl. Verletzungen des Urheberrechts; er kann dafür rechtlich nicht belangt werden.
Entscheidungen über Inhalt und äußeres Erscheinungsbild liegen allein beim Autor bzw. Herausgeber.

ISBN 978-3-87707-109-0

Inhalt

Vorwort 1

Tag der bayerischen Landesgeschichte in Regensburg 2014 11

Alois Schmid
Die Stadt in Bayern – Stationen der Entwicklung
bis zu Ludwig dem Bayern 11

Johann Schmuck
Ludwig IV. und die Freie Stadt Regensburg 35

Michael Stephan
Ludwig der Bayer und München 55

Werner Fees-Buchecker
Ludwig der Bayer in der Lokalgeschichte –
Das Beispiel Landsberg am Lech 67

Markus Naser
Ludwig der Bayer als Förderer fränkischer Städte 81

Barbara Six
Rathaussäle zur Zeit Ludwigs des Bayern – Repräsentationsbauten
von Stadt, Kaiser und Reich? 93

Tag der bayerischen Landesgeschichte in Ingolstadt 2015 107

Werner K. Blessing
Ambivalente Kriegserfahrung und schwierige Kriegserinnerung:
Zu Bayerns Umgang mit den Napoleonischen Kriegen 107

Julia Murken
Die bayerischen Soldaten im Russlandfeldzug 1812.
Kriegsalltag, Kriegserfahrung und Bewältigungsstrategien 125

Marcus Junkelmann
Erinnern und Verdrängen – Napoleon in der
bayerischen Erinnerungskultur 145

Ernst Schusser
Historische Lieder für und gegen Napoleon I. –
Anmerkungen zu Gesängen und Tonbeispielen 153

Fortbildung „Die Gebietsreform in Bayern“ in München 2014 181

Ferdinand Kramer
Die Gebietsreform und ihre Folgen für die politische Kultur
und den ländlichen Raum in Bayern.
Ansätze und Fragen historischer Forschung 181

Isabella Hödl-Notter
Landkreisreform 1971/72: Landkreisreform 1971/72:
Diskurse um die Kreisfreiheit der Stadt Freising 187

Raphael Gerhardt
Die Gemeindegebietsreform am Beispiel Altusried (Lkr. Oberallgäu)
– Chancen und Bedingungen lokaler Forschung 195

Julia Rinser
Nach der Reform. Die Auswirkungen der Gemeindegebietsreform
in Bayern an ausgewählten Beispielen (1978-2008) 199

Forum Bayern 203

Ernst Schütz
„Das Wesen der Geschichte ist gerade ihr Kontinuum“ –
Historische Arbeit in der Region am Beispiel
des niederbayerischen Geschichtsvereins für den
Landkreis Deggendorf und seiner Vorläufer 203

Lutz-Dieter Behrendt
Deggendorfer Geschichtsverein unterstützte Zeitzeugenprojekt
„70 Jahre danach“ 225

Carl Hans Engleitner
Die Verfassung feiern! – 50 Jahre bürgerschaftliche Festakte
zum Bayerischen Verfassungstag.
Aufgaben und Wirken der Bayerischen Einigung und
der Bayerischen Volksstiftung 233

Michael Brenner
Jüdische Geschichte in Bayern: Forschungen des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität München 249

Karl Heinz
Die Topothek 259

Manfred Treml
Geschichte und Struktur des Lokalfunks in Bayern 271

Meldungen aus dem Verband 297

Manfred Treml
Verleihung der Aventinus-Medaille an Hans Roth am 12. September 2015 in Laufen 297

Manfred Treml
Hans Roth – Ein Nachruf 299

Manfred Treml
Aus der Verbandsarbeit 301

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Bandes 319

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser!

(Foto: Cordula Treml)

Wenn ich mit dem Schlusskapitel beginne, so mag das den Grad meiner Betroffenheit ausdrücken. Hans Roth hat uns für immer verlassen, und der Nachruf auf ihn gehört zu den schmerzlichsten Zeilen, die ich in meinen Jahren als Vorsitzender zu schreiben hatte.

Wie immer sind in dem Band die Tage der bayerischen Landesgeschichte dokumentiert, die nicht nur erfolgreich verlaufen sind, sondern inzwischen zum gut besuchten, offensichtlich attraktiven landesgeschichtlichen Angebot in Bayern zählen. Dank der guten Kooperation mit dem Haus der Bayerischen Geschichte und dem Museumspädagogischen Zentrum München sowie der tatkräftigen Unterstützung durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Unterricht und Kultus gelingt es Jahr für Jahr eine derartig hochrangige Veranstaltung durchzuführen. 2014 stand in Regensburg Ludwig der Bayer im Mittelpunkt von Ausstellung und Tagung. Der grundlegende Vortrag von Alois Schmid ist ebenso dokumentiert wie die regionalen historischen Beispiele für Regensburg, München, Landsberg und Franken. Die Tagung in Ingolstadt 2015 galt dem Thema „Bayern und Napoleon" und hatte ein besonderes Profil durch Beiträge zum Soldatenleben, zur Erinnerungskultur und zu historischen Napoleon-Liedern.

Mit einem neuen Format hat der Verband 2014 begonnen, die wissenschaftliche Fortbildung zu verstärken. Der Ertrag der ersten Veranstaltung 2014 in München zum Thema „Gebietsreform" ist im Mitteilungsband kurz zusammengefasst.

Im Teil „Forum" kommt der besonders aktive Historische Verein Deggendorf mit zwei Projekten zu Wort, und es werden drei für die Arbeit der Vereine durchaus interessante Institutionen vorgestellt, nämlich die Bayerische Einigung / Bayerische Volksstiftung, der Lehrstuhl für Jüdische Geschichte in München und die „Topothek", eine Internetplattform, die als Werkzeug zur Erfassung alltagsgeschichtlicher Materialien geschaffen

wurde. Ein umfangreicher Beitrag dieser Rubrik stammt schließlich noch aus meiner Feder. Ich will mit damit nicht nur Rechenschaft ablegen über meine Tätigkeit im Medienrat, sondern auch auf eine ganz wichtige Entwicklung hinweisen, die wir nach vieljährigem Bemühen nun auf den Weg bringen können, nämlich die Konstituierung eines Bürgerradios in Bayern. Die Chance für eine Mitwirkung auch der Geschichtsvereine ist besser denn je. Daher soll diese ausführliche Information Sie zugleich motivieren, die Möglichkeiten zunächst in einigen Pilotprojekten zu beobachten und dann aktiv mitzuwirken beim Aufbau von regionalen und lokalen Sendeangeboten.
Das oben bereits angesprochene Schlusskapitel „Meldungen aus dem Verband“ enthält dann noch neben der schon erwähnten Würdigung der Lebensleistung des verstorbenen Hans Roth eine Dokumentation der vom Verband in den letzten Jahren geleisteten Arbeit.

Mit den besten Wünschen für eine anregende und aufschlussreiche Lektüre verbleibe ich

Ihr

Prof. Dr. Manfred Treml
1. Vorsitzender

Tag der bayerischen Landesgeschichte in Regensburg 2014

Alois Schmid

Die Stadt in Bayern

Stationen der Entwicklung bis zu Ludwig dem Bayern

Zu Recht ist oftmals festgestellt worden, dass Altbayern eine vergleichsweise dünn mit Städten besetzte Landschaft sei. Schon die angrenzenden Nachbarräume Schwaben und Franken weisen ungleich mehr Städte auf als das alte Bayern.[1] Dieses war bis in die Mitte des zurückliegenden Jahrhunderts ein Agrarstaat und hat sich erst in der Nachkriegszeit zum Industriestandort weiterentwickelt. Dementsprechend bestimmten die Dorfsiedlungen in ihren sehr unterschiedlichen Ausformungen die Physiognomie des Landes bis an die Schwelle unserer Gegenwart. Das gilt in noch viel stärkerem Ausmaß für das alte Bayern. In diese ländlich-bäuerlich geprägte Siedlungsstruktur setzten die städtischen Zentralorte verhältnismäßig wenige urbane Akzente. Doch sind diesen hier die zahlreicheren Märkte an die Seite zu stellen, weil zwischen Stadt und Markt nur geringfügige rechtliche und weniger funktionale Unterschiede bestanden. Diese Verhältnisse machen einen Strukturunterschied zur romanischen Welt deutlich, für die das Städtewesen einen wesentlich bedeutenderen Entwicklungsfaktor darstellt.[2]

Diese Grundgegebenheiten der bayerischen Geschichte finden ihre sachgerechte Widerspiegelung in der bayerischen Landesgeschichtsforschung. Sie beschäftigt sich ungleich mehr mit dem Großteil der Bevölkerung, der in ländlich-bäuerlichen Verhältnissen lebte, als mit den in den urbanen Zentralorten ansässigen Menschen. Diese Schwerpunktsetzung macht am ehesten der Blick in das wichtigste Forschungsgroßprojekt deutlich, das hier betrieben wird: den „Historischen Atlas von Bayern".[3] Hier kommt den urbanen Zentralorten eine eher untergeordnete Rolle zu. Die Stadtgeschichtsforschung ist in Bayern weit weniger ausgeprägt als in anderen deutschen Bundesländern oder gar im Ausland. Die großen Forschungsinstitute im deutschsprachigen Kulturraum mit dieser Ausrichtung sind in Südwestdeutschland, in Nordrhein-Westfalen oder auch in Österreich angesiedelt. In Bayern wird die Stadtgeschichte eher am Rande mitbetrieben.[4] Die entscheidenden Namen sind Ernst Klebel[5], Gerhard Pfeiffer[6],

Karl Bosl[7], Wilhelm Störmer[8], Klaus Fehn[9], Wilhelm Liebhart[10] oder Helmut Rankl[11].
Man kann die Entwicklung des Städtewesens in Bayern bis ins beginnende Spätmittelalter in zwei Großabschnitte unterteilen: die Zeit vor den Wittelsbachern und die Zeit der frühen Wittelsbacher bis zu Ludwig dem Bayern. Jede dieser Großepochen lässt sich wiederum in mehrere Einzelabschnitte untergliedern.

I. Die vorwittelsbachische Zeit

1. Die Keltenzeit

Am Beginn der Stadtentwicklung im nordalpinen Raum stehen die Keltenstädte. Erstmals nach der Sesshaftwerdung der Menschen entwickelten sich in der Keltenzeit die Siedlungsstrukturen auseinander. Neben die bis dahin einheitlich ländlich bestimmte Siedlungsform des Dorfes traten nunmehr Orte mit deutlicher Bevölkerungskonzentration in stadtartigen Großsiedlungen („oppida"), die von der Iberischen Halbinsel bis zum Schwarzen Meer nachweisbar sind.[12] Das bekannteste Beispiel im nordalpinen Raum ist das „oppidum" zu Manching, der Hauptort des Stammes der Vindeliker; auch wenn dessen Benennung noch nicht ermittelt werden konnte, ist es am besten erforscht.[13] Es umfasste in seiner Blütezeit ein Gebiet von nicht weniger als 380 Hektar und wurde von einer Mauer mit einer Länge von 7,2 Kilometern umgeben. Hier wohnten und lebten in arbeitsteiliger Wirtschaftsform in der Blütezeit bis zu 10.000 Menschen. Die Bestandszeit währte vom 3. Jahrhundert vor Christus bis etwa 50 bis 30 vor Christus. Weitere keltische „oppida" kleineren Ausmaßes werden für „Campodunum" / Kempten, „Alkimoennis" / Kelheim oder Fentbach nahe der Mangfall vorausgesetzt. Im fränkischen Nachbarraum sind ihnen die Ehrenbürg, die Houbirg oder der Staffelberg an die Seite zu stellen. Doch sind diese Anlagen in der Endphase der Keltenzeit kurz vor der Zeitenwende ausnahmslos untergegangen. Es gibt in Bayern keine einzige Stadt, die keltische Anfänge ohne Unterbrechung für sich in Anspruch nehmen könnte. Das gilt auch für Regensburg.[14]

2. Die Römerzeit

In der Kultur der Römer spielte die Stadt eine ungleich größere Rolle. Bereits in der römischen Anfangszeit wurden im rätisch-norischen Raum nach Plan militärische Stützpunkte aufgebaut, in denen die Armee zur

Behauptung des Okkupationsgebietes ihre Soldaten stationierte. Im Umkreis dieser Kastelle bildeten sich im Laufe der Zeit Zivilsiedlungen, deren Aufgabe die Versorgung des Militärpersonals war. Das gilt vor allem für die Legionsstandorte Augsburg[15] und Regensburg[16]. Die Zivilsiedlungen („canabae") nahmen derartige Ausmaße an, dass durchaus mit einer ähnlichen Anzahl von Militär- und Zivilpersonal gerechnet wird. Außer den genannten Hauptstützpunkten Augsburg und Regensburg werden vergleichbare Stützpunkte für Salzburg, Kempten oder Passau vorausgesetzt. Das römische Stadtrecht („municipium") hat jedoch keine dieser Hauptsiedlungen erlangt. Deswegen weist die Übersicht über die römerzeitlichen Vororte an der Grenzlinie von Donau und Rhein für den nordalpinen Raum eine bemerkenswerte Lücke auf.[17] Dennoch werden zumindest die Vororte als Römerstädte bezeichnet, weil sie wichtige Kriterien des Städtewesens aufweisen. Im Unterschied zu den Keltenorten haben die Römerstädte den Untergang des Imperium Romanum überdauert. Hier besteht eine im Einzelnen unterschiedlich anzusetzende Kontinuität, so dass die genannten Orte sich mit Recht auf römische Anfänge berufen können. In mehreren Fällen bringen diese sogar die Stadtnamen zum Ausdruck.[18]

3. Die Pfalzstadt Regensburg

Besonders ausgeprägt ist die Kontinuität in Regensburg. Trotz des auch hier zu konstatierenden tiefen Einbruches, führen an diesem Ort mehrere Traditionslinien aus der Römerzeit ins Frühmittelalter. Sie erstrecken sich auch auf den Baubestand und den Stadtgrundriss. Vor allem diese Kontinuität veranlasste die agilolfingischen Herzöge, hier ihren Hauptsitz einzurichten und von ihm aus ihre Herrschaft aufzubauen.[19] Bereits in den ältesten schriftliche Quellen wird diese Siedlung mit den einschlägigen Schlüsselbegriffen („civitas", „urbs", „metropolis", „oppidum") belegt. Der Vorortcharakter Regensburgs basiert ausschließlich auf der Funktion als Hauptpfalz der Agilolfingerherzöge, die mit dem Attribut Pfalzstadt verdeutlicht werden kann. Die Pfalzfunktion führte am Ort eine anspruchsvolle und zahlungskräftige Konsumentenschicht zusammen, die das Entstehen einer Kaufmannschaft erforderte. So wurde die Pfalzstadt zugleich zur Handelsstadt. Den Hauptbeleg für diese Verhältnisse bietet der erste bayerische Schriftsteller Arbeo von Freising.[20] Sie werden für die späte Agilolfingerzeit allgemein anerkannt, sind aber trotz wiederholter Einsprüche wohl bereits für die Frühzeit vorauszusetzen.[21] Auf diesem Wege ist Regensburg die Mutterstadt der bayerischen Städte geworden. Johannes Aventinus hat diese Verhältnisse in die treffenden Worte gekleidet: „das ist

die mueterstat, darauß al ander stet in disem land geporn und geschloffen sein".[22]

4. Die Bischofsstädte

Regensburg war in der agilolfingischen Frühzeit der einzige Ort im Herzogtum Bayern, dem das Attribut Stadt zukommt.[23] Eine überzeugende Erklärung für diesen Befund liefert bereits der römische Schriftsteller Tacitus, der in seiner „Germania" berichtet, dass die Germanen bewusst ländliche Siedlungsformen bevorzugten und Städte mieden: „Nullas Germanorum populis urbes habitari satis notum est, ne pati quidem inter se iunctas sedes, colunt discreti ac diversi."[24] Im beginnenden 8. Jahrhundert wurde der nordalpine Raum kirchenorganisatorisch geordnet. Damals wurden die vier altbayerischen Bistümer Regensburg[25], Freising[26], Passau[27] und Salzburg eingerichtet.[28] Die Bestimmung des Kirchenrechtes, dass Bischofssitze nur in Städte positioniert werden dürfen, wurde auch in Bayern angewendet. Es handelt sich um alte Römerstädte, denen durch diese Funktion neue Bedeutung verschafft wurde. Eine gewisse Ausnahme stellt Freising dar, für das keine römischen Anfänge nachgewiesen sind. Hier waren ähnliche Verhältnisse wie in den fränkischen Bischofssitzen Eichstätt, Würzburg und Bamberg gegeben. In diesen Fällen musste die herrschaftliche Zentralität die fehlende römische Wurzel ersetzen. Die Diözesanorganisation mit den im alten Bayern sehr stabilen Bischofssitzen gab hier auf Jahrhunderte hin den entscheidenden Rahmen für die Stadtentwicklung ab. Außer in Regensburg erlangten die Bischöfe in ihren Sitzen in späteren Jahrhunderten die Stadtherrschaft und machten sie zu Geistlichen Städten, deren innerem Leben sie auf Dauer den Stempel aufdrückten.

5. Die Burgstädte

Einen entscheidenden Entwicklungsschub für die Ausbildung des Städtewesens in Deutschland löste das ottonische Königtum mit den von ihm ins Leben gerufenen Burgstädten aus.[29] Sie werden üblicherweise mit der Bedrohung durch die Ungarn und Normannen begründet, der mit dieser neuen Siedlungsform wirkungsvoller Widerstand entgegengesetzt wurde. Kern der Burgstadt war in jedem Fall eine Befestigungsanlage, an die sich eine stadtartige Siedlung anlehnte. Diese nachhaltig wirksame Umgestaltung der deutschen Kulturlandschaft hatte ihre Schwerpunkte im mittleren Deutschland, vornehmlich im ottonischen Sachsen. Als wichtigstes Beispiel im oberdeutschen Raum kann die Saliergründung Nürnberg gel-

ten.[30] Die Auswirkungen der ottonisch-salischen Burgen- und Städtepolitik auf das Herzogtum Bayern blieben jedoch begrenzt. Im altbayerischen Raum wird man am ehesten Burghausen an der Salzach, Wasserburg am Inn, Amberg, Parsberg, Sulzbach[31] Nabburg oder Cham[32] in diesen Zusammenhang stellen dürfen. Im Mittelpunkt dieser Orte stehen mächtige Burganlagen, deren Überreste ihre Physiognomie bis in die Gegenwart bestimmen. In deren Umkreis entwickelten sich Zivilsiedlungen, die sich später zu Städten auswuchsen.[33]
Es ist ein Problem, ob man diesen Siedlungstypus in Bayern bereits mit dem Attribut Stadt charakterisieren darf, da ihnen wesentliche Merkmale der Stadtverfassung noch fehlten. Das Stadtrecht haben sie jedenfalls erst wesentlich später erhalten.[34] Dennoch setzen diese Kommunen ihre Anfänge gerne ins 10. Jahrhundert; damit wird eine tausendjährige Geschichte begründet und mit Nachdruck reklamiert.[35] Mit besonderer Vorliebe wurde dieses Argumentationsmuster in der NS-Zeit eingesetzt und damit ein Gleichklang mit der staatlichen Propaganda erreicht.[36] In allen diesen Fällen ist jedoch definitorische Sorgfalt anzumahnen, die grundsätzlich davon auszugehen hat, was als Stadt zu qualifizieren ist.

6. Erste landesherrliche Gründungsstädte

Die wirkungsvollen und erfolgreichen Anstöße des deutschen Königtums übernahmen in der Folgezeit die Landesfürsten. Beim Aufbau ihrer Territorien spielte die Städtepolitik eine wichtige Rolle. Das gilt auch für Bayern. In der ausgehenden Welfenzeit griffen diese Impulse auch auf das Herzogtum im Südosten des Reichsgebietes über.
In diesen Zusammenhang gehören vor allem die Anfänge Münchens. Die Stadt ist eine Gründung Herzog Heinrichs des Löwen (1156-1180), der in seinem zweiten Territorium in Sachsen eine sehr wirkungsvolle Städtepolitik aufnahm.[37] Nach Bayern hat er diese Aktivitäten in deutlich abgeschwächter Intensität getragen. Hier ist er über Anfänge kaum hinausgelangt.[38] Sie stehen in Verbindung zu seiner Wirtschaftspolitik. Die davon betroffenen Orte reihen sich hauptsächlich an der Salzstraße von Reichenhall nach Westen auf.[39] In dieser Konzeption legte er den Grundstein 1157/58 für München. Doch wird dieser wichtige Handelsstützpunkt zu seiner Zeit in den Quellen lediglich als Markt („forum“) angesprochen, in dem noch immer der Bischof von Freising das Sagen hatte.[40] In der Verlängerung der Salzstraße sind diese Anstöße auch in Landsberg am Lech wirksam geworden.[41] Die landesherrliche Städtepolitik der späten Welfenzeit ist in diesen punktuellen Ansätzen steckengeblieben.

II. Die Zeit der frühen Wittelsbacher

Als Kaiser Friedrich I. Barbarossa am 16. September 1180 das Herzogtum Bayern auf Pfalzgraf Otto I. von Wittelsbach übertrug, war dieses noch immer fast ausschließlich ländlich geprägt. Nur die vier Bischofssitze wird man als stadtartige Gebilde innerhalb des vorwittelsbachischen Herzogtums Bayern ansprechen dürfen.

Die neuen Landesherren begannen, dieses agrarisch strukturierte Herzogtum nach neuen Herrschaftsprinzipien zu regieren. Insofern leitete der Dynastiewechsel von 1180 einen tiefgreifenden Verfassungswandel ein. Er wird üblicherweise als Übergang vom Stammesherzogtum des frühen und hohen Mittelalters zum Territorialstaat des Spätmittelalters gekennzeichnet. Ein entscheidendes Merkmal der neuen Landesherrschaft war der Aufbau einer flächendeckenden Landesverwaltung: Die vom Landesherrn eingerichtete Administration sollte in dessen Auftrag nach vorgegebenen Leitlinien das in geordnete Sprengel aufgeteilte Herrschaftsgebiet verwalten. Zu diesem Zweck wurden in diesen neuartige Zentralorte aufgebaut, die sich netzartig über das gesamte Herzogtum verteilten.[42] (Karte) Das war die Geburtsstunde der Landstädte in Bayern, die weithin wittelsbachische Gründungsstädte sind.[43] Dabei ist die Entwicklung in Bayern in Zusammenhang mit dem zweiten Territorium in den Händen der Wittelsbacher, in der Pfalz am Rhein, zu sehen. Hier besteht ein Zusammenhang.[44]

Die große Leistung der wittelsbachischen Herzöge als Städtegründer darf nun aber gewiss nicht als ihr alleiniges Verdienst betrachtet werden. Sie ist eingebettet in einen historischen Vorgang von abendländischer Erstreckung. Die Besetzung Bayerns mit Städten erfolgte im Rahmen einer großen Welle von Stadtgründungen, die zu eben dieser Zeit über den europäischen Kontinent hinwegrollte. Ausgehend von der Welt der Romania, die seit der Antike die Stadtkultur weiterentwickelt hatte, wurde nach der Jahrtausendwende der nordalpine Raum in einer großen Wellenbewegung von Westen nach Osten mit einem immer engmaschiger geflochtenen Netz an urbanen Mittelpunkten besetzt. Nie in der europäischen Geschichte wurde eine vergleichbare Anzahl von Städten gegründet oder erhoben wie im 13. Jahrhundert. Das gilt für alle deutschen Territorien, die in gleicher Weise von ihren Landesherren umstrukturiert wurden. Was die Staufer für Schwaben und Franken, die Zähringer für Baden, die Welfen für Sachsen, die Babenberger und Habsburger für Österreich, die Přzemysliden für Böhmen waren, das wurden die Wittelsbacher für Bayern und die Pfalz am Rhein. Die Verstädterung des europäischen Kontinents ist ein Vorgang von abendländischer Erstreckung, den die Wittelsbacher in ihr 1180 erworbenes Herzogtum Bayern übertrugen. Dabei orientierten sie sich sehr am Vorbild der benachbarten Staufer. Sie konnten auf den Ansätzen unter

Städte und Märkte im mittelalterlichen Bayern.

Heinrich dem Löwen aufbauen. Die Besetzung des Agrarlandes Bayern mit den neuen Siedlungstypen „Stadt“ und „Markt“ ist eines ihrer großen historischen Verdienste.

Die Besetzung des Herzogtums Bayern mit derartigen neuartigen urbanen Brennpunkten erfolgte nun aber nicht nach einem vorgefassten einheitlichen Plan, sondern erwuchs schrittweise aus den politischen Gegebenheiten. Der Vorgang kann bis in die Zeit Ludwigs des Bayern in vier Abschnitte untergliedert werden.[45]

1. Otto I. und Ludwig I.

Die erste Phase fällt in die Regierungszeit der Herzöge Otto I. (1180-1183) und Ludwig I. (1183-1231). Den Anspruch, die älteste wittelsbachische Stadtgründung zu sein, erhebt Kelheim, das sich als einzige Stadt Bayerns mit Otto I. 1183 als Gründer nachdrücklich in Verbindung bringt.[46] Nachdem die wiederholt behauptete Anlage Landshuts durch eben diesen Otto I. nicht mit beweiskräftigen Quellen belegt werden kann, ist diese eher seinem Sohn und Nachfolger Ludwig I. (1204/05) zuzuschreiben.[47] Dieser steht außerdem am Beginn von Cham (nach 1204)[48], Straubing (1218)[49] und Landau an der Isar (1224). Wer diese fünf ältesten Gründungsstädte auf eine Landkarte überträgt, dem wird sofort ersichtlich, dass hier ein System vorliegt. Sie alle reihen sich geradezu im Kreis um die alte „metropolis" Regensburg, die sich damals der Herrschaft der Wittelsbacher entzog und zu einer Stadt des Königtums wie des Reiches aufstieg. Sie lagen ausnahmslos an den entscheidenden Fernverbindungen, die von Regensburg aus in die unterschiedlichen Richtungen führten. Sie alle lehnten sich an wichtige Flussläufe an, die zum Teil hier überquert wurden. Sie alle hielten einen zweckgerechten Sicherheitsabstand zum bisherigen Vorort Regensburg ein. Aufgabe dieses planvoll aufgebauten Ringes von Städten war, die aufstrebende „metropolis" unter Druck zu setzen, um sie wirtschaftlich zu schädigen und so ihre Verselbständigungstendenzen zu behindern.[50] Dazu wurde auch das Straßensystem im Donaubogen neu geordnet. Die sogenannte „Ochsenstraße" sollte den Fernverkehr vom Donaubogen fern halten.[51] Der Städtering war beim ersten Zusehen nach Nordwesten hin offen. Doch gab es auch hier einen entsprechenden Herrschaftspunkt, für den die für die übrigen Städte in Anschlag gebrachten Kriterien ebenfalls gelten: Das 1205 als „castrum" belegte Parsberg[52] sicherte in gleicher Weise die mit der Königsstadt Nürnberg aufsteigende Westverbindung ab, ohne sich freilich bereits in der Frühzeit zur Stadt auszuwachsen. Herzog Ludwig I. ist ein bedeutender Stadtgründer gewesen, dem planvolles Vorgehen zuzuerkennen ist. Sein Beiname Ludwig „der Kelheimer" bringt treffend zum Ausdruck, dass er immer von dieser vor den Toren Regensburgs gelegenen Gründungsstadt aus die Rückgewinnung der alten „metropolis" anstrebte. Kelheim wurde der entscheidende Ersatzvorort.[53] Die Kelheimer Bluttat setzte 1231 einen Schlusspunkt hinter diese Aktivitäten.

2. Otto II.

Sie leitet über zur zweiten Phase wittelsbachischer Städtepolitik in Bayern. Sie ist mit dem Namen Herzog Ottos II. (1231-1253) verbunden. Erschüt-

tert und verärgert über die Bluttat, wandte er sich sofort von Kelheim ab. Nachdem die Bürgerschaft von Regensburg ihre Selbstverwaltungsrechte weiter ausgebaut und die Reichsstandschaft im Jahre 1245 endgültig durchgesetzt hatte, musste die bisherige Konzentration auf Regensburg nun aufgegeben werden. Der neue Hauptort wurde Landshut. Otto II. regierte das Herzogtum vor allem vom „castrum et oppidum" Landshut aus.[54] Der vom Vater begründete militärische Vorort („des Landes hut") wurde unter ihm das entscheidende Herrschaftszentrum. In einer Urkunde ist 1279 vom „precipuum domicilium" die Rede.[55] Dieses lag weit mehr im Zentrum des Herzogtums als das eher periphere Regensburg oder auch Kelheim.[56] Im Umfeld des neuen Zentralortes Landshut wurden nunmehr weitere Städte aufgebaut: Erding, Neuötting, Weilheim, Aichach, Rain, Ingolstadt, Deggendorf, Vilshofen, Dingolfing, Burghausen. Wer diese Neugründungen auf eine Karte überträgt, dem wird abermals ein System ersichtlich. Diese Städte reihen sich weithin an den Flusslinien von Lech, Donau, Inn und Salzach auf. Ihre Aufgabe wurde, das sich festigende Territorium von den Grenzen des Herzogtums her abzusichern. Nun rückten militärische Gesichtspunkte in den Mittelpunkt der Städtepolitik und lösten die bisherigen herrschaftlichen Präferenzen ab.

3. Ludwig II. und Heinrich XIII.

Der Tod Herzog Ottos II. schuf wiederum neue Rahmenbedingungen. Denn erstmals im Zeitalter der Wittelsbacher standen nunmehr zwei Nachfolger zur Verfügung: Ludwig II., der Strenge (1253-1294) und Heinrich XIII. (1253-1290). Als die beiden Herzöge nach kurzer gemeinschaftlicher Regierung 1255 ihre Herrschaft teilten,[57] musste die Städtepolitik abermals neu ausgerichtet werden, da es kein an den Außengrenzen zu verteidigendes Gesamtherzogtum mehr gab und statt dessen innere Rivalitäten in den Vordergrund traten. Vor allem mussten nun zwei Regierungsmittelpunkte eingerichtet werden. Nun geriet auch das erstmals 1221 mit dem „civitas"-Attribut belegte München[58] in die Zuständigkeit der Landesherren. Erst in diesem Rahmen begann der Aufstieg Münchens neben Landshut zum entscheidenden Zentralort.[59] Jetzt setzt in ersten Ansätzen der Vorgang der Hauptstadt- und Residenzbildung in Bayern ein. Zu dieser Grundlinie der Entwicklung kam als zweite die netzartige Besetzung des Herzogtums mit weiteren urbanen Zentralorten. Dabei entwickelte Ludwig der Strenge größere Aktivitäten als sein Bruder Heinrich. Folgende Neugründungen verdichteten die Städtelandschaft weiter: Kitzbühel, Landsberg[60], Neustadt an der Donau[61], Traunstein, Braunau[62]. Auch die Grenzstadt Friedberg gehört in diese Gruppe.[63] Die Kartierung dieser

Orte macht den Gang in die Fläche als den entscheidenden Grundzug dieser dritten Phase deutlich.[64] Sie umfasst das dritte Viertel des 13. Jahrhunderts, in der administrative Gesichtspunkte das Geschehen bestimmten.
In den siebziger Jahren des 13. Jahrhunderts bricht die Reihe der Städtegründungen dann aber recht abrupt ab. In ihrer Spätzeit haben die Herzöge Ludwig II. und Heinrich XIII. keine Städte mehr gegründet. Seitdem erhalten die Neugründungen nur mehr den Rang von Märkten. Gründe für diesen auffallenden Bruch werden eigentlich nicht ersichtlich. Man kann an eine Sättigung mit dem erreichten Zustand von etwa 25 Städten und rund fünfzig Märkten denken.[65] Nun bestand kein Bedarf mehr an weiteren Städten. Wirklich büßte die Städtegründungspolitik in der Folgezeit in Altbayern deutlich an Bedeutung ein. Die Städtelandschaft hatte ihre auf Jahrhunderte hin gültige Ausformung erreicht. Die Landesherren wandten sich neuen Zielen zu. Nachdem die innere Festigung einen zufriedenstellenden Zustand erlangt hatte, richtete man den Blick nun mehr auf die auswärtige Politik. Bekanntlich bemühte sich 1273 zum ersten Mal ein Wittelsbacher um den Reichsthron.[66] Das neue Leitziel wurde die Königskrone.

4. Grafenstädte

Neben den wittelsbachischen Landesfürsten nahmen auch mehrere Territorialherren das aus dem Königsgesetz „Statutum in favorem principum" 1231/32 abgeleitete Vorrecht der Städtegründung für sich Anspruch. Das gilt nicht für die altbayerischen Bischöfe; in den Hochstiften Freising, Regensburg und Passau gab es im Gegensatz zu umliegenden Hochstiften Salzburg (Mühldorf, Tittmoning, Laufen), Augsburg, Eichstätt, Würzburg und Bamberg außer den Bischofssitzen keine weiteren bischöflichen Städte. Das galt aber sehr wohl für die mächtigen Grafenfamilien. Mehrere von ihnen bauten die Vororte ihrer Herrschaften entsprechend aus. Die Grafen von Andechs sind die Gründer von Innsbruck 1156[67] oder auch von Bayreuth[68], dessen bayerische Wurzeln schon der Ortsname zum Ausdruck bringt. Die Anfänge von Burghausen oder Wasserburg gehören in diesen Zusammenhang, auch wenn diese Burgorte das Stadtrecht erst später erhielten.[69] Die Grafen von Ortenburg begabten den Vorort ihrer Herrschaft Vilshofen[70] mit dem Stadtrecht ebenso wie die Leuchtenberger Osterhofen[71]. Die Herzöge bekämpften diese Usurpation der Konkurrenten mit aller Gewalt. Das wird besonders deutlich am Beispiel der Bogener „civitas" Lichtenwörth, die so gründlich zerstört wurde, dass bis heute keine Spuren aufgedeckt werden konnten.[72] Erst mit dem Ende dieser Adelsdynastien im Rahmen des auffallenden Grafensterbens im Hochmittelalter ka-

men diese Orte in die Verfügung der wittelsbachischen Landesherren, die sie in ihre Städtepolitik einzubauen begannen. Entsprechendes gilt für die aus dem Konradinischen Erbe nach dem Ende der Staufer 1268 übernommenen Städte am West- und Nordrand des Herzogtums. Die von früheren Herrschaftsträgern erhaltenen Städte stellen nach den von den Landesherren gegründeten und von diesen erhobenen Orten eine dritte Gruppe innerhalb der frühen Städtepolitik der Wittelsbacher dar. Im Gegenzug musste diese in Regensburg und Salzburg spürbare Verluste hinnehmen. Regensburg setzte 1245 den Schlusspunkt hinter seine Lösungsbemühungen aus dem Verband des Herzogtums und stieg zur Freistadt auf.[73] Salzburg wurde die glanzvollste Geistliche Stadt nördlich der Alpen, deren Fürsterzbischöfe über ihre Residenzstadt hinaus ein ausgedehntes Territorium beherrschten.[74]

5. Ludwig der Bayer

Als erster bayerischer Landesherr hat Ludwig der Bayer (1314-1347) das Ziel der Königskrone erreicht. Seine ungewöhnlich weit ausgreifende Politik kann in analytischer Betrachtung in drei Ebenen zergliedert werden. Das schließlich erreichte Fernziel war die Kaiserkrone, die ihm 1328 in Rom aufs Haupt gesetzt wurde. Voraussetzung dafür war die Erhebung auf den deutschen Königsthron, die in der Doppelwahl von 1314 erlangt und in der Schlacht bei Mühldorf 1322 militärisch behauptet wurde. Die Grundlagen für dieses Ausgreifen in die europäische Politik wurden in einer sehr engagierten Territorialpolitik gelegt. Hier mussten die Voraussetzungen für die Königs- und Kaiserpolitik gelegt werden. Diese trat in die Tradition des Vorgängers und baute auf den von diesem begründeten Voraussetzungen auf.
Das gilt auch für die Städtepolitik.[75] Sie stellt einen wichtigen Sektor der Innenpolitik dar. Ludwig der Bayer betätigte sich, wie sein älterer Bruder Rudolf I. (1294-1319), als großer Städteförderer. Beide nahmen aber keine Neugründung von Städten mehr vor und veranlassten keine Stadterhebungen. Diese Feststellung ist vor allem deswegen zu betonen, weil einzelne Orte, denen durchaus hochwertige Quellendokumente[76] punktuell stadtartige Merkmale zusprechen, aus diesem singulären Beleg einen vorübergehenden Stadtrang für sich ableiten, den sie bald wieder verloren hätten. Hier liegt die Formulierungseigenheit eines Kanzleibeamten vor, die durch die Verfassungsrealität nicht bestätigt wird. Sie hat Verwirrung in die Frühgeschichte etwa von Vohburg[77], aber auch weiterer Städte[78] gebracht, die angemessene Quellenkritik zu berichtigen hat. Auch das städ-

tefreundliche Brüderpaar Rudolf I. und Ludwig IV. veränderte am vorgefundenen Bestand von Städten nichts.[79]
Beide haben jedoch die übernommenen Städte und Märkte breit unterstützt. Vor allem Ludwig der Bayer wurde der wirkungsvollste Städtefreund unter allen Wittelsbachern. Fast alle Kommunen erhielten von ihm Privilegien. Diese hatten im Wesentlichen zwei Verfügungen zum Inhalt. Zum einen betrafen sie die Rechtsverhältnisse. Sie bestätigten die bisher erhaltenen Begünstigungen und bauten sie zum Teil weiter aus. Zum anderen betrafen sie die Wirtschaftslage, indem sie – etwa durch Marktprivilegien – wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen aussprachen und so die finanzielle Lage der Kommunen verbesserten. Dafür erhoffte sich König Ludwig Gegenleistungen. Die Kommunen sollten mit ihrer wachsenden Finanzkraft dem immer angefochtenen und deswegen auf breite Unterstützung angewiesenen Königtum Ludwigs eine tragfähige Basis verschaffen. Gerade in seiner Städtepolitik hatte er immer letztlich den eigenen Vorteil im Blick. In dieser Konzeption wurden die Städte zunächst nur mit Zurückhaltung in den einsetzenden Vorgang der Ständebildung einbezogen.[80]
Die Förderungsmaßnahmen Ludwigs betrafen in erster Linie München, das der Wittelsbacher im Rahmen der europäischen Residenzenbewegung zu seinem Hauptsitz auszubauen begann.[81] Herzog Rudolf I. hatte mit der „Rudolfinischen Handfeste“ 1294 wirkungsvoll vorgearbeitet. Der Aufstieg Münchens zu einem der Vororte im Herzogtum Bayern ist wesentlich Ludwig dem Bayern zu verdanken. Das gilt in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht in gleicher Weise. Dessen war sich die Stadt immer bewusst und zeichnete entsprechend den Landesherrn mit vielen Bekundungen ihrer Verehrung aus. In gleicher Weise bedachte er zahlreiche andere Kommunen mit Privilegien.[82] Das gilt selbst für Amberg, obwohl die Obere Pfalz seit 1329 eigene Wege einschlug.[83] Doch strahlten die Förderimpulse Ludwigs IV. auch in die Nachbarregionen aus.[84]
Freilich durfte sich das Reichsoberhaupt gerade in der Städtepolitik nicht auf die Stammlande beschränken, es musste sie unbedingt ins Reich hineintragen. So wurde eine gezielte Reichsstadtpolitik eine der tragenden Grundsäulen der Königsherrschaft Ludwigs. Davon profitierte am meisten das nahegelegene Nürnberg, über das er eine einzigartige Fülle von Privilegien ausschüttete. Die dortigen Burggrafen gehören zu seinen wichtigsten Parteigängern. Nürnberg diente ihm als Sprungbrett aus den Stammlanden ins Reich.[85] Die nächste Station auf diesem Weg wurde die Reichsstadt Frankfurt.[86] Vor allem das finanzkräftige Patriziat dieser beiden Reichsstädte ermöglichte ihm immer wieder die benötigten Kreditaufnahmen.[87]
Im Falle der innerhalb der Stammlande gelegenen Reichsstadt Regensburg beschritt er einen anderen Weg. Hier unternahm er mehrfach Bemühun-

gen, ihren Rechtsstatus auszuhöhlen, um sie in die frühere Abhängigkeit zurückzuzwingen.[88] In diesem Fall ging ihm Territorialpolitik über Reichspolitik. Freilich konnte er seine Ziele im Donaubogen nicht erreichen. Die Verfassungsstrukturen erwiesen sich bereits als zu verfestigt, so dass sie dem Landesfürsten hier Grenzen setzten. Regensburg blieb eine Stadt des Königs und des Reiches; sie konnte nicht unter die bayerische Oberhoheit zurückgezwungen werden.

Die Städtepolitik wurde also eine der tragenden Säulen der Innenpolitik des wittelsbachischen Kaisers. Damit trat er einerseits in die Tradition der Vorgänger, dennoch setzte er andererseits neue Akzente. Städtepolitik war für ihn zum einen ein wichtiges Mittel seiner Territorialpolitik in den Stammlanden, zugleich aber der Königspolitik im Reich.[89] Auf diesem Weg ist Ludwig der Bayer zum wichtigsten Städteförderer im Herzogtum Bayern während des Mittelalters aufgestiegen.

Bis zum Ende der Regierungszeit Ludwigs des Bayern hatte sich in Bayern eine mehrschichtige Städtelandschaft herausgebildet. Neben der einzigen Freistadt Regensburg, die sich wie die Bischofsstadt Salzburg aus dem Verband des Herzogtums gelöst hatte, konnten sich die Bischofssitze Freising und Passau die Reichsstandschaft erkämpfen. Die übrigen Städte gehörten zur Gruppe der Landstädte, die freilich eine in sich recht inhomogene Gruppe bildeten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, standen sie weit im Schatten der großen urbanen Zentren des oberdeutschen Umfeldes.

III. Ausblick in die Neuzeit

Anders als in Franken[90] und Schwaben, anders auch als in den pfälzischen Landen der Wittelsbacher,[91] wo die Stadtgründungen und Stadterhebungen während des Spätmittelalters kontinuierlich weiterlaufen, wandten sich die bayerischen Wittelsbacher ab dem letzten Quartal des 13. Jahrhunderts einer sehr restriktiven Städtepolitik zu. Als sie ihre Herrschaft im Herzogtum stabilisiert hatten, gingen sie gezielt an den Ausbau ihrer bis dahin angefochtenen Position. Sie waren nicht weiter bereit, wichtige Herrschaftsrechte an die aufsteigenden Kommunen abzutreten. Diese repressive Haltung wurde in der Folgezeit konsequent beibehalten. Am Bestand der Städte im Herzogtum änderte sich wenig. Nur noch sehr vereinzelt erhielten im 14. und 15. Jahrhundert Orte in Bayern das Stadtrecht.[92] Zu diesen Ausnahmen gehören Furth im Wald (1336), Dietfurt (1416), Schrobenhausen (1447) oder Stadtamhof (1496). In diesen Fällen bedarf die besondere Behandlung der eingehenden Berücksichtigung der jeweils örtlichen Verhältnisse. Sie erscheinen am leichtesten verständlich im Falle der bayerischen Gegenstadt gegen die Reichsstadt Regensburg: Stadtamhof.[93]

Dazu kam der mit militärischem Druck betriebene Erwerb der Grenzstadt Mindelheim durch Maximilian I. in den Jahren 1614 bis 1618.[94] Im Übrigen wurde eine sehr restriktive Städte- und Märktepolitik betrieben, die ein Grundzug wittelsbachischer Innenpolitik werden sollte.[95] Diese bekamen am deutlichsten die Städte im Fürstentum der Oberen Pfalz zu verspüren, deren Status nach dessen Rückfall an Kurbayern Maximilian I. erst nach aufwendiger Überprüfung auf tragfähiger Quellengrundlage anzuerkennen bereit war.[96] Sie wurde auch im Altbayerischen an einzelnen Orten sehr nachhaltig wirksam. Das „castrum" Burghausen, seit der Mitte des 13. Jahrhunderts Stadt,[97] konnte sein Stadtrecht bis zum Ende des Alten Reiches nicht zur Geltung bringen.[98] Die strenge Überprüfung der Rechtsgrundlagen der Städte und Märkte war bis zum Ende des Alten Reiches ein beständiger wichtiger Aufgabenbereich der Innenpolitik, der auch die Spitzen der Landesverwaltung wie Kaspar von Schmid, Wiguläus Xaver Alois von Kreittmayr oder Johann Georg von Lori beschäftigte und in umfänglichen Aktenserien Niederschlag fand. Diese Bemühungen erhielten ihre Höhepunkte in den Stadtordnungen von 1670[99] und 1748[100]. Gerade im Herzogtum und Kurfürstentum Bayern kann das vielbemühte „Städtetal" (Heinz Stoob) in der Stadtgeschichte der frühen Neuzeit genau verfolgt werden.[101] Am mit dem Eintritt in die Neuzeit erreichten Bestand an Städten und Märkten hat sich in der Folgezeit kaum etwas geändert. Ernst Klebel[102] ermittelte folgende Zahlen:

	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz
Städte	21	13	28
Märkte	43	58	54
Summe	**64**	**71**	**82**

Die Zentralorte verteilten sich also keineswegs gleichmäßig über das Herzogtum der Wittelsbacher. Niederbayern war dichter mit Zentralorten besetzt als das mehr agrarisch strukturierte Oberbayern. Die herrschaftlich stärkere Aufsplitterung der Oberpfalz findet ihren Niederschlag in der größeren Anzahl der Städte, die freilich oftmals sehr kleine Zwergstädte geblieben sind.[103]

Für die bemerkenswerte Stabilität sorgte vor allem die Ständepolitik im Herzogtum, die vornehmlich auf die Wahrung des Gleichgewichts im Inneren abzielte und deswegen kaum Veränderungen im Ist-Bestand zuließ. Der Entzug von Stadtrechten, wie er für Franken (etwa als Strafmaßnahme nach dem Oberdeutschen Bauernkrieg) durchaus belegt ist, wird im Herzogtum Bayern mit seinen stabileren Verhältnissen nicht fassbar. Die

Landesherren mussten ihr Ziel der Zurückdrängung auch der Städte auf anderem Wege ansteuern, indem sie die landständischen Kompetenzen unterliefen.[104] Die repressive Ständepolitik der Landesherren setzte dem Städtewesen im Herzogtum während des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit sehr enge Grenzen. Damit legte sie die entscheidenden Grundlagen der urbanen Entwicklung in Bayern bis zum Ende des Alten Reiches.
Zu einer Veränderung dieser Verhältnisse kam es erst im Königreich Bayern des 19. Jahrhunderts, das im Zuge der Modernisierung und Industrialisierung eine vermehrte Anzahl von Stadterhebungen vornahm.[105] Dabei wurden zur Untermauerung des beanspruchten urbanen Status vereinzelt auch diplomatische Fälschungen eingesetzt, wie vor allem in Burghausen fassbar wird.[106] Die Entwicklung wurde im 20. Jahrhundert kontinuierlich fortgesetzt. Vor allem Wilhelm Hoegner profilierte sich in seiner Amtszeit als Innenminister und Ministerpräsident in den frühen 1950er Jahren wieder als großzügiger Städtefreund. Er zeichnete insgesamt 39 Zentralorte mit dem Stadtrecht und 11 mit dem Marktrecht aus; diese Verfügungen brachten ihm den wohlgemeinten Beinamen „Wilhelm der Städtegründer" ein.[107] Der Vorgang erstreckt sich in die Gegenwart herein. Die jüngste Stadterhebung in Bayern erfolgte 2000 in Unterschleißheim. Im heutigen Freistaat Bayern, der freilich ganz andere Grenzen aufweist als das alte Bayern, werden insgesamt 314 Städte und 386 Märkte gezählt.

Anmerkungen

1 Maßgeblicher Überblick: Keyser, Erich / Stoob, Heinz (Hg.): Bayerisches Städtebuch, 2 Bde., (Deutsches Städtebuch 5), Stuttgart 1971/74. Das wünschenswerte Pendant eines „Bayerischen Märktebuches" konnte bisher nicht realisiert werden.

2 Grundlegend: Ennen, Edith: Die europäische Stadt des Mittelalters, 4. Aufl., Göttingen 1987; Planitz, Hans: Die deutsche Stadt im Mittelalter. Von der Römerzeit zu den Zunftkämpfen, 5. Aufl., Wien 1992; Boockmann, Hartmut: Die Stadt im späten Mittelalter, 3. Aufl., München 1994; Isenmann, Eberhard: Die deutsche Stadt im Mittelalter 1150-1550: Stadtgestalt, Recht, Verfassung, Stadtregiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft, Wien 2012; Ders.: Die deutsche Stadt im Spätmittelalter 1250-1500, Stuttgart 1988.

3 Historischer Atlas von Bayern, hg. v. d. Kommission für bayerische Landesgeschichte, München 1950ff.

4 Schmid, Alois: Neue Wege der Stadtgeschichtsforschung in Bayern. Erste Ergebnisse der Arbeit an den „Bayerischen Städtebildern" am Beispiel der Städtepolitik der frühen Wittelsbacher, in: Feldenkirchen, Wilfried / Krüger, Ingo

(Hg.): Standortbestimmung Sparkassengeschichte, Festschrift für Manfred Pix, Stuttgart 2000, S. 409-438.

[5] Klebel, Ernst: Die Städte und Märkte des baierischen Stammesgebietes in der Siedlungsgeschichte, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 12 (1939/40), S. 37-93; Ders.: Städte, Burgen und Siedlungen in der Oberpfalz, in: Oberpfälzer Heimat 2 (1957), S. 21-34.

[6] Pfeiffer, Gerhard: Land und Städte in Bayern, in: Keyser / Stoob (wie Anm. 1), S. 20-26; Ders. (Hg.): Nürnberg. Geschichte einer europäischen Stadt, 2 Bde., München 1971.

[7] Bosl, Karl: Die mittelalterliche Stadt in Bayern, (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Beiheft B 6), München 1974; Ders.: Die bayerische Stadt in Mittelalter und Neuzeit: Altbayern – Franken – Schwaben, Regensburg 1988.

[8] Lukas-Götz, Elisabeth / Kramer, Ferdinand / Merz, Johannes (Hg.): Quellen zur Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bayerischer Städte in Spätmittelalter und früher Neuzeit, Festgabe für Wilhelm Störmer zum 65. Geburtstag, (Materialien zur bayerischen Landesgeschichte 11), München 1993.

[9] Fehn, Klaus: Die zentralörtlichen Funktionen früher Zentren in Altbayern. Raumbindende Umlandbeziehungen im bayerisch-österreichischen Altsiedelland von der Spätlatènezeit bis zum Ende des Hochmittelalters, Wiesbaden 1970.

[10] Liebhart, Wilhelm: Die frühen Wittelsbacher als Städte- und Märktegründer in Bayern, in: Glaser, Hubert (Hg.): Wittelsbach und Bayern, Bd. I/1: Die Zeit der frühen Herzöge. Von Otto I. zu Ludwig dem Bayern. Beiträge zur bayerischen Geschichte und Kunst 1180-1350, München – Zürich 1980, S. 307-317; Ders.: Zur spätmittelalterlichen landesherrlichen Marktgründungspolitik in Ober- und Niederbayern, in: Fried, Pankraz (Hg.): Bayerisch-schwäbische Landesgeschichte an der Universität Augsburg 1975-1977. Vorträge – Aufsätze – Berichte, (Augsburger Beiträge zur Landesgeschichte Bayerisch Schwabens 1), Sigmaringen 1979, S. 141-152; Ders.: Altbayerische Geschichte, Dachau 1998, S. 56-59.

[11] Rankl, Helmut: Altbayerische Kleinstädte im Spiegel landesherrlicher Erhebungen des 17. und 18. Jahrhunderts: Erding, Rosenheim, Trostberg und Murnau, (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte 28), München 2011.

[12] Dannheimer, Hermann / Gebhard, Rupert (Hg.): Das keltische Jahrtausend, 3. Aufl., Mainz 1993, S. 62-119.

[13] Sievers, Susanne: Manching – die Keltenstadt, Stuttgart 2003.

[14] Schmid, Alois: Regensburg. Reichsstadt – Fürstbischof – Reichsstifte – Herzogshof, (Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern I/60), München 1995, S. 8-9.

[15] Gottlieb, Gunther / u. a. (Hg.): Geschichte der Stadt Augsburg von der Römerzeit bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Stuttgart 1985, S. 3-112.

[16] Schmid (wie Anm. 14), S. 11-28; Dietz, Karlheinz / Fischer, Thomas: Die Römer in Regensburg, Regensburg 1996; Waldherr, Gerhard: Römisches Regensburg, Regensburg 2015.

[17] Konrad, Michaela / Witschel, Christian (Hg.): Römische Legionslager in den Rhein- und Donauprovinzen – Nuclei spätantik-frühmittelalterlichen Lebens?, (Abhandlungen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse NF 138), München 2011, S. 10, weiterhin S. 369-472.

[18] Reitzenstein, Wolf-Armin Freiherr von: Untersuchungen zur römischen Ortsnamengebung, Diss. phil., München 1970.

[19] Schmid, Peter: Regensburg – Stadt der Könige und Herzöge im Mittelalter, (Regensburger Historische Forschungen 6), Kallmünz 1977; Ders. (Hg.): Geschichte der Stadt Regensburg, Bd. I, Regensburg 2000, S. 51-101; Schmid (wie Anm. 14), S. 29-41.

[20] Arbeo von Freising: Vita vel passio Haimhrammi episcopi et martyris Ratisbonensis, hg. v. Bruno Krusch, in: Monumenta Germaniae Historica, Scriptores rerum Germanicarum, Bd. 13, Hannover 1920, S. 32-33, 35-36. Vergleiche Bosl, Karl: Die Sozialstruktur der mittelalterlichen Residenz- und Fernhandelsstadt Regensburg. Die Entwicklung ihres Bürgertums vom 9. bis 14. Jahrhundert, (Abhandlungen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse NF 63), München 1966.

[21] Schmid, Alois: Probleme der Frühgeschichte Regensburgs aus historischer Sicht, in: Fehr, Hubert / Heitmeier, Irmtraut (Hg.): Die Anfänge Bayerns: Von Raetien und Noricum zur frühmittelalterlichen Baioaria, 2. Aufl., St. Ottilien 2014, S. 658-662.

[22] Johannes Turmair's genannt Aventinus Sämmtliche Werke, Bd. I, hg. v. d. K. Akademie der Wissenschaften, München 1881, S. 257. Vergleiche Dünninger, Eberhard: „hauptstat und mueterstat". Johannes Aventinus und Regensburg, in: Ders.: Oberpfalz und Regensburg. Kultur- und Lebensbilder, Regensburg 1998, S. 55-63.

[23] Jahn, Joachim: Ducatus Baiuvariorum. Das bairische Herzogtum der Agilolfinger, (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 35), Stuttgart 1991, S. 36-40 u. ö.

[24] Cornelius Tacitus: Germania, hg. v. Alfons Städele, (Sammlung Tusculum), München – Zürich 1990, S. 96-97, cap. 16.

[25] Hausberger, Karl: Geschichte des Bistums Regensburg, Bd. I, Regensburg 1989, S. 26-30.

[26] Glaser, Hubert (Hg.): Hochstift Freising. Beiträge zur Besitzgeschichte, München 1990.

[27] Boshof, Egon / u. a. (Hg.): Geschichte der Stadt Passau, 2. Aufl., Regensburg 2003, S. 63-81.

[28] Freund, Stephan: Von den Agilolfingern zu den Karolingern. Bayerns Bischöfe zwischen Kirchenorganisation, Reichsintegration und Karolingischer Re-

form 700-847, (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 144), München 2004.

[29] Jäschke, Kurt-Ulrich: Burgenbau und Landesverteidigung um 900. Überlegungen zu Beispielen aus Deutschland, Frankreich und England, (Vorträge und Forschungen, Sonderband 16), Sigmaringen 1975.

[30] Pfeiffer: Nürnberg I (wie Anm. 6), S. 11-16; Schmid, Alois: Vom *fundus Nuorenberg* zur *civitas Nuremberch*. Die Anfänge der Stadt Nürnberg in der Zeit der Salier und Staufer, in: Neuhaus, Helmut (Hg.): Nürnberg – eine europäische Stadt in Mittelalter und Neuzeit, (Nürnberger Forschungen 29), Nürnberg 2000, S. 3-21.

[31] Hensch, Mathias: Burg Sulzbach in der Oberpfalz. Archäologisch-historische Forschungen zur Entwicklung eines Herrschaftszentrums des 8. bis 14. Jahrhunderts, 3 Bde., (Materialien zur Archäologie in der Oberpfalz 3), Büchenbach 2005; Ders.: Auf den Spuren Heinrichs I. Erste archäologische Erkenntnisse zur frühmittelalterlichen Nabepurc, in: Beiträge zur Archäologie in der Oberpfalz 8 (2008), S. 245-280.

[32] Dinklage, Karl: Cham im Frühmittelalter, in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 87 (1937), S. 162-184; Schmid, Alois: Die Städtepolitik der frühen Wittelsbacher – Die Gründungsstadt Cham, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 77 (2014), S. 833-855.

[33] Fried, Pankraz: Hochadelige und landesherrlich-wittelsbachische Burgenpolitik im hoch- und spätmittelalterlichen Bayern, in: Ders.: Forschungen zur bayerischen und schwäbischen Geschichte, hg. v. Peter Fassl / Wilhelm Liebhart / Wolfgang Wüst, Sigmaringen 1997, S. 263-283.

[34] Herzog, Erich: Die ottonische Stadt. Die Anfänge der mittelalterlichen Stadtbaukunst in Deutschland, (Frankfurter Forschungen zur Architekturgeschichte 2), Berlin 1964.

[35] So: Spitzner, Alfred: Parsberger Chronik, Neumarkt 1950, S. 2 u. ö.

[36] Zum Beispiel: Cham in der Bayerischen Ostmark, Cham 1935. Zum Problem: Minner, Katrin: Städtische Erinnerung und neue Machthaber – Die 1000-Jahr-Feier der Stadt Merseburg 1933, in: Müller, Winfried (Hg,): Das historische Jubiläum – Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus, (Forschung und Wissenschaft 3), Münster 2000, S. 369-389.

[37] Bärmann, Johannes: Die Städtegründungen Heinrichs des Löwen und die Stadtverfassung des 12. Jahrhunderts, (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte 1), Köln – Graz 1961; Luckhardt, Jochen / Niehoff, Franz: Heinrich der Löwe und seine Zeit. Herrschaft und Repräsentation der Welfen 1125-1235; Bd. I, Katalog, München 1995, S. 373-474.

[38] Jordan, Karl: Heinrich der Löwe – Eine Biographie, 3. Aufl., München 1995.

[39] Wanderwitz, Heinrich: Studien zum mittelalterlichen Salzwesen in Bayern, (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 73), München 1984.

[40] Bauer, Richard (Hg.): Geschichte der Stadt München, München 1992, S. 13-60; Ders.: Geschichte Münchens – Vom Mittelalter zur Gegenwart, München 2003, S. 15-32; Bary, Roswitha von: Herzogsdienst und Bürgerfreiheit. Verfassung und Verwaltung der Stadt München im Mittelalter 1158-1560, (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München 3), München 1997; Seibert, Hubertus / Schmid, Alois (Hg.): München, Bayern und das Reich im 12. und 13. Jahrhundert. Lokale Befunde und überregionale Perspektiven, (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Beiheft B 29), München 2008.

[41] Fried, Pankraz: Die Stadt Landsberg am Lech in der Städtelandschaft des frühen bayerischen Territorialstaats, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 32 (1969), S. 68-103.

[42] Rothenfelder, Ludwig: Die Wittelsbacher als Städtegründer in Bayern von Otto I., dem Großen, bis auf Ludwig IV., den Bayern (1180-1347), in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern 47 (1911), S. 1-106; Spindler, Max (Hg.) / Diepolder, Gertrud (Red.): Bayerischer Geschichtsatlas, München 1969, S. 22-23, Karte „Städte und Märkte im Mittelalter".

[43] Elsen, Alois: Wie entstand die altbayerische Stadt? Kunstgeschichtliche Forschungen zur Belebung der Heimatkunde, in: Bayerland 46 (1935), S. 481-512; Kratzsch, Klaus: Wittelsbachische Gründungsstädte – Die frühen Stadtanlagen und ihre Entstehungsbedingungen, in: Glaser (wie Anm. 10), S. 318-337; Schmid (wie Anm. 4), S. 409-438.

[44] Schneider, Joachim: Die Entwicklung des Städtewesens in der Kurpfalz, in: Wieczorek, Alfried / Schneidmüller, Bernd / u. a. (Hg.): Die Wittelsbacher am Rhein. Die Kurpfalz und Europa, Bd. I: Das Mittelalter, Mannheim 2012, S. 105-111.

[45] Diese Stufen werden nicht deutlich in der sehr schematisch nach Jahrhunderten einteilenden Karte „Städte und Märkte im Mittelalter" in Spindler / Diepolder (wie Anm. 42), S. 22-23.

[46] Schmid, Alois: Kelheim – Die Stadt am Fluß, (Bayerische Städtebilder), Stuttgart 1996.

[47] Niehoff, Franz (Hg.): 1204 und die Folgen – Zu den Anfängen der Stadt Landshut, (Schriften aus den Museen der Stadt Landshut 6), Landshut 2002.

[48] Bosl, Karl: Cham – Die Geschichte der Stadt und ihres Umlandes in 1200 Jahren, (Bayerische Städtebilder), Stuttgart 1989; Schmid, Alois: Stadt und Kirche im hochmittelalterlichen Cham, in: Stadtpfarrkirche St. Jakob – Mittelpunkt der Stadt Cham, Cham 2011, S. 103-109, 166-169.

[49] Schmid, Alois: Die wittelsbachische Gründungsstadt Straubing, in: Huber, Alfons / Prammer, Johannes (Hg.): 1100 Jahre Straubing 897-1997, Vortragsreihe, Straubing 1998, S. 83-117.

[50] Schmid, Alois: Die Territorialpolitik der frühen Wittelsbacher im Raume Regensburg, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 50 (1987), S. 367-410; Ders. (wie Anm. 14), S. 79-108.

[51] Auer, Johann: Altwege zwischen Abens, Donau und Isar, (Regensburger Beiträge zur Regionalgeographie und Raumplanung 5), Regensburg 1999, S. 50-54.

[52] Schmid, Alois: Parsberg im Herzogtum der frühen Wittelsbacher, Parsberg 2005.

[53] Schmid, Alois: Kelheim in der Zeit der frühen Wittelsbacher, (Schriftenreihe der Weltenburger Akademie II/21), Abensberg 1999.

[54] Stahleder, Erich: Landshut im Mittelalter. Die Burg, die Stadt, die Hochzeit, München 1989.

[55] Wittmann, Franz Michael: Monumenta Wittelsbacensia. Urkundenbuch zur Geschichte des Hauses Wittelsbach, Bd. I, (Quellen und Erörterungen zur bayerischen Geschichte AF 5), München 1857, S. 315, Nr. 130.

[56] Spindler / Diepolder (wie Anm. 42), S. 20.

[57] Hermanni Altahensis annales, hg. v. Philipp Jaffé, in: Monumenta Germaniae Historica, Scriptores, Bd. XVII, Hannover 1861, S. 397.

[58] Annales Scheftlarienses maiores, hg. v. Philipp Jaffé, in: Monumenta Germaniae Historica, Scriptores, Bd. XVII, Hannover 1861, S. 338.

[59] Schmid, Alois: München und die Anfänge der landesherrlichen Städtepolitik in Bayern, in: Seibert / Schmid (wie Anm. 40), S. 369-394.

[60] Lichtenstern, Anton: Landsberg am Lech – Geschichte und Kultur, Mering 2012.

[61] Köglmeier, Georg: Neustadt an der Donau – Eine bayerische Landstadt und ihre Bewohner im Wandel der Jahrhunderte, Bd. I, Neustadt an der Donau 2004.

[62] Hiereth, Sebastian: Geschichte der Stadt Braunau am Inn, 2 Bde., Braunau 1960/73.

[63] Becker-Arnold, Alice (Hg.): Friedberg – Grenzstadt am Lech, Friedberg 2014, S. 36-51.

[64] Spindler / Diepolder (wie Anm. 42), S. 22-23.

[65] Liebhart: Die frühen Wittelsbacher (wie Anm. 10), S. 309, 310, 314 nennt mehrfach folgende Zahlen: 23-27; Ders.: Altbayerische Geschichte (wie Anm. 10), S. 56. Rothenfelder (wie Anm. 42) ging von 16 Städten aus.

[66] Schwaab, Claudia: Herzog Ludwig II. der Strenge und die Königswahl von 1273, in: Schmid, Alois / Rumschöttel, Hermann (Hg.): Wittelsbacher-Studien, Festgabe für Herzog Franz von Bayern zum 80. Geburtstag, (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 166), München 2013, S. 59-80.

[67] Hye, Franz-Heinz (Hg.): Innsbruck – Geschichte und Stadtbild, Innsbruck 1980.

[68] Endres, Rudolf (Hg.): Bayreuth – Aus einer 800jährigen Geschichte, (Bayreuther Historische Kolloquien 9), Köln – Weimar – Wien 1995.

[69] Fehn (wie Anm. 9), S. 91-95. Das hier genannte, 1231 mit dem „civitas"-Attribut belegte Dießen ist aber bis heute Markt geblieben.

[70] Schmid, Alois: Der Einbau des Raumes Vilshofen in den Territorialstaat der frühen Wittelsbacher, in: Vilshofener Jahrbuch 1 (1992), S. 15-28.

[71] Schmid, Alois: Vom Herzogshof zur Stadt. Die Anfänge der Stadt Osterhofen, in: Osterhofen. 1000 Jahre Stift – 625 Jahre Stadt, hg. v. d. Stadt Osterhofen, Beiheft, Osterhofen 2004, S. 3-20.

[72] Hermanni Altahensis annales (wie Anm. 57), S. 387.

[73] Ambronn, Karl-Otto: Regensburg – die verlorene Hauptstadt, in: Glaser (wie Anm. 10), S. 285-294; Schmid (wie Anm. 14), S. 121-204.

[74] Dopsch, Heinz: Die Wittelsbacher und das Erzstift Salzburg, in: Glaser (wie Anm. 10), S. 268-284; Dopsch, Heinz / Spatzenegger, Hans (Hg.): Geschichte Salzburgs – Stadt und Land, 5 Teile, Salzburg 1981-1991.

[75] Fried, Pankraz: Die Städtepolitik Kaiser Ludwigs des Bayern, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 60 (1997), S. 105-114.

[76] Das gilt vor allem für den Hausvertrag von 1310. Siehe hierzu Rall, Hans: Wittelsbacher Hausverträge des späten Mittelalters. Die haus- und staatsrechtlichen Urkunden der Wittelsbacher von 1310, 1329, 1392/93, 1410 und 1472, (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 71), München 1987, S. 120-162.

[77] Schmid, Alois: Die Anfänge der Stadt Vohburg, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 69 (1997), S. 491-520, bes. S. 515-518; Ders.: Vohburg im frühen Mittelalter, in: Vohburg – Beiträge zur Natur- und Kulturgeschichte von Vohburg, Kipfenberg 2002, S. 178-186.

[78] Aichach, Friedberg, Kufstein, Riedenburg, Velburg.

[79] Das gilt auch für Kötzting, wo auf einer Inschrift an der Schauseite des Rathauses Ludwig IV. in weithin lesbaren Majuskeln als „LUDOVICUS BAVARUS ROMANORUM IMPERATOR HUIUS LOCI ERECTOR MCCCXXXXIIII“ gerühmt wird. Der Kaiser hat nach der Rückgewinnung des Teilherzogtums Niederbayern der Bürgerschaft auch dieses Verwaltungssitzes am 11. November 1344 lediglich ihre früheren Privilegien und damit das Marktrecht erneuert. Siehe hierzu Piendl, Max: Kötzting, (Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern I/5), München 1953, S. 59.

[80] Hiereth, Sebastian: Die Ottonische Handveste von 1311 und die niederbayerischen Städte und Märkte, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 33 (1970), S. 135-154.

[81] Solleder, Fridolin: München im Mittelalter, München 1938 (ND Aalen 1962), S. 10-11; Stephan, Michael: Metropolis Bavariae? Die Bedeutung Münchens für Ludwig den Bayern, in: Seibert, Hubertus (Hg.): Ludwig der Bayer (1314-1347). Reich und Herrschaft im Wandel, Regensburg 2014, S. 285-300.

[82] Einzelnachweise: Acht, Peter † (Hg.): Regesten Kaiser Ludwigs des Bayern (1314-1347), bisher 10 Hefte, Wien 1991ff.

[83] Laschinger, Johannes (Hg.): Denkmäler des Amberger Stadtrechts, Bd. I, (Bayerische Rechtsquellen 3), München 1994, S. 6-20, Nr. 5-22. Vergleiche Volkert,

Wilhelm: Amberg und Ludwig der Bayer, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 43 (1980), S. 29-44.

[84] Brenner, Bernhard: Ludwig der Bayer – ein Motor für die Urbanisierung Ostschwabens? Zu den Auswirkungen herrschaftlicher Städtepolitik auf die Entwicklung der schwäbischen Städtelandschaft im ausgehenden Mittelalter, (Materialien zur Geschichte des Bayerischen Schwaben 27), Augsburg 2005.

[85] Pfeiffer: Nürnberg I (wie Anm. 6), S. 40-45.

[86] Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen, (Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission 17), Sigmaringen 1991, S. 85-86.

[87] Schultheiß, Werner: Geld- und Finanzgeschäfte Nürnberger Bürger vom 13.-17. Jahrhundert, in: Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Nürnbergs, Bd. I, hg. v. Stadtarchiv Nürnberg, Nürnberg 1967, S. 49-116, hier S. 66-71; Stromer von Reichenbach, Wolfgang: Oberdeutsche Hochfinanz 1350-1450, Bd. I, (Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 55), Wiesbaden 1970, S. 13-14.

[88] Schmuck, Johann: Ludwig der Bayer und die Reichsstadt Regensburg. Der Kampf um die Stadtherrschaft im späten Mittelalter, (Regensburger Studien und Quellen zur Kulturgeschichte 4), Regensburg 1997.

[89] Zur Reichsebene: Martin, Thomas Michael: Die Städtepolitik Rudolfs von Habsburg, (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 44), Göttingen 1976.

[90] Unger, Wolfram: Grundzüge der Städtebildung in Franken. Träger – Phasen – Räume, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 59 (1999), S. 57-85.

[91] Berwing, Margit: Burglengenfeld. Die Geschichte der Stadt und ihrer Ortsteile, Regensburg 1996, S. 32-34: Stadterhebung 1542; Schmid, Alois: Schwandorf. Der lange Weg vom Dorf zur Stadt, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 66 (= Festschrift Werner K. Blessing) (2008), S. 19-33.

[92] Außerhalb der Betrachtung muss hier die intensive Städtepolitik Kaiser Karls IV. in der nördlichen Oberpfalz verbleiben, da diese in den Zusammenhang der Reichspolitik der Könige aus dem Hause Luxemburg gehört. Siehe hierzu Fuchs, Bernhard: Die Städte und Märkte in der nördlichen Oberpfalz unter Kaiser Karl IV., (Regensburger Beiträge zur Regionalgeschichte 16), Regensburg 2012.

[93] Schmid, Diethard: Regensburg, Bd. I: Das Landgericht Stadtamhof, die Reichsherrschaften Donaustauf und Wörth, (Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern I/41), München 1976, S. 180-183.

[94] Vogel, Rudolf: Mindelheim, (Historischer Atlas von Bayern, Teil Schwaben 7), München 1970.

[95] Rall, Hans: Kurbayern in der letzten Phase der alten Reichsverfassung 1745-1801, (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 45), München 1952, S. 484-513; Hoffmann, Carl A.: Landesherrliche Städte und Märkte im 17. und

18. Jahrhundert. Studien zu ihrer ökonomischen, rechtlichen und sozialen Entwicklung in Oberbayern, (Münchener Historische Studien, Abt. Bayerische Geschichte 16), Kallmünz 1997; Schmid, Alois: Die Städtepolitik des Kurfürstentums Bayern, in: Ostbairische Grenzmarken 40 (1998), S. 75-90.

[96] Ackermann, Konrad: Zur Entwicklung der oberpfälzischen Städte vom Spätmittelalter zur frühen Neuzeit, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 50 (1987), S. 441-462.

[97] Schwaab, Claudia: Altötting, (Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern I/63), München 2005, S. 293-364.

[98] Noichl, Elisabeth: Späte Blüte – oder warum wurde das Burghauser Stadtrecht von 1307 erst im 19. Jahrhundert wirksam?, in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde 59 (2013), S. 167-207.

[99] Bayerische Staatsbibliothek München, 2° Bavar. 960$^{V.30}$.

[100] Bayerische Staatsbibliothek München, 2° Bavar. 960$^{XII.1}$. Abdruck in: [Kreittmayr, Wiguläus Xaver Alois von:] Sammlung der neuesten und merkwürdigsten churbaierischen Generalien und Landesverordnungen, München 1771, S. 558-574.

[101] Gerteis, Klaus: Die deutschen Städte in der frühen Neuzeit. Zur Vorgeschichte der „bürgerlichen Welt“, Darmstadt 1986.

[102] Klebel: Städte und Märkte (wie Anm. 5), S. 42-43.

[103] Schmid, Alois: Städte und Märkte in der Oberpfalz. Grundzüge ihrer Entwicklung im späten Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit, in: Flachenecker, Helmut / Kiessling, Rolf (Hg.): Städtelandschaften in Altbayern, Franken und Schwaben, (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte Beiheft B 15), München 1999, S. 113-151.

[104] Bosl, Karl: Die Geschichte der Repräsentation in Bayern. Landständische Bewegung, landständische Verfassung, Landesausschuss und altständische Gesellschaft, München 1974.

[105] Zum Beispiel Treml, Manfred / Pilz, Michael (Hg.): Rosenheim. Geschichte und Kultur, Rosenheim 2010.

[106] Noichl (wie Anm. 98).

[107] Markus Rinderspacher, Rede vor der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag zum 30. Todestag von Wilhelm Hoegner am 5. März 2010.

Abbildungsnachweis

- Spindler, Max (Hg.) / Diepolder, Gertrud (Red.): Bayerischer Geschichtsatlas, München 1969, S. 22-23.

Johann Schmuck

Ludwig IV. und die Freie Stadt Regensburg

Regensburgs Ausgangssituation

Die folgende Darstellung soll die Beziehungen Ludwigs IV. zu Regensburg nicht umfassend erörtern, sondern die spezifische Eigenart dieses wechselvollen Verhältnisses in den Blick fassen. Die Spezifik bestand vor allem darin, dass Ludwig der Freien Stadt Regensburg nicht nur als König und Kaiser gegenübertrat, sondern auch als bayerischer Herzog. Gleichzeitig kam in Regensburg einer der wohl heftigsten innerstädtischen Konflikte des Mittelalters zum Ausbruch, der sogenannte Aueraufstand. Dieser Konflikt und seine Akteure boten für den Wittelsbacher vielfältige Möglichkeiten und Anlässe, tief in das Geschehen in und um Regensburg einzugreifen.

Regensburg war von den übrigen Städten des Reiches räumlich isoliert und in einer Randlage. In dieser Randlage fand sich Regensburg am nächsten von allen Reichsstädten zu den Hauptterritorien der drei Königsdynastien des Spätmittelalters, zu den Luxemburgern in Böhmen, zu den Habsburgern in Österreich und zu den Wittelsbachern in Bayern. Bei den Wittelsbachern kam hinzu, dass deren Territorium die Stadt umschloss. Regensburg beschrieb seine Situation 1319 so: „[…] daz wir swaerlich umbsezzen sein von unsern herren kuenig Ludow., hertzog Heinr., von grafen, von freyen, von dyenstlaeuten, von steten und von aller lantschaft, armen und reichen in baiden landen, der ungenaden wir niht enpfliehen muegen von taegleichen gepresten, dez wir von in gewarten und muesten […].“[1] Bei der Landesteilung 1255 wurden die Teilherzogtümer so zugeschnitten, dass beide unmittelbar an Regensburg, die „verlorene Hauptstadt“[2], grenzten. Spricht man von der geographischen Situation Regensburgs, muss man natürlich auch die Steinerne Brücke und ihre strategische Bedeutung erwähnen.

Diese Umschnürung durch wittelsbachische Territorien und der wittelsbachische Einfluss auf das Hochstift Regensburg verhinderten zum größten Teil, dass die Stadt ein von ihr landesrechtlich beherrschtes Umland aufbauen konnte. Im Vergleich zu Ulm oder Nürnberg war der von der Stadt beherrschte Umgriff winzig.[3] Auch die innerstädtischen Auseinandersetzungen verhinderten einen größeren Ausgriff der Stadt. Die Burgen im Umkreis der Stadt, die in der Hand der städtischen Elite waren, konnten für den Berichtszeitraum größtenteils nicht im Interesse der „Stadt“ instrumentalisiert werden, sondern wurden im Bedarfsfall von den Besit-

zern gegen diese eingesetzt und boten so keinen Ansatzpunkt für die Entwicklung einer städtischen Territorialpolitik. Rehthal (Markt Lappersdorf, Landkreis Regensburg) etwa, im Besitz Martin Nötzels, war eine der Schaltzentralen in den Verschwörungen gegen die Stadt. Die größten Erfolge Regensburgs waren die Brechung der auerschen Burg in Pentling (Landkreis Regensburg) und die Aneignung des Burgstalles im Jahre 1329.
Regensburg wählte seit dem Jahre 1245 Rat und Bürgermeister frei, hatte Ansprüche des Reiches abgewehrt und den Status einer Freien Stadt behauptet. Grundsätzlich hatten diese Städte normalerweise die Herrschaft des Bischofs abgeschüttelt und zu König und Bischof ein distanziertes Verhältnis bewahrt. Zu ihren Vorrechten gehörte unter anderem, dass sie keine Stadtsteuer zahlten, keine Heerfolge leisteten außer bei einem Kreuz- oder Romzug, und nicht verpfändbar waren. Regensburg lehnte auch die Hilfe für den Romzug ab. Peter Moraw beschrieb die Position der Freien Stadt als eine Frage der Selbstbehauptung, die Position habe Anspruchscharakter.[4] Bezeichnenderweise schrieb Ludwig IV., als er seinen Sieg von 1322 dem Dogen von Venedig von Regensburg aus ankündigte: „[…] in opido nostro regali […].“[5] Als König hatte Ludwig in Regensburg nur Anspruch auf die Judensteuer, die er 1322 an Niederbayern verpfändete.

Die alten Stadtherrenrechte in Regensburg

Ludwig IV. trat der Stadt Regensburg nicht nur als König, sondern auch als Herzog gegenüber. Mit dem Bischof und seinen niederbayerischen Vettern besaß er Rechte in der Stadt Regensburg, die, ausgenommen die Rechte an der Münze, im Wesentlichen aus der ehemaligen Burggrafschaft erwachsen waren. Ihr Verhältnis und ihr Umfang bestimmte sich nach Teilungen im Jahr 1205 zwischen dem Bischof und dem Herzog und 1255 zwischen den Münchner und Landshuter Herzögen. Die wichtigsten waren das Schultheißgericht (für die eigentlichen Königsleute und die freien Bürger), das dem oberbayerischen Herzog, und das Propstgericht (für die Eigen- und Zinsleute der Bischofskirche, der Stifte und Klöster), das dem Bischof zustand. Zu beiden gehörten je ein Fried- und Bußgericht und ein Kammeramt, dem die Abgaben bestimmter Handwerke zuflossen. Dazu kamen andere Rechte, vor allem bei den Juden und im Zollwesen. All diese Rechte waren langfristig an Regensburger Bürger verpfändet. Seit etwa dem Jahre 1000 hatten der Bischof und der bayerische Herzog in Regensburg eine gemeinsame Münze, die von den Münzerhausgenossen betrieben wurde, die gemeinsam vom Bischof und vom niederbayerischen Herzog belehnt wurden. Zur Zeit Ludwigs IV. wurde die Hausgenossenschaft von der Familie Gumprecht dominiert.

Im Verhältnis nach außen waren diese Rechte, ihre Beachtung oder Nichtbeachtung durch die Stadt und ihre Instrumentalisierung durch die ehemaligen Stadtherren ein fortwährender Konfliktherd und Anlass für Interventionen. Im Verhältnis der Bürger waren sie ein Störfaktor, da sie den Ratssatzungen weitgehend entzogen waren. Die wittelsbachische Landesteilung war für die Stadt kein Vorteil. Zum einen vermehrte sich dadurch die Zahl möglicher Beschwerdeführer, zum anderen waren die Wittelsbacher bei sonstigen Differenzen im Vorgehen gegen Regensburg weitgehend einig.[6]

Regensburg in der Auseinandersetzung zwischen Ludwig IV. und Friedrich dem Schönen

1319 wirkte sich die eben erwähnte Nähe Regensburgs zu den drei Königsdynastien sehr deutlich aus. Die beiden Anwärter auf die Königswürde, Ludwig und Friedrich, standen sich bei Mühldorf gegenüber. Ludwig verließ ohne Kampf das Schlachtfeld und sein Gegner zog bis vor Regensburg. Die Stadt verweigerte sich und hielt die Tore vor Friedrich geschlossen. Dieser verwüstete das Umland, schädigte Immobilien Regensburger Bürger in Österreich und Regensburger Warenlager in Wien. Hätte Regensburg dem Habsburger die Tore geöffnet, wären ihm durch den Zugang zur Steinernen Brücke viele Möglichkeiten offen gestanden. Das nächstliegende Ziel wäre ein Angriff auf Böhmen gewesen. 1318 hatte es dort eine sehr gefährliche Adelsverschwörung gegen den Luxemburger König Johann gegeben, wobei die Verschwörer auch Kontakte zu den Habsburgern hatten. Friedrich hätte dort den damals wichtigsten Verbündeten des Wittelsbachers empfindlich treffen können.

1322, beim zweiten Treffen der Gegenkönige vor Mühldorf, war Regensburg offensichtlich die organisatorische Schaltstelle. Ludwig zog wohl mit Heinrich XIV. von Regensburg aus nach Mühldorf, zumindest urkundete er zwischen Regensburg und Mühldorf nirgends mehr. Nach gewonnener Schlacht kehrte er schnellstmöglich mit seiner wertvollen Beute, dem Gegenkönig Friedrich, nach Regensburg zurück, belohnte die wichtigsten Mitstreiter, zeigte seinen Sieg an und verbrachte Friedrich zu Weigand nach Trausnitz im Tal. Er stand damals mit der Stadt in gutem Einvernehmen, Bischof Nikolaus von Regensburg war noch auf seiner Seite, und den Nordgau hatte er sich seit vielen Jahren durch engste Kontakte mit der dortigen Ritterschaft herrschaftlich tief und intensiv erschlossen.

Der Sieg Ludwigs im Jahr 1322 eröffnete ihm nun größere Aktionsräume und Regensburg verlor stark an Bedeutung für seine Pläne und Aktionen. Dies ist allein schon an seinem Itinerar ablesbar. Ludwig hielt sich vier-

undvierzigmal in Regensburg auf. Über zwanzig dieser Aufenthalte fallen in die sieben Jahre von 1315 bis 1322. Auffälligerweise gruppieren sich viele davon um den Ablauf zweier Delegationen der Regensburger, beide zu Friedrich von Österreich, die eine nach Österreich 1317, die andere nach Rheinfelden (in der Nähe von Basel) 1321. Ludwig war in der Stadt, als die Delegationen vorbereitet wurden, kam zwischendurch und auch zu der Zeit, als anzunehmen war, dass sie wieder zurückkehrten. Auch in späteren Jahren nahm Ludwig IV. derartige Dienste der Stadt in Anspruch.[7]
Bis 1322 war Regensburg ein Verbündeter in strategisch wichtiger Position. Zudem war mit Gumprecht an der Haid einer seiner wichtigen Geldgeber in Regensburg beheimatet. Obwohl das wahre Ausmaß der finanziellen Hilfe aus Regensburg schwer zu bestimmen ist, war sie doch vorhanden und sicherlich nicht unbeträchtlich.

Der erste „Aueraufstand“ und seine Hintergründe

1322 war aber nicht nur für Ludwig IV. ein Schlüsseljahr, sondern auch für Regensburg. Zeitgleich mit dem Sieg Ludwigs vor Mühldorf ergriff eine Gruppe von Bürgern die Macht und brachte damit einen seit langem schwelenden Konflikt zum offenen Ausbruch, den sogenannten „Aueraufstand“, der die Geschicke der Stadt bis mindestens 1342 oder 1347 bestimmen sollte. Der „Aueraufstand“ war das Ringen zweier Gruppen um die Macht in der Stadt und deren Institutionen. Die Gruppe, die diesen „Aufstand“ trug, wurde gebildet von denen, die zu Pfandbesitz die Rechte der alten, vormagistratischen Stadtherrschaft innehatten, an ihrer Spitze die Auer als Inhaber des Propstgerichtes, sowie den Münzerhausgenossen, die sich hauptsächlich aus Mitgliedern der Familie Gumprecht rekrutierten. Dies war ein Kreis von rund 20 Familien, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, diese Aktion mittrugen (im Folgenden und bis zum Jahr 1334 pauschal als „Auer“ bezeichnet). Diese Gruppe sah ihre Interessen bedroht durch einzelne Maßnahmen des Rates, war aber auch strukturell gesehen bedrängt durch die immer mehr um sich greifende Satzungstätigkeit des Rates und besonders der Hanse.
Auslöser dieser Entwicklung war indirekt der Verwüstungszug Friedrichs von Österreich im Jahre 1319. Er veranlasste die Stadt Regensburg zur Erweiterung der Stadtmauer, indem die Westner- und Ostnerwacht in den Mauerring einbezogen wurden. Diese Belastung der städtischen Ressourcen führte dazu, dass im Jahr 1320 auch bisher steuerfreie Gruppen wie der in der Stadt gesessene Adel, etwa die Auer, aber auch die Kleriker, sofern sie bürgerlich hantierten, also etwa Wein ausschenkten, zur Steuer herangezogen werden sollten. Offiziell wurden diese Maßnahmen mit einer

allgemeinen Wirtschaftskrise begründet: „[…] daz alleu lant uebel stent […].“[8] Was die Situation zusätzlich verschärfte, waren, neben der Belastung bisher steuerfreier Einwohner, Versuche der Kaufleute, Warenverluste außerhalb der Stadt (vielleicht in Zusammenhang mit Friedrichs Zerstörungszug) auf die Gesamtheit der Bürger umzulegen. Ob dieser Versuch gelang, geht aus den Quellen nicht eindeutig hervor. Allerdings genügte wohl schon der Versuch, um Widerstand dagegen zu erregen. Diese Maßnahme war wohl selber schon Ausdruck des Konflikts und der erste „Aueraufstand“ (1322) eine Reaktion auf diese Maßnahme. 1320 wurde vom Rat auch festgelegt, dass das Burgding, die Versammlung der Bürger, nicht mehr nur gegenüber dem Bürgermeister, sondern auch dem Rat einen Eid leisten sollte.[9]

Man kann davon ausgehen, dass es in Teilen der Bürgerschaft eine politische Langzeitkonzeption gab, die vor allem die Macht des Rates stärken und eine statusunabhängige Besteuerung herbeiführen sollte. Neben dem Rat gab es die Hanse, mit Hansgraf und Hansrat, das Vertretungsorgan der Fernhandelskaufleute. Noch im Jahre 1230 durfte die Hanse nur außerhalb der Stadt im Interesse der Fernhandelskaufleute tätig werden. In der Folgezeit errang die Hanse immer mehr an Macht und konnte auch ihren Einfluss innerhalb der Stadt deutlich ausweiten.

Unabhängig davon, ob man sich auf die Termini Handels- und Verwaltungspatriziat und einen fundamentalen Gegensatz zwischen beiden Gruppen beziehen will, ist klar, dass die Gruppen nicht streng voneinander zu scheiden sind, sondern natürlich auch die „Auer“ Handel trieben und somit auch Zugang zur Hanse hatten. So handelte etwa die Familie Gumprecht nicht nur mit Geld, sondern auch mit Textilien.[10] Fest steht aber auch, dass die Kerngruppe des sogenannten „Aueraufstandes“ sich vorwiegend aus den Familien rekrutierte, die Herrschaftsrechte der alten Stadtherren (Herzog und Bischof) zu Pfandbesitz innehatten. Zwischen den „Lehens“gebern (Herzog, Bischof), den „Lehens“nehmern (Pfandbesitzern) und den Abgabepflichtigen (vorwiegend Handwerker) bestanden Abhängigkeiten, aber auch Loyalitäten und Fürsorgepflichten, die schon deswegen nötig waren, um die Einkommensquellen dieser Rechte nicht versiegen zu lassen. Schon beim ersten Aufscheinen dieses langdauernden Konfliktes, der im Jahre 1281 durch den sogenannten „Lichtenberger Schied“ belegt ist und durch ihn geregelt wurde, ging es um die Absatzmöglichkeiten der Brauer, von denen viele auch zu den Handwerkern gehörten, die zu den Kammerämtern (s. o.) abgabepflichtig waren.

An der Familie Löbel wird deutlich, dass in dieser Auseinandersetzung auch Faktoren eine Rolle spielten, die in den Quellen nur schwer greifbar sind. Die Löbel gehörten zu den rund 20 Familien, die im Pfandbesitz der alten Herrschaftsrechte waren.[11] Konrad Löbel war 1322 Mitglied ei-

nes fünfköpfigen Wahlbündnisses, dem es gelang, Ortlieb Gumprecht als Bürgermeister zu etablieren (s. u.). Sein Sohn Rüdiger stand vier Jahre später als Hansgraf an der Spitze der Hanse, die ein Vetorecht gegen eine frühzeitige Rückkehr der Verbannten hatte. Ob diese Kehrtwende innerhalb einer Familie nun auf innerfamiliäre Konflikte, auf persönliche Rivalitäten oder auf wirtschaftliche Interessenkonflikte zurückzuführen ist, lässt sich kaum mehr ermitteln. Bei der Familie Löbel ist dabei besonders bemerkenswert, dass sie mit der Familie Prunnhofer eine Firma betrieb, die bis 1325 umfangreiche Finanzgeschäfte mit Heinrich von Kärnten tätigte. Hätte dieser seinen lange erhobenen Anspruch auf die Krone Böhmens realisieren können, hätte dies sicher Einfluss auf die Silberzufuhr zur Münze der Hausgenossen in Regensburg gehabt.

Die Familie Zant, die das Schultheißgericht innehatte, hielt sich merklich aus den Kämpfen heraus und positionierte sich, wenn überhaupt, in Distanz zu den Auern. Ihr Pfandbesitz sollte anscheinend 1338 auslaufen und an Leopold Gumprecht beziehungsweise dessen Söhne übergehen. Allerdings war die Verpfändung des Schultheißgerichtes durch die Wittelsbacher sehr sprunghaft. Mit dem Propstgericht, dem Bürgermeisteramt, das in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts aus den Einheimischen nur von den Familien Auer und Gumprecht besetzt worden war, und dem Schultheißgericht hätten sie drei der wichtigsten Ämter der Stadt innegehabt.[12]

Einem Wahlbündnis aus fünf Männern gelang es 1322, Ortlieb Gumprecht als Bürgermeister zu etablieren. Es gibt Hinweise darauf, dass er schon 1321 versucht hatte, dieses Amt satzungswidrig für sich zu gewinnen. Das neue Stadtregiment verabschiedete drei wichtige Entscheidungen. Die Stadt gab Leibgedinge aus; das waren Einlagen der Bürger, die den kurzfristigen Finanzbedarf der Stadt decken sollten, deren Bedingungen aber für den Kreditnehmer äußerst nachteilig waren. Zwei der ersten vier Leibgedinge gingen an nahe Verwandte des Bürgermeisters. Der Münzwechsel wurde weitgehend im Interesse der Münzerhausgenossen geordnet und die Adeligen wurden wieder steuerfrei gestellt. Die letztgenannte Entscheidung ließ sich das Stadtregiment vom König bestätigen.

Diese erste Herrschaft der Auer und Gumprecht wurde 1326 eher putschartig beendet. Zu einer der ersten Amtshandlungen (noch vor dem regulären Termin zur Wahl des Bürgermeisters) gehörte die Aufhebung der Regelung zum Münzwechsel. Etwas später wurden Ortlieb Gumprecht und Dietrich Auer für zehn Jahre der Stadt verwiesen. Bei der Vertreibung wurde deutlich, welch machtvolle Position die Hanse mittlerweile hatte. Der Rat der Hanse hatte, wie oben erwähnt, zusammen mit dem Rat der Stadt ein Vetorecht, sollten die Verbannten frühzeitig zurückkehren wollen. An der Spitze des Rates und der Hanse stand Rüdiger Löbel. Sobald er und sein Anhang Zugang zum Rathaus hatten, zerschnitten sie die kö-

nigliche Bestätigung über die Steuerfreiheit des Adels, um sie dadurch ungültig zu machen.
Die Wahrung der Rechtspositionen der alten Stadtherren, deren Verbindung mit den Pfandinhabern und die Parteiung der Bürger in zwei gegensätzliche Gruppen erlaubte den Herzögen und dem Bischof immer wieder die Stadt unter Druck zu setzen und gegebenenfalls sogar zu bekriegen. Zwei Beispiele können dies zeigen. 1321 griff Bischof Nikolaus die Stadt vehement an. Ausgangspunkt war eine Verletzung des Kirchenasyls, aber bald kamen andere Vorwürfe hinzu, so der Abbruch von Klerikerhäusern, was wohl mit den Arbeiten an der erwähnten Erweiterung der Stadtmauer in Zusammenhang stand, und die Besteuerung der Kleriker. Die Angriffe des Bischofs gingen so weit, dass er dem Rat im Grunde jedes Recht absprach, Satzungen zu erlassen. Die Mittel des Bischofs waren die Exkommunikation des Rates und weiterer Bürger und ein Interdikt, das die Diözesen Freising und Regensburg erfasste sowie die Erzdiözese Salzburg diesseits der Tauern.
1322, als die Auer-Gruppe erstmals die Macht in Regensburg eroberte, setzten die Münzerhausgenossen in Absprache und mit Zustimmung der Münzherren (Herzöge von Landshut und Bischof von Regensburg) ein Wechselmonopol durch. 1326, als die Auer von der Macht verdrängt wurden, wurde dieses Monopol wieder aufgehoben. Der Verbannte Dietrich Auer wurde unmittelbar nach seiner Vertreibung mit der Pflege der bischöflichen Burg Donaustauf betraut. Noch im selben Jahr bekriegten der Herzog von Niederbayern und der Bischof von Regensburg die Stadt. Das Münzwechselrecht wurde zwar nicht direkt angesprochen, es wurde in all diesen Konflikten nur pauschal von Rechtsverletzungen gesprochen, aber der zeitliche und sachliche Zusammenhang ist evident. 1328 verstärkte der Kaiser, der damals in Italien war, diese Front und schickte Pfalzgraf Rudolf aus Italien und seinen Vertrauten Weigand von Trausnitz, um den Kampf gegen die Stadt zu unterstützen. Möglicherweise war auch eine verweigerte Romzughilfe der Anlass für den Kaiser, in diesen Kampf einzugreifen. Erst 1331 konnten die Differenzen mit Ludwig IV. durch die Verhandlungen des Bürgermeisters Friedrich Auer beigelegt werden.

Die neuerliche Herrschaft der Auer und ihre Vertreibung

1330 hatten sich die Auer nämlich erneut für vier Jahre in der Führung der Stadt festsetzen können. Vorausgegangen war eine in ihren Details kaum ganz zu erschließende Zerstörung der Burg Pentling. Der Bischof konnte in den Frieden mit der Stadt, der den eben erwähnten Krieg beendete, Dietrich Auer, den Pfleger von Donaustauf, nicht mit einschließen. Die Stadt

ging offensichtlich daran, nach seiner Vertreibung von 1326 auch auf seine Außenbesitzungen, und damit auf die der Auer insgesamt, überzugreifen. Wahrscheinlich war die Festung in dem vorangegangenen Krieg gegen die Stadt eingesetzt worden. Pentling wurde zerstört und der Burgstall ging an die Stadt Regensburg. Kurz nach der Übergabe im Juli 1329 kam es zu einer heftigen und sehr blutigen Fehde der Stadt mit Hiltpolt von Stein, dessen Familie Ansprüche auf Pentling geltend machte. Maßgeblich beteiligt an der Abrechnung mit dem Chorherrn Heinrich von Stein über Pentling waren Konrad Prunnhofer, Konrad Tundorfer und Ludwig Straubinger. Alle drei waren in Gegnerschaft zum später folgenden Auer-Regiment. Kurz vor dem ersten Auftreten der Auer-Einung am 7. Mai 1330 musste Prunnhofer mit seinen 3 Söhnen Urfehde schwören, ohne dass wir über die Ursachen Näheres erfahren. Möglicherweise versuchten sie, den Auern zuvorzukommen und putschartig die Macht zu ergreifen. Die Auer gingen ihr Vorgehen wohl umsichtiger und geplanter an durch die Konstituierung einer Schwurgemeinschaft.[13]

Diese Einung war die Basis des Regiments der Auer. Propstrichter Friedrich initiierte und führte sie. Im Laufe der Zeit wurde sie mehrmals erweitert, aber offensichtlich nicht immer, um ihr weitere Verbündete zuzuführen, sondern auch, um offenbare Gegner zu neutralisieren. Eine weitere wichtige Säule dieser Herrschaft war ein Bündnis mit den Handwerkern, wobei als einziges Ziel der ungleichen Partner eine Rechenprüfung über die Finanzen der Stadt postuliert wurde, nämlich zu fragen, wo der „[…] stat guot hin chomen wær […].“[14] Dies scheint aber nicht das vordringliche Ziel der Auer gewesen zu sein, da die erste Rechenprüfung nachweislich erst 1333 durchgeführt wurde. Das Bündnis der Auer mit den Handwerkern ist sicher auch dadurch begründet, dass viele Handwerker an das Kammeramt, das zum Propstgericht des Friedrich Auer gehörte, abgabepflichtig waren und möglicherweise auch von den Auern begünstigt wurden. So beklagten sich die Krämer und Schneider, dass Bürgermeister Auer den Bäckern und Fleischhauern zu große Gewinne erlaubte. Letztere leisteten Abgaben an das Kammeramt.[15]

Ansonsten wurde die Interessenpolitik, die schon ab 1322 deutlich geworden war, weitergeführt. Die kaiserliche Bestätigung über die Steuerfreiheit des Adels, die 1326 zerschnitten worden war, wurde nun offenkundig wieder zusammengenäht, mit den Münzherren erreichte man 1331 eine offizielle Bestätigung der Rechte der Münzerhausgenossen. Hansgraf und Hansrat, die mittlerweile auch innerhalb der Stadtmauern, vor allem bei bestimmten, eng mit dem Handel verbundenen Handwerken[16] Rechtspositionen erobert hatten, wurden per Satzung auf den Rechtsstatus von 1281, der im Lichtenberger Schied festgelegt worden war, zurückgedrängt, so

dass sie wiederum auf die Fernhandelskaufleute und Handelsvorgänge außerhalb der Stadt beschränkt waren.
Die Vorwürfe gegen die Auer, die nach deren Vertreibung greifbar sind, waren eher allgemeiner Natur. Geklagt wurde über Nepotismus „[…] von den wegen daz die selben maister iren freunden hie in der stat ze vast zu legent wider uns alle gemainleich […]“,[17] was auch zu der Bestimmung führt, dass von nun an kein Einheimischer mehr Bürgermeister werden sollte. Seit 1316 waren nur mehr Mitglieder der Familie Auer oder Gumprecht als Einheimische Bürgermeister gewesen. Ein weiterer Vorwurf waren getroffene Maßnahmen, die „[…] den chaufleuten und andern unsern purgern, arm und reich, wider waren […].“[18]
Die Kämpfe zwischen den rivalisierenden Gruppen in der Zeit von 1330 bis 1334 wurden vornehmlich über die Organe Hansrat und Hansgraf ausgetragen. Die Hanse hatte sich vor allem in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts immer mehr Kompetenzen innerhalb der Stadtmauern erobert und war möglicherweise im Begriff, sich neben dem Rat als zweites Kollegialorgan mit Satzungshoheit zu etablieren. Es gibt auch Indizien dafür, dass die Auer versuchten, den Hansrat zu majorisieren. Das Ziel der Auer war wohl, ihre Herrschaft auf Dauer einzurichten. Im Laufe der vier Jahre wurde aber die Unterstützung der Schwur-Einung immer brüchiger und das Verhältnis zu den Handwerkern distanzierter. Ihr Versuch, das Bürgermeisteramt satzungswidrig erneut für Friedrich Auer zu erobern, scheiterte, und sie verließen alle bis auf Herwig die Stadt.
Der Exodus der Auer brachte nun völlig neue Elemente ins Verhältnis zwischen dem Kaiser und der Stadt Regensburg. Auch viele ihrer Verbündeten verließen nämlich die Stadt, nahmen einen Teil der städtischen Registratur mit, konstituierten sich als „äußere Bürger“ und verbündeten sich mit dem Kaiser. Auch hier standen wieder die Rechte der alten Stadtherrschaft im Zentrum. Die äußeren Bürger versprachen, dem Kaiser bei der Eruierung seiner Rechte in der Stadt behilflich zu sein und sich nur mit der Stadt auszusöhnen, wenn seine, des Kaisers Rechte, anerkannt seien. Angeführt wurde der äußere Bürgerverband von Propstrichter Friedrich Auer, der schon der führende Kopf der Auer in den innerstädtischen Auseinandersetzungen gewesen war und nun auch die Schnittstelle zwischen dem Kaiser, den Auern und dem äußeren Bürgerverband war.

Ludwig IV. und die Auer

Betrachtet man die Beziehungen zwischen der Stadt Regensburg und Ludwig IV. seit dem Jahr 1314, wird deutlich, dass die Qualität dieser Beziehungen offenbar auch davon abhing, ob die Gruppe der Auer, das heißt die

Familien Auer und Gumprecht, das Bürgermeisteramt besetzte. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass die Bindungen Ludwigs zumindest an die Familie Gumprecht sehr eng waren. So war Gumprecht an der Haid ein wichtiger Geldgeber in den ersten Jahren seines Königtums und sein „Wirt", wenn er sich in Regensburg aufhielt. Auch mit den Auern hatten die Wittelsbacher Rudolf und Ludwig seit mindestens 1310 politische und wirtschaftliche Beziehungen.[19] 1321 war Ortlieb Gumprecht wohl kurzfristig und satzungswidrig Bürgermeister und leitete eine Delegation zu Friedrich von Österreich, nicht nur im Interesse der Stadt, sondern auch im Interesse des Königs. Nach 1322 bis 1326, als Ortlieb Gumprecht satzungsgemäß Bürgermeister war, waren die Beziehungen stabil und ruhig, spätestens ab 1328 unterstützte der Kaiser einen Krieg gegen die Stadt, der erst zu seinem Ende geführt werden konnte, nachdem Friedrich Auer Bürgermeister geworden war. Die Zusammenarbeit zwischen dem Kaiser und den Auern nach 1334 scheint so gesehen nur „natürlich" und folgerichtig.

Mit Hilfe des Kaisers gingen die Auer daran, ihr Netz von Burgen im engeren oder weiteren Umfeld der Stadt auszubauen. (Abb. 1) Dies geschah zum Beispiel durch einen Dienstvertrag am 27. Oktober 1336 mit Dietrich und Friedrich Auer, Egkolf von der Wart und Sighart von Egolfsheim, die mit 80 Kämpfern für zwei Jahre dienen sollten und dafür Velburg mit dem Dorf (Lkr. Neumarkt in der Oberpfalz) und die Auerburg (wohl Auburg, Gde. Barbing, Lkr. Regensburg), erhielten. Daneben gelangten nach ihrer Vertreibung insgesamt folgende Burgen und Hofmarken in den Besitz der Familie Auer: (Bad) Abbach (Lkr. Kelheim), Adelburg (Gde. Seubersdorf, Lkr. Neumarkt in der Oberpfalz), vielleicht Haimbuch (Gde. Mötzing, Lkr. Regensburg), Heilsberg (Gde. Wiesent, Lkr. Regensburg), Siegenstein (Gde. Wald, Lkr. Cham), Stefling (Stadt Nittenau, Lkr. Schwandorf), Steinach (Lkr. Straubing-Bogen), Stockenfels (Stadt Nittenau, Lkr. Schwandorf), Sünching (Lkr. Regensburg) und Triftlfing (Gde. Aufhausen, Lkr. Regensburg).[20]

Nach 1334 folgte ein Krieg geringer Intensität gegen die Stadt Regensburg, der in erster Linie von den Auern getragen, aber auch vom Kaiser und von den äußeren Bürgern unterstützt wurde. Die Mittel dieser Auseinandersetzung waren Handelsstörungen und die Beschlagnahmung von Waren, Blockaden der Stadt und Verschwörungen.

Ulrich von Abensberg war Pfleger des Regensburger Bischofs für die Festung Donaustauf. Als er 1338 vom Hofe des Kaisers zurückkam, teilte er den Regensburgern mit, dass die Amtsleute des Kaisers beauftragt seien, die Regensburger Bürger im Bistum zu „irren",[21] falls er selber dies nicht tun wolle. Ulrich hielt es nun für ehrlicher, die Störung des Handels selbst vorzunehmen und die Bürger vorher zu warnen, dass er die Schifffahrt bei Donaustauf stören werde, ehe die Leute des Kaisers aktiv würden. Die Stadt wandte sich zuerst an das Domkapitel, um wenigstens Wein

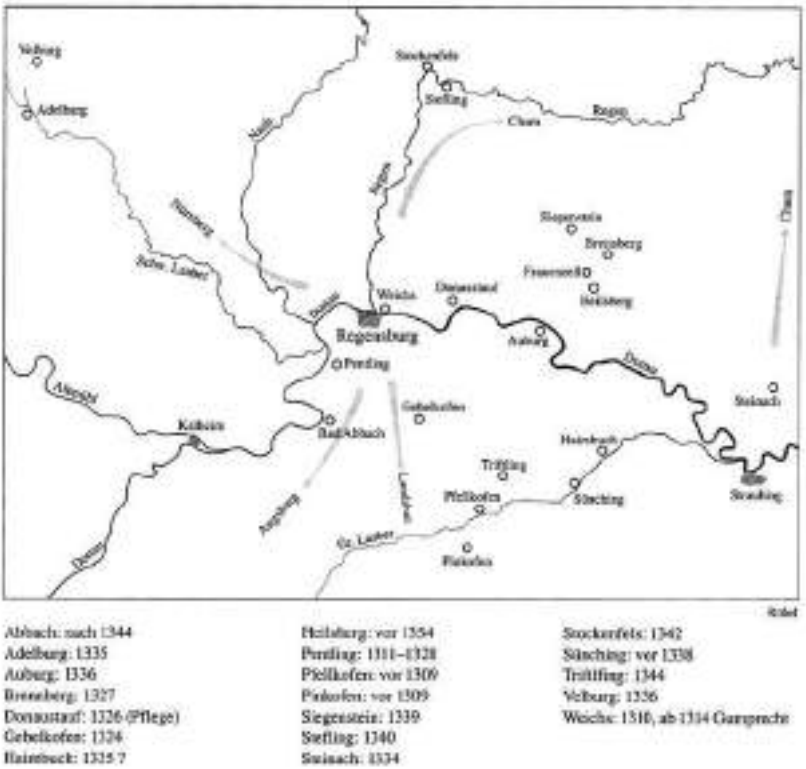


Abb. 1: Burgen und Hofmarken der Auer im Umland der Stadt Regensburg in der Zeit von 1309 bis vor 1354.

transportieren zu dürfen, was der Abensberger aber ablehnte. Eine Reaktion auf die darauffolgende Intervention der Stadt beim Bischof ist nicht bekannt. 1339 wurden Regensburger Kaufleute auf dem Weg zum Jahrmarkt nach Cham auf der Auerburg Steinach (Lkr. Straubing-Bogen) festgesetzt.[22] 1340 ließ die Herrin von Eppstein (Main-Taunus-Kreis / Hessen) zum Zwecke der Pfandnahme Regensburger Waren niederlegen. Die Stadt vermutete den Kaiser als Urheber und wandte sich unter anderem an Erzbischof Heinrich von Mainz um Hilfe.[23]

Noch empfindlicher als diese Handelsstörungen waren Blockaden der Stadt und Verschwörungen. Eine Abschnürung der Stadt ist zum Beispiel vor dem November 1342 anzunehmen. Der damalige Ausgleich zwischen Regensburg und Ludwig IV. beinhaltete nämlich auch, dass die Stadt Getreide, Holz „un[d] ander lipnare“[24] einbringen dürfe, was vorher offensichtlich nicht der Fall gewesen war.[25]

Verschwörungen

Besondere Gefahren und Aufregungen für die Stadt brachten einzelne Verschwörungen, mit dem Ziel, die Machtverhältnisse in der Stadt umzukehren. Am 20. Mai 1337 wurde der erste derartige Putschversuch offenbar, als entdeckt wurde, dass vom Haus der Herzöge aus die Stadtmauer untergraben worden war. Mindestens zwei weitere großangelegte Aktionen wurden vor ihrer Durchführung vereitelt. Unklar ist, wie weit der Kaiser zum Beispiel in die Aktion von 1337 eingebunden beziehungsweise an dieser beteiligt war. Die lange überlieferte Geschichte, Ludwig hätte sich 1337 in der Nähe der Stadt aufgehalten, um in die Stadt einzudringen, oder hätte diese gar belagert, ist allerdings nicht glaubwürdig zu belegen, und alle Indizien sprechen gegen eine direkte Beteiligung des Kaisers. In der Auseinandersetzung um den später wegen dieser Affäre hingerichteten Konrad Frumolt wurde deutlich, dass der Kaiser zumindest so viele Kenntnisse von diesem Vorfall hatte, dass er den Nürnbergern versichern konnte, Frumolt habe von dem Anschlag nichts gewusst, er, Ludwig, kenne aber die, die vom Anschlag gewusst hätten.[26] (Abb. 2)

Abb. 2: Gedenkstein zum Anschlag auf die Regensburger Stadtmauer 1337.

Ein weiterer Anschlag wurde seit Herbst 1338, fernab der Stadt Regensburg, in Nürnberg und am Rhein ausgeheckt. Ein Großteil der Verschwörer war entweder am ersten Auerbrief beteiligt gewesen oder hatte später mit den Auern die Stadt verlassen. Als Ziel des Umsturzes nannte man später lediglich die Abschaffung der Leibgedinge. Hilpolt von Stein, ein enger Vertrauter des Kaisers, der die ganze Verschwörung anscheinend ins Rollen gebracht hatte, besaß Ambi-

tionen auf das Amt des Bürgermeisters, was aber von seinen Mitverschwörern mit Misstrauen betrachtet wurde. Als weiterer Aspirant galt ein Hauzendorfer. Die konkreten Pläne zur Durchführung gediehen sehr weit, wurden aber schließlich verraten. Beabsichtigt war, während der Kreuztage (6.-8. Mai 1339), wenn die Bürger in Prozessionen größtenteils die Stadt verlassen hätten und die Torwachen mit schwachen Leuten besetzt seien, Regensburg zu überfallen und das Rathaus zu besetzen. Auch in der Stadt verschaffte man sich Anhänger, Sitauer versprach, er könne zwei Handwerke (= Zünfte) organisieren. Hilpolt versprach, die Festungen des Bistums bereitzuhalten und, was wohl entscheidend war, „[…] er wolt in achtzich man haimlich in die pfaffen haeuser verstozzen, daz die berait wern, wanne mon ir bedorft, […].“[27] Von Strafaktionen seitens der Stadt, nachdem der Anschlag aufgedeckt worden war, ist nichts bekannt, schon alleine deswegen, weil fast alle der Beteiligten mittlerweile landsässig geworden und so für die Stadt schlecht greifbar waren.

Die Konspirationen wurden weitergeführt. Eine weitere wurde wohl im Herbst 1339 entdeckt, als ein Bote Martin Nötzels Ortlieb Gainkofer, den er in Landshut am Hofe des Kaisers vermutete, einen Brief überbringen wollte. Da er Gainkofer dort nicht vorfand, wandte er sich nach Regensburg. Die Delegierten Regensburgs, die sich in Landshut aufhielten, wurden darauf aufmerksam und veranlassten, dass der Bote in Regensburg abgefangen wurde. Die Hintergründe sind nicht völlig klar, aber offensichtlich hatte man versucht, unterschiedliche Verschwörer zusammenzuführen, so die von Woller und den Auern geführte Gruppe – wohl der „äußere“ Bürgerverband – und eine durch Konrad Sitauer und Friedrich Hildbrand repräsentierte Gruppe. Nachdem man den Boten abgefangen hatte, verhaftete man Ortlieb Gainkofer, verhörte ihn und warf ihn ins Gefängnis, aus dem er erst 1344 auf Fürsprache des Kaisers und durch Stellung von Bürgen freikam. Diesmal waren die konspirativen Ziele weiter gesteckt. Gainkofer sagte aus, man habe die Macht der alten Geschlechter restituieren und die der Zünfte abschaffen wollen. Bei der Vernehmung des Ortlieb Gainkofer stellte sich auch heraus, dass der Kaiser zu den Verschwörern vielfältige Beziehungen gehabt hatte und dass er mit diesen in einem kontinuierlichen Informationsaustausch gestanden war. Dies ging so weit, dass der Bote an Gainkofer diesen am Hofe des Kaisers vermutete, unabhängig von der städtischen Delegation. Der Kaiser informierte die Verschwörer über den Verhandlungsstand mit der Stadt, die zentralen Akteure der Verschwörung, Nötzel und Woller, hielten sich am Hofe des Kaisers auf und überdies hatte Gainkofer persönliche Kontakte zu diesem über die Konspirationen. Anders als bei dem spektakulären Anschlag 1337 ist 1339 eine intensive Einbindung des Kaisers in die konspirativen Vorgänge gegen die Stadt nicht zu leugnen. Lediglich zum Informationsaustausch

waren die Kontakte zwischen ihm und den Verschwörern gemäß den Ergebnissen des Verhörs viel zu eng. Die Kontakte deuten vielmehr auf eine Verabredung über die Ziele und Mittel hin. Auch die Beteiligung Hilpolts von Stein, dessen Familie im politischen Interessenkreis des Kaisers stand, verweist auf eine Einbindung des Kaisers in die Verschwörung und auf dessen Einverständnis.

Seit dem Anschlag im Mai 1337 muss man von vielfältigen und langwierigen Verhandlungen zwischen Ludwig dem Bayern und der Stadt Regensburg ausgehen, die ihren vorläufigen Abschluss in einem Abkommen vom Dezember 1339 fanden, das jedoch von Beginn an als Provisorium gedacht war, da es bis April 1343 befristet war und wohl auch nicht gänzlich umgesetzt wurde. Die zwei wichtigsten Vereinbarungen besagten, dass der Regensburger Handel ungestört bleiben solle und die Auer das benachbarte Stadtamhof verlassen müssten. Zumindest letztere Bestimmung wurde nicht umgesetzt.

Der Tatbestand, dass der Kleinkrieg offensichtlich ohne größere Erfolge oder Ergebnisse verlief, was sich schon an dessen langer Dauer ablesen lässt, mag dem Kaiser Veranlassung gegeben haben, bis zum Jahre 1342 immer mehr von den Auern abzurücken und stattdessen sich die Ressourcen der Stadt, vor allem ihre Finanzkraft, zu erschließen. Noch vor Ablauf des ersten Vertrages von 1339 kam es nämlich 1342 zu einer neuen Vereinbarung. Die Auer mussten demnach das bayerische Stadtamhof jenseits der Donau nun endgültig verlassen, was natürlich die Durchführung von Verschwörungen erschwerte, und mussten die städtische Registratur zurückgeben. Dies belegt erneut, dass die Auer und die „äußeren Bürger“ engstens zusammenarbeiteten, da diese Registratur eigentlich im Besitz der „äußeren Bürger“ war. Friedrich Auer musste das Propstgericht aufgeben, und die Auer mussten sich mit der Stadt aussöhnen. Ludwig erhielt für diese sukzessive Aufgabe seiner Verbündeten zweimal 5.000 Pfund Pfennige, was ihm in der Stadt für lange Zeit eine schlechte Erinnerung eintrug.[28]

Neben der Einsicht in die Fruchtlosigkeit des Kleinkrieges, spielten aber sicher auch weitergehende Überlegungen für Ludwigs Bereitschaft, die Auer weitgehend aufzugeben, eine Rolle. Seit dem Februar 1342, seit der verhängnisvollen Trennung der Ehe des Luxemburgers Johann Heinrich mit Margarethe von Tirol und deren Wiederverheiratung mit Ludwig, dem Sohn des Kaisers, war eine Auseinandersetzung mit den Luxemburgern unausweichlich geworden. Im weiteren Vorfeld Böhmens musste die Lage daher beruhigt werden, und ein grundsätzlich gegen den Kaiser eingestelltes Regensburg konnte für diesen in den zu erwartenden Auseinandersetzungen hinderlich, wenn nicht gar gefährlich werden.

Der Ausgleich und das Bündnis Regensburgs mit den Auern

Nun folgte eine turbulente und in einzelnen Teilen singuläre Entwicklung. 1343 kam es zu einem Ausgleich und zu einem Bündnis der Stadt Regensburg mit den Auern. Diese sollten für sechs Jahre Bürger der Stadt werden, vier Burgen als Pfand setzen und auch sonst all ihre Burgen in den Dienst der Stadt stellen. Die Bereitschaft der Auer, diese überraschende Abmachung einzugehen, lag sicher im verlorenen Rückhalt des Kaisers begründet. Die Stadt wiederum konnte sich eine weitgehende Befriedung der Handelswege erhoffen und möglicherweise auch die Aussicht, bei weitergehender enger Kooperation mit den Auern den territorialen Ring der Wittelsbacher um die Stadt wenigstens teilweise aufzubrechen. Besonders bemerkenswert ist, dass die Auer sich verpflichteten, vielleicht besser, verpflichtet wurden, die Rechte und Freiheiten der Stadt zu schützen. Dieses Versprechen klingt zwar formelhaft, gewinnt aber besondere Bedeutung dadurch, dass die Stadt seit 1337, seit der Untergrabung der Stadtmauer, in der Angst lebte und dieser Angst immer wieder Ausdruck verlieh, ihre Rechte und Freiheiten zu verlieren. Vier Bürgen, darunter Burggraf Johann von Nürnberg und Heinrich der Alte von Ehrenfels, sollten das umfangreiche Vertragswerk garantieren. Die beiden genannten verweigerten allerdings im entscheidenden Moment die Besiegelung. Vom Burggrafen ist bekannt, dass er dies auf Intervention des Kaisers unterließ, möglicherweise gab es eine ähnliche Intervention auch beim Ehrenfelser.

Nachdem Ludwig IV. dieses gemeinsame Projekt der Stadt mit den Auern zum Scheitern gebracht hatte, wagte die Stadt das Äußerste und griff die Burg Donaustauf an.[29]

Nun war die Burg eigentlich bischöflich, sie gehörte zum Hochstift Regensburg. Ludwigs Einfluss dort aber war beträchtlich. Wie bereits erwähnt, wurde noch zu Lebzeiten von Bischof Nikolaus von Donaustauf aus der Regensburger Handel massiv behindert. Nach dem Tode Nikolaus' kam es zu einer Dreifachwahl des Domkapitels, Heinrich von Stein und Friedrich von Zollern verblieben als ernsthafte Bewerber. Heinrich hatte die Unterstützung des Kaisers und konnte sich im Hochstift festsetzen. Das für das Jahr 1336 schon einmal erwähnte Konsortium hatte in den Plänen des Kaisers offensichtlich eine Aufgabe, die weit über das Militärische hinausreichte. Von den vier erwähnten Personen stammten drei aus der bischöflich-regensburgischen Ministerialität (Auer, Eglofsteiner) und Eglkolf von der Warth aus der bischöflich-passauischen. Diese Familie band sich aber stark an die Landshuter Herzöge und hatte indirekt auch engste Kontakte zur bischöflich-regensburgischen Ministerialität. Dieses Konsortium war das Instrument des Kaisers, um die Ressourcen des Hochstifts mehr oder weniger vollständig unter seine Kontrolle zu

bringen. Es beschaffte Geld für den verschuldeten Heinrich von Stein und erhielt dadurch eine immer weitergehende Verfügung über das Hochstift und die beiden Festungen Donaustauf und Wörth (an der Donau). Diese faktische Inbesitznahme des Hochstifts erfolgte natürlich im Auftrag und zu Diensten des Kaisers. Pfleger des Hochstifts war ab 1344 der Domherr Dietrich Auer, Stellvertreter das seit 1336 bestehende Konsortium; an die Stelle Friedrich Auers waren inzwischen Wernt und Herwig Auer getreten.[30]

Das Militärbündnis zwischen Regensburg und Kaiser Ludwig dem Bayern

Nachdem Heinrich von Stein resigniert hatte, musste Friedrich von Zollern 1347 anerkennen, dass das Hochstift Regensburg weitgehend vom genannten Konsortium dominiert wurde. Dessen Tätigkeit macht deutlich, dass auch nach 1342, als der Kaiser die Positionen der Auer zugunsten der Stadt weitgehend aufgegeben hatte, ein Teil der Auer immer noch an den politischen Aktivitäten des Kaisers mitwirkte. Der Angriff Regensburgs auf die bischöfliche Burg Donaustauf ergab in ihrer Auseinandersetzung mit dem Kaiser also durchaus einen Sinn. Nachrichten über den Ausgang dieses Angriffs gibt es nicht, man muss aber annehmen, dass die Stadt gescheitert ist und dieses Scheitern den Weg zum letzten Vertragswerk in diesem Zusammenhang ebnete. Regensburg musste mit dem Kaiser ein Militärbündnis schließen, das eigentlich nur den Interessen des Wittelsbachers diente, da Regensburg in letzter Zeit bisher nur vom Vertragspartner ernstlich gefährdet war und die Stadt sich den politischen Intentionen des Kaisers zu fügen hatte.

Wegen der erwähnten Vorgänge in Tirol war eine Auseinandersetzung mit Karl von Mähren, dem Bruder des aus Tirol vertriebenen Johann Heinrich zu erwarten, und einzig Regensburg war noch nicht in das Abwehrbollwerk gegen den Luxemburger eingebunden. Seit dem Tod Heinrichs XIV. hatte der Kaiser die Vormundschaft über dessen Sohn Johann, der bereits 1340 verstarb, so dass Niederbayern an Ludwig fiel. Das Hochstift hatte er, wie gerade ausgeführt, durch das Konsortium mehr oder weniger völlig in seiner Verfügung. Im Vertrag von Pavia hatte er sich die Rechte in Regensburg und das weitere Umfeld um die Stadt gesichert. Zudem hatte ihm Rudolf 1341 seine Landesteile in der oberen Pfalz zur Verwaltung übertragen.[31]

Am 24. Februar 1344 kam es zum Militärbündnis des Kaisers mit der Stadt Regensburg. Die Vertragspartner versprachen sich bayernweit 200 Bewaff-

nete auf Gegenseitigkeit und auf 14-tägige Ansage, drei Jahre über den Tod des Kaisers hinaus, gebunden an seine Erben.
Als Pfand setzte Ludwig die Burgen Falkenstein (Lkr. Cham), Peylstein (Sattelpeilnstein, Gde. Traitsching, Lkr. Cham), Kallmünz (Lkr. Regensburg) und Abbach (Bad Abbach, Lkr. Kelheim). 1347 kam es zu weitgehend ereignislosen Kämpfen an der böhmischen Grenze. Regensburg rückte vertragsgemäß mit einem Tross von 26 Wagen aus.[32]
Nach dem Tode Ludwigs versagten seine Sicherungsmaßnahmen in der Realität. Regensburg war die erste Stadt des Reiches, die Karl IV. anerkannte.

Resümee

In den 33 Jahren seines König- und Kaisertums lag Ludwig der Bayer rund 14 Jahre mit der Stadt Regensburg im Streit oder gar im Kriegszustand.
Seit 1337, nach der ersten Verschwörung, tauchte in den Verträgen der Stadt in verstärktem Maße die Angst auf, ihrer Privilegien und Freiheiten verlustig zu gehen.[33] Diese Angst, in Zusammenhang mit den Angriffen, die aus den Rechten aus der Burggrafschaft begründet wurden, bestätigt wohl die These vom Anspruchscharakter, die den Begriff und den Rechtsinhalt der Freien Stadt umreißt und deren Verwirklichung die Stadt immer wieder erkämpfen musste. Für Ludwig musste die Aussicht, den Status Regensburgs erschüttern zu können, umso verlockender sein, als der andere alte Stadtherr, der Bischof, seit 1340 in denkbar machtloser Lage war. Die 10.000 Pfund Pfennige, die Regensburg leistete, und die drohende Auseinandersetzung mit den Luxemburgern mögen wohl eine Verschärfung dieses Kampfes um den Rechtsstatus der Stadt verhindert haben.
Im Inneren war der Einfluss der Pfandinhaber der alten herrschaftlichen Rechte der Herzöge und des Bischofs wohl nachhaltig gebrochen, obwohl diese alten Rechtspositionen ein außergewöhnlich zähes Leben hatten. Noch 1487 beschwerte sich der Bischof, dass immer mehr Leute, die eigentlich dem Propstgericht zugehörten, vom Schultheißgericht abgeurteilt würden.[34]
Im Rahmen der städtischen Verfassung wurde das Amt des Bürgermeisters immer mehr entmachtet. War in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts der Bürgermeister etwa noch Chef bei politischen Delegationen, so hieß es 1401: „Ez namen auch mein herren mit in hern Hadmar von Laber, der di zeit ir burgermeister“ war.[35]

Anmerkungen

1 Widemann, Josef (Bearb.): Regensburger Urkundenbuch, Bd. 1: Urkunden der Stadt bis zum Jahr 1350, (Monumenta Boica 53), München 1912, Nr. 374. Diese Passage stammt aus dem Brief, mit dem die Stadt Regensburg 1319 Friedrich von Österreich bat, sie nicht zu besuchen, anders gesagt, sie sperrte ihm den Donauübergang.

2 So im Titel eines Aufsatzes: Ambronn, Karl-Otto: Regensburg – die verlorene Hauptstadt, in: Glaser, Hubert (Hg.): Wittelsbach und Bayern, Bd. I/1: Die Zeit der frühen Herzöge. Von Otto I. zu Ludwig dem Bayern. Beiträge zur bayerischen Geschichte und Kunst 1180-1350, München – Zürich 1980, S. 285-294.

3 Schmid, Alois: Regensburg. Reichsstadt – Fürstbischof – Reichsstifte – Herzogshof, (Historischer Atlas von Bayern Teil Altbayern I/60), München 1995, S. 147-151.

4 Moraw, Peter: Reichsstadt, Reich und Königtum im späten Mittelalter, in: Zeitschrift für historische Forschung 6 (1979), S. 385-424, hier S. 412-413.

5 Schwalm, Jakob (Hg.): Constitutiones et Acta publica Imperatorum et Regum, Bd. 5: Inde ab a. 1313 usque ad a.1324, (Monumenta Germaniae Historica, Leges in Quart, Sectio IV), Hannover – Leipzig 1909-1913, Nr. 676.

6 Schmuck, Johann: Ludwig der Bayer und die Reichsstadt Regensburg. Der Kampf um die Stadtherrschaft im späten Mittelalter, (Regensburger Studien und Quellen zur Kulturgeschichte 4), Regensburg 1997, S. 21-68. Die vorliegenden Ausführungen beruhen fast ausschließlich auf dem genannten Titel.

7 Schmuck (wie Anm. 6), S. 159-160, 166, 172, 327.

8 Widemann (wie Anm. 1), Nr. 388.

9 Schmuck (wie Anm. 6), S. 72.

10 Widemann (wie Anm. 1), Nr. 267.

11 Die Löbel besaßen Rechte am Zoll. Widemann (wie Anm. 1), Nr. 255.

12 Dazu auch: Lehner, Sandra: Das Patriziat im Wandel. Identitätsbildung, Abgrenzung und Netzwerke im frühen 14. Jahrhundert am Beispiel der Regensburger Familien Auer und Gumprecht, (Regensburger Beiträge zur Regionalgeschichte 7), Regensburg 2009.

13 Schmuck (wie Anm. 6), S. 117-121.

14 Widemann (wie Anm. 1), Nr. 738.

15 Schmuck (wie Anm. 6), S. 86.

16 Unterkäufer, Omer, Schroter, Goldstreicher. Widemann (wie Anm. 1), Nr. 686.

17 Widemann (wie Anm. 1), Nr. 733.

18 Widemann (wie Anm. 1), Nr. 737.

19 Widemann (wie Anm. 1), Nr. 254.

20 Schmuck (wie Anm. 6), S. 99-106.

21 Verhindern, hemmen. Schmeller, Johann Andreas: Bayerisches Wörterbuch, 3. Neudr. d. v. G. Karl Fromann, bearb. 2. Ausg., München 1872-77, Bd. 1, Aalen 1973, Spalte 131.

[22] Schmuck (wie Anm. 6), S. 206.
[23] Schmuck (wie Anm. 6), S. 194.
[24] Widemann (wie Anm. 1), Nr. 1003.
[25] Schmuck (wie Anm. 6), S. 197.
[26] Fuchs, Franz / Krieger, Karl-Friedrich: Ludwig der Bayer und das Loch in der Stadtmauer. Ein städtischer Gedenktag im spätmittelalterlichen Regensburg, in; Schraut, Sylvia / Stier, Bernhard (Hg.): Stadt und Land. Bilder, Inszenierungen und Visionen in Geschichte und Gegenwart, Wolfgang Hippel zum 65. Geburtstag, (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg B 147), Stuttgart 2001, S. 17-31.
[27] Widemann (wie Anm. 1), S. 547.
[28] Der Schreiber des „Roten Stadtbuches", einer Handschrift aus dem 15. Jahrhundert mit den Kopien städtischer Privilegien, bemerkt zu Ludwig IV.: „Diser Stat hat er wolgenoszen vnd vmb grosz guet pracht mit mangerlay […]." Bayerisches Hauptstaatsarchiv, RL Regensburg 363 f. 3´.
[29] Chronikalische Nachrichten dazu sind dürftig und widersprüchlich. Allerdings kennt Carl Theodor Gemeiner aus heute verlorenen Stadtrechnungen für die Jahre 1342 und 1343 viele Details zu einer Belagerung Donaustaufs durch die Regensburger. Gemeiner, Carl Theodor: Reichsstadt Regensburgische Chronik. Die wichtigsten und merkwürdigsten Begebenheiten, welche sich in Regensburg und in der Nachbarschaft der Stadt seit Entstehung derselben bis auf unsere Zeiten zugetragen haben, aus der Urquelle geschöpft und beschrieben von C. T. G, Bd. 2: Der Regensburgischen Chronik zweiter Band, 2., unveränd. Nachdr. d. Ausg. Regensburg 1803, München 1987, S.35-36; Schmuck (wie Anm. 6), S. 197.
[30] Schmuck (wie Anm. 6), S. 269.
[31] Schmuck (wie Anm. 6), S. 241
[32] Gemeiner (wie Anm. 29), S. 46-47.
[33] Dazu auch: Ziegler, Walter: Das späte Mittelalter und die Zeit der Reformation, in: Kraus, Andreas / Pfeiffer, Wolfgang (Hg.): Regensburg. Geschichte in Bilddokumenten, München 1979, S. 60-71, hier S. 66.
[34] Staatliche Bibliothek Regensburg, Rat. ep. 160: 1487 November 1.
[35] Weizsäcker, Julius: Deutsche Reichstagsakten unter König Ruprecht, Zweite Abteilung 1401-1405, Nachdr., Göttingen 1956, S. 46.

Abbildungsnachweis

- Johann Schmuck, Nittenau (Röhrl): Abb. 1.
- Stadt Regensburg, Presse- und Informationsstelle (Adolf Reisinger): Abb. 2.

Michael Stephan

Ludwig der Bayer und München

1. Einleitung

Der Bayerische Rundfunk sendete am 11. Mai 2014 das einstündige Feature „Wir sind Kaiser. Ludwig der Bayer und Regensburg". Richard Loibl, der Leiter des Hauses der Bayerischen Geschichte, wurde gefragt, warum die Ausstellung in Regensburg und nicht in der „Residenzstadt" München gezeigt werde. Loibl sagte in seiner unvergleichlichen Art wörtlich: „Das München im 14. Jahrhundert ist im Vergleich zur Welthandelsstadt Regensburg doch a bissal a Kaff."
Ich wurde für diese Sendung zwar auch interviewt – am Kaisergrab in der Münchner Frauenkirche –, aber nicht zusammen mit Loibl, konnte also auch nicht direkt zu dessen Aussagen Stellung nehmen. Aber ein bisschen ist schon was dran an den so pointierten Äußerungen Loibls, wie nun zu zeigen sein wird.

2. Münchens Entwicklung seit 1158 und unter den ersten Wittelsbachern

Münchens Eintritt in die Geschichte erfolgte relativ spät. 1158 schlichtete der staufische Kaiser Friedrich Barbarossa den bekannten Streit zwischen dem Welfen Heinrich dem Löwen, damals Herzog von Bayern und Sachsen, und Bischof Otto von Freising um den vom bayerischen Herzog zerstörten freisingischen Markt Oberföhring und das neue herzogliche „forum Munichen" (wie es in der am 14. Juni ausgestellten Urkunde heißt) so, dass die Herrschafts- und Marktrechte über München geteilt blieben. Schon 1180 nach der Absetzung Heinrichs des Löwen erwirkte der damalige Bischof von Freising eine Revision der Urkunde von 1158, die – wenn er sie realpolitisch durchsetzen hätte können – schon wieder das Ende Münchens bedeutet hätte. Dass München damals zerstört worden sei, wie die Schäftlarner Annalen zum Jahr 1180 suggerieren („Munichen destruitur, Feringen reedificatur") entsprach wohl eher dem Wunschdenken des Bischofs in dieser politischen Ausnahmesituation. Nach dem Ende eines kurzen Machtvakuums musste sich der Freisinger Bischof mit dem als neuen Herzog in Bayern eingesetzten Grafen Otto von Wittelsbach weiterhin die Herrschaft in München teilen.

Für die ersten Wittelsbacher, nach Otto I. (1180-1183) folgten Ludwig der Kelheimer (1183-1231) und Otto II. (1231-1253), waren zunächst andere Orte in Bayern wichtiger, so Wartenberg, Kelheim, Vohburg und vor allem das 1204 von ihnen gegründete Landshut, nach der Erbschaft der Rheinpfalz 1214 auch Heidelberg. Auch Regensburg blieb zunächst noch ein bevorzugter Sitz der bayerischen Herzöge, wo sie mit Vorliebe ihre Hof- und Landtage abhielten (zuletzt noch 1244, ein Jahr vor der Erhebung zur Freien Reichsstadt durch Kaiser Friedrich II.). In München, für das erstmals 1215 der für Bischofsstädte übliche Begriff „civitas" (Bürgergemeinde) in den Quellen auftaucht, konnten die Wittelsbacher jedoch um 1240 de facto die alleinige Stadtherrschaft gegenüber den Freisinger Bischöfen durchsetzen.

Nach der Landesteilung des Herzogtums Bayern im Jahr 1255 baute Herzog Ludwig II., der Strenge (1253-1294), der Vater Ludwigs des Bayern, München als neuen Zentralort seines oberbayerischen Landesteils aus.

Diese erste Hofhaltung (dieser Begriff passt besser als „Residenz") hat sich in vielfach gewandelter Form bis heute erhalten: im so genannten „Alten Hof" an der Nordostseite des älteren, inneren Stadtkerns. Als „castrum" (Burg) wird der Ort erstmals 1319 in einer Urkunde Ludwigs des Bayern genannt und behielt diesen Namen (der sich noch heute in der anschließenden „Burgstraße" wiederfindet) bis zum Bau der Neuveste um 1385 im Nordostbereich der heutigen Residenz. Die alte Hofhaltung nannte man jetzt „Alte Veste" (1391), auch „Alte Burg" (1452) und seit 1551 „Alter Hof". (Abb. 1)

In der Zeit Herzog Ludwigs II. wurde auch die große Stadterweiterung geplant und schon weitgehend abgeschlossen, denn in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts war die Einwohnerzahl deutlich gestiegen. Wenn auch genauere Zahlen (über die städtischen Steuerlisten) erst ab 1367 vorliegen (ca. 10.000 Einwohner), waren das aber deutlich weniger als in Regensburg (50.000), Augsburg (30.000) oder Nürnberg (28.000).

München wuchs in dieser Zeit um das Sechsfache des welfischen Stadtkerns von 1158, und dieser Raum von etwas über einem Quadratkilometer sollte für nahezu ein halbes Jahrtausend seiner weiteren Entwicklung genügen. Schon um 1300 gibt es Belege für eine innere und äußere Stadt, auch wenn der neue Mauerring erst in der Zeit Kaiser Ludwigs, 1337 mit der Fertigstellung des Isartors, seinen endgültigen Abschluss bekam.

Doch dieses sprunghafte Wachstum sagt allein noch nichts aus über die Bedeutung der Stadt für den Herzog. Beliebte Aufenthaltsorte des Herzogs waren neben München auch Grünwald und Neuburg an der Donau. Und schaut man sich seine Urkunden nach dem Ausstellungsort an, so sind nur 10 Prozent der Urkunden in München ausgestellt. Die meisten Urkunden sind von einem Herzog auf Reisen beziehungsweise von einer

Abb. 1: Der Alte Hof in München in einer Ansicht Carl August Lebschées von 1869.

reisenden Kanzlei ausgestellt: in Dachau, Wolfratshausen, auch Donauwörth und Augsburg, immer noch Regensburg und Heidelberg (im rheinpfälzischen Teil seiner Herrschaft). München entwickelte sich also zu einem wichtigen Zentral- und Vorort, war aber noch lange nicht die Zentrale Oberbayerns, und der Alte Hof hatte bei weitem nicht den Status eines Regierungssitzes.

3. München unter den Brüdern Rudolf und Ludwig (1294-1314/17)

Nach dem Tod Herzog Ludwigs II. regierte zunächst sein älterer Sohn Rudolf I. (1274-1319) allein im Teilherzogtum. Am 1. September 1294 heiratete er Mechthild, die Tochter des römischen Königs und Grafen Adolf von Nassau, allerdings nicht in seiner „Residenzstadt" München, sondern in der für eine Königstochter wohl eher standesgemäßen Reichsstadt Nürnberg.

Rudolf regierte zunächst auch als Vormund für den jüngeren Bruder Ludwig (1282-1347), ab 1302, nach erreichter Volljährigkeit Ludwigs, regierten sie gemeinsam und führten bis 1310 eine gemeinsame Kanzlei. Am 1. Oktober 1310 teilten die mittlerweile zerstrittenen Brüder das Land in die beiden seit 1280 nachweisbaren Verwaltungseinheiten, in denen je ein Viztum beziehungsweise Rentmeister als Stellvertreter des Herzogs amtierte: Rudolf erhielt als Landesteil das Viztum südlich der Donau mit Sitz in München, das auch sein Hauptort wurde; Ludwig wurde das niedere Viztumamt mit Sitz in Burglengenfeld zugesprochen, seine Hauptorte wurden aber Amberg und Ingolstadt.

Bei dieser Teilung wirkten die Räte des herzoglichen Rates, die alle aus Adels- und Ministerialengeschlechtern stammten (wohlgemerkt aber keiner aus dem Münchner Patriziat), bei einer Zusammenkunft in München im September 1310 entscheidend mit. Mit dem so genannten „Münchner Frieden“ vom 21. Juni 1313 führten die beiden Brüder wieder eine gemeinschaftliche Regierung und eine gemeinsame Kanzlei (aber mit speziellen Schreibern). Die Königswahl von 1314, bei der sich Rudolf auf die Seite des Gegenkandidaten Friedrich des Schönen stellte, brachte keine rechtliche Änderung für die herzogliche Gewalt Ludwigs in Bayern und der Pfalz. Das erschwerte Verhältnis der Brüder wurde dann mit dem Friedensvertrag vom 6. Mai 1315 versucht zu klären, erst mit dem Ausgleich vom 26. Februar 1317 verzichtete Rudolf aber dann auf die Mitregierung im Herzogtum. Er starb am 12. August 1319.

Schauen wir auch hier auf die Ausstellungsorte der herzoglichen Urkunden aus dieser Zeit. München steht in allen Phasen der geschilderten Entwicklung unter den beiden Brüdern an der Spitze der Ausstellungsorte: bei Rudolf allein als Aussteller 30 Prozent, bei den gemeinsam von Rudolf und Ludwig ausgestellten Urkunden 28 Prozent und bei Ludwig allein nur 13 Prozent. Das heißt aber auch hier im Umkehrschluss, dass mindestens 70% der Urkunden nicht in München ausgestellt wurden.

Welche Bedeutung hatte München für die herzoglichen Brüder in diesen wechselvollen 20 beziehungsweise 23 Jahren? Wie nutzte die Bürgerschaft die durch den Bruderzwist entstandenen Spielräume?

Schon in den Jahrzehnten vor 1294 hatte sich in der durch den Salzhandel wirtschaftlich prosperierenden und damit selbstbewusst gewordenen Stadt allmählich eine städtische Selbstverwaltung mit einem patrizischen Zwölferrat als Spitzengremium herausgebildet. Das erste Stadtsiegel ist für 1239 belegt, der Stadtrat wird 1286 erstmals erwähnt („consules civitatis Monacensis“).

Die Emanzipationsbemühungen der Münchner Bürgerschaft gegenüber dem wittelsbachischen Stadtherrn gipfelten in der Urkunde Herzog Rudolfs I. vom 19. Juni 1294, in der er seinen Bürgern („unser lieben bur-

gaer ze Munichen“) die überlieferten Rechte in Form eines ganzen Katalogs von Stadtrechtsnormen bestätigte. Signifikanter Ausdruck des neuen Verhältnisses von Stadtherr und Stadtgemeinde war in diesem so genannten „Rudolfinum“ die Bestimmung über den Stadtrichter, dem die niedere Gerichtsbarkeit übertragen wurde. Er blieb zwar stadtherrlicher Amtsträger, empfing aber nun sein Amt nur nach Wahl und Vorschlag der Bürger („wan nach ir rat und bet“).

Diese Münchner Freiheiten wurden zum Vorbild für andere Städte: 1315 erhielt Landsberg das Münchner Stadtrecht, 1321 Aibling und 1334 Wasserburg.

Der offen ausgetragene Zwist unter den herzoglichen Brüdern und die Teilung des Herzogtums 1310 beschleunigten den Prozess der kommunalen Verselbständigung. In diese Zeit fiel genau die Entstehung der älteren Ratssatzung in München. Diese ziemlich unsystematische Sammlung von Rechtsaufzeichnungen präzisierte nicht nur die im Rudolfinum von 1294 bestätigten Rechte des Rates, sondern enthielt auch die neuen Satzungen der Bürger (also gewisse Satzungsautonomie!) über Verfassungs- und Strafrecht sowie Gewerbe- und Marktbestimmungen zum amtlichen Gebrauch.

Bei den Privilegien, die Rudolf und später dann auch Ludwig für München ausstellten, zeichnete sich die Tendenz ab, die Wirtschafts- und Finanzkraft der Stadt zu stärken, was indirekt über die Steuern wiederum dem Landesherrn zu gute kam. München als wichtigstes Handelszentrum im Teilherzogtum zahlte um 1300 schon zwei- bis viermal so viele Steuern wie Ingolstadt, die zweitgrößte Stadt Oberbayerns, und mehr als die 18 übrigen Städte und Märkte dieses Territoriums zusammen.

München war im Bruderstreit wohl auch in zwei feindliche Lager gespalten, und jeder der Brüder versuchte mit meist politisch motivierten und taktisch eingesetzten Privilegien die finanzkräftige Bürgerschaft auf seine Seite zu ziehen.

Nach seiner Königswahl und dem erneut ausgebrochenen Streit mit seinem Bruder gewährte Ludwig in seiner ersten Königsurkunde für München, die sich eine Münchner Delegation am 18. Februar 1315 im Hoflager in der freien Reichsstadt Pfeddersheim (heute ein Stadtteil von Worms) abholen musste, den Bürgern Geleit und Schutz im Reich und in den bayerischen Herzogtümern für ihr Gut und ihre Boten. Am 4. Mai 1315 bestätigte Ludwig als König erneut die Rechte „unsrer stat ze Munichen“, wie er überhaupt in diesem Jahr neun wichtige Privilegien für München verlieh.

Von diesen Privilegien ist noch das ebenfalls am 4. Mai 1315 ausgestellte Bauverbot für den Münchner Marienplatz zu erwähnen. Es galt immer als erstes weitsichtiges Baugesetz für die Stadt, das für immer Geltung haben sollte (erst Kurfürst Maximilian I. durchbrach 1638 mit der Errichtung der

Mariensäule selbst dieses Gesetz). König Ludwig versuchte aber mit diesem Privileg, in dem er auch die Verlegung der Fleisch- und Brotbänke vom Marienplatz auf den späteren Viktualienmarkt gestattete, konkret politisch, den von ihm umworbenen Münchner Großhandelskaufleuten den Hauptplatz der Stadt für ihre großen Geschäfte frei zu halten.
München erhielt 1316 noch zwei Urkunden des Königs, 1317 aber keine mehr.

4. München unter Ludwig dem Bayern (1317-1347)

Nach der politischen Ausschaltung seines Bruders Rudolf im Herzogtum im Jahr 1317 konnte Ludwig sich verstärkt der Sicherung seiner Königswürde gegen die Ansprüche des Habsburgers Friedrich des Schönen kümmern.
Da Ludwig München nun sicher hinter sich wusste, setzte er gezielt Boten aus München ein, um habsburgisches Vorgehen in benachbarten Gebieten zu hintertreiben. Die Münchner Stadtkammerrechnungen der folgenden Jahre bis zur entscheidenden Schlacht bei Mühldorf am 28. September 1322 weisen viele Ausgabeposten für solche Boten („nuntii“) aus, deren Gänge unter anderem nach Passau, Augsburg, Schärding, Landshut, auch Regensburg musste bei der Stange gehalten werden, und eben Mühldorf führten; sogar zwei Missionen nach Wien sind 1319 und 1320 verzeichnet. München beziehungsweise der Münchner Rat war in diesen entscheidenden Jahren wohl so etwas wie die „Aufklärungs- und Nachrichtenzentrale“ des Königs.
Aus den Rechnungen ergeben sich explizit keine Hinweise auf militärische Unterstützung, obwohl München sicher auch ein Aufgebot stellen musste. Der Legende nach zeichneten sich bei der Schlacht von Mühldorf besonders die Münchner Bäcker aus, die danach den Reichsadler in ihrem Zunftwappen führen durften.
Nach der Schlacht von Mühldorf beziehungsweise Ampfing und der Gefangennahme Friedrichs des Schönen zog Ludwig sicher nicht so triumphal in München ein, wie es das 1835 an der Außenseite des Isartores angebrachte Freskogemälde vermittelt. Aber Ludwig der Bayer zeichnete München durch andere Entscheidungen mit seiner Wertschätzung aus.
Seine bereits am 24. August 1322 mit 32 Jahren in München verstorbene erste Gemahlin Beatrix war in der Frauenkirche bestattet worden, die nach dem Tod Ludwigs zur Grablege der Wittelsbacher werden sollte. Als Kaiser stiftete Ludwig am 22. Januar 1331 noch selbst einen Altar und eine Messe.

Im Jahr 1324 holte Ludwig die Reichskleinodien von Nürnberg nach München, wo sie – in der Hofkapelle bewacht von vier Zisterziensermönchen des Klosters Fürstenfeld – bis zum Jahr 1350 blieben (die Münchner gaben sie nach dem Tod Ludwigs erst nach der Aussöhnung der Söhne Ludwigs mit dem neuen König Karl IV. heraus).
München spielte dann 1325, als sich Ludwig mit Friedrich wieder einigte und ihn zum Mitregenten im Reich machte, als Schauplatz eine wichtige Rolle. Anfang Juli fand hier ihre geheime Übereinkunft statt und bis September regierten sie nun gemeinsam von München aus das Reich. Am 5. September 1325 schlossen sie den so genannten „Münchner Vertrag", in dem sie sich unter anderem auf einen Hofrichter und einen Hofschreiber einigten, damit das Gericht ungeteilt blieb. Und am 6. September 1325 erneuerte Friedrich den Münchner Bürgern die ihnen von König Rudolf am 12. April 1280 verliehenen Handelsfreiheiten.
Am 20. Dezember 1326 stellte Ludwig seine letzte Urkunde in München vor der Italienreise aus. Nach der Kaiserkrönung in Rom am 17. Januar 1328 kehrte er erst wieder am 16. Februar 1330 in die Stadt zurück.
Noch einige Beispiele aus der Kaiserzeit für die besonderen Beziehungen Ludwigs zu München: 1340 wurde das neue Stadtrechtsbuch vollendet, das die geltenden Rechte der Stadt zusammenfasste, wie sie sich seit dem Rudolfinum von 1294 entwickelt hatten. Auch dieses neue Münchner Stadtrecht, das Kaiser Ludwig bestätigte, bekam wieder Vorbildfunktion und wurde auch anderen bayerischen Städte wie Aichach oder Pfaffenhofen (1347) verliehen.
Auch bei der zweiten wichtigen Rechtskodifikation des Kaisers, beim oberbayerischen Landrecht von 1346, kam der Stadt München eine gewisse Bedeutung zu. Das im Stadtarchiv München verwahrte Exemplar (Zimelie 12) wird in der Literatur oft als „Archiv- oder Residenzexemplar" (Jaroschka) bezeichnet, die in der Bayerischen Staatsbibliothek liegende Handschrift (cgm 1506) dagegen als „Gebrauchsexemplar des Stadtgerichts München".
Und noch ein letzter Beleg für die Stärkung der Interessen der Stadt durch Ludwig: Mit dem Privileg vom 8. Mai 1342, dem so genannten „Zweiten Baugesetz", übertrug der Kaiser die volle Entscheidungsgewalt in Bausachen auf die Stadt; alle neuen Gebäude sollten von nun an möglichst aus Stein gebaut und mit Dachziegeln bedeckt sein. Dieses Privileg war auch eine späte Reaktion auf den verheerenden Brand vom 13. Februar 1327, der ein Drittel der Stadt einäscherte, darunter die Peterskirche, das Heiliggeistspital, Teile des Alten Hofs sowie das ganze Tal.
Von Seiten des Kaisers ist aber in seiner gesamten Regierungszeit keine nennenswerte Bautätigkeit nachzuweisen. Die berühmte gotische Instand-

setzung des Alten Hofs in München erfolgte erst im Jahrhundert nach Ludwig dem Bayern.
Stichwort Alter Hof: Als vermeintlicher Regierungs- und Verwaltungssitz wurde er immer mit der Bedeutung Münchens für Ludwig in Verbindung gebracht. Doch Untersuchungen zur Kanzlei Ludwigs des Bayern ergaben, dass diese Kanzlei keine „Behörde“ mit festem Sitz in München war. Kanzlei bedeutete damals vielmehr die Gesamtheit der Personen, die bei Ludwig Arbeiten im Zusammenhang mit Regierung und Verwaltung erledigten. Von den führenden Personen der Kanzlei, also Kanzler und Protonotare, stammte zudem keiner aus München.
Auch die Urkunden der Reichskanzlei (mit Majestätssiegel) wurden nur zu einem Bruchteil in München ausgestellt. Das gilt auch für die 64 Urkunden, bei denen die Stadt München (also ohne Kirchen, Klöster und Spitäler) als Empfänger erscheint und deren Originale im Stadtarchiv München liegen (zum Vergleich: insgesamt zählt man 725 Urkunden in Archiven und Bibliotheken Ober- und Niederbayerns).
Wie andere Städte auch musste sich der Münchner Rat seine Urkunden irgendwo im Reich holen und schickte Boten – wir hörten es schon – nach Pfeddersheim, Ingolstadt, Nürnberg, Frankfurt, ins Feldlager nach Donauwörth und einmal sogar bis nach Pisa. Die wichtige Goldbulle für München vom 31. Januar 1329 mit der Bestätigung der Stadtrechte wurde in Pisa ausgestellt. In der Formulierung der Adresse („des rates und der gemein der purger von Munichen von unserer gute und von gewalte, der uns antriffet von dez hertzentums wegen ze Beiern“) ist aber gegenüber der herzoglichen und königlichen Bestätigung von 1313 beziehungsweise 1315 und auch im Vergleich mit Urkunden für andere Städte keine Bevorzugung Münchens zu konstatieren. (Abb. 2 u. 3)
In der in München ausgestellten zweiten Goldbulle für München vom 6. November 1332 heißt es ganz schlicht: „unser stat ze Munchen“. Mit dieser Urkunde bestätigte der Kaiser der Stadt das Recht der Salzniederlage und des Salzhandels. Von Wasserburg her durfte Salz „durch unser lant ze Beyern“ zwischen Landshut und dem Gebirge nur bei München über die Isar transportiert werden, was ein regelrechtes Salzhandelsmonopol bedeutete. Die Urkunde galt das ganze Mittelalter hindurch als wirtschaftspolitische „Magna Charta“ der Stadt. (Abb. 4)
Aus der Stabilisierung der Wirtschaftskraft der Stadt zog aber letztendlich immer Ludwig als Stadtherr besonderen Nutzen. Wenn es dem Kaiser aber politisch passte (ihm ging es immer um die Stärkung des Territoriums, nie der Stadt allein), konnte er auch gegen die Interessen der Stadt handeln und ein so grundlegendes Privileg wieder außer Kraft setzen, so geschehen um 1341. Am 28. Juli 1347 erneuerte der Kaiser dann sein Privileg wieder. Erst die bayerischen Herzöge des frühneuzeitlichen Staates, die nach neu-

Abb. 2: 31. Januar 1329: Kaiser Ludwig der Bayer bestätigt der Münchner Bürgerschaft mit einer in Pisa ausgestellten Urkunde ihre Stadtrechte.

Abb. 3a u. b: Vorder- und Rückseite der Goldbulle der am 31. Januar 1329 von Ludwig dem Bayern für München ausgestellten Stadtrechtsurkunde.

Abb. 4: 6. November 1332: Kaiser Ludwig der Bayer bestätigt der Münchner Bürgerschaft mit einer in München ausgestellten Urkunde das Recht der Salzniederlage und des Salzhandels.

en Einnahmequellen suchten und dabei kommunale Positionen aushöhlten, widerriefen 1587 das Salzprivileg und setzten ein staatliches Handelsmonopol durch – zu Lasten Münchens.

5. Zusammenfassung

Nach seinem Itinerar verbrachte Ludwig der Bayer in den fast 33 Jahren seiner Regierungszeit von 1314 bis 1347 allein 2.000 Tage in München, 138 Aufenthalte sind zu verzeichnen. München war ohne Zweifel durch den enormen Bevölkerungszuwachs, den topographischen Ausbau der Stadt sowie durch seine wirtschaftliche Potenz und hohe Steuerkraft – unterstützt durch entsprechende Privilegien Ludwigs – in einer bevorzugten Sonderstellung vor anderen herzoglichen Städten. Trotz städtischer Autonomiebestrebungen gab aber Ludwig keine wesentlichen stadtherrlichen Rechte aus der Hand. Sein Kaisertum verschaffte der Stadt sicherlich Glanz und internationales Ansehen. Doch königliche Hoftage oder Reichsversammlungen fanden hier nie statt, da waren Reichsstädte wie Nürnberg oder Frankfurt wichtiger. Und nur 19 Prozent der Urkunden Ludwigs sind in München ausgestellt, das heißt vier Fünftel der Regierungsgeschäfte passierten an anderen Orten. Der Alte Hof in München war im Zeichen noch traditioneller Reiseherrschaft nicht der zentrale Ort der Verwaltung und der politischen Leitung. Von einer bayerischen Hauptstadt (auch in den Jahren der Wiedervereinigung der ober- und niederbayerischen Landesteile zwischen 1340 bis 1347) oder gar von einem Zentrum des Reiches kann in der Zeit Ludwigs des Bayern nicht gesprochen werden.
Die von Vorstellungen späterer Jahrhunderte bestimmten Begriffe wie „Hauptstadt“ oder „Residenzstadt“ sind für die Zeit Ludwigs des Bayerns, bei aller Bedeutung, die München tatsächlich für ihn hatte, nur bedingt zutreffend.

Literatur (mit weiterführenden Quellen- und Literaturhinweisen)

- Stephan, Michael: Metropolis Bavariae? Die Bedeutung Münchens für Ludwig den Bayern, in: Seibert, Hubertus (Hg.): Ludwig der Bayer (1314-1347). Reich und Herrschaft im Wandel, Regensburg 2014, S. 285-300.

Abbildungsnachweis

- Stadtarchiv München: Abb. 1-4.

Werner Fees-Buchecker

Ludwig der Bayer in der Lokalgeschichte Das Beispiel Landsberg am Lech

Einführung

1314 wurde Herzog Ludwig IV. von Oberbayern, der später als Kaiser Ludwig der Bayer in die Geschichte einging, zum deutschen König gewählt.[1] Bei der Wahl kam es aber zu einer Doppelwahl. Der Habsburger Friedrich der Schöne von Österreich wurde ebenfalls zum König gekrönt. So war eine militärische Auseinandersetzung zwischen den beiden Königen unvermeidlich. In diese Auseinandersetzung geriet auch die Stadt Landsberg im Jahr 1315. Aus diesem Jahr datiert auch die erste Königsurkunde Ludwigs des Bayern für die Stadt. Dieses „700-Jahr-Gedenken" gibt den Anlass, sich näher mit Ludwig dem Bayern und Landsberg zu beschäftigen, nicht zuletzt, da die betreffenden Urkunden des Stadtarchivs in Vollform zum letzten Mal vor über hundert Jahren von Johann Josef Schober ediert wurden.[2] Ludwigs des Bayern Förderung der bayerischen Städte durch Verleihung von Privilegien, die sich fast stereotyp durch die Literatur zieht, kann am Beispiel Landsbergs näher beleuchtet werden. Zum Kaiser wurde Ludwig der Bayer erst 1328 gekrönt. Seine wichtigen Urkunden für Landsberg fallen aber vor diese Zeit, so dass hier immer von (König) Ludwig dem Bayer gesprochen wird.

Die Stadt Landsberg zu Beginn der Regierungszeit Ludwigs des Bayern

Landsberg stellte sich seit dem ausgehenden 13. Jahrhundert als bayerische Herzogsstadt dar, die die Westgrenze des Herzogtums gegen Schwaben sichern sollte.[3] Sie war zwischen Augsburg und Schongau die einzige Stadt am Lech und bedeutender Brückenübergang, Zollstation und zentraler Handelsort an der Salzstraße zwischen Reichenhall und Memmingen. Die Stadt lag in der Nähe einer Kreuzung der Salzstraße mit der sehr wichtigen Italienfernstraße Augsburg – Fernpass – Reschenpass parallel zur römischen Via Claudia. Der Zeitpunkt der genauen Stadtgründung oder Stadtrechtsverleihung nach der Errichtung der Burg, der Verlegung der Salzstraße und des Brückenbaus um 1160 ist ungewiss. Die Stadterhebung wird um 1260/70 aus einer präurbanen Siedlung angenommen. 1261 ist ein „ber-

tholdus iudex noster“ und damit das Landgericht, 1279/84 im 2. Herzogsurbar ein „iudicio civitatis“ und damit eine „civitas“, also Stadt genannt. Landsberg war Mittelpunkt eines Landgerichts mit Sitz auf der Burg.
Die junge Stadt, die schon Ratsverfassung, einen Mauerring und gewisse Rechte hatte, fiel in der kurzlebigen Landesteilung zwischen Herzog Ludwig und seinem Bruder Rudolf in den Jahren 1310 bis 1313 Herzog Ludwig (dem Bayer) zu, der Ingolstadt und die Städte links der Isar erhielt. Nach der Doppel-Königswahl 1314 geriet Landsberg mit in die Kampfhandlungen zwischen Ludwig und dem Gegenkönig Friedrich dem Schönen von Habsburg.

Die Privilegien für Landsberg

Im Stadtarchiv Landsberg sind drei Originalurkunden der Kanzlei König Ludwigs erhalten, die Privilegienverleihungen an mittelalterliche Städte näher beleuchten können. Diese will ich im Folgenden kurz vorstellen. Juristisch können Privilegien so definiert werden: „Ein begünstigender Herrschaftsakt für einen Einzelempfänger“.[4] Sie stehen im Gegensatz zu Gesetzgebung und allgemeinen normativen Vorschriften. Ein neuer Aufsatz von Hans-Joachim Hecker in einem 2014 erschienen Sammelband untersucht Herrschaft und Privileg bei Ludwig dem Bayern vor allem in rechtlicher Hinsicht.[5] In inhaltlicher Hinsicht kann Landsberg am Lech als Beispiel dienen. Einige Urkunden, die nicht im Stadtarchiv erhalten sind, werden in dem großen Band der Regesten Kaiser Ludwigs des Bayern nachgewiesen.[6]
Ein erstes Privileg, das nicht für Landsberg allein ausgestellt wurde, datiert auf den 19. Juli 1315, liegt nicht als Originalurkunde vor. Darin versprach Ludwig den Bürgern von Landsberg, neben denen von München, Ingolstadt, Wasserburg und Weilheim, sich nicht mit seinem Bruder Rudolf zu versöhnen, ohne diese Städte mit in die Sühne aufzunehmen.[7]
Nun aber zu den drei als Originalurkunden im Stadtarchiv Landsberg erhaltenen Privilegien:

Die Urkunde vom 16. November 1315 (Ungeld, Wagenpfennig, Münchner Stadtrecht)[8]

Mit dieser Urkunde verlieh König Ludwig dem Rat und der Gemein der Bürger von Landsberg das Ungeld, den Wagenpfennig und dasselbe Recht, wie der Stadt München. Hintergrund der Urkunde war die Zerstörung der Stadt in den Thronkämpfen mit Friedrich dem Schönen, hier bei einer Be-

lagerung durch dessen Bruder Leopold am 2. September 1315. Die ältere Lokalliteratur schildert die Ereignisse so: Friedrich und Leopold stießen über den Lech vor. Ludwig, der davon überrascht wurde, warf sich gegen Friedberg und Augsburg, um seine Truppen zu sammeln. Währenddessen belagerten die Österreicher Landsberg, eroberten es und brannten es nieder. Die Burg hielt stand. Als sich Ludwig näherte, zogen die Österreicher ab. Sie hielten sich zunächst noch zwischen Irsingen und Buchloe an der Wertach auf, wo ihnen Ludwigs Heer in der Nähe gegenüberstand, bevor sie die durch starken Regen ansteigende Wertach zwang, sich weiter nach Schwaben zurückzuziehen. Zu einer Schlacht kam es nicht.[9] Quellen gibt es zu den Ereignissen in Landsberg selbst kaum. Nur der Satz „zur ergetzung ihres grozen schaden den si in unsern dienst namen nu da die Stat ze Landesperch von unsern veinden gar verbrant war" in der Urkunde von 1315 weist darauf hin. Und das Rechtsbuch der Stadt erwähnt hundert Jahre später: „Zu merken, das Landsperg ist gewonnen und zerstört worden durch den hochgeborn fürsten […] herzog Fridrichn von östarreichn vnd ist beschechen des jars als man zelet nach christi geburd dreitzehen hundert vnd im fünfzehenden jarn, des nechsten tags nach sand Egidytag, des anndern Septembris".[10]

Ludwig der Bayer wollte die Stadt für die entstandenen Verluste zum Wiederaufbau, „daz si dester baz wider pawen bevestn und auch beschirmen mögn dieselben Stat", entschädigen. Die eine Urkunde verlieh also gleich drei Privilegien, nämlich ein steuerliches, ein wirtschaftliches und ein rechtliches:

Das Ungeld war eine indirekte Warensteuer (ein Aufschlag) auf bestimmte Waren, wie zum Beispiel das Wein- oder Bier-Ungeld. Moderne Vergleiche hinken immer, ganz vorsichtig aber könnte man das Ungeld mit einer Art Mehrwertsteuer vergleichen.

Der Wagenpfennig (ein Warenzoll), „den man nimmt an dem Laechtor, da man ze Landesperch uber den Laech ausfaert". Dieser Warenzoll wurde also am Stadtausgang gegen Westen auf ausgeführte Handelswaren aller Art erhoben, bezog sich also wohl nicht auf von der bayerischen Seite am Münchner- oder Bayertor eingeführte Waren, wie das Salz, das dort verzollt wurde. Für eingeführte Waren aus Schwaben war wohl dieser Wagenpfennig nicht zu zahlen, da eindrücklich von „Ausfahren" die Rede ist. Diese Händler zahlten den Brückenzoll, den jahrhundertelang der bayerische Herzog kassierte. Die Erwähnung des Lechtors stellt die erste Erwähnung einer Stadtbefestigung Landsbergs dar.

Das Münchner Stadtrecht: Landsberg wurde also in die Münchner Stadtrechtsfamilie aufgenommen und erhielt entsprechend die selben Rechte, wie sie die Münchner im sogenannten „Rudolfinum" zugestanden bekommen hatten. Spezifiziert wurden diese Rechte für Landsberg allerdings

dann erst im Stadtrechtsbuch von 1424, wo sie einzeln aufgeführt wurden. (Abb. 1)

Abb. 1: Mit einer am 16. November 1315 ausgestellten Urkunde verleiht Ludwig der Bayer der Landsberger Bürgerschaft das Ungeld, den Wagenpfennig und das Münchner Stadtrecht.

Die Urkunde vom 1. November 1320 (Salzpfennig)[11]

Im Sommer 1319 drang Friedrich von Salzburg her, Leopold von Schwaben her über den Lech wieder in Bayern ein. Ein Ritter Heinrich, der Frazze (Frass) von Wolfsberg, kämpfte wohl auf dessen Seite.[12] Landsberg wurde dabei wohl wieder (wenigstens teilweise) abgebrannt, da vom Schaden, den sie „von brant“ nahmen, die Rede ist. Zum Wiederaufbau durfte die Stadt in Zukunft den Salzpfennig, also den Salzzoll kassieren, pro drei Scheiben oder drei Galveyen[13] einen Pfennig. Der Salzpfennig an dem oberen Tor (Münchner oder Bayertor, damals noch der Schmalzturm unten am Hauptplatz) blieb bis zum Ende des Salzhandels eine wichtige Einnahmequelle der Stadt. (Abb. 2)

Abb. 2: Mit einer am 1. November 1320 ausgestellten Urkunde verleiht Ludwig der Bayer der Landsberger Bürgerschaft den Salzpfennig.

Die Urkunde vom 10. März 1321 (Verringerung der Stadtsteuer von 50 auf 40 Pfund Augsburger Pfennige)[14]

Der Hintergrund war auch hier die weiterhin desolate Lage Landsbergs, durch feindliche Angriffe auch in den Jahren 1320 und 1321 vor der Entscheidungsschlacht bei Mühldorf 1322. Die Stadt war wohl immer noch nicht vollständig wieder aufgebaut und befestigt. Auch diese Urkunde bot also finanzielle Vorteile zum Wiederaufbau Landsbergs, nämlich die Einsparung eines Fünftels der gesamten Stadtsteuer. (Abb. 3)

Abb. 3: Mit einer am 10. März 1321 ausgestellten Urkunde gewährt Ludwig der Bayer der Landsberger Bürgerschaft die Verringerung der Stadtsteuer von 50 auf 40 Pfund Augsburger Pfennige.

Weitere Urkunden Ludwigs, die nicht im Original im Stadtarchiv erhalten sind

Der Regesten-Band führt noch zwei weitere Urkunden auf, die aber eigentlich keine weiteren Privilegien zeigen: Die eine stammt vom 8. Januar 1347, wiederholt ziemlich wortwörtlich den Inhalt der Urkunde von 1315 und ist im Rechtsbuch der Stadt als Abschrift überliefert[15]. Die andere, die Landsberg für mehrere Jahre vollständig von der Stadtsteuer befreit, ist nur erschlossen, und zwar aus einer Urkunde vom 7. Oktober 1353, mit der Ludwig der Brandenburger Rat und Bürger von Landsberg für drei Jahre von der Steuer befreite, „nah der zeit und nach den iaren, die si unser lieber herre vnd vater kaiser Ludwig saelig vorher gefreyt hat."[16] Erwähnt werden muss noch das Rechtsbuch von 1424, das viele der Urkunden Ludwigs in Abschriften enthält, sowie Rechtssätze, die sich aus dem von Ludwig verliehenen Münchner Stadtrecht entwickelt haben.[17]

Zusammenfassung der Privilegien

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Privilegien Ludwigs des Bayern sowohl rechtliche, steuerliche als auch finanzielle Vorteile für Landsberg brachten. Die Bestimmung, mit der Landsberg das Münchner Stadtrecht verliehen bekam, ist wohl am bedeutendsten. Dadurch wurde Landsberg in die Münchner Stadtrechtsfamilie eingereiht und die junge Stadt, die vielleicht erst um 1260 bis 1280 gegründet wurde, erhielt mithin erweiterte Selbstverwaltung, Rechtssätze, eigene Gerichtsbarkeit, Mitwirkung an der Rechtsprechung (der Landrichter war gleichzeitig Stadtrichter) und Bestimmungen zu Handel und Handwerk. Noch im 19. Jahrhundert wurde Ludwig deswegen in der Literatur oft als Stadtgründer angesprochen. Wir wissen allerdings aufgrund der Quellenlage nicht, welche Rechte Landsberg seit der planmäßigen Stadtgründung oder einer Stadtrechtsverleihung schon vorher hatte. Falls schriftliche Rechtsfixierungen vorhanden waren, verbrannten diese wohl bei der Eroberung durch die Österreicher. Sicher handelt es sich bei dem Privileg Ludwigs auch um eine Bestätigung aller hergebrachten Rechte. Eine Kommunalverfassung mit Rat und Gemein sowie eine Stadtbefestigung hatte Landsberg ja schon. Die erste Urkunde richtete sich an den „Rat und die Gemain der Purger".
Die weiteren Rechte waren Zollrechte (Wagenpfennig und Salzpfennig), Steuerrechte (Ungeld) und die Ermäßigung der Stadtsteuer um ein Fünftel, alles Maßnahmen die den Stadtsäckel füllen und den Wiederaufbau Landsbergs ermöglichen sollten. Im Fall Landsbergs kann aber sicher dem Bearbeiter des Regestenbands 7, Michael Menzel zugestimmt werden, wenn

dieser die städtefreundliche Politik Ludwigs dahin relativiert,[18] dass die Privilegien durch Ludwig den Bayern auch aus Eigennutz gegeben wurden. Nur eine wehrhafte, befestigte Stadt konnte die Schutzfunktion an der Lechgrenze wahrnehmen. Und man muss darauf hinweisen, dass weiterhin Teile des Zolls in der Hand des Landesherrn blieben und dass Ludwig nur in einer wirtschaftlich starken Stadt die Stadtsteuer und die weiteren für die Finanzierung seiner Reichspolitik wichtigen Zölle einnehmen konnte. Erwähnt sei auch, dass den sechs Urkunden für Landsberg zum Beispiel 57 für Kloster Fürstenfeld gegenüberstehen.[19]

Nachleben und Rolle im kollektiven Gedächtnis der Stadt

Es gibt wohl wenige Landsberger, die Ludwig den Bayern nicht wenigstens mal dem Namen nach kennen. Seine Rolle im kollektiven Gedächtnis der Stadt verdankt er einem Gemälde im Rathausfestsaal (verstärkt durch den Heimat- und Sachkundeunterricht der Grundschulen; wohl jede Klasse besucht auch mal das Rathaus) und dem bekannten Ruethenfest, einem historischen Kinderfest, das alle vier Jahre aufgeführt wird.

Die Rathausfresken

Von 1875 bis 1879 wurde der bis dahin unausgebaute Rathausfestsaal von Landsberg vollendet und ausgestaltet.[20] Dabei sollten vier historistische Gemälde der Münchner Akademiemaler Ferdinand Piloty d. J. und Eduard Schwoiser die Stadtgeschichte illustrieren. Der Landsberger Rathausfestsaal ist damit ein interessantes Beispiel für eine historistische Ausgestaltung eines Kommunalbaus im 19. Jahrhundert durch das erstarkende Bürgertum, allerdings gefördert durch staatliche Mittel. Andere Beispiele wären etwa Landshut oder Kaufbeuren. Als übergreifendes Thema könnte man das Verhältnis der Stadt Landsberg zu ihrem Wittelsbacher-Herrscherhaus herauskristallisieren: einerseits die Treue der Stadt zu ihren Herrschern, andererseits die Förderung Landsbergs durch die Wittelsbacher-Dynastie. Das historisch gesehen früheste der Wandgemälde stellt Ludwig den Bayern dar, gemalt 1879 von Eduard Schwoiser. (Abb. 4)
Im Ausstellungskatalog „Wir sind Kaiser!“ von 2014 findet man zu dem Gemälde den Titel „Verleihung des Münchner Stadtrechts“. Aus den oben vorgestellten Urkunden geht aber hervor, dass dieser Titel zu kurz greift. Der richtige Titel in der Landsberg-Literatur lautet „Kaiser Ludwig der Bayer verleiht der Stadt Landsberg Privilegien und Rechte“ oder so ähnlich. Die gleiche Benennung „Verleihung von Privilegien und Rechten durch Kaiser

Abb. 4: Ludwig der Bayer verleiht Landsberg Freiheiten und Rechte. Von Eduard Schwoiser 1879 gefertigtes Wandgemälde im Festsaal des Rathauses in Landsberg am Lech.

Ludwig den Bayern“ ist auch im Schriftverkehr der Stadtverwaltung mit ministeriellen staatlichen Stellen, wie er in der Entstehungszeit um 1874 gepflogen wurde, belegt.[21] Arnold nennt das Gemälde: „Einzug Kaiser Ludwig des Bayern in der Stadt Landsberg.“[22] Zu betonen ist aber, dass Ludwig, zu der Zeit der Landsberger Privilegien noch nicht Kaiser war.

Das Gemälde ist eine Darstellung der vier Privilegierungen aus den Urkunden der Jahre 1315 und 1320, und zwar der Verleihung des Ungelds, des Wagenpfennigs und des Münchner Stadtrechts einerseits und des Salzpfennigs andererseits anhand eines fiktiven Einzugs in Landsberg. König Ludwig reitet von links heran, gefolgt von Rittern zu Pferd. Die eine Urkunde hält Ludwig in der Hand, die andere hat schon der Bürgermeister entgegengenommen. Den Salzpfennig symbolisiert die Salzschüssel, die der Page dahinter trägt. Rechts huldigen Ritter und Landsberger Bürger dem König. Im Hintergrund sieht man die „Landesburg“. Betrachtet man das Gemälde genauer, fallen topographische Ungereimtheiten auf. Kommt Ludwig aus der Stadt oder reitet er durchs Stadttor herein? Ein Stadttor, von dem aus man diesen Blick auf die Burg hätte, ist auch nicht zu lokalisieren.

Nun stellt sich die Frage: War Ludwig selbst in Landsberg? Es ist möglich, dass Ludwig nach dem Abzug der Österreicher 1315, ohne dass es zu einer Schlacht kam, in Landsberg einzog. Archivalisch nachgewiesen ist es nicht. Keine Urkunde ist hier ausgestellt und keine Quelle scheint es zu belegen. Die Literatur macht dazu keine Angaben, sie vermeldet nur, dass sich die Heere Leopolds und Ludwigs in der Gegend von Buchloe gegenüberlagen.[23] Die Urkunden von 1315 und 1321 sind in München, die von 1320 in Nürnberg ausgestellt. Die Szene, in der Ludwig den Bürgern die Urkunden überreicht, spielte sich also nicht so ab.
Ein weiteres der Festsaal-Gemälde ist indirekt mit Kaiser Ludwig dem Bayern verbunden: die Genehmigung der Heilig-Geist-Spitalstiftung durch Ludwig dem Brandenburger am 13. September 1349. Am selben Tag fand noch ein weiteres Ereignis statt, nämlich der „Landsberger Vertrag", die zweite bayerische Landesteilung zwischen den Söhnen Ludwigs des Bayern.[24] Nur deswegen war Ludwig der Brandenburger auch in Landsberg. Dieser Vertrag gehört indirekt zum Thema „Ludwig der Bayer" und Landsberg noch dazu. Denn damit ist die Stadt mit dem Ende eines Erfolgs Ludwigs des Bayern, nämlich der Wiederherstellung eines ungeteilten bayerischen Herzogtums verbunden. Seine Söhnen teilten die wittelsbachischen Territorien wieder unter sich auf: Ludwig der Brandenburger erhielt München-Oberbayern und Tirol, Ludwig der Römer und Otto V. die Mark Brandenburg, Stephan II., Wilhelm und Albrecht Niederbayern und die niederländischen Besitzungen.

Ludwig der Bayer im Ruethenfest

Mit den Rathausfresken sind wir auch beim Ruethenfest, in dem der „kaiserliche Zug" Ludwigs des Bayern mit Gefolge zu Fuß und Ludwig und weiteren Reitern zu Pferd eine wichtige Szene ist. Das Ruethenfest, ein historisches Kinderfest, geht wohl auf ein früheres Schulfest („virgatum" / Rutenholen) zurück, ist aber erst im 18. Jahrhundert, 1751, nur einmal erwähnt. Im 19. Jahrhundert unregelmäßig mit Festzügen verschiedener Thematik abgehalten, erhielt es um 1900 seine heutige Form mit festen Themenwagen und Themengruppen neben den Ruthenkindern. Die Vorbilder dafür bildeten die Rathausgemälde.[25] Gleich seit 1900 bildet auch der „kaiserliche Zug" einen festen Bestandteil des Festumzugs. (Abb. 5)
Die historischen Szenen des alle vier Jahre von circa tausend Kindern der Stadt gebildeten Ruethenfestzugs prägten ebenfalls das kollektive Gedächtnis Landsbergs. Ludwig der Bayer und das Gefolge des kaiserlichen Zugs sind allerdings etwas weniger populär als Herzog Ernst und die Landsknechte und Schweden, in deren Kostüme die Kinder am liebs-

Abb. 5: Der „kaiserliche Zug“ mit Ludwig dem Bayern beim Landsberger Ruethenfest.

ten schlüpfen. Auch hier ist nochmal zu erwähnen, dass 1315 Ludwig noch nicht Kaiser war und der Ausdruck „kaiserlicher Zug“ nicht den historischen Tatsachen entspricht. (Abb. 6)

Abb. 6: Gefolge des „kaiserlichen Zuges“ beim Landsberger Ruethenfest

Schluss

Ludwig der Bayer ist eine wichtige Herrscherpersönlichkeit für Landsberg am Lech. Die drei in Landsberg erhaltenen, für die Stadt sehr wertvollen Urkunden, sowie die drei weiteren erwähnten, geben einen guten Einblick, was Privilegien-Verleihungen an mittelalterliche Städte bedeuteten. Neben der Darstellung des Wittelsbachers im Rathausfestsaal und im „kaiserlichen Zug" des Ruethenfests, zeigt auch die Ludwigsstraße, die 1900 in summarischer „Erinnerung an Herzog Ludwig den Brandenburger, Kaiser Ludwig d. Bayer, und Bayerns Könige Ludwig I. und Ludwig II."[26] so umbenannt wurde, dass Ludwig der Bayer im kollektiven Gedächtnis der Landsberger immer noch präsent ist.

Anmerkungen

1 Auf die allgemeine Biographie Kaiser Ludwigs des Bayern kann hier nicht eingegangen werden. Siehe zu Ludwig allgemein: Benker, Gertrud: Ludwig der Bayer. 1282-1347. Ein Wittelsbacher auf dem Kaiserthron, München 1980; Hundt, Barbara: Ludwig. Der Kaiser aus dem Hause Wittelsbach (1282-1347), Esslingen 1989; Thomas, Heinz: Ludwig der Bayer. 1282-1347. Kaiser und Ketzer, Regensburg – u. a. 1993; Kraus, Andreas / Ackermann, Konrad (Hg.): Ludwig der Bayer als Bayerischer Landesherr. Probleme und Stand der Forschung, Festschrift für Walter Ziegler, (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 60/1 (1997)), München 1997. Umfangreiche Literatur in den beiden Neuerscheinungen: Seibert, Hubertus (Hg.): Ludwig der Bayer (1314-1347). Reich und Herrschaft im Wandel, Regensburg 2014; Wolf, Peter / u. a. (Hg.): Ludwig der Bayer. Wir sind Kaiser!, Katalog zur Bayerischen Landesausstellung 2014 in Regensburg, Augsburg 2014.

2 Schober, Johann Josef: Die Urkunden Ludwig des Bayern im Stadtarchive zu Landsberg, in: Altbayerische Monatsschrift 1907, H. 1 u. 2, S. 48-54. Zeitüblich erschien der Artikel in Frakturschrift, und auch an abgelegener Stelle. Noch früher in: Lori, Johann Georg von: Geschichte des Lechrain, Bd. 2: Urkunden, München 1765, Nr. 39-41, sowie die Urkunde von 1315 in: Zwerger, Friedrich: Geschichte Landsbergs von den ältesten Zeiten bis zum Ende der Napoleonischen Gewaltherrschaft, in: Arnold, Johann Georg: Verwaltungsbericht der Stadt Landsberg am Lech (die Jahre 1864 mit 1886 umfassend), München 1889, S. 33, Beilage 2. So erscheint ein neuer Abdruck der Urkunden in allgemein lesbarer Schrift hier angebracht.

3 Zur Stadtgeschichte bis zum Ende der Regierungszeit Ludwigs des Bayern siehe Dietrich, Dagmar: Landsberg am Lech, Bd. I, (Die Kunstdenkmäler von Bay-

ern NF 2/1), München – Berlin 1995, S. .28-35; Zwerger (wie Anm. 2), S. 12-24; Rieger, Sebastian: Vom Werden und Wachsen der Stadt Landsberg am Lech, Landsberg 1933, bes. S. 15-28; Fried, Pankraz / Hiereth, Sebastian: Die Landgerichte Landsberg und Schongau, (Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern I/22-23), München 1971; Fried, Pankraz: Die Anfänge der Stadt Landsberg am Lech, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München 53 (1968), S. 377-404; Treffler, Guido: Landsberg am Lech, in: Körner, Hans M. / Schmid, Alois (Hg.): Handbuch der Historischen Stätten. Bayern I, Stuttgart, 2006, S. 419-421; Lichtenstern, Anton: Landsberg am Lech. Geschichte und Kultur, Mering, 2012, S. 22-28.

4 Hecker, Hans-Joachim: Herrschaft und Privileg bei Ludwig dem Bayern, in: Seibert (wie Anm. 1), S. 191-204, hier S. 192

5 Ebenda.

6 Menzel, Michael (Bearb.): Regesten Kaiser Ludwig des Bayern, Bd. 7: Die Urkunden aus den Archiven und Bibliotheken Ober- und Niederbayerns, Köln 2003.

7 Menzel (wie Anm. 6), S. 25, Nr. 52.

8 Stadtarchiv Landsberg am Lech (StadtALL), Urkunde 2. Siehe hierzu Menzel (wie Anm. 6), S. 31, Nr. 63.

9 Zwerger, (wie Anm. 2), S. 19-20; Schober (wie Anm. 2), S. 5. Siehe hierzu auch Thomas (wie Anm. 1), S. 74; Benker (wie Anm. 1), S. 94; Dietrich (wie Anm. 3), S. 33-34.

10 StadtALL, Rechtsbuch der Stadt (15. Jh.), fol. 1.

11 StadtALL, Urkunde 4.

12 So erklärt Schober (wie Anm. 2), S. 5, den Ausdruck „und von dem frazze“, allerdings ohne Nachweis.

13 „Galvey“ wurde in der Urkunde auch zum Teil als „Galney“ gelesen, da in der Handschrift des Schreibers „u“ und „n“ nicht zu unterscheiden sind. So Schober (wie Anm. 2), S. 5. „Galvey“ ist genau wie „Scheibe“ ein Salzmaß. Siehe Münzer, Klaus: Die Bedeutung des Salzhandels für die bayerische Grenzstadt Landsberg am Lech, in: Landsberger Geschichtsblätter 93/94 (1994/95), S. 7-26, hier S. 9.

14 StadtALL, Urkunde 5; Menzel (wie Anm. 6), S. 72, Nr. 161.

15 Menzel (wie Anm. 6), S. 295, Nr. 676; StadtALL, Rechtsbuch der Stadt, fol. 105.

16 Menzel (wie Anm. 6), S. 308, Nr. 704.

17 StadtALL, Rechtsbuch der Stadt (1424).

18 Menzel (wie Anm. 6), Einleitung. Siehe weiter zur Städtepolitik Ludwigs, die nicht immer positiv für die Städte war (viele Städte wie z. B. Friedberg und Schongau, verpfändete er auch), Brenner, Bernhard: Ludwig der Bayer – ein Motor für die Urbanisierung Ostschwabens?, Augsburg 2005, hier bes. S. 84-90; Fried, Pankraz: Die Städtepolitik Kaiser Ludwig des Bayern, in: Kraus / Ackermann (wie Anm. 1), S. 105-114 .

[19] Liebhart, Wilhelm: Kaiser Ludwig IV. der Bayer (1314-1347), in: Amperland, 50 (2014), H. 1, S. 163-167, hier S. 166.

[20] Arnold, Johann Georg: Verwaltungsbericht der Stadt Landsberg am Lech (die Jahre 1864 mit 1886 umfassend), München 1889, S. 210 -215; Lichtenstern, Anton, Stadtgeschichte als Fest. Die Fresken im Rathaus und der Ruethenfestzug, in: Landsberger Geschichtsblätter 85/86 (1986/87), S. 64-65; Dietrich (wie Anm. 3), S. 316.

[21] Lichtenstern (wie Anm. 20), S. 64-65; Dietrich (wie Anm. 3), S. 316-317, 343-344.

[22] Arnold (wie Anm. 20), S. 212.

[23] Siehe z. B. Zwerger (wie Anm. 2), S. 19-20; Schober (wie Anm. 2), S. 5; vergleiche dazu Thomas (wie Anm. 1), S. 74; Benker (wie Anm. 1), S. 94.

[24] Dietrich (wie Anm. 3), S. 33.

[25] Lichtenstern (wie Anm. 20); Epple, Anton / Neunzert, Hartfrid: Das Landsberger Ruethenfest seit 1751, (Kunstgeschichtliches aus Landsberg am Lech 2), Landsberg 1987, bes. S. 10.

[26] Münzer, Klaus: Landsberg und seine Gassen, Nachtrag: Abgegangene Gassennamen, in: Landsberger Geschichtsblätter 99/100 (2000/2001), S. 48, (mit Bezug auf das Sitzungsprotokolls vom 29.08.1900).

Abbildungsnachweis

- Fremdenverkehrsamt Landsberg am Lech: Abb. 4.
- Kulturamt Landsberg am Lech: Abb. 5-6.
- Stadtarchiv Landsberg am Lech: Abb. 1-3.

Markus Naser

Ludwig der Bayer als Förderer fränkischer Städte[1]

In den vorangegangenen Vorträgen des heutigen Nachmittags haben wir bereits viel über die Person und die Politik Ludwigs des Bayern gehört. Das dadurch gewonnene Bild möchte ich um einen kurzen Blick auf die Verhältnisse außerhalb Altbayerns ergänzen. Durch den Blick auf Franken im Allgemeinen und durch den Blick auf die fränkischen Städte im Besonderen möchte ich zeigen, wie sich die Politik Ludwigs des Bayern in einer Region manifestierte, die nicht zu seinem Hausmachtbereich gehörte, sondern in der er nur aufgrund der Königswürde Einfluss ausüben konnte, nicht aber aufgrund seiner bayerischen Herzogswürde. Inwiefern sich dadurch ein Unterschied in seiner Städtepolitik ergibt, werde ich im Laufe meines Vortrags hoffentlich zeigen können.

1. Franken im Spätmittelalter

An den Anfang meiner Ausführungen möchte ich ein paar allgemeine Bemerkungen über Franken im Spätmittelalter stellen, um die besondere Situation in Franken im Vergleich zu Altbayern deutlich zu machen.
Grundsätzlich ist zu bemerken, dass sich die Herrschaftsverhältnisse in Franken seit der Endzeit der Staufer bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts viel stärker zersplittert haben, als dies in Bayern der Fall gewesen ist. Während sich das Herzogtum Bayern unter den Wittelsbachern derart konsolidieren konnte, dass es in dem, was wir heute Altbayern nennen, eine dominante, ja geradezu hegemoniale Stellung erringen konnte, war in Franken das genaue Gegenteil zu beobachten. Statt zu einer Machtkonzentration kam es zu einer großen herrschaftlichen Zersplitterung. Nach dem Wegfall der staufischen Königsmacht machte sich eine Vielzahl unterschiedlicher Herrschaftsträger daran, eigene Territorialherrschaften aufzubauen – die einen mit mehr, die anderen mit weniger Erfolg. Zu Beginn der Königsherrschaft Ludwigs des Bayern im Jahre 1314 war dieser Prozess noch längst nicht abgeschlossen.
Die erste Karte zeigt die weltlichen – nur die weltlichen – Herrschaftsträger in Franken um 1200. Die Hochstiftsgebiete der Bischöfe von Würzburg, Bamberg und Eichstätt fehlen. Für uns interessant sind aber eher die Besitzungen der Staufer und der Andechs-Meranier. Diese beiden Dynastien starben ziemlich gleichzeitig um die Mitte des 13. Jahrhunderts aus. Interessant ist auch, dass die Besitzungen der Burggrafen von Nürnberg

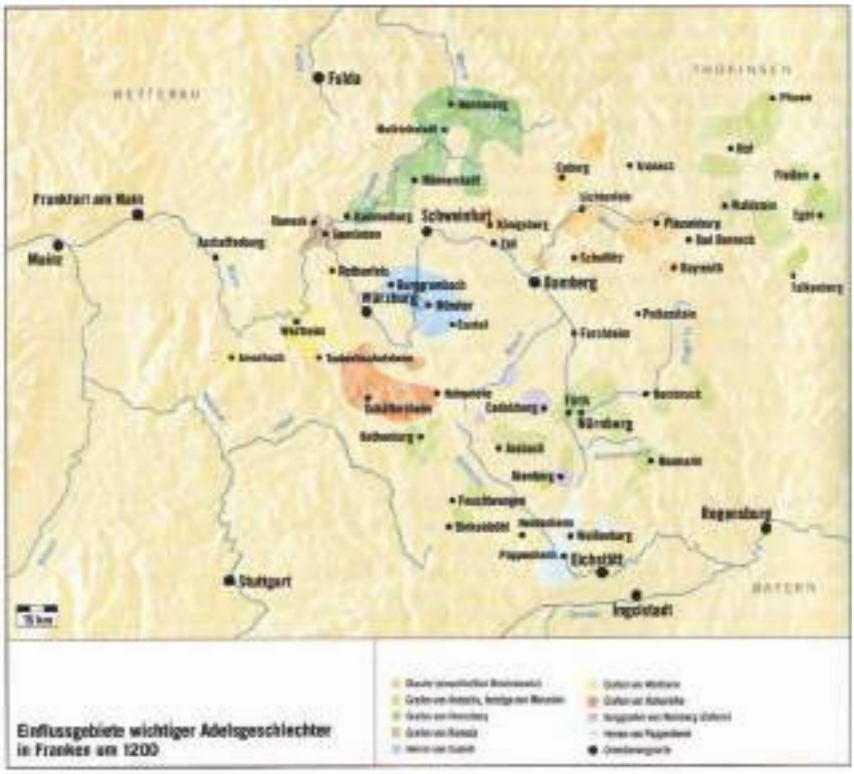


Abb. 1: Einflussgebiete wichtiger Adelsgeschlechter in Franken um 1200.

aus dem Hause der Hohenzollern damals noch von untergeordneter Bedeutung waren. (Abb. 1)
300 Jahre später, am Ausgang des Mittelalters, bietet sich uns ein deutlich anderes Bild. Die Besitzungen der Hohenzollern sind in Gestalt der Markgraftümer Brandenburg-Ansbach und Brandenburg-Kulmbach (dem späteren Brandenburg-Bayreuth) zum beherrschenden Machtfaktor im heutigen Ober- und Mittelfranken geworden. Die Hohenzollern hatten einen großen Teil der ehemals andechsischen und staufischen Gebiete in ihren Besitz bringen können. Diese Entwicklung war aber anfangs weder abzusehen noch zwangsläufig. Und zu Zeiten Ludwigs des Bayern war der zollersche Territorialaufbau noch im Anfangsstadium begriffen. Die Karte verrät aber noch mehr: Weite Teile Frankens sind von geistlichen Herrschaftsträgern dominiert. Und ebenfalls nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung der zahlreichen unabhängigen Ritterschaften. (Abb. 2)

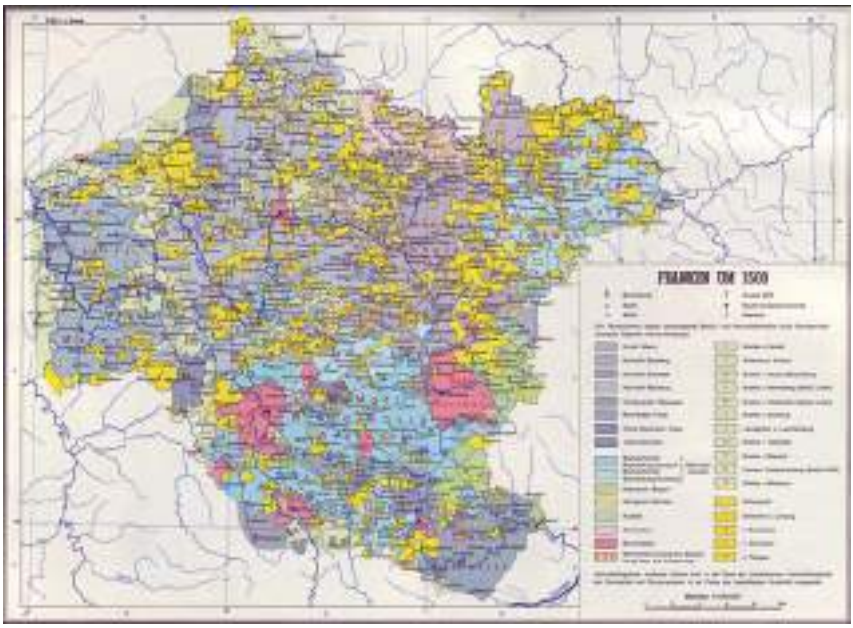


Abb. 2: Franken um 1500.

2. Schutz der Reichsstädte bis zur Schlacht bei Mühldorf

Was bedeutet das alles nun für die Städtepolitik Ludwigs des Bayern? Nun, in der Zeit des Doppelkönigtums musste Ludwig alles daran setzen, um in Franken Unterstützer für den anstehenden Kampf gegen Friedrich den Schönen zu gewinnen. Zwar standen die meisten fränkischen Adeligen auf seiner Seite, aber eben nicht alle. Vor allem Kraft von Hohenlohe war ein ernst zu nehmender Gegner Ludwigs. Kraft von Hohenlohe ließ sich im Dezember 1314 von Friedrich dem Schönen die Reichsstadt Rothenburg für geradezu lächerliche 1.500 Mark Silber als Pfand geben. Zwar konnte diese Verpfändung gar nicht in die Tat umgesetzt werden, da Rothenburg außerhalb des Machtbereichs Friedrichs des Schönen lag, allerdings lag die Stadt sehr wohl im Machtbereich Krafts von Hohenlohe. Ludwig der Bayer stärkte nun – in Konkurrenz zum Privileg Friedrichs des Schönen – die Rothenburger Position und vermehrte im Mai 1315 die Rothenburger Gerichtsrechte für die Dauer einer Thronvakanz. Ebenfalls 1315 bestätigte

Ludwig die Rechte der Reichsstadt Nürnberg, und wenig später – 1316 – die Rechte Windsheims.
Gegenüber den fränkischen Reichsstädten zeigte sich Ludwig also als Beschützer ihrer Rechte und vor allem als Bewahrer ihres reichsunmittelbaren Status. Diese Politik änderte Ludwig aber nach der gewonnenen Schlacht bei Mühldorf.

3. Die Phase der Verpfändungen (1323-1325)

Durch seine allgemeine Anerkennung als König hatte Ludwig die Unterstützung der fränkischen Reichsstädte nun deutlich weniger nötig als vorher. Was er dagegen dringend benötigte, war Geld – Geld zur Bezahlung seiner Unterstützer und Geld für die Auseinandersetzung mit dem Papst. Ludwig griff nun ebenfalls, wie viele seiner Vorgänger im Königtum, auf das Mittel der Verpfändung von Reichsrechten und insbesondere auf das Mittel der Verpfändung von Reichsstädten zurück. Vor der Schlacht bei Mühldorf hatte Ludwig nur ein Mal von diesem Mittel Gebrauch gemacht. 1315 hatte er Weißenburg für 1.250 Pfund Heller an den Bischof von Eichstätt versetzt. Diese Verpfändung scheint aber nur von kurzer Dauer gewesen zu sein. Nach der Schlacht bei Mühldorf aber beginnt ein richtiger Verpfändungsreigen: 1323 verpfändete Ludwig das damalige Reichsdorf Crailsheim an den gerade erst auf seine Seite gewechselten ehemaligen Gegner Kraft von Hohenlohe. Die Pfandsumme wurde in der Folgezeit mehrmals erhöht. Crailsheim kehrte nicht mehr in den Besitz des Reiches zurück. Dasselbe Schicksal erlitt das Reichsdorf Aufkirchen, heute ein Teil der Gemeinde Gerolfingen im Landkreis Ansbach. Es wurde erstmals 1325, dann nochmals 1334 für dann immerhin 3.000 Pfund Heller verpfändet. Auch Aufkirchen kehrte nie mehr in den Schoß des Reiches zurück.
Diese beiden Beispiele zeigen deutlich, dass eine Verpfändung einer Reichsstadt oder eines Reichsdorfes stets die Gefahr des Verlustes der reichsunmittelbaren Stellung dieses Ortes mit sich brachte. Auch Windsheim und Weißenburg waren dieser Gefahr ausgesetzt, als Ludwig sie 1325 an den Burggrafen von Nürnberg versetzte. Und im selben Jahr traf es auch die Reichsstadt Rothenburg. Sie brachte Ludwig die höchste aller Pfandsummen im fränkischen Raum ein, nämlich 8.000 Pfund Heller. Verpfändet wurde sie an drei Mitglieder des Hauses Hohenlohe. Die Lösung der Verpfändung erfolgte im März und im Juni 1335 derart, dass sich die Rothenburger selbst aus der Verpfändung lösten. Faktisch bedeutete das nichts anderes, als dass die Bewohner der Reichsstadt Rothenburg die Schulden des Kaisers, die dieser bei den Herren von Hohenlohe hatte, bezahlten. Dadurch kam Rothenburg wieder ans Reich. Und Ludwig der Bayer zeigte

sich dafür, dass die Rothenburger seine Schulden bezahlten, auch durchaus dankbar. Er versprach, die Stadt zukünftig nicht mehr zu verpfänden und befreite sie auf sieben Jahre von der Zahlung der Stadtsteuer. Das Versprechen der Nichtverpfändung hat Ludwig der Bayer im Übrigen auch gehalten. Während seiner Regierungszeit wurde Rothenburg nicht erneut verpfändet.

Das Vorgehen bei der Verpfändung der fränkischen Reichsstädte und -dörfer war typisch. Nur wenn der verpfändete Ort wirtschaftlich stark genug war, um sich selbst aus der Verpfändung zu lösen, konnten die Bewohner ihr Schicksal noch selbst in die Hand nehmen. Andernfalls konnten sie nur hoffen, dass der König sie irgendwann wieder auslösen würde. Die Beispiele Aufkirchen und Crailsheim zeigen, dass das nicht immer der Fall war und dass viele Orte auf diese Weise ihren reichsunmittelbaren Status verloren. Ein weiteres Beispiel hierfür wäre die Reichsstadt Feuchtwangen, die 1324 für 3.000 Pfund Heller ebenfalls an die Herren von Hohenlohe verpfändet wurde. Zwar konnte sie sich zwischenzeitlich aus dieser Verpfändung lösen, eine erneute Verpfändung durch Karl IV. im Jahre 1376 bedeutete aber auch für Feuchtwangen das Ende der Reichsunmittelbarkeit.

Bei allem Lob über die Städtepolitik Ludwigs des Bayern sollte man also nicht vergessen, dass es in seiner Regierungszeit auch Phasen gab, in denen er gegen die Interessen der fränkischen Reichsstädte handelte. Er förderte diese Städte also nicht nur, sondern er forderte sie auch, vor allem eben in finanzieller Hinsicht durch mehr oder weniger freiwillige Selbstauslösungen. In Franken wurde jede Reichsstadt mindestens einmal von Ludwig dem Bayern verpfändet. Mit einer einzigen Ausnahme: Nürnberg.

4. Ludwigs Politik gegenüber der Reichsstadt Nürnberg

Die Stadt an der Pegnitz war für Ludwig von besonderer Bedeutung. Er hielt sich dort öfter auf als in jeder anderen Stadt außerhalb seines eigenen Territoriums. Über 70 Aufenthalte Ludwigs in Nürnberg sind dokumentiert. Die Lage Nürnbergs war für Ludwig den Bayern geradezu ideal. Obwohl Nürnberg nur einen Katzensprung von den eigenen Besitzungen Ludwigs entfernt war, lag die Stadt doch mitten im Reich und war den Fürsten seit langem als Ort von königlichen Hoftagen vertraut. Auch gegenüber Nürnberg folgte Ludwig dem Grundsatz „fördern und fordern“. Rechnet man alle Abgaben zusammen (also Stadtsteuer, Judensteuer, Teile des Reichszolls und der Einnahmen der Reichsmünzstätte), dann hatte Nürnberg jährlich fast 5.000 Pfund Heller an den König zu bezahlen! Dem gegenüber stehen mehr als 30 Privilegien, die Ludwig den Nürnber-

gern ausstellte. Die Kürze der Zeit erlaubt nur eine zusammenfassende Erwähnung.
Von besonderer Bedeutung waren die Privilegien für den Handel und die Gerichtsrechte. Zunächst zum Handel: Die Nürnberger Marktzeiten wurden massiv ausgeweitet und die Nürnberger Zollfreiheit wurde auf mehr als 100 Städte innerhalb des Reiches ausgedehnt. Der ohnehin bereits sehr bedeutende Nürnberger Fernhandel erlebte noch einmal einen deutlichen Aufschwung. Der Weg hin zu einer Handelsstadt europäischen Ranges war gelegt. An Gerichtsrechten ist zunächst die Befreiung von auswärtigen Gerichten zu nennen. Hinzu kam die auch den Rothenburgern zugestandene Bestimmung, dass das Nürnberger Landgericht auch im Falle einer Thronvakanz weiter seine Tätigkeit ausüben solle. Und schließlich wurde den Nürnbergern auch das Recht zugestanden, dass sie jeden „schädlichen Mann", der in ihr Gefängnis käme, richten sollten. Damit verfügte die Stadt Nürnberg seit 1320 auch über die Hochgerichtsbarkeit, die bisher allein in der Hand des Schultheißen gelegen hatte.
Insgesamt betrachtet, förderte Ludwig der Bayer Nürnberg stärker als jeder seiner Vorgänger im Königtum. Dass er in der Selbstwahrnehmung der Stadt heute hinter Karl IV. als vermeintlich größtem Förderer der Stadt zurückstehen muss, hängt zu einem großen Teil damit zusammen, dass Ludwig der Stadt zwar sehr viele einzelne Rechte verlieh, dass sich darunter aber eben kein der Goldenen Bulle Karls IV. ebenbürtiges Privileg befindet.

5. Stadtgründungen Ludwigs des Bayern in Franken

Damit lassen wir die Betrachtung der Reichsstädte kurz beiseite und widmen uns stattdessen den landsässigen Städten in Franken. Für die landsässigen Städte trat Ludwig weniger als Förderer in Erscheinung. Vielmehr trat er in zahlreichen Fällen als Gründer neuer Städte auf. Viele heutige Städte verdanken daher ihre Existenz der Privilegierung durch Ludwig. Man sollte dabei aber nicht vergessen, dass es eigentlich nicht die Orte selbst waren, die diese Privilegien erhielten, es waren vielmehr die fränkischen Territorialherren, denen Ludwig das Recht zugestand, aus einem bestimmten Ort eine Stadt zu machen. Auf die landsässigen Städte selbst hatte Ludwig als König nämlich nur mittelbaren Einfluss. Sie unterstanden anderen Herren, und so ist die Politik Ludwigs diesen Orten gegenüber direkt von seiner Politik gegenüber dem jeweiligen Stadtherrn abgängig. Die Verleihung des Rechts zu einer Stadtgründung stellte für Ludwig aber eine sehr kostengünstige Möglichkeit zur Entlohnung seiner Parteigänger dar und so griff er gerne zu diesem Instrument, um seine fränkischen Weggefährten zu entlohnen.

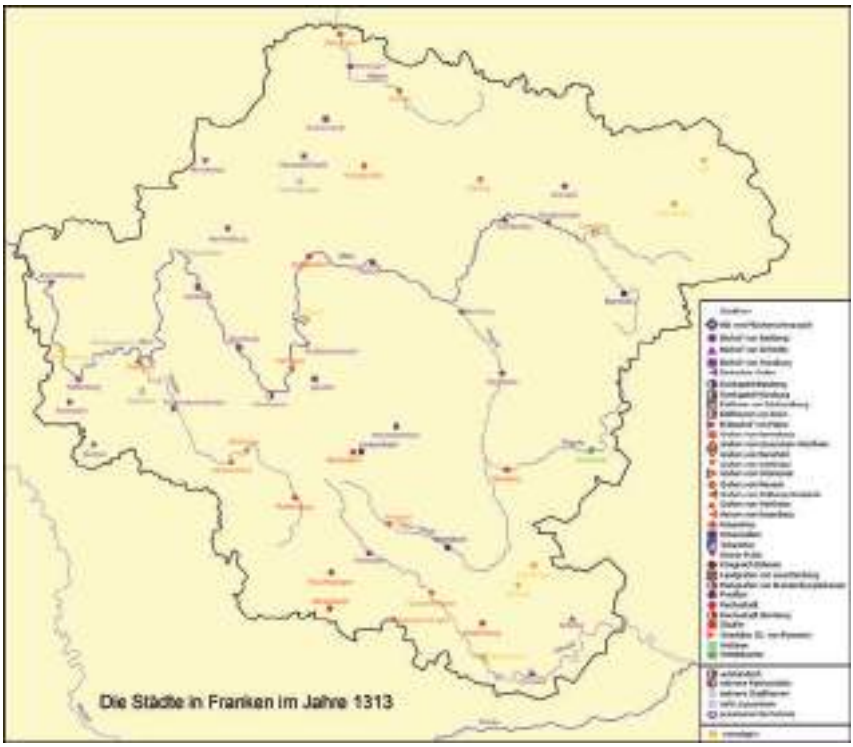


Abb. 3: Die Städte in Franken im Jahre 1313.

Die Karte zeigt die Städte in Franken im Jahr 1313, also vor dem Regierungsantritt Ludwigs des Bayern. Sie basiert auf meinen eigenen Forschungen zu diesem Thema. Zu Beginn von Ludwigs Regierungszeit gab es in Franken immerhin bereits 59 Städte. Bis zu seinem Tod im Oktober 1347 hatte sich diese Zahl auf 96 erhöht. Es waren also 37 neue Städte hinzugekommen. (Abb. 3)

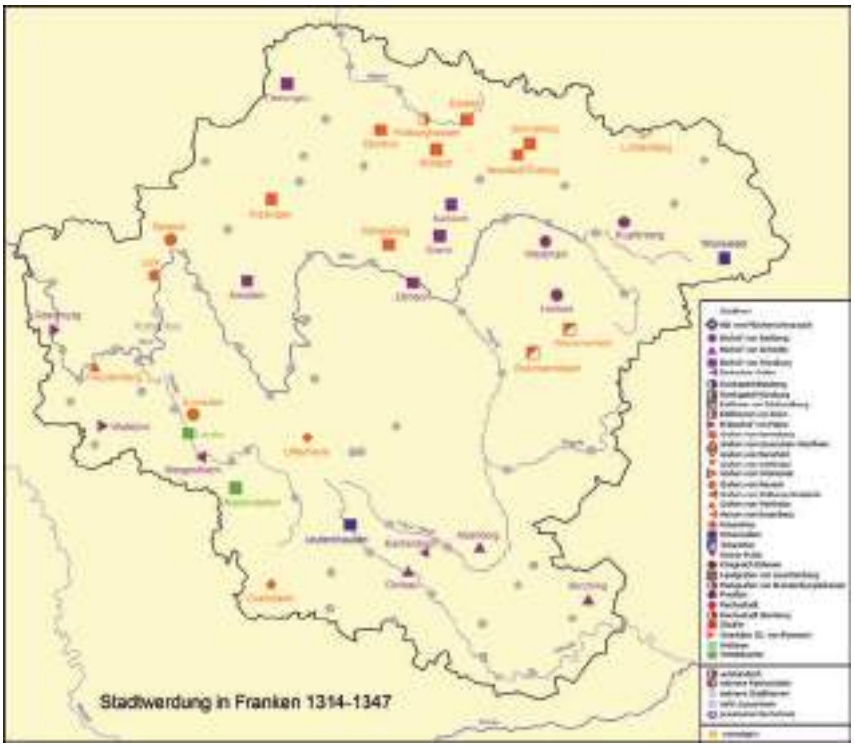


Abb. 4: Stadtwerdung in Franken 1314-1347.

Die neu hinzugekommenen Städte sind in der Karte farbig hervorgehoben. Für immerhin 19 dieser 37 Städte ist ein Gründungsprivileg Ludwigs des Bayern überliefert. (Abb. 4)
Unter diesen Städten befinden sich so namhafte Orte wie Hildburghausen, Wunsiedel und Mergentheim, aber auch eher unbekannte Städtchen wie Seßlach, Hollfeld oder Grünsfeld. Besonders ins Auge stechen die hochstiftisch-würzburgischen Stadtgründungen in Seßlach, Ebern und Eltmann, die eindeutig gegen das benachbarte Hochstift Bamberg gerichtet waren. Interessant ist auch, dass die Henneberger die meisten ihrer Städte ohne königliche Unterstützung – quasi auf eigene Faust – gründeten. Für die übrigen Orte, die in der Zeit Ludwigs des Bayern zu Städten geworden sind, sind keine Stadtrechtsverleihungen durch Ludwig überliefert. Häufig gehen diese Städte auf ältere Gründungen zurück, die erst jetzt tatsächlich zu Städten ausgebaut wurden. (Abb. 5)
Umgekehrt sind von Ludwig dem Bayern für zahlreiche fränkische Orte Stadtrechtsverleihungen überliefert, die niemals in die Tat umgesetzt wur-

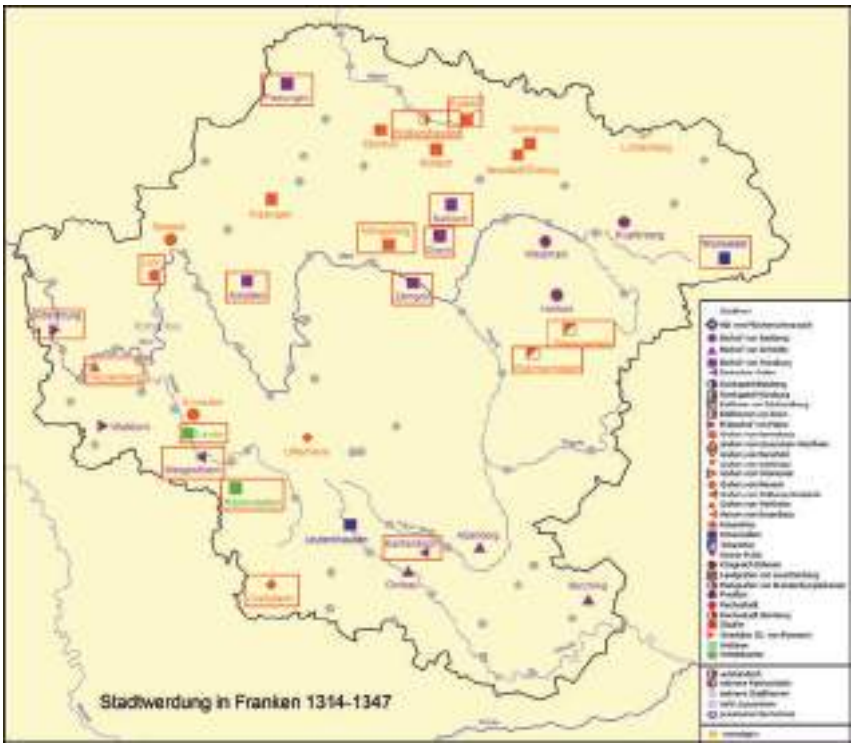


Abb. 5: Stadtwerdung in Franken 1314-1347.

den. Die Gründe hierfür sind verschieden. Oft fehlten dem begünstigten zukünftigen Stadtherrn die finanziellen Mittel zum Ausbau des Ortes zu einer Stadt.
Stadtrechtsverleihungen sind also nicht als Selbstzweck zu sehen. Sie waren ein Mittel königlicher Politik zur Entlohnung von Unterstützern. Es fällt schwer, allein daraus die „Städtefreundlichkeit" Ludwigs des Bayern festzumachen. Für seine Städtefreundlichkeit gibt es bessere Beispiele.

6. Ludwigs Städtepolitik seit Ende der 1330er Jahre

Besonders seit Ende der 1330er Jahre lassen sich immer mehr Beispiele in den Quellen finden, in denen Ludwig eindeutig für einzelne Städte über das normale Maß hinaus Partei nahm. Als Beispiel soll erneut Rothenburg dienen. 1339 verlieh Ludwig der Bayer der Stadt ein eigenständiges Bündnisrecht. 1340 verlegte er eine Handelsstraße, die eigentlich an Rothenburg

vorbei führte, in die Stadt. Ebenfalls 1340 initiierte er einen fränkisch-bayerischen Landfrieden, an dem neben den beiden Reichsstädten Rothenburg und Nürnberg auch die drei Bischofsstädte Würzburg, Bamberg und Eichstätt beteiligt waren. Das aufschlussreichste Privileg folgte dann im Jahre 1343: Ludwig genehmigte der Stadt, dass alles, was vor dem Rothenburger Landgericht erklagt oder erlangt würde, vom kaiserlichen Hofgericht bestätigt werden solle.
Die Reihe der Beispiele ließe sich für andere Reichsstädte fortsetzen. Allein die Kürze der vorgegebenen Zeit lässt es nicht zu.

7. Zusammenfassung

Lassen Sie mich das Gesagte noch einmal kurz zusammenfassen. Zahlreiche landsässige Städte in Franken gehen auf Stadtrechtsverleihungen Ludwigs des Bayern zurück. Aus diesen Stadtrechtsverleihungen können wir aber keine städtefreundliche Politik per se herauslesen. Die Städte waren nur in zweiter Linie die Begünstigten, in erster Linie waren es die Stadtherren.
Gegenüber den Reichsstädten kann man Ludwigs Politik deutlicher kenntlich machen. Bis zur Schlacht bei Mühldorf zeigte er sich als ihr Beschützer. Danach nutzte er sie als Mittel zur Geldbeschaffung. Diese Phase dauerte aber nur kurz. Die Städte, die sich aus der Verpfändung aus eigener Kraft lösen konnten, standen dafür fortan unter der besonderen Gunst Ludwigs. Das war insbesondere bei Rothenburg der Fall.
Während der letzten zehn Jahre seiner Herrschaft präsentierte sich Ludwig als äußerst städtefreundlich. Dass dies aus Dankbarkeit gegenüber den ihm stets treu ergebenen Reichsstädten geschah, ist durchaus wahrscheinlich. Während Ludwig um die Gunst der Fürsten stets bangen und buhlen musste, standen die Reichsstädte nahezu bedingungslos auf seiner Seite. Und vielleicht bereute Ludwig daher im Nachhinein auch die eine oder andere Verpfändung einer fränkischen Reichsstadt.

Literatur

- Naser, Markus: Digitale Karten zur Geschichte der Städte in Franken, (Mainfränkische Studien 79), Würzburg 2010.
- Naser, Markus: Rothenburg im Spätmittelalter, in: Borchardt, Karl / Rupp, Horst F. (Hg.): Rothenburg ob der Tauber. Geschichte der Stadt und ihres Umlandes, Stuttgart 2015, S. 82-135.
- Pfeiffer, Gerhard (Hg.): Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt, München 1971.

Anmerkung

[1] Vortrag, gehalten in Regensburg auf dem 8. Tag der bayerischen Landesgeschichte am 26. Juni 2014. Der Vortragsstil wurde weitgehend beibehalten und auf das Einfügen von Anmerkungen verzichtet.

Abbildungsnachweis

- Jahn, Wolfgang / u. a. (Hg.): Edel und Frei. Franken im Mittelalter, Katalog zur Bayerischen Landesausstellung 2004 im Pfalzmuseum Forchheim, Augsburg 2004, S. 164: Abb. 1.
- Dr. Markus Naser, Würzburg: Abb. 3-5.
- Spindler, Max (Hg.): Bayerischer Geschichtsatlas, München 1969, S. 25: Abb. 2.

Barbara Six

Rathaussäle zur Zeit Ludwigs des Bayern – Repräsentationsbauten von Stadt, Kaiser und Reich?

Die Regierungszeit des Wittelsbachers Ludwigs IV. des Bayern in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts ist weit weniger bekannt und erforscht als die seines Nachfolgers Karls IV. Mit der Bayerischen Landesausstellung 2014[1] „Ludwig der Bayer. Wir sind Kaiser!" in Regensburg wurde versucht, diese Epoche wieder ins Bewusstsein zu rufen und in verschiedenen Facetten wie Politik, Wirtschaft und Kultur zu veranschaulichen. Die Ausstellungsmacher vom Haus der Bayerischen Geschichte beschäftigten sich in der Vorbereitung der Ausstellung unter anderem auch mit Architektur, die zur Zeit Ludwigs in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts in Regensburg entstand. Charakteristisch sind dabei nicht nur Kirchen, Privathäuser und Geschlechtertürme, sondern auch der Saalbau des Regensburger Rathauses. Ausgehend von diesem Rathaussaal nahm das Ausstellungsteam auch Rathausbauten in anderen freien Städten und Reichsstädten in den Blick.
Folgende dabei festgestellte Beobachtungen sollen an einigen Beispielen näher erläutert werden: Während der Regierungszeit des römisch-deutschen Königs und späteren Kaisers Ludwig des Bayern (reg. 1314-1347) entstanden in vielen Freien Städten und Reichsstädten Um- und Neubauten von Rathäusern. Ausgestaltet wurden dabei aufwändige, repräsentative Säle, die auch für einen Besuch des Kaisers angemessen erscheinen. Sie besitzen zudem häufig Darstellungen, die auf den Kaiser und die sieben Kurfürsten als Vertreter des Heiligen Römischen Reichs Bezug nehmen.

Der Regensburger Rathaussaal

Wie sah nun der Regensburger Rathaussaal aus? Regensburg war zur Regierungszeit Ludwigs des Bayern ein wichtiges Handels- und Finanzzentrum. Ludwig hielt sich über 40 Mal hier auf und pflegte enge Beziehungen zu den reichen Bürgern der Stadt. Das schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts errichtete Rathaus erhielt um 1320/30 einen Anbau: ein später als „Reichssaalbau" bezeichnetes zweigeschossiges Gebäude mit einem großem Saal im Obergeschoss.[2] Für die Bayerische Landesausstellung

2014 wurde versucht, virtuell das Aussehen dieses Rathaussaals zu seiner Entstehungszeit zu rekonstruieren.[3] (Abb. 1)

Abb. 1: Rekonstruktion des Saalbaus des Regensburger Rathauses, wie er in der 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts ausgesehen haben dürfte.

Im 14. Jahrhundert betrat man den Saal vom östlich des Gebäudes gelegenen Platz aus direkt über eine außen liegende Treppe. Die Decke des riesigen Saals wurde zur Zeit Ludwigs des Bayern wahrscheinlich von Stützpfeilern getragen.[4] (Abb. 2) Die als Fensterband angelegten Öffnungen an der Ostseite waren wohl nicht verglast, sondern offen und konnten bei kühlem Wetter mit Holzläden geschlossen werden.[5] Im Inneren des Saals stammen einige der Deckenkonsolen noch aus der Zeit Ludwigs. Besonders auffällig ist der Schlussstein des Erkers auf der Ostseite mit einer Christusdarstellung. Auch einige Ratssäle in anderen Städten weisen einen solchen Erker auf. Es ist davon auszugehen, dass dieser häufig wie der Chor einer Kirche nach Osten ausgerichtete Bereich eine religiöse Funktion hatte.[6]
Am Regensburger Saalbau lassen sich die unterschiedlichen Funktionen eines mittelalterlichen Rathauses gut ablesen: Es war ein Gebäude für den Rat der Stadt. Im Obergeschoss befand sich ein großer Saal für Versammlungen. Das Erdgeschoss hatte Handelsfunktionen. Hier waren Läden untergebracht, die sich zum Platz hin öffneten, aber auch die mit dem Gericht in Verbindung stehende sogenannte Fragstatt für Verhöre. Der Regensburger Saalbau ist daher in seinen Funktionen typisch für ein mittelalterliches Rathaus.

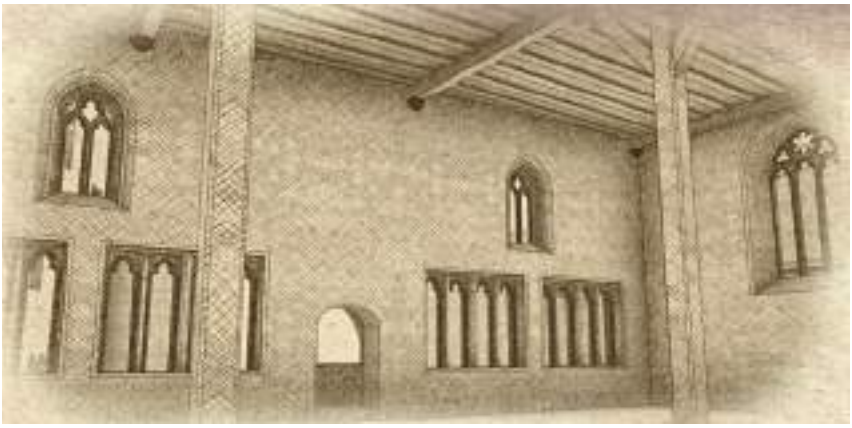


Abb. 2: Rekonstruktion des Regensburger Rathaussaales, Blickrichtung Osten, wie er sich in der 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts präsentiert haben dürfte.

Dieses war „Regierungsgebäude, Gerichtshaus, Kaufhaus, Verwaltungsgebäude, Zeug- und Festhaus“,[7] wie Stephan Albrecht in seinem Überblickswerk über mittelalterliche Rathäuser schreibt. Eine wichtige Rolle spielten die Rathäuser des Mittelalters auch im politischen Zeremoniell, wenn dort Bürgerschaft, Rat und Stadtherr auftraten und Huldigungen sowie Privilegienbestätigungen durchgeführt wurden.[8] Die Rathaussäle dienten aber nicht nur der Versammlung des Rats der Stadt, sondern hatten besonders in den Reichsstädten und Freien Städten die Funktion eines Repräsentationsorts für nichtstädtische Institutionen. So wurden zum Beispiel im Lübecker Rathaus die Hansetage abgehalten, im Nürnberger Rathaus fanden Reichstage oder Kaiserhuldigungen statt.[9] Auch im Regensburger Rathaus fanden zahlreiche Reichstage statt, bis schließlich im 17. Jahrhundert sogar der Immerwährende Reichstag dort eingerichtet wurde.[10] Auch die Vertreter des Heiligen Römischen Reichs – auch der Kaiser selbst – nutzten also Rathäuser zur Repräsentation.

Die Rathausbauten in Nürnberg, Köln und Lübeck

Welche Rathäuser sind nun neben dem Regensburger Saalbau in anderen Freien Städten und Reichsstädten zur gleichen Zeit entstanden? Fehlende Schriftquellen und starke Überformung der Gebäude in späterer Zeit machen die zeitliche Einordnung oftmals schwierig.[11] Häufig wurden diese Gebäude in späteren Jahrhunderten mehrfach umgestaltet, so dass heute in vielen Fällen nur noch wenig originale Bausubstanz aus der Zeit Ludwigs des Bayern erhalten ist. Schriftliche Zeugnisse zur Baugeschichte aus dieser Zeit sind meist nicht vorhanden. Trotzdem können von der Forschung einige Rathaussaalbauten in die Regierungszeit Ludwigs datiert werden:
Eine der wenigen Schriftquellen, die direkt mit Ludwig dem Bayern und dem Thema Rathausbau in Verbindung zu bringen sind, ist eine Urkunde aus dem Jahr 1329. Darin erlaubte Ludwig den Bürgern Frankfurts, ein neues Rathaus zu bauen.[12] Tatsächlich gebaut wurde das neue Rathaus, der sogenannte Römer, allerdings erst Anfang des 15. Jahrhunderts.
Von 1332 bis 1340 wurde der Saalbau des Nürnberger Rathauses errichtet.[13] (Abb. 3) Der Saal besaß ähnlich wie der des Regensburger Rathauses einen Erker, ein sogenanntes Chörlein. (Abb. 4) Links und rechts des „Chörleins“ befanden sich in dem im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigten Saal zwei Reliefs. Das Rechte zeigte Ludwig den Bayern auf dem Adlerthron. Das Aussehen der nur in Fragmenten erhaltenen Darstellung ist über einen Gipsabguss des 19. Jahrhunderts überliefert.[14] Das originale Relief wird auf 1339/40 datiert und zeigte den von Engeln begleiteten Kaiser mit Bügelkrone, Zepter, Reichsapfel und Stola. Gegenüber befand sich als zweites Relief eine Darstellung der Verpfändung von Blutgerichtsbarkeit und Zoll an die Stadt Nürnberg, die im März 1339 zunächst an Konrad Groß, einen ihrer reichsten Bürger, gegeben worden war.[15] Zudem sind für die Längsseiten Konsolen mit Skulpturen anzunehmen, die jedoch nicht mehr näher bestimmt werden können.[16]
Wie in Nürnberg sind auch in Köln im Ratssaal in Form der Skulpturen Hinweise auf den König beziehungsweise Kaiser zu finden: In Köln wurde von 1328/30 bis kurz vor 1341 an das bestehende Rathaus der große Saal, später auch Hansasaal genannt, angebaut.[17] (Abb. 5) An der Südwand waren Skulpturen der „Neun guten Helden“ angebracht, eine Darstellung idealer Herrscher. Darüber befand sich in der Mitte die Figur des Kaisers zusammen mit der Personifikation des Stadt- und Stapelrechts – Privilegien, die der Kaiser der Stadt verliehen hatte.[18]
Mit den Verweisen auf Kaiser und Reich in der Skulptur inhaltlich vergleichbar ist das Skulpturenprogramm auf den Zinnen des Mainzer Kaufhauses am Brand. Hier waren auf den Zinnen des Gebäudes acht in die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts datierte Sandsteinreliefs angebracht: Links

Abb. 3: Das Alte Rathaus in Nürnberg in einer Aufnahme vor 1938.

Abb. 4: Der Ratssaal im Alten Rathaus in Nürnberg in einer Aufnahme von 1893.

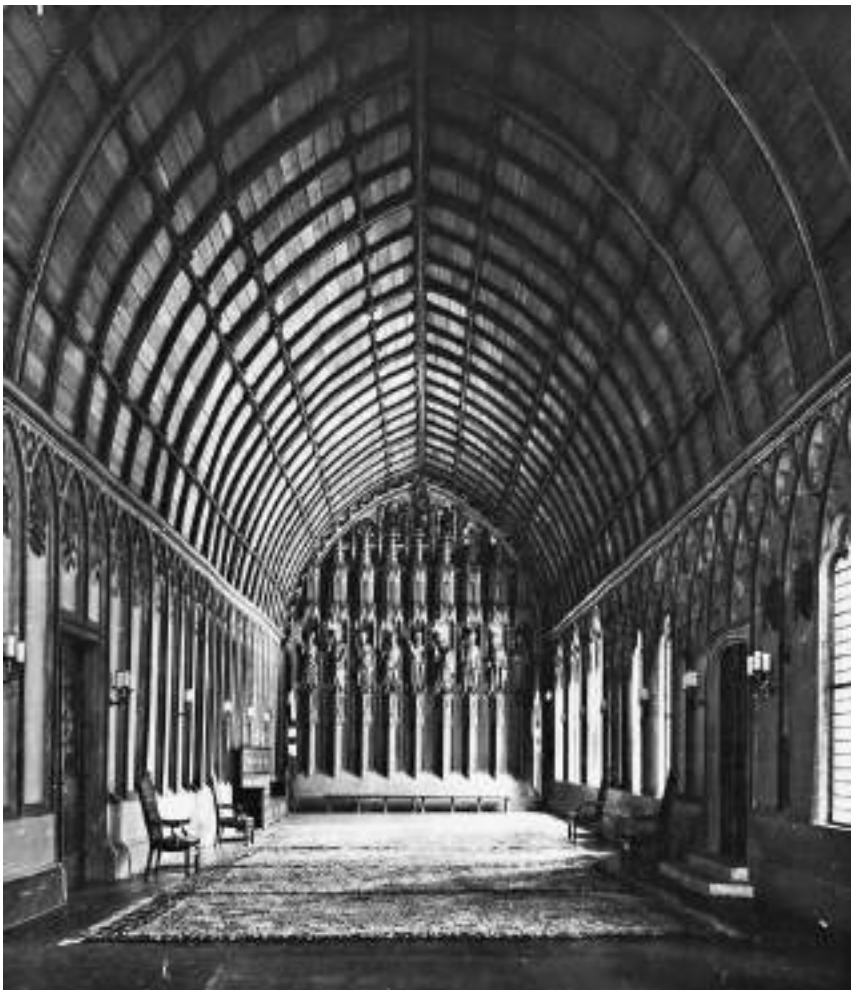


Abb. 5: Der Hansasaal im Rathaus in Köln in einer Aufnahme vor 1945.

und rechts von einer Darstellung des Heiligen Martin waren auf den Zinnen die sieben Kurfürsten zu sehen und zusätzlich der König selbst mit dem Wappen des Reiches.[19]
Eine ähnliche Darstellung ist auch auf dem sogenannten „Lübecker Türzieher" zu finden, der früher am Portal des Lübecker Rathauses angebracht

war.[20] Um 1344 war fast das gesamte Gewand- und Rathaus in Lübeck abgebrochen worden. Der anschließend errichtete Neubau mit einem großem Saal war 1352 fertig. Der Beginn der Erbauungszeit fällt so ebenfalls noch in die Regierungszeit Ludwigs des Bayern. Dieser Neubau fiel jedoch bereits 1358 einem Brand zum Opfer. Er wurde 1359 wiederhergestellt und auch in den folgenden Jahrhunderten weiter verändert. Das heutige Gebäude stammt also aus späterer Zeit, doch der Türzieher ist vor oder um 1350 entstanden.[21] Dargestellt sind hier wie auch auf dem Mainzer Kaufhaus wieder der König und die sieben Kurfürsten. Sie repräsentieren das Reich. Ludwig der Bayer war persönlich nie in Lübeck, doch Vertreter der Stadt erreichten, dass Ludwig dieser wichtigen Hansestadt als erster Stadt des Reichs 1340 die Erlaubnis zur Prägung von Goldgulden nach Florentiner Vorbild gab.[22] Die Handelsstadt zeigte mit der Darstellung auf dem Türzieher, dass sie allein vom König und den sieben Königswählern abhängig war, aber sonst niemandem verpflichtet.[23]

Weitere in die Zeit Ludwigs des Bayern zurückreichende Rathäuser

Auch kleinere Städte, wie beispielsweise Mühlhausen in Thüringen, wären zu nennen: Mühlhausen besaß eine alte Königspfalz, die jedoch Mitte des 13. Jahrhunderts von den Bürgern zerstört worden war. Ludwig der Bayer rief die Stadt 1327 zusammen mit anderen Städten, darunter auch Lübeck und Dortmund, auf, sich am Romzug zu beteiligen.[24] Ludwig übertrug der Stadt Mühlhausen auch das Reichsschultheißenamt.[25] Er verpfändete die Stadt zudem an den Landgrafen von Thüringen, der 1332 jedoch gegen eine Geldzahlung auf seine Ansprüche verzichtete. An das bestehende Rathaus wurde ein zweigeschossiger Westbau mit großem Saal im Obergeschoss angebaut. Rekonstruktionsversuche des Aussehens des Rathaussaals um 1340 zeigen ihn mit Erker („Chörlein“) an der Ostfassade, einem Maßwerkfenster sowie einer Freitreppe. Der Saalbau wird nach neueren Forschungen auf um 1335 datiert.[26]
Es gäbe noch viele weitere Rathäuser zu entdecken, die in der Zeit Ludwigs eine Umgestaltung erfuhren, doch ist eine genaue Datierung häufig schwierig. In Zusammenhang mit der Regierungszeit Ludwigs des Bayern auffällige (Um-)Baudaten besitzen beispielsweise auch die häufig nicht mehr erhaltenen oder stark veränderten Gebäude in Danzig (1327-36), Erfurt (Mitte 14. Jh.), Leipzig (nach 1341), Lüneburg (um 1330), Münster (um 1330-40), Rottweil (1321), Straßburg (1321) oder Warburg, Altstädtisches Rathaus (1336/37). [27]

Instandsetzung alter Königspfalzen

Ludwig kann sicher nicht als direkter Initiator der verschiedenen Rathaussaalbauten bezeichnet werden und er war auch nicht in allen diesen Städten jemals persönlich anwesend. Es ist jedoch auffällig, dass gerade zu seiner Regierungszeit so viele dieser großen Saalbauten entstanden.
Ludwig gilt als Förderer der Städte[28] und er profitierte von den in den Städten ansässigen reichen einflussreichen Bürgern. Er nahm häufig bei ihnen Quartier und ließ sich auch finanziell von ihnen unterstützen. So war er beispielsweise in Regensburg bei der Familie Gumprecht zu Gast, in Frankfurt bei Jakob Knoblauch, in Nürnberg bei Konrad Gross oder in München bei Johann Ligsaltz.[29]
Genau diese wohlhabenden Bürger waren es, die Ludwig auch mit der Instandsetzung von alten Königspfalzen beauftragte. So wurde der Frankfurter Saalhof, eine Königsburg des 12. Jahrhunderts, 1332 als Pfandschaft an den Frankfurter Bürger Jakob Knoblauch vergeben.[30] Knoblauch hatte die Auflage, die Gebäude wieder in Stand zu setzen und errichtete auch große, heute nicht mehr erhaltene Neubauten auf dem Gelände. Das Gelände blieb bis ins 17. Jahrhundert ein kaiserliches Lehen.[31] Der Saalhof, heute Teil des Historischen Museums, wurde später mehrfach umgebaut. Diese Königspfalzen besaßen ähnlich wie die Rathäuser entsprechend große Säle.
Eine der bekanntesten ist die Aula regia, die Alte Königspfalz in Aachen. Ihr großer Saal war traditionell der Ort der Krönungsfeierlichkeiten bei der Königskrönung. Frankfurt war zwar die Stadt der Königswahl, Aachen jedoch traditionell die Stadt der Königskrönung. Hier war auch Ludwig der Bayer gekrönt worden. Nach 1330 übernahm die Stadt die verfallene Aula regia von Ludwig dem Bayern und begann einen 1334/1335 belegten Um- und Neubau.[32] Der Rohbau war wohl um die Mitte des 14. Jahrhunderts abgeschlossen. Das Gebäude wurde, abgesehen von den Krönungsfeierlichkeiten, vor allem als Rathaus genutzt[33] und besaß die traditionelle Einteilung in zwei Geschosse mit unterschiedlichen Funktionen.[34]

Desiderate der Forschung

Besonders in Freien Städten und Reichsstädten scheinen zur Regierungszeit Ludwigs des Bayern solche großen Aus- und Neubauten repräsentativer Versammlungsräume in Zusammenhang mit Rathäusern nachweisbar zu sein, wenngleich selbstverständlich auch in anderen Städten Rathausneubauten entstanden.[35] Stefan Albrecht hat bereits darauf hingewiesen, dass sich häufig Rat, Bürgerschaft und der Stadtherr selbst gemeinsam für

den Bau eines Rathauses einsetzten.[36] Es ist daher nicht verwunderlich, dass in Reichsstädten und Freien Städten, die ja keinen zusätzlichen Stadtherrn hatten, sondern nur dem Reich verpflichtet waren, der König beziehungsweise Kaiser oder die von ihm Beauftragten mit solchen Bauten in Verbindung zu bringen sind.
Eine vergleichende architekturbezogene Untersuchung für die Zeit Ludwigs des Bayern steht bisher aus.[37] Erst dann könnten möglicherweise Antworten auf Fragen wie diese gegeben werden: Wie verhalten sich Rathausbauten in Freien Städten und Reichsstädten untereinander sowie im Vergleich mit anderen Städten in Bezug auf Anzahl der Um- und Neubauten, stilistische Gestaltung oder gegenseitige Beeinflussung der Bauprojekte? Wie ist der italienischen Rathausbau[38] im Verhältnis zu den Bauten im Reich nördlich der Alpen einzuschätzen? Wie dazu die Rathausbauten in Ländern außerhalb des Reiches? Wie sind die repräsentativen Funktionen und Absichten der Bauten in Bezug auf Kaiser und Reich genauer zu fassen? Wie können die Rollen von Rat, Bürgerschaft und Kaiser bei Bau und Nutzung solcher Säle näher bestimmt werden? Wie sind die Ratssäle im Verhältnis zu den großen Kaufhausbauten und Kirchen[39] einzuordnen? Und schließlich: Wie unterscheiden sich die Bauten von denen, die in der Zeit von Ludwigs Vorgängern und Nachfolgern entstanden? Es ist zu hoffen, dass Bauforschung und Architekturgeschichte gemeinsam trotz der schwierigen Quellenlage hier künftig noch einige Antworten finden können.

Anmerkungen

1 Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Kurzvortrags, den ich beim 8. Tag der bayerischen Landesgeschichte am 26. Juni 2014 in Regensburg hielt, und beruht auf Ergebnissen, die für die Bayerische Landesausstellung 2014 „Ludwig der Bayer. Wir sind Kaiser!“ erarbeitet wurden. Siehe dazu auch Six, Barbara: Repräsentationsbauten aus der Zeit Ludwigs IV., in: Wolf, Peter / u. a. (Hg.): Ludwig der Bayer. Wir sind Kaiser!, Katalog zur Bayerischen Landesausstellung 2014, Augsburg 2014, S. 249. Ich danke Prof. Dr. Achim Hubel, Elisabeth Handle-Schubert, Dipl.-Ing. Karl Schnieringer, Dr. Wolfgang Neiser und Dr. Rosa Micus für wertvolle Hinweise und Patricia Lippert für ihre engagierte Mitarbeit bei der Recherche.

2 Maße: ca. 15 x 23 m. Grundlegend zum Regensburger Rathaus: Trapp, Eugen: Kommunale Repräsentation und nationale Erinnerung. Zum Umgang mit dem Regensburger Reichssaal, in: Denkmalpflege in Regensburg, Bd.11: 2006-2008, hg. v. Amt für Archiv und Denkmalpflege, Abteilung Denkmalpflege, der Stadt

Regensburg, Regensburg 2009, S. 83-118, Hubel, Achim: Studien zum Reichssaalbau des Alten Rathauses in Regensburg, in: Böning-Weis, Susanne / u. a. (Hg.): Monumental, Festschrift für Michael Petzet zum 65. Geburtstag am 12. April 1988, (Arbeitshefte des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege 100), München 1998, S. 530-547; Hubel, Achim: Der Regensburger Rathaussaal zur Zeit Ludwigs IV., in: Wolf (wie Anm. 1), S. 251.

3 Es muss ein Rekonstruktionsversuch bleiben, da nur für einzelne Teile bauforscherische Aufnahmen existieren und bei vielen Details bisher zu wenig über das exakte Aussehen bekannt ist. Die Rekonstruktion erfolgte mit Beratung durch Professor Dr. Achim Hubel und den Bauforscher Karl Schnieringer, die visuelle Realisierung übernahmen Reinhard Munzel und seine Kollegen von der Firma Archimedix GbR, Ober-Ramstadt.

4 120 Jahre später bekam der Saal dann eine neue Decke ohne Stützen.

5 Freundliche Auskunft von Prof. Dr. Achim Hubel.

6 Strobel, Richard: Gotische Rippengewölbe in Regensburger Wohnhäusern – ein ungehobener Schatz eines Altstadt-Welterbes, in: Denkmalpflege in Regensburg, Bd. 13: Beiträge zur Denkmalpflege in Regensburg für die Jahre 2011 und 2012, hg. v. Amt für Archiv und Denkmalpflege, Abteilung Denkmalpflege, der Stadt Regensburg, Regensburg 2014, S. 28-91, hier S. 51.

7 Albrecht, Stephan: Mittelalterliche Rathäuser in Deutschland. Architektur und Funktion, Darmstadt 2004, S. 13.

8 Ebenda, S. 17.

9 Ebenda, S. 15.

10 Trapp (wie Anm. 2), S. 86-88.

11 Neben dem regional gegliederten Werk von Albrecht (wie Anm. 7) wurden auch im Jahrbuch für Hausforschung mehrere Rathäuser untersucht. Siehe Goer, Michael / u. a. (Hg.): Rathäuser und andere kommunale Bauten, (Jahrbuch für Hausforschung 60), Marburg 2010. In vielen Rathaus-Forschungen wird vorrangig monographisch von der Entstehung des Gebäudes bis zur Gegenwart vorgegangen. Die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts spielt dabei dann oft keine große Rolle, da die Quellenlage für diese Zeit häufig sehr schlecht ist.

12 Urkunde Pavia, 20. Juni 1329, in: Böhmer, Johann Friedrich (Hg.): Urkundenbuch der Reichsstadt Frankfurt (Codex diplomaticus Moenofrancofurtanus), Bd. 2: 1314-1340, bearb. v. Friedrich Lau, Frankfurt a. M. 1905, S. 260, Nr. 349, online abrufbar unter: https://archive.org/details/codexdiplomatic01nathgoog (02.01.2015).

13 Maße des Saals: 11,5 x 39 m. Zum Nürnberger Rathaussaal: Haas, Walter: Neue Forschungen am alten Rathaus in Nürnberg, in: Jahrbuch der Bayerischen Denkmalpflege 35 (1981), S. 49-82; Baur, Christian: Rekonstruktion des Großen Nürnberger Rathaussaales. Die grundsätzliche Problematik von Rekonstruktionen, in: Jahrbuch der Bayerischen Denkmalpflege 37 (1983), S. 73-93.

14 Bayerisches Nationalmuseum München, Inv. Nr. MA 2341.1.

[15] Weniger, Matthias: Sanddruck des Kaiser-Ludwig-Reliefs aus dem Nürnberger Großen Rathaussaal, in: Wolf (wie Anm. 1), S. 217. Hier auch Abbildung des Gipsabgusses.

[16] Haas (wie Anm. 13), S. 60-64.

[17] Maße des Saals: 7,5 x 27 m. Zur Datierung: Hagendorf-Nußbaum, Lucia / Nußbaum, Norbert: Der Hansasaal, in: Geis, Walter / Krings, Ulrich (Hg.): Köln. Das gotische Rathaus und seine historische Umgebung, Köln 2000, S.337-385, hier S. 340.

[18] Geis, Walter: Die Neun Guten Helden, der Kaiser und die Privilegien, in: Geis / Krings (wie Anm. 17), S. 387-413.

[19] Das Gebäude wurde 1812 abgebrochen, die Zinnen blieben erhalten und werden heute im Landesmuseum Mainz unter der Inventarnummer S 3099-S3106 aufbewahrt.

[20] Der Türzieher wird in den Museen für Kunst- und Kulturgeschichte der Hansestadt Lübeck (Inv. Nr. 1878/13) aufbewahrt.

[21] Bruns, Friedrich / Rahtgens, Hugo (Bearb.): Die Bau-und Kunstdenkmäler der Hansestadt Lübeck, Bd.1, 2. Teil: Rathaus und öffentliche Gebäude der Stadt, überarb. v. Lutz Wilde, Lübeck 1974, S. 13; Erdmann, Wolfgang: Aspekte der Baugeschichte des Lübecker Rathauses, in: Zeitschrift für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 68 (1988), S.113-137; Holst, Jens Christian: Ein Überblick zur mittelalterlichen Baugeschichte des Lübecker Rathauses, in: Goer / u. a. (wie Anm. 11), S.175-190.

[22] Hirsch, Martin: Goldgulden, in: Wolf (wie Anm. 1), S. 247-248.

[23] Hier grundlegend: Saurma-Jeltsch, Lieselotte E.: Das mittelalterliche Reich in der Reichsstadt, in: Schneidmüller, Bernd / Weinfurter, Stefan (Hg.): Heilig – Römisch – Deutsch. Das Reich im mittelalterlichen Europa, Kolloquiumsband, Dresden 2006, S. 399-439, online abrufbar unter: http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/artdok/volltexte/2008/612.

[24] Urkunde Ludwigs des Bayern vom 11. August 1327, im Feld bei Mailand: König Ludwig befiehlt den Städten Lübeck, Mühlhausen (Thüringen), Nordhausen, Goslar und Dortmund, Mannschaften zum Romzug zu schicken. Siehe www.regesta-imperii.de.

[25] Bornschein, Falko/ Gaßmann, Ulrich: Fragmente mittelalterlicher Glasmalereien aus dem Rathaus von Mühlhausen, in: Das Rathaus zu Mühlhausen in Thüringen. Beiträge zur Bau- und Kunstgeschichte, hg. v. d. Mühlhäuser Museen in Zusammenarbeit mit dem Mühlhäuser Geschichts- und Denkmalpflegeverein e.V., (Mühlhäuser Beiträge 13, Sonderheft), Mühlhausen 2000, S. 69-75, hier S. 73. Dort wird verwiesen auf: Herquet, Karl: Urkundenbuch der ehemals freien Reichsstadt Mühlhausen in Thüringen, (Geschichtsquellen der Provinz Sachsen 3), Halle 1874, Nr. 884-886, online abrufbar unter: http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn=urn:nbn:de:urmel-3edd8808-1731-4be7-999c-aeaa97fe3f9a5.

[26] Sareik, Udo: Die Bauforschung 1992-1999, in: Das Rathaus zu Mühlhausen (wie Anm. 25), S. 11-50, hier S. 23; Albrecht (wie Anm. 7), S. 177.

[27] Zu den Daten siehe Albrecht (wie Anm. 7), S. 282-283 und die Texte zu den einzelnen Orten, S. 39-272.

[28] Siehe hierzu den Beitrag von Markus Naser in diesem Band, S. 81-91.

[29] Siehe hierzu die entsprechenden Urkunden, die die genannten Personen als „Wirt" aufführen, z. B. Frankfurt, 16.02.1332 (Knoblauch), Regensburg, 24.12.1332 (Gumprecht), Fußnote 2 zur Urkunde Colmar, 13.3.[1338] (Groß) oder München, 23.06.1339 (Ligsaltz) in der Regesten-Datenbank www.regesta-imperii.de.

[30] Cilleßen, Wolfgang P./ Gerchow, Jan: Die Baudenkmäler des historischen museums frankfurt, in: Cura 2010, S. 8-32, hier S. 15; Stamm, Otto: Der königliche Saalhof zu Frankfurt am Main. Mit einem Vorbericht über die Ausgrabungen des Museums für Vor- und Frühgeschichte 1958-1961, in: Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main XII, Frankfurt am Main 1966, S. 5-63, hier S. 46.

[31] Stamm (wie Anm. 30), S. 52.

[32] Ley, Judith: Das Rathaus der Freien Reichsstadt Aachen. Der Umbau der gotischen Aula Regia zum Königspalast, in: Goer (wie Anm. 11), S. 159-173, hier S. 162.

[33] Ebenda, S. 166.

[34] Zum Rathaus als „multifunktionales Gebäude" siehe auch Paul, Jürgen: Rathaus und Markt, in: Meckseper, Cord (Hg.): Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150-1650, Ausstellungskatalog zur Landesausstellung Niedersachsen 1985, Bd. 4, Stuttgart – Bad Cannstatt 1985, S.89-118.

[35] Auch Städte, die nicht reichsfrei waren, schmückten ihren Rathaussaal mit entsprechenden Symbolen. Siehe das Beispiel Erfurt: Heckert, Uwe: Die Ausstattung des Großen Saales im alten Erfurter Rathaus. Ein Beitrag zum politischen Selbstverständnis eines Stadtrats im Mittelalter, in: Löther, Andrea / u. a. (Hg.): Mundus in imagine. Bildsprachen und Lebenswelten im Mittelalter, Festgabe für Klaus Schreiner, München 1996, S.303-318, hier S. 308.

[36] Albrecht (wie Anm. 7), S. 27.

[37] Nach dem Standardwerk von Suckale, Robert: Die Hofkunst Kaiser Ludwigs des Bayern, München 1993, das sich vor allem mit Skulptur und Gemälden befasste, steht eine vergleichende architekturhistorische Zusammenschau der Repräsentationsbauten in Reichsstädten und freien Städten zur Regierungszeit Ludwigs des Bayern noch aus.

[38] Siehe hierzu auch Trapp (wie Anm. 2), S. 85.

[39] In Reichsstädten wurden in der Zeit Ludwigs des Bayern auch Kirchen stark vergrößert, da sie, wie Robert Suckale meint, als Kaiserkirchen dienten. Er führt dabei die „um oder nach 1309" erweiterte Nürnberger Sebalduskirche an,

und nennt auch Straßburg und Freiburg. Siehe Suckale (wie Anm. 37), S. 76 u. 78. Auch die Frankfurter Kirche St. Bartholomäus, der später sogenannte Kaiserdom, ist hier zu nennen. Diese Kirche wurde unter Ludwig dem Bayern zum festen Ort der Königswahl, zuvor war die Wahl häufig auch im Freien abgehalten worden. Zu diesem Zweck wurde seit 1315, also nach Ludwigs Königswahl in Frankfurt, der Chor der Kirche neu errichtet und ab 1338 auch liturgisch genutzt. Ab 1346 folgte dann der Bau des Querhauses, und 1349 fand die Schlussweihe des Chors statt. Siehe Hampel, Andrea: Der Kaiserdom zu Frankfurt am Main. Ausgrabungen 1991-1993, (Beiträge zum Denkmalschutz in Frankfurt am Main 8), Nußloch 1994, S. 54 u. 216. 1356 wurde Frankfurt durch die „Goldene Bulle“ Karls IV. als Wahlort der Kaiserwahlen dann endgültig festgelegt.

Abbildungsnachweis

- Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg (Archimedix): Abb. 1, 2.
- Bildarchiv Foto Marburg: Abb. 3-5.

Tag der bayerischen Landesgeschichte in Ingolstadt 2015

Werner K. Blessing

Ambivalente Kriegserfahrung und schwierige Kriegserinnerung Zu Bayerns Umgang mit den Napoleonischen Kriegen

1. Im napoleonischen Umbruch: Staatsbayerns Erfolg

Napoleon war endgültig besiegt. Europa hatte sich von seiner aus der Revolution erwachsenen Hegemonie befreit, durch die es in einer Kette von Kriegen tief verändert worden war – territorial, politisch und in der Orientierung vieler Menschen. Auch in Bayern atmete man 1815 auf, als nach zwei Jahrzehnten gehäufter Unruhe und Not der Frieden einkehrte und zugleich für alle, die unter eine neue Obrigkeit geraten waren, manchmal zwei-, dreimal, Stetigkeit begann. Die Bilanz dieser Umbruchszeit war ambivalent. Der bayerische Staat hatte zwar erheblich an Umfang und markant an Rang gewonnen, aber stand vor dem Bankrott. Die Bevölkerung war durch einen Reformschub von alten Hemmnissen befreit, aber verlor dabei verlässliche Bindungen. Und vor allem litten viele schwer unter materiellen, zum Teil auch mentalen Kriegsfolgen. Was auch in dieser unruhigsten Phase der neueren bayerischen Geschichte geschah, Modernisierung und Zerstörung, Gewinn wie Verlust, kam letztlich von Napoleon. Seiner Kriegsgewalt und seinem Ordnungsoktroi war Bayern über ein Jahrzehnt mittelbar oder direkt ausgeliefert gewesen – anfangs und zuletzt als Kriegsgegner, dazwischen als sein größter deutscher Satellit. Auf Bayern trifft Thomas Nipperdeys klassischer Satz „Am Anfang war Napoleon“ besonders zu.

Nach dem Ende dieser Epoche, als der Wiener Kongress ihren revolutionären Grundzug gebrochen, doch viele reale Ergebnisse übernommen hatte, blickten an der Spitze Bayerns zwei sehr verschiedene Männer zurück. Der Kronprinz, der spätere König Ludwig I., der seine starken Gesinnungen gerne in Poesie goss, verfasste 1815/16 ein Schauspiel „Teutschlands

Errettung“ von dem „Satan“ Napoleon. Dagegen nannte der dirigierende Minister Montgelas im Rechenschaftsbericht nach seinem Sturz 1817 „unsere Allianz“ mit Napoleon ohne jedes Befreiungspathos kühl eine „natürliche Folge“ der Sicherheitsinteressen Bayerns. Er resümierte ihre „bedeutende[n] Vorteile“, und er begründete den Bruch 1813 gleichermaßen als ein vernünftiges Ende „ohne Bitterkeit“. Beide standen für wichtige meinungsführende Gruppen mit ganz unterschiedlichen politischen Positionen, nicht nur zum äußeren Geschehen, den „politics“, sondern, wie sich zeigen wird, grundsätzlich in Werten und Ordnungsvorstellungen, der „politiy“.

Eines jedoch verband Kronprinz und Minister sichtlich, über das selbstverständliche Interesse an der Stärkung des eigenen Staats hinaus: Beide waren auffallend bestrebt, Bayerns äußeren Rang zu verbessern. Zur Erklärung müssen wir kurz zurückblicken. Im 17. Jahrhundert hatte Maximilian I. mit der Dynamik von Frühabsolutismus und Konfessionalismus dem Land durch energischen Herrschaftsausbau und als Führer der katholischen Partei mehr Bedeutung gewonnen, als es nach Größe und Einwohnern wog. Mit diesem Potential hatte dann Max Emanuel um 1700 über das Reich hinaus um eine europäische Stellung gerungen – wie sie Brandenburg seit dem Großen Kurfürsten als Großmacht Preußen, wie sie Sachsen durch den Gewinn der polnischen Krone, wie sie Hannover durch die Personalunion mit der Weltmacht Großbritannien besaßen. Doch die hochfliegenden Pläne waren zerstoben, vor allem die glänzende Aussicht auf Spanien samt Nebenländern und Kolonien, weil der Kurprinz, der es erben sollte, früh starb. Zwar war der nächste Kurfürst Karl Albrecht in einem neuen Anlauf sogar, als zweiter bayerischer Wittelsbacher nach Ludwig dem Bayern, Kaiser geworden – aber nur als Schachfigur der Mächte für drei Jahre in ohnmächtigem Exil. Sein Nachfolger Max III. Joseph hatte 1745 allen Ambitionen vertraglich entsagen müssen. Indes blieb ein Stachel, aus dem Kreis der mittleren Reichsstände doch noch auf die europäische Bühne zu kommen. Andererseits konnte sich Bayern im 18. Jahrhundert selbst dieser mittleren Rolle nicht durchweg sicher sein, weil vom übermächtigen Nachbarn Österreich Verkleinerung, ja Anschluss drohte, wovor letztlich nur die Macht Preußens bewahrte. So stand man in München wie kaum sonst wo im Reich zwischen Aufstiegsdrang und Abstiegsgefahr, war Mächten ausgeliefert, in deren Reihe man selbst hinaufstrebte. Deshalb suchte jede bayerische Regierung die Aufwertung, wenn immer sich eine Chance zu bieten schien.

Sie kam Anfang des 19. Jahrhunderts durch Napoleon. Zunächst erfuhr Bayern wiederum seine Abhängigkeit, als es 1799 im 2. Koalitionskrieg Österreich folgen musste und mit ihm auf eigenem Boden bei Hohenlinden von Frankreich geschlagen wurde. Auch der erhebliche Säkularisa-

tions- und Mediatisierungsgewinn an Land und Leuten 1802/03 verdankte sich wesentlich einem französisch-russischen Plan, der dem Reichsdeputationshauptschluss zugrunde lag. Kurz darauf begab sich Bayern in einer dramatischen Situation unter die Hegemonie Frankreichs. Beim Ausbruch des 3. Koalitionskriegs 1805, als es aufgrund seiner Lage zwischen Frankreich und Österreich nicht neutral bleiben konnte, letzteres abermals enge Gefolgschaft forderte und man in München für den Fall, dass es siege, wieder um die Existenz fürchtete, lotste Montgelas mit einem diplomatisch virtuosen Coup das Land an Napoleons Seite. Dessen Sieg sicherte dann nicht nur den Bestand Bayerns; dieses wurde vielmehr weiter vergrößert, sogar zum Königreich erhöht und durch den Untergang des Reichs mit seinem Lehnsverband rechtlich souverän. Der Preis war, dass es als Satellit des Militärdiktators und Glied in dessen Rheinbund politisch eingeengt, zur Kriegsfolge gezwungen und finanziell hoch belastet wurde. Es musste Eingriffe in Verfassung und Verwaltung hinnehmen und zahlreiche Opfer an Gütern und Menschen bringen, was bei vielen die gewohnte Lebensweise störte.

Aber auf Napoleons Siegesbahn lagen weitere äußere Erfolge. Zugleich förderte der Modernisierungsdruck aus Paris die Umsetzung von Montgelas' aufgeklärtem Regierungsprogramm, die dank der 1806 gewonnenen Souveränität weit vorankam; bereits die Konstitution von 1808 bündelte Leitlinien zahlreicher Reformen. Daher zeichnete sich, trotz all der erwähnten Belastungen, eine Kräftigung Bayerns ab. Die Verwaltung begann effizienter, die Wirtschaft produktiver, das Kulturleben progressiver zu werden. Zwar bedrängte oder verdrängte das Fortschrittsdogma tradierte Strukturen und untergrub in der breiten Bevölkerung den Eigen-Sinn vertrauter Zustände, aber wichtiger schien, dass durch die gleiche umfassende „Verbesserung" – ein Schlüsselwort der Aufklärung – im alten Bayern wie in den neuen Gebieten Reform und Integration sich gegenseitig steigerten. Das trieb die innere Staatsbildung und die Vergesellschaftung der heterogenen Untertanenmasse zum Staatsvolk voran. So forcierte der Frontwechsel 1805 auch die innere Entwicklung des neuen Bayern, direkt oder mittelbar. Dass insgesamt das Land evident an Gewicht und Leistungskraft gewann, hob das Selbstbewusstsein am Hof und im Ministerium: Das alte Streben nach mehr Macht und sichtbarer Geltung regte sich wieder.

Doch dann scheiterte Napoleons Russlandfeldzug 1812 katastrophal. Bayern verlor dabei nicht nur einen Großteil seiner Armee. Es drohte in den Sog eines Verlierers zu geraten und zugleich innere Loyalität einzubüßen. Denn nun flammte in der Bevölkerung offene Erbitterung über die Lasten der fremden Oberherrschaft auf, und die Öffentlichkeit driftete zu den Gegnern Frankreichs, soweit immer es die Zensur zuließ. Äußere Lage und innere Stimmung veränderten sich derart, dass Montgelas die bisheri-

gen Gewinne, ja Bayerns Bestand nun durch Napoleon gefährdet sah. In dieser wiederum prekären Situation wechselte er – nach subtilem Druck auf den König, den ein Gefühl der Bündnistreue zögern ließ – abermals die Seite und schloss sich den Alliierten an. Denn, das ermöglichte den Bruch, Österreich hatte Umfang und Rang Bayerns garantiert, weil Metternich sich dessen Militärkraft und die strategische Stellung in Süddeutschland sichern wollte. Da die Münchener Regierung noch vor der Schlacht bei Leipzig im Oktober 1813 absprang und die anderen süddeutschen Rheinbundstaaten mitzog, blieb allen das Schicksal Sachsens erspart, das zu spät kam und sich daher bei der Neuordnung Deutschlands nur mit Mühe retten konnte, auf die Hälfte verkleinert. Bayern hingegen baute seine Position aus. Mit einer rasch neu aufgestellten Armee – dem im Krieg auch politisch stärksten Argument – trug es zum Kampf gegen Napoleon erheblich bei, vor allem bei Hanau, wo man dessen Rückzug aufzuhalten suchte. Mit dieser aktiven Rolle wuchsen die Erwartungen weiter, die Beschränkung des Mittelstaates endlich zu überwinden.

Insgesamt hatte Montgelas im Umbruch Europas für Bayern außenpolitisch Erstaunliches erreicht. Richtschnur war ihm ausschließlich das je aktuelle Staatsinteresse, Mittel das Kalkül klassischer Kabinettspolitik gewesen. Er hatte sich den kontingenten Großereignissen einer Zeit der Kriege, für die er keine übergreifende Deutung sah, mit pragmatischer, wenn nötig skrupelloser Verantwortung gestellt, wie sie ihm sein Amt für Fürst und Land gebot. Zeitgeistmächtige Ideen oder kollektive Gefühle benutzte er höchstens taktisch gegenüber einer erstarkenden Öffentlichkeit. Eine gesinnungsethische Politik, wie sie der von „teutschen“ Idealen bewegte Napoleon-Hasser Kronprinz Ludwig forderte, wäre für Bayern in diesen hektischen Jahren, als Gefahren und Chancen oft eng beieinander lagen, nicht nur schwierig gewesen; sie hätte auch gewiss nicht so viel erreicht. Anders als bei den inneren Reformen, wo Montgelas nicht zuletzt philanthropischen und utilitaristischen Ideen der Aufklärung folgte und nicht geringe gesellschaftliche Widerstände weckte – er musste selbst manches revidieren, noch weit mehr erlag dann der konservativen Wende unter Ludwig I. –, brachte seine Außenpolitik einen so dauerhaften Ertrag, dass Wesentliches bis heute wirkt.

2. Doppelte Beschränkung: die Mächte und die nationale Idee

Mehr aber gelang München nicht mehr. Die Abwicklung der Ergebnisse von Napoleons Kriegen auf dem Wiener Kongress wurde zur Enttäuschung seiner Aufstiegshoffnungen, aber auch der Erwartung auf volle

Souveränität. Beidem standen die Interessen der Mächte entgegen und eine starke Zeitgeistströmung. Zu ihr müssen wir etwas ausholen.
Im späten 18. Jahrhundert war der Realpolitik, die sich nach den Verheerungen der Konfessionskriege an den europäischen Höfen als ein Staatshandeln ohne religiöse oder sonstige weltanschauliche Anleitung durchgesetzt hatte, eine neue Leitidee gegenübergetreten: das Prinzip der Nation. Vor allem Herders Lehre vom Volksgeist mit ihren zeitlosen Kulturvölkern suggerierte eine durch Sprache, Kultur, Geschichte geschaffene Gemeinschaft als neuen Identitätstyp. Er hatte sich in der Generation rasch verbreitet, die in jungen Jahren vom Lebensgefühl der Romantik ergriffen und durch die Französische Revolution verstört worden war. Sie sah die Wirren und Nöte Europas seit 1789 letztlich in der Aufklärung begründet, daher setzte sie wieder auf Religion und Tradition als den Autoritäten für ein rechtes Leben. Und das im Horizont der Nation, die als Schicksalsgemeinschaft den Nimbus eines höchsten Wertes gewann, aufgeladen mit religiöser Energie. Diese Einstellung wurde unter der Militärdiktatur Napoleons, die nicht nur als Fremdherrschaft, sondern als Verstoß gegen göttliche und menschliche Ordnung erschien, politisch virulent. Vor allem im gebildeten Bürgertum des protestantischen Deutschland vagierte ein emphatisch antifranzösischer Nationalismus. Von Preußen, Thüringen, Sachsen her zog er in die lutherischen Städte Frankens und Schwabens, aber drang, je mehr die Franzosen in Kriegs- wie Friedenszeiten belasteten, auch bis in katholische Bürger- und Adelskreise des alten Bayern. So wie Kronprinz Ludwig eine „teutsche“ Gesinnung hegte, die ihn schon früh – nach Heinz Gollwitzer – in „äußerste Abneigung“ gegen Montgelas' Politik und „die französische Vasallität Bayerns“ trieb. Erst mit dem Untergang des Frevlers sah er die rechte Ordnung nach den Geboten Gottes und für die Ehre der Deutschen wiederhergestellt. Dass der künftige König allerdings Größe und Rang seines Landes vor allem diesem Mann verdankte, wollte er nicht wahrhaben.
Mit dem Schwung der „Befreiungskriege“ griff die deutsch-nationale Strömung in der meinungsführenden bürgerlichen Öffentlichkeit besonders Neubayerns weit aus – ein noch diffuses Bündel aus Ideologemen, verbunden hauptsächlich durch die Erbitterung über den Franzosen-Kaiser, doch von suggestiver Wirkung. 1814 rühmte zum Beispiel eine Ansbacher „Predigt nach dem siegreichen Einzug der verbündeten Heere in Paris“ den weltmoralischen Sieg Deutschlands, das sich nach Gottes Heilsplan unter Preußens Führung vom „Sohn der Hölle“ befreit habe und mit diesem zugleich vom „Freiheitsschwindel der Aufklärung“. Aus einer zunächst kleinen, halb verdeckten Opposition mit dem frondierenden Kronprinzen an der Spitze war eine Strömung geworden, die, wenngleich regional verschieden stark, die Regierung mit einer gesellschaftlichen Renitenz unge-

wohnter Art bedrängte. Diese konnte denn auch nicht umhin, nach den Siegen über Frankreich nationale Freudenfeiern zu billigen, ja nun selbst Deutschland als politische Solidargemeinschaft zu vergegenwärtigten. Sie ließ auf den Marktplätzen und von den Kanzeln zum Kampf gegen den von Elba zurückgekehrten Napoleon aufrufen, und sie trug, nachdem dieser endgültig niedergerungen war, Dankgottesdienste, triumphale Truppenheimkehr und Friedensfeiern in nationalem Ton mit. Das war allerdings kurz nach dem Wechsel von Napoleon zu den Alliierten für die Kreise wenig glaubwürdig, die jahrelang das Bündnis mit jenem gebrandmarkt und München Mitschuld an der deutschen Ohnmacht gegeben hatten. Während bei Regierung, Bürokratie und einem Teil der Eliten der Kriegsgewinn an Territorium und Status als reiche Frucht der Lasten und Opfer galt, erschien er den national Bewegten im düsteren Licht historischen Unrechts, gar als Judaslohn für Montgelas' Verrat an Deutschland. Hinter diesen Lagebildern stand ein Gegensatz der Leitideen, ja der Weltanschauungen, die in jener „Sattelzeit" um die kulturelle Herrschaft und die politischen Ordnungsmodelle rangen: ein Grunddissens, der die Kriege je nach Traditions- oder Fortschrittssinn generell unterschiedlich wahrnehmen ließ. Diese Spannung machte das Gefüge des eben erst zusammengestückten Staates und den gesellschaftlichen Umgang in ihm latent labil.
Zunächst aber traf die von den Napoleonischen Kriegen erregte Wirkmächtigkeit der nationalen Idee das junge Staatsbayern vor allem von außen, auf dem Wiener Kongress, zu dem wir zurückkehren. Die bayerische Regierung stieß dort bei anderen Staaten auf Widerstände aus Gesinnung wie aus Machtinteressen, die den bürgerlichen Eifer für die Nation zu ihrem öffentlichen Echo nutzten. Als Profiteur des nun geächteten Napoleon war Bayern für Österreich und Preußen, die ihn seit Jahren bekämpft hatten, moralisch belastet, umso mehr, als man dem größten Rheinbundstaat eine besondere Verantwortung zuschrieb. Der „undeutsche" Eindruck wog schwer, weil die Kongressdiplomatie nicht mehr nur von der Konkurrenz der Staaten um Territorien, Einwohner, Steuererträge bestimmt wurde, sondern in den Sog nationalen Denkens geraten war. Auch die Kriege Napoleons waren ja keine Kabinettskriege mehr gewesen, sondern von der revolutionären Sendung der französischen Nation ausgegangen; ebenso hatten ihn seine Gegner zum Teil im Namen ihrer unterdrückten Nation bekämpft. In Deutschland galt das vor allem für Preußen, das ein Image des leidgeprüften Napoleon-Feinds und Bannerträgers im Befreiungskampf kultivierte und sich damit des Beifalls der national gestimmten Öffentlichkeit versicherte. Der Freiherr vom Stein, von Preußens nationaler Sendung leidenschaftlich erfüllt, trug in Wien seine Verachtung für das Napoleon-hörige Bayern, für Montgelas' Schaukelpolitik und für die spätabsolutistische Verfassung mit ihrem „Despoten-König" offen zur

Schau. Es war unverkennbar, dass die bayerische Regierung, die nur mühsam das Gesicht wahren konnte, für ihre Ziele zunächst schlechte Karten hatte. Montgelas blieb denn auch, anders als die leitenden Minister der meisten Staaten, dem Kongress fern und lenkte die Verhandlungen von München aus.

Als Nahziel strebte er, der keinerlei nationale Emotionen kannte, für das in seinem Bestand und Status bereits gesicherte Staatsbayern nun eine weitgehende Selbstbestimmung an. Doch die Mehrheit der Staaten plädierte pragmatisch für eine deutsche Föderation als gemeinsamen Schutz besonders nach Westen. Und Preußen wollte neben der Macht über Norddeutschland – und damit verbunden – einen solchen Bund, den es konfessorisch mit dem Pathos der „Befreiungskriege" auflud, zu einem Bundesstaat verdichtet sehen. Dem widersetzte sich Bayern vehement. König Max I. selbst pochte entschieden auf seine Souveränität, die seit dem Ende des Reiches rechtlich und nach dem Untergang des Oberherrn Napoleon und seines Rheinbunds nun auch real galt. Ebenso wollte sich die Bürokratie den seit der Aufhebung der Stände umfassenden Staatsabsolutismus, mit dem sie Bayern autonom gestalten konnte, nicht mehr von außen einengen lassen. Doch man wehrte sich nicht nur aus Staatsräson.

Auch geistig lag der aufgeklärten Führung am Hof und in den Ämtern ein in Völkerstereotypen begründeter und religiös überhöhter nationaler Abwehrwille, gar ein von archaischem Germanenkult befeuerter Franzosenhass fern. Frankreich stand ihr kulturell nahe, war das Vorbild für die Reformpolitik und schien, da groß und wirtschaftlich stark, auch künftig als Gegengewicht zu Österreich und potentieller Verbündeter nötig. Dabei folgte Montgelas nicht zuletzt der historischen Erfahrung, die dem zwar aufgeklärten, aber noch in der Welt des Reichsrechts geprägten Mann stets wichtig war. Außerdem misstraute die Staatselite der nationalen Begeisterung, die mit „vaterländischen" Symbolen, Liedern, Feiern kollektive Emotionen nährte; von ihnen befürchtete sie wie bei allen solchen populären Zeichen und Riten eigenmächtige Bewegungen im Volk. So wurde denn auch der zunächst zugelassene nationale Bekenntniskult – er gipfelte im Oktober 1814 mit der Jahrfeier der Leipziger Schlacht, als vor allem in Neubayern auf vielen Höhen Freudenfeuer brannten – nach 1815 von der Staatsführung wieder deutlich beschränkt. Die nationale Emphase sollte mit einem bavaristisch-etatistischen Kurs aus dem Land gedrängt und damit auch zugleich auf der deutschen Ebene gedämpft werden.

Als in München klar wurde, dass ein Deutscher Bund nicht zu verhindern war, suchte man ihn mit zähem Widerstand bei der Abgabe von Kompetenzen wenigstens so schwach wie möglich zu halten. Damit isolierte sich General Wrede, der die bayerische Delegation in der ersten Kongressphase leitete und das mehr dezidiert als diplomatisch, zeitweise gefährlich. Be-

ruhigen konnte sich die bayerische Regierung erst, nachdem Metternich, der bei der Neuordnung Deutschlands Regie führte, eine bundesstaatliche Verfassung verworfen hatte. Denn an ihr drohten die Verhandlungen zu scheitern, und selbst bei einem Gelingen wäre sie, die Preußen gestärkt hätte, nicht nach den Interessen Wiens gewesen. So kam entgegen vieler Erwartungen wiederum nur ein lockerer Staatenbund wie im Alten Reich zustande, zum Unmut Preußens und zur tiefen Enttäuschung der national bewegten Öffentlichkeit. Die Bundesglieder behielten grundsätzlich ihre Souveränität, was vor allem auch ein Erfolg Bayerns war. Doch dass er nur im Anschluss an eine der großen Mächte gelang, zeigte die Abhängigkeit auch des gegenüber Kurbayern gewichtiger gewordenen Staatsbayern, dem doch die Kraft zur großen Politik fehlte.

Wie der unter Napoleon gewonnene und inzwischen gesicherte Zuwachs an Land, Leuten und Macht mehr Potenz vortäuschte, als Bayern real hatte, erwies sich vor allem bei dem ehrgeizigen Ziel, den lange angestrebten Aufstieg endlich zu erringen, Österreich und Preußen nahezukommen und damit auch eine europäische Bedeutung zu finden – als Krönung sechshundertjähriger Wittelsbacher Geschichte. Doch darin erlitt die bayerische Regierung gleich zu Beginn des Kongresses eine entscheidende Niederlage. Vergeblich beanspruchte sie eine höhere Rolle als die der anderen Mittelstaaten, um an den Beratungen der Mächte teilnehmen zu können. Diese öffneten ihren Kreis nicht, sondern berieten alles Entscheidende unter sich. So wurde Bayern weder ein Hauptakteur bei der Neuordnung Deutschlands, noch fand es gar in der europäischen Pentarchie Gehör, wo Russland und England dominierten und auch Frankreich wieder zu Einfluss kam. Auch später in der Deutschen Bundeakte erlangte es keine bessere Stellung, etwa durch ein unbeschränktes Bündnis- und Kriegsrecht, als die nächstgrößeren Württemberg, Sachsen, Hannover. Bayern blieb, so Hubert Glaser, ein „Mittelstaat wider Willen“. Selbst der angestrebte Vorrang auf dieser Ebene, eine Führungsrolle in Süddeutschland, gelang ihm nicht. Denn das Königreich Württemberg sah sich im gleichen Rang, und das Verhältnis zu Baden war durch Bayerns Forderung nach einer Landbrücke in die Pfalz belastet.

Diese Position sollte sich – um vorauszublicken – nicht mehr ändern. Ein halbes Jahrhundert später schlug ein weiterer Versuch, sich aus den Mittelstaaten herauszuheben, fehl. Die Trias-Politik, mit der von der Pfordten unter Max II. Bayern an die Spitze eines „Dritten Deutschland“ zu bringen suchte, scheiterte an dessen Uneinigkeit und am Widerstand Österreichs wie Preußens. Bald darauf geriet Bayern nach der Niederlage der süddeutschen Staaten an der Seite Österreichs 1866, die ihm auch den im deutschen Dualismus noch möglichen Spielraum nahm, durch den Krieg von 1870/71 und die kleindeutsche Reichsgründung dauerhaft unter die Hege-

monie Preußens im Nationalstaat. Diese mit einigen Reservatrechten abgemilderte Mediatisierung durch preußische Macht und bürgerlichen Nationalismus engte – auch wenn sich vor allem in Altbayern eine patriotische Gegenkultur kraftvoll formierte – zunehmend die Selbstbestimmung ein und beendete definitiv die Hoffnungen auf eine größere Rolle.

3. Kriegserinnerung als Geschichtspolitik: bayerischer Eigen-Sinn und deutsche Gesinnung

Wenden wir uns wieder den inneren Verhältnissen zu. Die schon erwähnte Spannung zwischen bayerischer und deutscher Orientierung stieg. Denn bis zum Vormärz wurde die bürgerliche Nationalbewegung, auch wenn die Restauration im Land und durch den Bund sie hemmte, zu einer ideologischen Macht. Besonders in Neubayern gewann sie mit ihrem vom Mythos der „Befreiungskriege" heroisch pointierten Zeitbild steigenden Einfluss. Dieser drang punktuell bis in die breite Bevölkerung, vor allem über Handwerksgesellen; sie waren durch Jugend, Mobilität und die Bedrängungen des Pauperismus erregbar und verbanden sozialen Protest brisant mit begeisternden Ideen. Aus attraktiven Identifikationszeichen –„vaterländische" Leitfiguren, heroische Geschichtsbilder, symbolische Orte wie der Rhein oder Alt-Nürnberg – entstand eine deutsche Gemeinschaftsszenerie. Sie zog über die Integrationsräume, welche die neuen Staaten mit monarchischer Legitimität und bürokratischer Räson schufen, einen weiten Bekenntnishorizont. Dem musste Bayern, um die Loyalität zum König zu sichern, dem Staat Akzeptanz zu geben und ein Staatsvolk, eine bayerischen „Nation", zu bilden, eine Geschichtspolitik von eigenem Sinn entgegensetzen. Dabei war besonders wichtig, wie die einschneidende napoleonische Ära vergegenwärtigt, welche Bedeutung ihr gegeben wurde.
Die offizielle Erinnerung, die Schulbücher und Journale, Bilder und Denkmäler, Feier und Reden vermittelten, konkurrierte entschieden mit dem Kriegsbild der nationalen Öffentlichkeit, das von Preußens machtbewusster Selbstinszenierung als Retter dominiert wurde. Wo immer Medien im Regierungssinn wirkten, blieb zunächst das Bündnis mit Napoleon, blieb überhaupt Bayerns Zeit im Rheinbund auffallend vage. Sie beschränkten sich auf den Gewinn „blühender Provinzen", auf innere Reformen für das allgemeine Wohl und vor allem auf den Gewinn der Königskrone, die allerdings durchweg als bloße Wiederherstellung einer bereits im Frühmittelalter innegehabten Würde erschien. Von Napoleon war dabei keine Rede. Auch die zuletzt gegen ihn geführten Kriege wurden nur bavarozentrisch gedeutet. Da Bayern den Hauptakt in dem rasch kanonisch gewordenen Befreiungsgedenken nicht mitfeiern konnte, weil keine baye-

rischen Truppen an der „Leipziger Völkerschlacht“ im Oktober 1813 teilgenommen hatten, blieb diese am Rande oder wurde schlicht übergangen. In jedem Fall aber traten bayerisch-patriotische Ersatzerzählungen in den Vordergrund. Die eine drehte sich um den Russlandfeldzug, der durch sein schreckliches Scheitern und die enormen Opfer in das allgemeine Gedächtnis gebrannt war. Man beschwor ihn nicht nur als höchste Bewährung bayerischer Tapferkeit und Treue für den König in Kälte, Hunger, Seuchen, sondern zugleich als eigenen bayerischen Auftakt des Befreiungskampfes. Einer Befreiung nicht von Napoleon – wenn er überhaupt erwähnt wurde – als dem Unterdrücker der Deutschen, sondern als einem zuletzt Übermächtigen, der für einen guten Frieden eingeschränkt werden musste. Frankreich wurde überhaupt sehr geschont. Das andere Thema war die Schlacht bei Hanau, wo sich zwei Wochen nach Leipzig die Bayern und Österreicher Napoleons Rückzug verlustreich entgegengestellt hatten. Obgleich sie letztlich vergeblich blieb, wurde sie zur Ruhmestat mit europaweitem Echo stilisiert und zum Auftakt der siegreichen Kämpfe in Frankreich mit bayerischer Beteiligung bei Brienne-, Bar- und Arcis-sur-Aub – an die in der Haupt- und Residenzstadt Straßennamen der neuen repräsentativen Max-Vorstadt öffentlich erinnerten.

Deutungskern dieser Kriegsbilder war stets die zeitlose Figuration vom Treuebund zwischen Dynastie und bayerischem Volk. Ihn hatte zum Beispiel im Oktober 1813 die „Rede eines baierischen Landpfarrers an seine Gemeinde“ zum Aufruf des Königs zur Bildung einer Landwehr beschworen: Sie solle gegen die „fremde Gewalt“ – Napoleon wird nicht genannt – Bayerns Unabhängigkeit sichern, dauerhaften Frieden, dieses „Geschenk des Himmels“, bringen und damit das Wohl der Einwohner sichern. Das werde mit den alten Tugenden der Tapferkeit und Fürstentreue und mit der Hilfe Gottes gelingen, so wie man es in Kriegszeiten seit je von den Kanzeln gehört hatte. Ein 1814 gestiftetes Militärdenkzeichen mit der Inschrift „Koenig und Vaterland“ machte dann die Veteranen aller Ränge in ihrer Lebenswelt zum dauernden Vorbild höchster Untertanentreue. Umgekehrt wurden Prinzen im Kriegseinsatz, voran der Kronprinz als Kommandant der Landesverteidigung, in Schulbüchern ob ihrer Treue zum Volk gerühmt. Dieses Volk erschien als eine unter dem Wittelsbacher Zepter sogleich glücklich geeinte bayerische Nation, treu und tapfer, doch sonst von unspezifischer Art. Es war ein dynastisch begründeter Verband alteuropäischer Art, ganz anders als die Deutschen des modernen Nationsbegriffs, die ihr „Wesen“ und ihr geistig-moralischer Wert von anderen Völkern, voran den Franzosen, typisch unterschieden. So wurde der Makel, der dem Satelliten Napoleons anhing und nur bedingt durch eine Teilhabe am deutschen Befreiungsmythos abzuschwächen war, durch eine bayerneigene rühmliche Kriegserinnerung verdrängt, die zugleich die In-

tegration im „Reiche Bayern“ vorantrieb. Die Imageinszenierung diente auch dem staatsbayerischen „nation-building“.
Mit Ludwig I., der 1825 auf den Thron kam, änderte sich die Erinnerungskultur wesentlich – so wie allgemein zwar Montgelas’ starker Staat blieb, aber einen anderen Leitsinn erhielt und das mit autokratischer Intensität. Dieser vielseitige und von vielem bewegte König, der Unterschiedliches zu einer umfassenden Regierungswirkung zu verbinden suchte, baute seine Herrschaft zwar in erster Linie konservativ auf Religion und Geschichte. In ihnen sah er die Stärke Bayerns im Innern wie nach außen seit jeher begründet. Aber mit „teutscher“ Gesinnung wollte er Bayern auch zur Kulturnation öffnen und stellte diese seinen Untertanen volkspädagogisch in großen Gestalten, Taten, Kunstwerken vor. Doch wehrte er dabei alles ab, was aus der Einheits- und Freiheitsbewegung zu einer politischen deutschen Nation drängte und die bayerische Staatsnation zu mediatisieren, die Staatlichkeit Bayerns zu beschränken drohte. Es war ein entschieden föderaler Nationalismus – und nun ein moderner mit Stereotypen, mit Vor-Urteilen und festen Feindbildern, die aus der bürgerlichen Öffentlichkeit auch in die staatsbayerische Geschichtspolitik eindrangen: Den biederen Deutschen, fromm, tugendhaft und treu, wurden vor allem die gottlosen und leichtfertigen Franzosen, ein Volk von Aufrührern, gegenübergestellt. Zugleich rückte der bisher wenig betonte Napoleon als Sohn der Revolution und Unterdrücker der Völker in das Zentrum der Zeitgeschichte, wurden die Leiden der Bayern und aller Deutschen unter seiner Diktatur beklagt, aber auch ihre heroische Bewährung gegen ihn gefeiert. Diese demonstrierte in der Haupt- und Residenzstadt seit 1833 mit dem erzenem Anspruch der Unvergänglichkeit ein Obelisk, dessen Gesinnungsappell Ludwig selbst bestimmt hatte: die Inschrift mit dem Gedenken an die „dreyssig tausend / Bayern / die im russischen / Kriege den Tod fanden“ und seine Einweihungsrede von der unerschütterlichen „Treue des […] Heeres gegen seinen König“.
Errichtet im Schnittpunkt der nach Orten siegreicher Kämpfe in Frankreich 1814 benannten Straßen und enthüllt am 18. Oktober, dem 20. Jahrestag der Leipziger Schlacht, verknüpfte der Obelisk den Russland-Feldzug als Auftakt direkt mit dem deutschen Kampf gegen Napoleon: Auf seiner Nordseite, den anderen deutschen Stämmen zugewandt, las man: „Auch sie starben / für / des Vaterlands / Befreyung“. Davon, dass Bayern zwischen dem Russlandfeldzug und den „Befreiungskriegen“ die Fronten gewechselt hatte, war keine Rede.
Wo man dies nicht übergehen konnte, wie etwa in einer offiziösen „Kriegsgeschichte von Bayern“, wurde es antifranzösisch gewendet. Der Wechsel erschien als legitime Reaktion auf den Treubruch Napoleons. Der habe die bayerische Armee in Russland durch Entzug ihrer Kavallerie verantwor-

tungslos geschwächt, über die Lage arglistig getäuscht und dann auf dem Rückzug schandbar preisgegeben. So wurde diese Armee zum moralischen Sieger, und ihr Opfer galt als erster Schritt zur welthistorischen Überwältigung Napoleons von Leipzig bis Waterloo. Gedenktafeln in hunderten von Pfarrkirchen sollten die Gefallenen für diese patriotische Funktion dauerhaft vergegenwärtigen. Mit solchen Geschichtsinszenierungen wollte der König angesichts des 1830 wieder erregten Revolutionstraumas, unter dem er seit seiner Kindheit stand, die Untertanen zur Loyalität erziehen. Unter anderem stiftete er eine jährliche Armenspeisung am 18. Oktober zur Feier der „Völkerschlacht" in wechselnden Städten des Landes. Sie sollte selbst diesen dürftigsten Einwohnern und ihrem Umfeld durch Genuss und ungewohnte Beachtung den siegreichen Kampf der Deutschen bewusst machen – als eine zukunftswichtige Tradition, der der wohltätige Landesvater ihre Bedeutung gab. Das nationale Sinnpotential der Leipziger Schlacht wurde, obwohl Bayern gar nicht dabei gewesen war, für die landespatriotische Königstreue vereinnahmt, um das bayerische Vaterland mit der heroischen Aura des weiteren deutschen „aufzurüsten". Am spektakulärsten sollte sich diese Verfügung über eine nationalsakral gewordene Erinnerung für die gegenwärtige Bindungskraft der bayerischen Monarchie schließlich in der Befreiungshalle bei Kelheim ausdrücken. Am fünfzigsten Jahrestag 1863 – Ludwig war längst nicht mehr König – wurde sie eingeweiht als ein ebenso patriotisches wie nationales Vermächtnis: „Den teutschen Befreiungskämpfern Ludwig I. von Bayern". In sehr freier Traditionsbildung nutzte dieser die Erinnerung an die Napoleonischen Kriege, um die bayerische Vergangenheit offiziell, das heißt kontrolliert, in den mächtigen nationalen Zeitgeist einzubinden und doch dessen zentripetalen politischen Sog abzuhalten.

Insgesamt erwies sich der Rückblick auf die Napoleonischen Kriege für die bayerische Staatsführung in dreifacher Weise als schwierig: Einmal war es zunächst nicht leicht, nach dem Untergang Napoleons den Gewinn, den Bayern ihm verdankte, in der deutschen und europäischen Staatenwelt und vor dem antinapoleonischen Lager im eigenen Land zu rechtfertigen. Zweitens musste sich mittelfristig das von der partikularen Staatsräson bestimmte, bavaristische Geschichtsbild in der entstehenden bayerischen Gesellschaft gegen die Dynamik des deutsch-nationalen Erinnerungstyps in der bürgerlichen Öffentlichkeit behaupten, doch ohne sich ihm offen entgegenzustellen. Schließlich musste akzeptiert werden, dass das große Ziel, aus dem Kreis der Mittelstaaten aufzusteigen und den Mächten nahezukommen, nicht erreicht wurde.

4. Zum Kriegsbild der einfachen Leute: erlebte Nöte

Wir haben Bayerns Weg durch eine umwälzende Kriegszeit und hin zur Friedensordnung skizziert. Und wir haben Deutungen dieser Vorgänge umrissen, die für die innere Lage und äußere Stellung des Landes im frühen 19. Jahrhundert wichtig wurden. Beides, politisches Handeln und öffentliche Meinung, konzentrierten sich noch – bevor Demokratisierung und Massenmobilisierung einsetzten – bei der Herrschaft und einer gesellschaftlichen Elite. Es war daher um die Kriegswahrnehmung der wesentlichen Akteure gegangen: einmal die des Staates, das heißt von Hof, Regierung, Bürokratie, dann um die in den „gebildeten Ständen", vorwiegend Bürger, die einen über die eigene Lebenswelt hinausreichenden, allgemeineren Wissens- und Wertehorizont besaßen. Von beiden wurden die Ereignisse in bewusste Weltbilder eingeordnet und unter Leitideen gerückt. Davon drang zwar manches durch Staatsautorität und öffentliche Meinungsmacht auch in die breite Bevölkerung. Aber es bewirkte dort meist nur zufällige, oft durch Gerüchte verzerrte Vorstellungen ohne rechten ideellen Zusammenhang. Denn erst die Pflichtvolksschule, die seit den 1820/30er Jahren zu „greifen" begann, machte allmählich für geistige Wahrnehmungen neben der Kirchenreligion bereit. Erst sie gab mit elementaren Kulturtechniken und einfachen Wissens- und Wertemustern allen Lebenswelten eine gewisse gleichartige Prägung, erweiterte die Orientierung und öffnete für die Sphäre säkularer Ideen und Ideologien. Auch im 19. Jahrhundert richteten sich daher noch lange Erinnerung, Vorstellungen und Verhalten der Bauern, Handwerker, Taglöhner, Dienstboten vor allem nach den eigenen alltäglichen Erfahrungen. Diese wurden „aufgehoben" in der fundamentalen Deutung ihrer Konfession, geregelt vom Brauch, wie er in ihrer Lebenswelt sozial gebunden und geboten war, und durch beide so vereinfacht, dass sie fasslich wurden und man sich nach ihnen verhalten konnte.

Auch die Napoleonischen Kriege erlebten die einfachen Leute mit der kollektiven Vorerfahrung, dass Krieg stets stört und zerstört, Not, Leid und Lasten bringt. Sie wollten darum vor allem Frieden. Da sie ihn meist von den großen Herren insgesamt gestört sahen, deren Handeln, das weit über ihrem Gesichtskreis lag, sie kaum durchschauten, wurden auch jetzt die Kriegsschrecken nicht einfach Napoleon angelastet, der eher als weithin bekannte Sensationsfigur bestaunt, zum Teil sogar bewundert wurde. Verflucht hat man ihn mit anderen Fürsten und Generälen zusammen. Diese Menschen, die noch kaum in das Spannungsfeld politischer Ideen geraten waren, konnten ihn offenbar weder als den Urheber ihrer Bedrängnisse hassen wie national erregte Bürger noch vermochten sie ihm wie die staatstragenden Gruppen die Vergrößerung Bayerns zurechnen.

Der Krieg überwältigte viele massiv und oft mehrmals. Vor allem die Orte an überregionalen Straßen, über die Heere von bisher unerhörter Größe zogen, wurden immer wieder schwer belastet. Die kleinen Städte und Dörfer am Obermain zum Beispiel erlitten, nachdem bereits 1796 Revolutionstruppen plündernd eingefallen waren, zwischen 1806 und 1816 fast jährlich gewaltige Durchmärsche und Einquartierungen. Durch Kronach etwa zogen allein im Oktober 1812 mehr als 100.000 Mann, „so daß als in vielen Häusern mehrmahlen über 50 – 80 – ja 100 Mann untergebracht werden mußten, ohngeachtet daß alle öffentlichen Plätze in der Stadt und auf freiem Feld voll gelagert waren". Tausende, ja zigtausende forderten Verpflegung und Pferdefutter, was in kürzester Zeit zur Teuerung führte, sie erpressten Kontributionen, plünderten und ruinierten Felder und Straßen, schleppten Seuchen ein und wurden, wenn man ihre Ansprüche nicht sogleich erfüllte, oft gewalttätig. Handel und Wandel stockten, worunter besonders Exportgewerbe, aber auch Gasthäuser oder Fuhrleute litten. Viele Einwohner gerieten jäh in Not, manche starben oder blieben traumatisiert zurück. Auch dort, wo der Krieg nicht hinkam, schädigte er, weil die Kriegskosten auf alle umgelegt wurden; das drückte nicht nur die Einzelnen, sondern entzog der gesamten Wirtschaft lange einen erhöhten Teil des Sozialprodukts. Eine breite Verarmung, die zwei, drei Jahrzehnte währte, floss mit den direkten materiellen Schäden, dem individuellen Leid der Familien, die Gefallene, Versehrte oder Seuchenopfer beklagten, und mancherlei Verstörungen zu einer bedrückenden Kriegserinnerung zusammen. Scharf wurde diese besonders, wann immer Soldaten ihre Qualen und Schrecken – worüber Julia Murken in diesem Band schreibt – auch von fernen Kriegsschauplätzen unmittelbar in bayerische Orte trugen. Zudem setzte sich auf die Kriegsfolgen, kaum dass der Frieden von den akuten Bedrohungen befreit hatte, 1816/17 noch eine schwere Hungersnot. Ute Planert hat all diese Bedrängnisse für ganz Süddeutschland eindrucksvoll dargestellt. Sie blieben bis weit in das 19. Jahrhundert im Gedächtnis.

Gewiss, es gab immer heroische oder sentimentale Rückblicke, von den erwähnten offiziellen Feiern über militärische Denkzeichen bis zu den Veteranenerzählungen im Wirtshaus. Durch sie wurde der Krieg in einer an ungewöhnlichen Ereignissen armen Lebenswelt spektakulär und interessant. Aber viel spricht dafür, dass die bedrückende Kriegserinnerung der Familien, Nachbarschaften, Gemeinden wenig von der in der Öffentlichkeit verbreiteten Sinngebung überlagert wurde, weder von der partikularen staatsbayerischen Kriegsgeschichte noch vom nationalen Kult um den deutschen „Befreiungskrieg". Die Deutungsfiguren der Gebildeten mochten mit Schlagwörtern manche Resonanz finden, weil es auch bei den unteren Schichten im alten Bayern die zeitlose Loyalität zum Haus Wittelsbach und in den neuen Gebieten einen vagen deutschen Horizont als

Nachklang des Reichs gab. Aber am stärksten wirkte doch die – so Karl Murr – „bittere Primärerfahrung“. Das änderte sich erst, als im Lauf des 19. Jahrhunderts moderne Sozialisations- und Kommunikationsinstanzen, Schule und Presse vor allem, die einfachen Leute an Wissen und Werte der Bürgerwelt heranzogen und ihre Alltagseindrücke überformten. Dadurch drang schließlich 1870/71, als der Krieg das eigene Land verschonte, mit der Euphorie über den gemeinsamen deutschen Sieg und die Reichsgründung die bürgerliche Ideologisierung des Krieges ein und überwölbte die schichtenspezifischen Reaktionen. In den Veteranenvereinen etwa sang man nun auch vom gerechten Triumph deutscher Tugenden über den Erbfeind. Allerdings traten der nationalen Verklärung andere Deutungen gegenüber, wo sich ein katholisches oder ein sozialdemokratisches Milieu entfaltete: ein schlechter Krieg, wider die Religion oder soziale Menschenrechte. Konträre Kriegsbilder spiegelten drastisch, wie in der zunehmend „versäulten“ Gesellschaft des Kaiserreichs allenthalben gemeinsame Erfahrungen durch Ideologien unterschiedlich ausgerichtet wurden.

5. Nachwirkungen

Im Umgang mit den Napoleonischen Kriegen wurden einige Züge am neuen Bayern besonders deutlich, die, je mehr sie auch die einfachen Leute erfassten, zu Konstanten kollektiven Bewusstseins bis in das 20. Jahrhundert werden sollten. Zum einen kam dem Land eine gewisse Sonderrolle in Deutschland zu, die sich aus starkem Eigenwillen und mancherlei teils massiver Befremdung von außen ergab. Dann bestand eine Dauerspannung zwischen bayerisch-patriotischer und deutsch-nationaler Leitorientierung, bis hin zum zeitweise scharfen Gegensatz zweier Kulturen, um die sich gewissermaßen „zwei Bayern“ – wie „les deux Frances“ – bildeten. Schließlich wirkte die politisch virulente Vorstellung, dass die Geltung Bayerns nicht seiner tatsächlichen Bedeutung entspreche, ihm sein angemessener Rang versagt werde, was leicht zu übersteigerter Selbstbehauptung reizte. Auch heute noch lassen sich solche Züge durchaus erkennen: der Topos, dass „in Bayern die Uhren anders gehen“; der Selbstgenuss einer bayerisch-konservativen Lebenswelt, die sich vom Geist der „Berliner Republik“ in vielem abgrenzt; das laute Auftreten der CSU im Bund, um sich in Bayern als dessen Anwalt zu beweisen. Gerade Politik, Kultur und Image dieser „Staatspartei“ speisen sich auch aus Prinzipien und Mitteln, zeigen Erfolge und Grenzen von wichtigen Entwicklungen zweier Jahrhunderte. Unter der Militärdiktatur Napoleons begannen lange Linien, die noch immer wirken.

Literatur

- Berding, Helmut: Das geschichtliche Problem der Freiheitskriege 1813-1814, in: Aretin, Karl Otmar Freiherr von / Ritter, Gerhard A. (Hg.): Historismus und moderne Geschichtswissenschaft. Europa zwischen Revolution und Restauration 1797-1815, Drittes deutsch-sowjetisches Historikertreffen in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden – Stuttgart 1987, S. 201-215.
- Bitterauf, Theodor: Zur Geschichte der öffentlichen Meinung im Königreich Bayern im Jahre 1813, in: Archiv für Kulturgeschichte 11 (1914), S. 31-69.
- Blessing, Werner K.: Umbruchkrise und ‚Verstörung'. Die napoleonische Erschütterung und ihre sozialpsychologische Bedeutung, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 42 (1979), S. 75-106.
- Doeberl, Michael: Bayern und die deutsche Erhebung wider Napoleon I., München 1907.
- Erb, Andreas: Der mythische Zeitgenosse. Napoleons Fortleben im Geschichtsbild Ludwigs I. von Bayern, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 63 (2000), S. 541-575.
- Erichsen, Johannes / Puschner, Uwe (Hg.): „Vorwärts, vorwärts sollst du schauen …". Geschichte, Politik und Kunst unter Ludwig I., Aufsätze, (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 9), München 1986.
- Georgi, Stefanie: 1812 in der Erinnerung. Die bayerische Monarchie und die Veteranen der napoleonischen Kriege im Vormärz, Magisterarbeit, Universität Erlangen-Nürnberg 2000.
- Glaser, Hubert: Souveränität und Integration – Leitschienen bayerischer Politik im Vormärz, in: Ottomeyer, Hans / Laufer, Ulrike (Hg.): Biedermeiers Glück und Ende … die gestörte Idylle 1815-1848, Ausstellungskatalog, München 1987.
- Gollwitzer, Heinz: Ludwig I. von Bayern. Eine politische Biographie, 2. Aufl., München 1987.
- Körner, Hans-Michael: Staat und Geschichte in Bayern im 19. Jahrhundert, (Schriftenreihe zur bayerischen Geschichte 69), München 1992.
- Montgelas, Ludwig von / Freyberg-Eisenberg, Max von (Hg. / Übersetzer): Denkwürdigkeit des bayerischen Staatsministers Maximilian Grafen von Montgelas (1799-1807), München 1887.
- Murken, Julia: Bayerische Soldaten im Russlandfeldzug 1812. Ihre Kriegserfahrungen und deren Umdeutungen im 19. und 20. Jahrhundert, München 2006.
- Murr, Karl Borromäus: „Treue bis in den Tod" – Kriegsmythen in der bayerischen Geschichtspolitik des Vormärz, in: Buschmann, Nikolaus / Langewiesche, Dieter (Hg.): Der Krieg in den Gründungsmythen europäischer Nationen und der USA, Frankfurt/M. – New York 2003, S. 138-174.
- Murr, Karl Borromäus: „Baiern vor Teutschlands Richterstuhle" – Die „Befreiungskriege" in der bayerischen Geschichtspolitik des 19. Jahrhunderts, in:

Krimm, Stefan / Sachse-Weinert, Martin (Hg.): „Freiheit, die ich meine …“ – Zum Ringen um Freiheit in der europäischen Moderne, München 2010, S. 68-125.

- Piereth, Wolfgang: Bayerns Pressepolitik und die Neuordnung Deutschlands nach den Befreiungskriegen, (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 119), München 1999.
- Planert, Ute: Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden: Alltag – Wahrnehmung – Deutung, Paderborn – u. a. 2007.
- Thürauf, Ulrich: Die öffentliche Meinung im Fürstentum Ansbach-Bayreuth zur Zeit der französischen Revolution und der Freiheitskriege, München 1918.
- Wagner, Christoph / u. a. (Hg.): Die Befreiungshalle Kelheim. Geschichte, Mythos, Gegenwart, Ausstellungsbegleitband, Regensburg 2012.
- Weis, Eberhard: Montgelas 1759-1838. Eine Biographie, Sonderausg. d. 2 Bde. v. 1971/88 u. 2005, München 2008.

Julia Murken

Die bayerischen Soldaten im Russlandfeldzug 1812*

Kriegsalltag, Kriegserfahrung und Bewältigungsstrategien

1. Der Russlandfeldzug von 1812. Zum Forschungsstand

1868/69 erschien Leo Tolstois Roman „Krieg und Frieden", eine monumentale Darstellung des Russlandfeldzugs von 1812. Als historischer Roman zählt dieses Werk immer noch zum Kanon der Weltliteratur. Doch nicht nur in Literatur und Kunst bilden die Napoleonischen Kriege ein besonderes Sujet. Auch in der historischen Forschung bedeuten sie einen zentralen Schwerpunkt in der Geschichte zwischen der französischen Revolution und dem Wiener Kongress 1815. (Abb. 1)

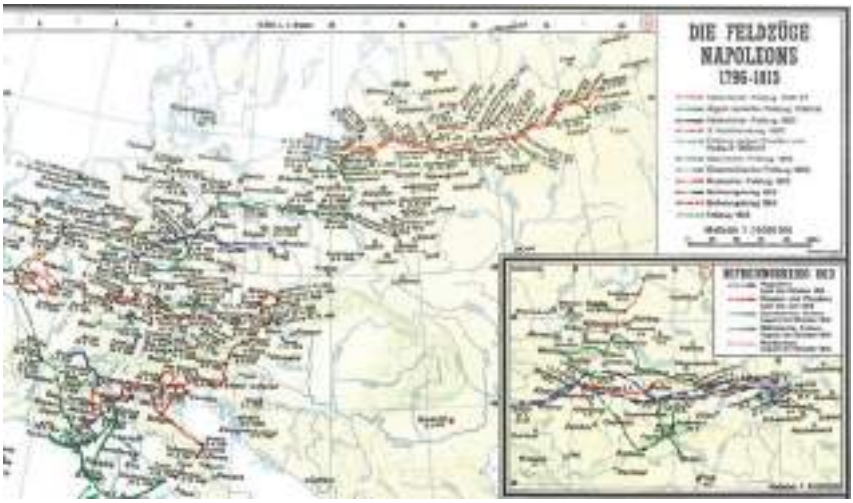


Abb. 1: Der Marschweg der Grande Armée nach Russland.

Die Zahl der geschichtswissenschaftlichen Veröffentlichungen zu Napoleons militärischen Unternehmungen ist nicht mehr zu überblicken. Allein zum Russlandfeldzug von 1812 sind mehrere hundert Titel erschienen. Die zweihundertste Wiederkehr des Feldzuges brachte noch einmal einen beträchtlichen Zuwachs an Darstellungen, Untersuchungen und Studien.

Lange Zeit standen die politischen Bündnissysteme und die wechselnden Koalitionen dieser Kriegszeit im Blickpunkt der historischen Forschung, die durchaus nationalstaatlich gefärbt sein konnte.[1] Die Militärgeschichte hat einzelne Schlachten und Feldzüge grundlegend analysiert und deren Verlauf dargestellt. In den jüngeren Darstellungen werden solche Tendenzen zunehmend überwunden. Auch beim Russlandfeldzug 1812 ist das zu beobachten. Nicht mehr so sehr die militärischen Operationen stehen im Mittelpunkt der Betrachtungen, sondern stärker die Kriegserfahrungen. Ein kurzer exemplarischer Blick auf drei Veröffentlichungen zeigt das deutlich.

Alle drei Werke ziehen verstärkt Briefe und Tagebücher der beteiligten Soldaten heran, um die Auswüchse des Feldzuges sichtbar zu machen. Kriegserfahrungen finden stärkeres Interesse als der reine militärgeschichtliche Verlauf des Krieges.

Die gut lesbare Darstellung von Adam Zamoyski[2] verbindet klassische Militärgeschichte mit einer eindrücklichen Schilderung des Kriegsverlaufes. Durch die Verwendung einer Fülle von Zeitzeugenberichten entsteht ein überaus lebhaftes Bild des Feldzuges mit großer suggestiver Kraft. Auch der britische Historiker Dominic Lieven[3] betrachtet den Russlandfeldzug unter einem neuen Gesichtspunkt, nämlich aus der Sicht der russischen Kriegsführung. Durch die Aufarbeitung der Quellen in den russischen Militärarchiven sowie die Einbeziehung von Tagebüchern russischer Kriegsteilnehmer gelingt ihm eine Erweiterung der Perspektiven auf diesen Krieg. Lievens Darstellung ist hilfreich, weil sie manche einseitige Sicht der französischen oder deutschen Forschung korrigieren kann. Eckart Kleßmann[4] schließlich lässt – unter Verwendung einer älteren Zusammenstellung von Augenzeugenberichten – rund 80 Zeitzeugen in seinem Buch zu Wort kommen und zeichnet so den Verlauf des Russlandfeldzuges nach. Es gelingt ihm, über den militärischen Verlauf hinaus, die Einzelschicksale der beteiligten Soldaten sichtbar zu machen. Kleßmann verwendet dabei ausschließlich gedruckt vorliegende Tagebücher, Erinnerungen und Briefe, die von Kriegsteilnehmern stammen.

Dahinter steckt vielfach die Frage, welche Erfahrungen die beteiligten Soldaten prägten. Wie gingen sie mit den existenziellen Bedrohungen auf diesem Feldzug um? Auf diese Fragen geben die Ego-Dokumente[5] – so der Forschungsbegriff für diese Quellengruppe – eine klarere Antwort als die Auswertung von diplomatischer Korrespondenz oder Militärdepeschen. Tagebücher, Erinnerungen und Briefe ermöglichen eine andere Zugangsweise als militärgeschichtliche Darstellungen zum Verlauf des Krieges. Man spricht hier von einem konstruktivistischen Zugang. Damit ist gemeint, dass sich über die Kriegserfahrungen der Soldaten ein umfassenderes Verständnis des Russlandfeldzuges ergibt.[6] Das heißt nicht, über die

Ego-Dokumente die „tatsächliche Realität“ des Krieges erfassen zu wollen, sondern Bewältigungsstrategien und Deutungsmuster der Soldaten sichtbar zu machen.
Gedruckte und ungedruckte Selbstzeugnisse von bayerischen Kriegsteilnehmern bildeten auch die Quellenbasis für diesen Beitrag. Er beruht in wesentlichen Teilen auf Erkenntnissen meiner Dissertation, die vor einigen Jahren an der Universität Tübingen angefertigt wurde.[7] Die ungedruckten Selbstzeugnisse, Tagebücher und Briefe, oder eben Ego-Dokumente von bayerischen Soldaten werden in ihrer überwiegenden Mehrzahl heute im Kriegsarchiv in München aufbewahrt. Für 42 bayerische Soldaten, drei Viertel gehörten Offiziersrängen an, liegen solche Ego-Dokumente in Form von Kriegstagebüchern vor, sechs autobiographische Quellen stammen von Unteroffizieren und nur zwei Quellen von einfachen Mannschaftssoldaten. Nur wenige dieser Ego-Dokumente sind während des Feldzugs selbst entstanden, der größere Teil später, so dass mit Umdeutungen der Erfahrungen zu rechnen ist. Oft ist der genaue Zeitpunkt der Niederschrift nicht zu ermitteln, viele der Erinnerungen sind später verfasst. Ein eindrückliches Beispiel hierfür bildet der bayerische Infanterist Josef Deifel.[8] Er hat seine Aufzeichnungen mehrmals niedergeschrieben. Einmal erwähnt er, dass er während des Feldzugs Zettel mit seinen handschriftlichen Notizen verloren habe, an einer anderen Stelle sagt er, dass er seine Erinnerungen zum fünften Mal niedergeschrieben habe.
Fünf weitere dieser handschriftlichen Kriegstagebücher liegen auch im Druck vor, und es überrascht nicht, dass vier davon 1912 veröffentlicht wurden, denn im Vorfeld des Ersten Weltkriegs fand die hundertste Wiederkehr des Russlandfeldzuges besondere Aufmerksamkeit.

2. Die Kriegsbeteiligung der bayerischen Armee

Die Rolle der bayerischen Armee im Russlandfeldzug ist breit untersucht.[9] Insgesamt stellte Bayern der sogenannten „Armée des Vingts-nations“ oder „Grande Armée“ Napoleons zwei Divisionen. Die erste bayerische Division unterstand dem Infanterie-General Graf von Deroy, die zweite bayerische Division folgte dem Kommando des Generals Fürst von Wrede. Durch den Beitritt Bayerns zum Rheinbund 1806 war die Verpflichtung zum Kriegsdienst bereits festgeschrieben worden. Das bayerische Kontingent bestand aus rund 30.000 Soldaten, hinzu kamen weitere 5.500 Mann, die in den Monaten April bis Dezember 1812 sukzessive als Verstärkung nach Russland geschickt wurden. (Abb. 2)
Die bayerischen Soldaten versammelten sich ab Februar 1812 in verschiedenen Orten Nordbayerns. Bereits der Marsch durch Sachsen, Schlesien

Abb. 2: Europa im Jahr 1812.

und Polen zehrte an den Kräften. Nach mehr als vier Monaten Marsch erreichten beide Divisionen Anfang Juli schließlich das Ufer des Grenzflusses Njemen (Memel). Der Zustand der eintreffenden Soldaten war desolat: Die andauernden Strapazen des Marsches, Nahrungsmangel und Krankheiten hatten das Heer so sehr dezimiert, dass es jetzt schon nötig wurde, neue Soldaten aus Bayern anzufordern. Gleichwohl standen den körperlich und seelisch entkräfteten Soldaten die eigentlichen militärischen Auseinandersetzungen erst noch bevor. Vor der ersten Schlacht bei Polozk Mitte August hatten die bayerischen Divisionen bereits 8.954 Soldaten, also fast ein Drittel, verloren.

In Borodino schließlich kam es am 7. September zur ersten großen Begegnung zwischen der russischen Armee und Napoleons Truppen. Die bayerische Kavallerie erlitt dabei so große Verluste, dass in beiden Regimentern nur noch 180 leicht bewaffnete Reiter übrig blieben. Die Schlacht vor den Toren Moskaus sollte bis zum Ersten Weltkrieg 1914 die blutigste militärische Auseinandersetzung bleiben. (Abb. 3)

Abb. 3: Die Schlacht bei Borodino um den 7. September 1812 in einer zeitgenössischen Radierung.

Die anschließende Einnahme von Moskau bedeutete jedoch keine politische Wende im Krieg. Im Gegenteil, Mitte Oktober entschloss sich Napoleon zum Rückzug aus Moskau, weil der russische Zar zu keinem politischen Zugeständnis bereit war. Auf dem Rückzug von Moskau verstärkten sich die Probleme der napoleonischen Truppen. Am 12. Dezember überquerten die bayerischen Soldaten, zusammen mit der Nachhut der Grande Armée, den Njemen. Insgesamt, so schätzt man, überlebten weniger als 10 Prozent des gesamten bayerischen Kontingents.

3. Die bayerischen Soldaten und ihr Kriegsalltag

Marsch und Lagerleben prägten den Alltag der Soldaten. Zu militärischen Auseinandersetzungen kam es in diesem Alltag äußerst selten. Vom Charakter her hat der Zug nach Russland alle Ausprägungen eines frühneuzeitlichen Trosses. Manche der Soldaten wurden von ihren Ehefrauen und Kindern, andere von Dienstboten begleitet, wenngleich offizielle Quellen nichts davon berichten. Einzig in einer Liste von bayerischen Soldaten und Offizieren, die bei Bialystok in Gefangenschaft gerieten, finden sich unter den Gefangenen auch zwei Frauen.[10] Andere Quellen sind deutlicher. Auf einem Bild des bayerischen Schlachtenmalers Albrecht Adam mit dem Titel „Sur la route à Wiazma, le 20 Août" reitet eine Offiziersfrau auf einem Pferd, während sie ihr Baby stillt.[11] (Abb. 4) Neben sich führt sie eine Ziege mit, am Sattel hängen Kochtöpfe. Auch aus den Tagebüchern gibt es Hinweise auf Frauen und Kinder, die den Tross begleitet hatten. So berichtet der Infanterist Joseph Schrafel von einer Soldatenfrau, die von einem dreijährigen Mädchen begleitet wurde.[12] Auch Schrafels Frau selbst zog mit ihrem Mann nach Russland. Immer wieder betont der Infanterist, dass ihre Anwesenheit ihm eine große Hilfe gewesen sei, sowohl psychisch als auch durch ihren tatkräftigen Einsatz und ihre Unterstützung im aufreibenden Kriegsalltag. Sie habe keine Mühen und Gefahren gescheut, um ihn versorgen zu können.

Abb. 4: Von Albrecht Adam 1827/33 geschaffene Lithographie mit dem Titel „Sur la route à Wiazma, le 20 Août".

Ein grundsätzliches Problem des Kriegsalltags wurde rasch die mangelnde Versorgung. Fehlende Nahrung und Kleidung werden immer wieder in den Tagebüchern beklagt, nach der Überschreitung des Njemen nimmt das Thema die zentrale Position in den Schilderungen ein. Das Magazinverpflegungssystem, noch ein Kennzeichen des Ancien Régime, erwies sich als völlig ungeeignet, die Versorgung der Truppen sicher zu stellen.
Naturgegebenheiten wie Regen, Hitze und Kälte vergrößerten die Strapazen des Kriegsalltags. Die durchnässten und erschöpften Fußsoldaten wurden anfälliger für Krankheiten. Die Konsequenzen blieben nicht aus, und vor allem zwei Krankheiten waren es, wie aus dem Bericht des obersten Stabsarztes der bayerischen Truppen, Dr. Martin Köhler, zu entnehmen ist:

„Seit Wilna ist das Armeecorps beständig und ohne Rasttag im Marsche. Dazu kam fortdauernder Mangel an Brod, und einige Tage und Nächte hindurch häufiger Regen, meistens sumpfige, mitunter bodenlose Wege; und schlechtes Sumpfwasser. Diese Umstände zusammen, mögen es veranlaßt haben, daß sich plötzlich eine große Menge Diarrhoen, und Dissenterien einstellten, und daß Entkräftungen häufig vorkamen, welche den Leuten das Marschieren unmöglich machten.“[13]

Allerdings korrelierte die Sterblichkeit der Soldaten mit ihrem Rang. Je höher der Rang, desto so höher war die Wahrscheinlichkeit, diese existenziellen Bedrohungen zu überleben. Kriegserfahrung differierte hier also je nach Rang.

4. Deutungsmuster

Der Kriegsalltag entzog sich allem bisher Gewohnten, und es drängt sich daher die Frage auf, auf welche Bewältigungsstrategien und Deutungsmuster die Soldaten zurückgreifen konnten, um die extremen Strapazen überleben zu können. In meiner Dissertation habe ich versucht, diese Deutungsmuster in mehreren Bereichen sichtbar zu machen. Dazu gehören die Religion, die Nation und die Männlichkeit. Im Folgenden sollen diese drei Deutungsmuster etwas näher erläutert werden.

4.1. Religion

Die Religion bot eine zentrale Bewältigungsstrategie. Grundsätzlich kann man feststellen, dass religiöse Äußerungen in den Soldatenbriefen häufiger auftreten als in den Tagebüchern. Manche beiläufigen Bemerkungen in

den Tagebüchern geben Aufschluss über die religiösen Einstellungen ihrer Verfasser. Der bereits erwähnte Infanterist Josef Deifel aus Essing an der Altmühl lässt eine vom Kriegsverlauf abhängige Zunahme religiöser Deutungen erkennen. Er betonte zu Beginn seines Tagebuchs seine christliche Erziehung, religiöse Äußerungen tauchen aber am Anfang seiner Darstellung nicht explizit auf. Als die Strapazen im Verlauf des Feldzugs wachsen, nehmen religiös unterlegte Bemerkungen zu, zunächst noch eher formelhaft: „Niemand hinter noch foder mir, […] keiner, der da helfen kann. Ich gab mich in den Willen des Allmächtigen, und still war ich im Krampf liegen geblieben auf dem kalten Schneefelde".[14] Später notiert er defätistisch: „Es lebt der alte Gott noch und ich kann auch noch ein wenig athmen, es wird schon durch gehen, und herauf bey der Flaschen, – so lang mir der Schnabs gut komt."[15] So versucht Deifel, sich angesichts extremer äußerer Umstände Mut zuzusprechen. Das Vertrauen auf die Kraft Gottes und der Alkohol scheinen für Deifel von gleicher Bedeutung gewesen zu sein, um die strapaziösen Gefahren zu bewältigen. Mit dem wachsenden Elend des Feldzugs erhielten die religiösen Äußerungen den Charakter eines Rettungsankers. Der Glaube an Gott half Deifel, seiner aussichtslosen Lage noch Hoffnung abzugewinnen: „Keinen Kammerathen, kein Geld, kein Wasch, kein Hilf, nichts mehr, alles ist für mich verloren, nur Gott ist noch der Gott, der alte Gott geblieben!"[16] (Abb. 5)

Die Bedeutung und Anwendung religiöser Deutungsmuster und Verhaltensweisen hing jedoch stark vom jeweiligen militärischen Rang des Einzelnen beziehungsweise seinem sozialen Status ab. Der Kriegsalltag der höheren Ränge war mit der existentiellen Not der Fußsoldaten in keiner Weise vergleichbar. Sie religiös zu bewältigen, hatte unterschiedliche Gewichtung. Die Frage, wie man das individuelle Überleben in einem Feldzug, in dem militärische Organisation und Führung weitgehend zusammengebrochen waren, aus eigener Kraft sichern könnte, stellte sich für die höheren Ränge weniger als für die Masse der Fußsoldaten.

4.2. Nation

Das Deutungsmuster „Nation" erhält für das 19. Jahrhundert zentrales Gewicht, weil ein Zusammenhang zwischen Krieg und Nationsbildung eindeutig nachweisbar ist. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Frage nach Feindbildern, die möglicherweise in den Tagebüchern gezeichnet wurden, um nationale Wahrnehmungsweisen zu betonen. Die Frage, die dahinter steht, lautet daher: Half den Soldaten ein gemeinsames Feindbild und ein erwachendes gesamtdeutsches Nationalbewusstsein, um die Belastungen des Feldzugs zu bewältigen?

Abb. 5: Denkmal für den Soldaten und Tagebuch-Schreiber Josef Deifel in Essing.

Dabei findet nicht nur die Sicht auf den russischen Kriegsgegner ihren Niederschlag in den Quellen, auch andere Begegnungen mit Fremden, wie Polen, Kosaken oder auch Juden während des Feldzugs erzeugen Vorurteile oder Feindbilder bei den bayerischen Soldaten.[17] Auch das Verhältnis zu

den verbündeten Franzosen lässt sich unter diesem Aspekt betrachten. Gerade das Bild, das in den zeitgenössischen Tagebüchern von den Franzosen entworfen wurde, erweist sich als mehrschichtig. Abwertende Bemerkungen tauchen ebenso auf wie freundschaftliche Äußerungen. Insbesondere persönliche Begegnungen prägten das Urteil. Egal, von welchem Rang ein Tagebuchschreiber war, oder zu welchem Zeitpunkt während des Feldzugs er sich äußerte – Frankreich war der Verbündete, Russland der Feind. Transportieren Tagebücher aber ein ausgeprägtes Franzosen-Feindbild, dann in denjenigen Dokumenten, die aus einer Retroperspektive über den Feldzug berichten. Sie stellen auch Napoleon ausgesprochen negativ dar. Paradigmatisch lässt sich wieder am Tagebuch des Fußsoldaten Deifel zeigen, wie sich Erfahrungen wandeln konnten und retrospektiv nationalisierende Umdeutungen vorgenommen wurden. Im Kapitel „Was die Franzhosen betrifft" trifft Deifel apodiktische Urteile: „Sie waren die Herren und wir die Knechte", wenig später: „Die Franzhosen sind nie den Deutschen gut,--- von jeher bis hierher nicht und nie nicht."[18] Immer wieder polemisiert Deifel in seinem Tagebuch gegen den französischen Kaiser. Seine Kritik an Napoleon leitet Deifel leitmotivisch Absatz für Absatz mit den Worten „Der große Mann" ein.[19]

Man distanzierte sich in der Rückschau vom Krieg. Bayern sei in einen ihm fremden Krieg gezwungen worden. Eine solche Deutung erfuhr der Russlandfeldzug auch im Tagebuch des Hauptmanns Maillinger. Es wurde im Jahr 1912 herausgegeben, der genaue Zeitpunkt der Niederschrift ist jedoch unklar. In der Schlacht bei Polozk hätten sich die Bayern, so Maillinger, nicht für ihren König, sondern stattdessen „für eine ihr ganz fremde, sogar widrige Sache" geschlagen.[20]

In diesen Umdeutungsprozess kann auch der Obelisk auf dem Münchner Karolinenplatz einbezogen werden. Er ist gewidmet „Den dreysssig tausend / Bayern / die im russischen / Krieg / den Tod fanden", wie die von König Ludwig I. selbst verfasste Inschrift verkündet. (Abb. 6) Der Ort des Denkmals und der Zeitpunkt seiner Einweihung ist Programm. Der Obelisk steht am Schnittpunkt der Brienner- und der Barerstraße, beide Straßennamen erinnern an zwei siegreiche Schlachten gegen Napoleon im Jahr 1814. Und die Einweihung des Denkmals fand am 18. Oktober 1833, genau 20 Jahre nach der sogenannten „Völkerschlacht" bei Leipzig, statt. Nicht der Russlandfeldzug selbst, sondern die sich anschließenden Befreiungskriege geben nun den historischen Kontext ab, in den die Erinnerung an 1812 gestellt werden sollte.[21]

Die lange unumstrittene These, die Geburtsstunde der deutschen Nation und des Nationalbewusstseins sei bei den Befreiungskriegen gegen Napoleon anzusetzen, wird jedoch seit einiger Zeit aus verschiedenen Richtungen kritisch hinterfragt. Der grundsätzliche Zusammenhang zwischen

Abb. 6: Gedenkinschrift König Ludwigs I. am Obelisken am Karolinenplatz in München.

Krieg und Nationsbildung wurde und wird dabei nicht in Abrede gestellt. Der lange Zeit nur auf Preußen beschränkte Blickwinkel wurde um den Begriff des „föderativen Nationalismus“[22] erweitert. Für die süddeutschen Staaten gilt noch stärker, dass sie, bedingt durch die Protektion Frankreichs im Rheinbund, damals eine ganz eigene Entwicklung durchmachten: „Die in der Nationsforschung geläufige Auffassung, dass Nationalkriege die Integration entstehender Staaten vorantreiben, trifft für den deutschen Süden nicht zu.“[23] Insofern muss man die gängige These, durch das Scheitern des Russlandfeldzugs hätte sich ein deutsches Nationalbewusstsein als Triebfeder für die Befreiungskriege gegen Napoleon gebildet, sehr stark relativieren. Sie entstand aus der Umdeutung zeitgenössischer Wertungen.[24]

Auch die Interpretation der Ego-Dokumente von bayerischen Soldaten bestätigt diesen Befund. Weder die Begriffe „Nation“, „national“ oder „Nationalstaat“ noch die Begriffe „Deutschland“ oder „deutsch“ tauchen in den zeitgenössischen Tagebüchern auf. Sie existieren im Sprachgebrauch bay-

erischer Soldaten um 1812 offensichtlich noch nicht. Der Begriff der Nation wird auf das „Vaterland Baiern“ bezogen. Das zeigt sich beim Infanteristen Josef Deifel besonders in der Schilderung seiner Rückkehr. Schon beim Überschreiten der polnisch-preußischen Grenze ist er voll Vorfreude: Für ihn ist das Vaterland bereits jetzt in greifbare Nähe gerückt, wenngleich noch nicht erreicht: „Hoch erfreit, als wir aus dem Bollen treten und in das Deutschland kommen; wir sehnen uns stark nach unserem Vaterland“.[25] Preußen war für Deifel offensichtlich ein Teil Deutschlands, mit Vaterland meint er seine bayerische Heimat.

Die Rückkehr verzögert sich allerdings: Unmittelbar nach der Ankunft in Preußen (Schlesien) wurden Deifel und seine Kameraden – Deifel spricht von insgesamt 124 Mann – Ende Juni 1813 von den Russen gefangen genommen und zurück bis Minsk geführt. Die so greifbare Heimkehr verzögerte sich um über ein Jahr. Erst nach dem preußisch-russischen Bündnis vom Frühjahr 1814 konnten die Überlebenden nach Bayern zurückkehren. Im April 1814 erreichte die kleine Schar des bayerischen Kontingents die bayerische Grenzsäule zwischen Plauen und Hof. Die Offiziere bestellten eigens den Wirt des nächsten Ortes her, Tische wurden aufgestellt „mit Nationalgetränk und einigen kalten Speisen“. „Als wir näher kommen zeigen die Herren Offiziere nach der Baierischen Grenzssäule und ein dreimaliges ‚Lebe hoch die ganze Bairische Nation!‘ wird aus vollem Hals und gerührtem Herzen freidig gerufen. Darauf wird das Lied angestimmt mit wahrem Ernst ‚Blühen soll nebst unserm Bunde / Baiern unser Vaterland!‘“[26]

4.3. Männlichkeit

Auch der Kontext der Männlichkeit kann als Deutungsmuster von Kriegserfahrungen herangezogen werden. Wie sah die Selbstwahrnehmung der Soldaten als Männer angesichts ihrer Kriegserfahrungen aus? Welcher Art waren ihre Beziehungen zu anderen Männern und Frauen während des Feldzugs? Veränderte sich das Selbstbild eines männlichen Familienoberhaupts, wenn es seine traditionellen Aufgaben aus der Ferne nicht mehr wahrnehmen konnte? Das sind nur einige Fragen aus diesem Untersuchungskomplex.[27]

In militärgeschichtlichen Studien blieben solche Fragestellungen lange unberücksichtigt, selbst wenn sich diese ausdrücklich mit alltags- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen befassten. Der militärgeschichtliche Blickwinkel war durch eine „doppelte Männlichkeit“ eingeengt, weil fast ausschließlich männliche Militärhistoriker über männliche Akteure schrieben.[28] Erst jüngst entwickelte sich die Untersuchung von Geschlech-

terbildern in Militär und Krieg zu einem eigenen Forschungsgebiet, das erhebliches Potential birgt, auch weil kulturell und sozial konstruierte Männlichkeit in diesem Umfeld noch nicht wahrgenommen wurde. Stellvertretend seien hier die Forschungen von Karen Hagemann genannt, die zu diesem Erkenntnisgewinn wesentlich beigetragen haben.[29]

Vorstellungen von Männlichkeit und Definitionen des Mannseins unterliegen natürlich einem zeitlichen Wandel. Soldaten galten zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch nicht als Prototypen des Männlichen. Soldatisches Verhalten galt nach Ausweis zahlreicher „Männlichkeitsbreviere", die zu Beginn des 19. Jahrhunderts veröffentlicht wurden, als nicht besonders männlich, im Gegenteil, Soldaten hatten ein eher schlechtes Image. Sie galten als faul, trunksüchtig und verschwenderisch. Die Vorstellung, dass gerade im Krieg eine besondere Männlichkeit an den Tag gelegt werden könnte, war der Zeit fremd.[30] Die vielzitierte Funktion des Militärs als „Schule der Männlichkeit"[31] wird erst im Verlauf des 19. Jahrhundert herausgebildet. Insbesondere die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beförderte ein solches Geschlechterbild, weil damit die Verteidigung des Vaterlandes zu einer wichtigen Aufgabe aller Wehrpflichtigen wurde.[32] Die Ehre und der Mut des Soldaten wurden nun der Selbstsucht und Feigheit des Zivilisten gegenübergestellt.

Der Zeit vor und während des Russlandfeldzugs war eine solche männliche Definition des Soldaten noch fremd. Ruhm, Ehre oder soldatische Auszeichnungen spielten in den Tagebüchern keine besondere Rolle, im Gegenteil, sie verloren ihre Bedeutung im Kriegsverlauf.

Ebenso wenig fassbar ist ein auf Kameradschaft gegründetes Männlichkeitsideal, wie es sich etwa während der beiden Weltkriege entwickelte und das entsprechend mystifiziert wurde. Zwar betonten vor allem die höheren Chargen zu Beginn den Wert guter Kameraden, aber als besonders männlich scheint diese Zusammengehörigkeit nicht gegolten zu haben. Der Bezugsrahmen der Kameradschaft war die militärische Einheit, zu der die Soldaten jeweils gehörten. Als der Generalmajor Seydewitz im Juli 1812 von seiner Brigade abkommandiert wurde, notierte er in sein Tagebuch: „Heute war der traurigste Tag meines Lebens! Meine marschierte und wir trennten uns, unter Thränen!"[33]

Kameradschaft bekam im Verlauf des Feldzugs eine pragmatische Bedeutung, da sie unter den extremen Bedingungen zu einer entscheidenden Überlebenshilfe in physischer und psychischer Hinsicht werden konnte. Häufig finden sich in den Tagebüchern Hinweise auf kameradschaftliche Hilfeleistungen. Gleichzeitig finden sich aber im weiteren Verlauf des Feldzugs Nachrichten, dass die kameradschaftliche Loyalität abhanden kam, sobald die existentielle Krise größer wurde. Auf dem Rückzug notierte der Generalmajor Preysing:

„Nach Hunderten fielen diese durch Fatiguen und Hunger entkräfteten Menschen und Pferde; an Hilfe war nicht zu denken, da ein jeder nur bedacht war, ähnliches Schicksal zu vermeiden. Vielmehr wurden diese Unglücklichen – tot oder nicht – auf der Stelle von ihren eigenen Kameraden ohne alle Barmherzigkeit geplündert, um vielleicht noch ein Stück Brot oder ein Monturstück zu finden, um sich vor der Kälte zu schützen; die Pferde dienten zur Nahrung.“[34]

Beziehungen zu Frauen, ein weiteres Indiz, das im Kontext von Männlichkeit interpretiert werden kann, sind unterschiedlich fassbar. Da sind zum einen die Hinweise auf die begleitenden Ehefrauen oder sonstigen Frauen, die sich im Tross des Heeres befanden. Weil der Feldzug, wie oben beschrieben, noch viele Ausprägungen eines frühneuzeitlichen Trosses aufwies, ist die Anwesenheit von Frauen mehrfach nachweisbar. Erinnert sei an den Infanteristen Josef Schrafel, der von seiner Frau Walburga begleitet wurde. Immer wieder betont der Infanterist, dass ihre Anwesenheit ihm eine große Hilfe gewesen sei, sowohl psychisch als auch durch ihren tatkräftigen Einsatz und ihre Unterstützung im aufreibenden Kriegsalltag. Sie habe keine Mühen und Gefahren gescheut, um ihn versorgen zu können:

„Einmal lag ich vor Hunger ermattet unter einem Baum. […] Plötzlich weckte mich jemand. […] Es war meine Frau. […] ‚Wo in aller Welt kommst du her?‘ fragte ich. – ‚Von Polozk‘, sagte sie; ‚ich habe jemanden gefunden, der auf die Pferde acht gibt, und komme, dir etwas Schnaps und Brot zu bringen.‘ […] So hat sich das treue Weib durch kein Hindernis abschrecken lassen mich aufzusuchen und mich zu erquicken.“[35]

Die Sorge um die mitziehende Ehefrau spricht der Infanterist mehrmals in seinem Tagebuch an. Schrafels Frau überlebte die Strapazen des Rückzugs nicht, denn wenig später berichtet Josef Schrafel vom Tod Walburgas. Auch sein Lebensmut war gebrochen, und seine Rettung verdankte er wieder einer Frau – eine russische Bauersfrau pflegte den Verletzten und rettete ihn so vor dem sicheren Tod.[36]
Daneben sind die geschilderten Beziehungen der Kriegsteilnehmer zu einheimischen Frauen interpretierbar. Die Quellen geben über diesen Aspekt nur spärlich Auskunft, und nur selten erschließen sich nähere Hintergründe dieser Beziehungen. Ob es sich dabei um Liebesbeziehungen handelte, ist nicht eindeutig klar, aber in einigen Fällen zu vermuten.
Geradezu ergreifend schildert etwa der Sergeant Faber seinen Abschied von einer achtzehnjährigen Apothekertochter in Smolensk, die er während seines Aufenthalts kennengelernt hatte. Solche Soldatenpartnerschaften

waren während längerer Besatzungszeiten nicht ungewöhnlich Sie konnten für den Soldaten materielle Vorteile mit sich bringen, etwa weil er im Haus des Apothekers mit verpflegt wurde. Für die junge Frau bot sich eine Gelegenheit, aus ihrem bürgerlichen Leben auszubrechen.[37] Die Verhaltensweisen unterscheiden sich dabei nicht gravierend von denen, die für das 18. Jahrhundert beobachtet wurden.[38]

Auch im Tagebuch eines weiteren Soldaten wird ein enges Verhältnis zur Tochter seiner russischen Hausleute, wohl in der Zeit der Gefangenschaft, geschildert. In den Papieren des Unterlieutenants Harold, die im Kriegsarchiv aufbewahrt werden, findet sich noch heute der sauber geflochtene Haarzopf einer Nedesda Sedrinskij. Harold macht keine weiteren Angaben, der Zopf darf aber als Andenken an eine Liebesbeziehung zu Nedesda interpretiert werden.[39] Insgesamt bleiben die Hinweise auf ein männliches Selbstverständnis in diesem Bereich zu ungenau, um weiter gehende Interpretationen daran zu knüpfen.

In den Tagebüchern und Briefen kam männliches Selbstverständnis lediglich in einem Bereich zum Ausdruck, der mit Krieg nur indirekt zu tun hatte. Aus manchen schriftlichen Äußerungen lässt sich herauslesen, dass die in Russland weilenden Ehemänner und Väter noch aus der Ferne versuchten, ihre Aufgaben als Familienoberhaupt wahrzunehmen. Das manifestiert sich nicht nur in mehreren Briefen, die eine große Sehnsucht und Heimweh nach Frau und Kindern zum Ausdruck bringen, sondern zeigt sich auch daran, wie selbstverständlich die Männer aus der Ferne alltagspraktische Ratschläge schickten. Die Sorgen um die Familie und die offen zum Ausdruck gebrachten Emotionen kennzeichnen den hohen Stellenwert, den die Familie um 1800 für einen Mann hatte und entsprachen dem bürgerlichen Familienideal der Zeit. Verbundenheit mit Frau und Kindern war ein wesentlicher Bestandteil der männlichen Identität.[40] Besonders anrührend wirkt diese familiäre Verbundenheit am Beispiel des bayerischen Korporals Josef Layrer. Auf dem Marsch nach Russland schickte er seiner Frau ein Halstuch, das er teurer erworben hatte als die dringend benötigten Stiefel. Aus diesem Grund sei seine Barschaft arg zusammengeschmolzen.[41]

Seine Funktion als Familienoberhaupt versuchte Josef Layrer auch aus der Ferne so lange als möglich aufrecht zu erhalten. Das reicht von der Sorge um Frau und Kinder über die Regelung von finanziellen Angelegenheiten bis hin zur Beantwortung der Post, wie der folgende Passus aus einem seiner Schreiben nach Hause zeigt: „Solltest Du unter der Zeit Briefe von Burghausen, Trostberg und von Franzen selbsten erhalten, so schließe sie alle in ein Paket und tue sie mir überschicken, wo ich sie von hier aus beantworten werde.“[42]

Dass Layrer seine Rolle als Hausvater und Familienoberhaupt sehr ernst nahm, belegt auch der Hinweis auf die Regelung der finanziellen Angelegenheiten.

„Solltest du aber Hilfe an Geld brauchen, so schreib und gleich nach Philippsburg, wo ich schon das nötige mit dem Herrn Reiß verabreden werde, damit er Deine nötige Unterstützung aufs schleunigste besorgt. Denn zu Dato kann ich noch nichts for dich thun, weillen ich erst von dem Rottler 10 Kreuzer und sonst noch von Niemand nichts erhalten habe. Aber ein Kronthaler liegt schon for Dich in Bereytschaft.“[43]

Nach dem Abmarsch aus der Garnison und zunehmender Entfernung von der Heimat war eine Delegierung der Aufgaben als Familienoberhaupt nötig. Am 19. Mai 1812 schrieb Layrer seiner Frau, dass sie die Korrespondenz nun mit Hilfe eines nicht näher beschriebenen, der Frau aber sichtlich wohl vertrauten Herrn Schmidt selbst erledigen müsse. Zum einen sei das Porto für beide Seiten zu teuer, und zum anderen habe er zu wenig Zeit, die Briefe noch selbst zu schreiben. Alle Aufgaben, die der Korporal aus der Ferne nicht mehr selbst erledigen konnte, wurden diesem Herrn Schmidt übertragen: „Aber auch künftig lasse Dir alle Briefe von dem Herrn Schmidt vorlesen, denn ich habe Dich, wie selbst wirst lesen können, an ihn ganz angewiesen“.[44]
Es entsprach dem Selbstbild des Mannes zu Beginn des 19. Jahrhunderts, dass Josef Layrer seine Kompetenz als Familienoberhaupt nicht aus den Händen geben wollte. Der Mann lebte sein Leben zu Beginn des 19. Jahrhunderts trotz aller beruflichen Verpflichtungen vor allem innerhalb seiner Familie: „Er war Hausvater, Haupt der Gemeinschaft im wirklichen Sinne und hatte diese Funktion nicht nur pro forma, vom Gesetz verordnet inne.“[45] Die Übernahme aller Familienangelegenheiten selbst aus der Ferne gehörte also zu seinen grundsätzlichen Aufgaben. Sie diente somit auch seiner Selbstvergewisserung als Mann. Eine Delegierung dieser Aufgaben war nur an einen Mann möglich, eine Übernahme durch seine Frau für Layrer im Rahmen seines männlichen Selbstverständnisses undenkbar. Deswegen wurde für die finanziellen Angelegenheiten ein Herr Schmidt beauftragt, deswegen taucht auch am Rand eines Briefes von Layrer ein Dank an seinen Bruder auf: „Bester Bruder Heußer, ich danke dir höflichst für Deinen Brief und für alles, was Du schon getan hast und noch meinem Weibe tun wirst“.[46] Die Rolle des Familienoberhaupts blieb ausschließlich männlich besetzt.
So bleibt abschließend festzuhalten, dass männliches Selbstverständnis gerade in dem Bereich zum Ausdruck kam, der mit dem Krieg nichts zu tun hatte, nämlich im häuslichen, privaten Leben, das die Soldaten für diesen

Feldzug verlassen mussten. Allein das Gefühl, die Geschicke der Familie auch aus der Ferne noch steuern zu können, war der Selbstvergewisserung der Soldaten in ihrer Rolle als Mann dienlich.

5. Zusammenfassung

Überblickt man zum Schluss noch einmal in der Summe den Kriegsalltag, die Kriegserfahrungen und die Bewältigungsstrategien der bayerischen Soldaten des Russlandfeldzuges von 1812, so zeigt sich, dass der Kriegsalltag sich ganz wesentlich von dem unterschied, was die Soldaten bisher an Erfahrungen gemacht hatten. Die Strapazen des Feldzuges führten dazu, dass die Verluste an Truppen und Material schon vor den ersten militärischen Auseinandersetzungen enorm hoch waren. Vollends ins Chaos stürzte das militärische Gefüge ab Mitte Oktober 1812 beim Rückzug der Grande Armée.
Zum Überleben dieser Strapazen entwickelten die Soldaten unterschiedliche Bewältigungsstrategien und Deutungsmuster. Religion, Nation oder Männlichkeit waren solche Erklärungsfelder. Bei genauerem Hinsehen zeigte sich, dass diese Einordnungs- und Verarbeitungsbemühungen aus der Retrospektive vielfach einer Umdeutung unterworfen waren. So war das Verständnis von Nation, aber auch der Begriff der Männlichkeit in den zeitgenössischen Tagebüchern noch anders konnotiert als in den Berichten, die mit größerem zeitlichen Abstand zu 1812 verfasst wurden. Nationale Deutungen des Krieges oder seine religiöse Überhöhung sind in späteren Quellen ebenso zu beobachten wie die Konstruktion von Männlichkeit. Die zeitgenössischen Tagebuchschreiber sahen das nüchterner: Ihre Hauptsorge galt dem bloßen Überleben.

Anmerkungen

* Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen weitgehend unveränderten Wiederabdruck des gleichnamigen Aufsatzes der Verfasserin in: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte 4/12, S. 262-275.

1 Siehe dazu Pröve, Ralf: Militär, Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, (Enzyklopädie deutscher Geschichte 77), München 2006, S. 58-59 mit weiteren Hinweisen.

2 Zamoyski, Adam: 1812. Napoleons Feldzug in Russland, München 2012.

3 Lieven, Dominic: Russland gegen Napoleon. Die Schlacht um Europa, München 2011.

[4] Kleßmann, Eckart: Die Verlorenen. Die Soldaten in Napoleons Russlandfeldzug, Berlin 2012. Hier ist auch die schon ältere Arbeit von Leuschner, Peter: Nur wenige kamen zurück. 30000 Bayern mit Napoleon in Russland, Pfaffenhofen 1980, zu nennen, der anhand des gedruckten Tagebuchs des Nürnberger Feldwebels Josef Schrafel den Verlauf des Feldzugs für die bayerischen Soldaten nachzeichnet.

[5] Siehe dazu grundlegend Schulze, Winfried: Ego-Dokumente – Annäherung an den Menschen in der Geschichte? Vorüberlegungen für die Tagung „Ego-Dokumente", in: Ders. (Hg.): Ego-Dokumente – Annäherung an den Menschen in der Geschichte, Berlin 1996, S. 11-30.

[6] Siehe dazu zuletzt den Sammelband Schild, Georg / Schindling, Anton (Hg.): Kriegserfahrungen. Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit. Neue Horizonte in der Forschung, (Krieg in der Geschichte 55), Paderborn – München – u. a. 2009. Siehe dazu weiter die einschlägigen Beiträge in Planert, Ute (Hg.): Krieg und Umbruch in Mitteleuropa um 1800. Erfahrungsgeschichte(n) auf dem Weg in eine neue Zeit, (Krieg in der Geschichte 44), Paderborn – München – u. a. 2009. Hinweise auch bei Murken, Julia: Bayerische Soldaten im Russlandfeldzug 1812. Ihre Kriegserfahrungen und deren Umdeutungen im 19. und 20. Jahrhundert, (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 147), München 2006, S. 3-10.

[7] Murken (wie Anm. 6).

[8] Mit Napoleon nach Russland. Tagebuch des Infanteristen Joseph Deifel, mit einer Einführung von Julia Murken, Regensburg 2012.

[9] Siehe dazu Aichner, Ernst: Das bayerische Heer in den napoleonischen Kriegen, in: Glaser, Hubert (Hg.): Wittelsbach und Bayern, Bd. III/1: Krone und Verfassung. König Max I. Joseph und der neue Staat. Beiträge zur bayerischen Geschichte und Kunst 1799-1825, München – Zürich 1980, S. 239-253, mit weiterer Literatur.

[10] Murken (wie Anm. 6), S. 48.

[11] Voyage pittoresque et militaire de Willenberg en Prusse jusqu' à Moscou fait en 1812, pris sur le terrain même, lithographié par Albrecht Adam, ohne Ort, 1828, ohne Seitenangabe. Das Bild auch abgedruckt bei Murken (wie Anm. 6), S. 46.

[12] Des Nürnberger Feldwebels Joseph Schrafel merkwürdige Schicksale im Krieg gegen Tirol 1809, im Feldzuge gegen Rußland 1812 und in der Gefangenschaft 1812-1814, neu hg., Nürnberg 1913, S. 65.

[13] Zitat nach Murken (wie Anm. 6), S. 64.

[14] Mit Napoleon nach Russland (wie Anm. 8), S. 65. Siehe auch Murken (wie Anm. 6), S. 99.

[15] Mit Napoleon nach Russland (wie Anm. 8), S. 76. Siehe auch Murken (wie Anm. 6), S. 99.

[16] Mit Napoleon nach Russland (wie Anm. 8), S. 80. Siehe auch Murken (wie Anm. 6), S. 99.

[17] Murken (wie Anm. 6), S. 110-130.
[18] Mit Napoleon nach Russland (wie Anm. 8), S. 81-82. Siehe dazu auch Murken (wie Anm. 6), S. 164.
[19] Mit Napoleon nach Russland (wie Anm. 8), S. 60-61.
[20] Murken (wie Anm. 6), S. 166.
[21] Murken (wie Anm. 6), S. 167-169, mit weiterer Literatur.
[22] Langewiesche, Dieter: Kulturelle Nationsbildung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Hettling, Manfred / Nolte, Paul (Hg.): Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, S. 46-64, bes. S. 48.
[23] Planert, Ute: Wessen Krieg? Wessen Erfahrung? Oder: Wie national war der „Nationalkrieg" gegen Napoleon, in: Beyrau, Dietrich (Hg.): Der Krieg in religiösen und nationalen Deutungen der Neuzeit, Tübingen 2001, S. 111-139, Zitat S. 132.
[24] Zentral für den deutschen Südwesten ist die Untersuchung von Planert, Ute: Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden. Alltag – Wahrnehmung und Deutung 1792-1841, (Krieg in der Geschichte 33), Paderborn – München – u. a. 2010.
[25] Mit Napoleon nach Russland (wie Anm. 8), S. 86.
[26] Mit Napoleon nach Russland (wie Anm. 8), S. 131.
[27] Murken (wie Anm. 6), S. 137-160. Weiter auch Dies.: Von „Todesängsten" zu „guter Manneszucht". Deutungen und Umdeutungen von Männlichkeit während des napoleonischen Russlandfeldzugs, in: Planert (wie Anm. 6), S. 317-332.
[28] Pröwe (wie Anm. 1), S. 78.
[29] Hagemann, Karen: „Mannlicher Muth und teutsche Ehre". Nation, Militär und Geschlecht zur Zeit der antinapoleonischen Kriege Preußens, (Krieg in der Geschichte 8), Paderborn – München – u. a. 2002; Dies.: Venus und Mars. Reflexionen zu einer Geschlechtergeschichte von Militär und Krieg, in: Dies. / Pröve, Ralf (Hg.): Landsknechte, Soldatenfrauen und Nationalkrieger. Militär, Krieg und Geschlechterordnung im historischen Wandel, Frankfurt a. Main – New York 1998, S. 13-48. Siehe weiter Dies.: Militär, Krieg und Geschlechterverhältnisse. Untersuchungen, Überlegungen und Fragen zur Militärgeschichte der Frühen Neuzeit, in: Pröve, Ralf (Hg.): Klio in Uniform? Probleme und Perspektiven einer modernen Militärgeschichte der Frühen Neuzeit, Köln – Weimar 1997, S. 35-88.
[30] Murken (wie Anm. 6), S. 143-144, mit weiteren Hinweisen.
[31] Frevert, Ute: Das Militär als „Schule der Männlichkeit". Erwartungen, Angebote, Erfahrungen im 19. Jahrhundert, in: Dies. (Hg.):Militär und Gesellschaft, Stuttgart 1997, S. 145-173.
[32] Pröve (wie Anm. 1), S. 80-81.
[33] Zitat nach Murken (wie Anm. 6), S. 148.
[34] Zitat nach Murken (wie Anm. 6), S. 150.
[35] Zitat nach Murken (wie Anm. 6), S. 48.

[36] Murken (wie Anm. 6), S. 153.
[37] Novosadtko, Jutta: Soldatenpartnerschaften. Stehendes Heer und weibliche Bevölkerung im 18. Jahrhundert, in: Hagemann / Pröve (wie Anm. 29), S. 297-321.
[38] Dinges, Martin: Soldatenkörper in der Frühen Neuzeit. Erfahrungen mit einem unzureichend geschützten, formierten und verletzten Körper in Selbstzeugnissen, in: Dülmen, Richard van (Hg.): Körper-Geschichten, Frankfurt a. Main 1996, S. 71-98.
[39] Murken (wie Anm. 6), S. 153.
[40] Murken (wie Anm. 6), S. 155.
[41] Ebenda.
[42] Zitat nach Murken (wie Anm. 6), S. 157.
[43] Ebenda.
[44] Zitat nach Murken (wie Anm. 6), S. 158.
[45] Frevert, Ute: Bürgerliche Meisterdenker und das Geschlechterverhältnis. Konzepte, Erfahrungen, Visionen an der Wende vom 18. zum 19, Jahrhundert, in: Dies. (Hg.): Bürgerinnen und Bürger. Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert, Göttingen 1988, S. 17-48, Zitat hier S. 31. Siehe auch Murken (wie Anm. 6), S. 158.
[46] Zitat nach Murken (wie Anm. 6), S.158.

Abbildungsnachweis

- Großer Historischer Weltatlas, hg. v. Bayerischen Schulbuch-Verlag, Teil III, S. 142 u. 146: Abb. 1, 2.
- Wikimedia Commons: Abb. 3-6.

Marcus Junkelmann

Erinnern und Verdrängen

Napoleon in der bayerischen Erinnerungskultur

Die Napoleonische Epoche und vor allem die Napoleonischen Kriege haben in Bayerns Städten und Dörfern, nicht zuletzt aber auch in der Landschaft viele Spuren hinterlassen. Die Gebäude, in denen der Kaiser Quartier genommen hat, die Schlachtfelder, auf denen Franzosen, Bayern, Österreicher und andere gekämpft und geblutet haben – Neuburg an der Donau, Hohenlinden, Elchingen, Teugn und Hausen, Abensberg, Landshut, Eggmühl, Regensburg, Neumarkt-St. Veith –, wurden und werden durch Gedenktafeln, Kreuze, Monumente memoriert. Dazu kommen die schauplatzunabhängigen staatlichen Großdenkmäler wie der Obelisk und das Siegestor in München oder die Befreiungshalle über Kelheim, deren extremes Gegenstück die gerade für dieses Zeitalter besonders zahlreich erhaltenen Zeugnisse der volkstümlichen Erinnerungskultur bilden, die Votivtafeln und Totentafeln, die von den Leiden der Zivilbevölkerung und der Soldaten zeugen. Und diese Erinnerungskultur war in höchst aufschlussreicher Weise stets eingebettet in das Wechselspiel der aktuellen Loyalitäten und Opportunitäten. Bei meinem Ingolstädter Vortrag habe ich diese Aspekte an Hand von Bildern zu dokumentieren und in die Ereignisgeschichte einzufügen versucht, zumal die Verzahnung von Landschaft und Geschichte in der gleichzeitigen Landesausstellung „Napoleon und Bayern“ so gut wie völlig unberücksichtigt geblieben war. Ich habe dies spontan ohne Manuskript getan. So bringe ich nun statt des verlorenen Texts einige Passagen aus zwei meiner einschlägigen Bücher, die der Thematik am angemessensten erscheinen:

„Beim niederbayerischen Kelheim thront über der Donau die sogenannte Befreiungshalle, von der Lage her betrachtet eines der imposantesten Denkmäler Europas, in der Diskrepanz zwischen propagandistischem Anspruch und historischer Substanz jedoch eines der lächerlichsten. Durch einen Akt architektonischer Kraftmeierei versuchte König Ludwig I. von Bayern hier im Nachhinein gleichzuziehen mit Preußen und Österreich als Befreier Deutschlands vom napoleonischen Joch. Um dieser historischen Falschmünzerei die Krone aufzusetzen, wählte man 2009 gerade diesen Ort, um den abschließenden Feierakt zum 200. Gedenkjahr des Feldzugs

von 1809 in Szene zu setzen, zudem noch an einem 18. Oktober, einem der Gedenktage der viertägigen Leipziger ‚Völkerschlacht' (1813) …
Der Wendepunkt 1813 beendete nicht nur vorübergehend in der aktuellen politischen Realität, sondern auch dauerhaft im anhaltenden Geschichtsbewusstsein des Landes die kurze, aber höchst ereignisreiche und folgenschwere Phase des napoleonisch-bayerischen Bündnisses. Indem das junge Königreich im Herbst 1813, kurz vor der Entscheidungsschlacht bei Leipzig, nach dem Motto ‚Die Ratten verlassen das sinkende Schiff' ins antifranzösische Lager überwechselte, gelang es, einen großen Teil der Gewinne der Vorjahre aus der Katastrophe des napoleonischen Systems zu retten. Der weitere Gang der Geschichte, vor allem der Krieg von 1870/1871, die Gründung des Deutschen Reiches und schließlich die beiden Weltkriege, sah Bayern, wie den Rest Deutschlands, in steter Frontstellung gegen das zum ‚Erbfeind' stilisierte Frankreich. Wie in allen ehemaligen Rheinbundstaaten war man im Zeitalter des reichsgermanischen Nationalismus geneigt, die ‚undeutsche' Waffenbrüderschaft mit Frankreich während der Jahre 1805 bis 1813 zu verdrängen, und schämte sich ordentlich, wenn man ein ‚Königreich von Napoleons Gnaden' genannt wurde. 1906 wagte man es nicht, des hundertjährigen Bestehens des Königreiches Bayern zu gedenken, um nicht den Unwillen der preußisch-deutschen Reichsregierung zu erregen, handelte es sich doch um eine Rangerhöhung, die man im Bündnis mit Napoleon erreicht hatte und die nur ‚in der Haltung der Rechtfertigung' thematisiert und schon gar nicht gefeiert werden durfte. So hat auch der Staatsminister Montgelas, die dominierende Figur der bayerischen Politik in den Jahren 1799 bis 1817 und der fraglos bedeutendste Staatsmann, der je die Geschichte des Landes geleitet hat, als prominentester Vertreter des ‚napoleonhörigen' Rheinbunddeutschland erst 2005 ein Denkmal erhalten. Man kompensierte das, indem die Erinnerung an die nach dem Bündniswechsel von 1813 begangenen Heldentaten ganz unverhältnismäßig monumentalisiert wurde. Alles, was vor dem Oktober 1813 geschehen war, degenerierte zum bloßen Vorspiel für den großen Befreiungskampf. ‚Auch sie starben für des Vaterlandes Befreiung', ließ Ludwig I. auf den Sockel des Obelisken schreiben, der auf dem Münchner Karolinenplatz dem Andenken der 30.000 im Dienste Napoleons in Russland umgekommenen oder verschollenen bayerischen Soldaten errichtet wurde, und man weihte das Denkmal an einem Jahrestag der ‚Völkerschlacht' von Leipzig ein, an der kein einziger Bayer teilgenommen hat. Auch der Grundstein für die uns schon vertraute Befreiungshalle über Kelheim, das kriegsverherrlichendste Monument auf bayerischem Boden, wurde am 19. Oktober, einem der Leipzigtage, gelegt. Dass diese Tradition noch keineswegs erloschen ist, zeigt die Tatsache, dass, wie schon erwähnt, am 18. Oktober 2009, gleichfalls einem Leipzigtag, ausgerechnet in der Befreiungshalle

und ausgerechnet an diesem Datum der bewusste fehlplatzierte und fehldatierte Festakt stattfand, mit dem die Gedenkveranstaltungen für den Feldzug im April 1809, den letzten und größten gemeinsam errungenen Sieg Frankreichs, Bayerns und der anderen Rheinbundstaaten, ihren Abschluss fanden.

Noch unverblümter griff auf die antinapoleonische Tradition der Verfasser einer Inschrift zurück, die am 23. April 2009, dem Jahrestag der Erstürmung von Regensburg und der weitgehenden Zerstörung von Stadtamhof, vom Regensburger Kulturreferenten enthüllt worden ist. Man hielt die Sache offensichtlich für so wichtig und so brisant, dass man unter Umgehung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens den Text in einer Nacht- und Nebelaktion in das unter Denkmalschutz stehende Stadtamhofer Pylonentor meißeln ließ. Ebenso fragwürdig wie das Procedere der Anbringung sind der Wortlaut und der Inhalt der Inschrift zu beurteilen: ‚1809 – Schreckenstage durch Napoleon. Zum Gedenken an die Opfer – 2009.' Damit werden schlicht und ergreifend die Tatsachen auf den Kopf gestellt, denn Stadtamhof wurde keineswegs von französischen Geschützen in Schutt und Asche gelegt, sondern von den auf dem Dreifaltigkeitsberg positionierten österreichischen Batterien, die eine Feuerwand schaffen wollten, um die Verfolgung durch die über die Steinerne Brücke nachdrängenden siegreichen Rheinbundtruppen aufzuhalten. Und dies alles im Rahmen eines Krieges, der klar und eindeutig Österreich in der Rolle des Angreifers sah und nicht Napoleon, der den erneuten Waffengang mit dem Habsburgerstaat unbedingt hatte vermeiden wollen. Eine offizielle Stellungnahme der Stadt zu der Inschrift, die von deutschen und ausländischen Historikern scharf kritisiert worden ist, liegt bis heute nicht vor. Ein angekündigtes wissenschaftliches Symposium zu dieser Frage verschwand sang- und klanglos von der Tagesordnung, und schon gar nicht macht man irgendwelche Anstalten, die eindeutig falsche und unnötig provozierende Inschrift zu korrigieren. Keineswegs sollte sie in ihr Gegenteil verkehrt werden mit einer vergleichbar pauschalen Beschuldigung der österreichischen Armee, denn beide Seiten handelten hier unter militärischen Sachzwängen. Bei der Würdigung von regulären Kampfhandlungen und der von ihnen verursachten Kollateralschäden sind einseitige Schuldzuweisungen grundsätzlich abzulehnen.

Was den nach wie vor nicht ausgestandenen Zank um die Stadtamhofer Inschrift so bemerkenswert macht, ist vor allem die Tatsache, dass die starke Emotionalisierung der Diskussion weniger von den angeblichen oder wirklichen Kriegsgreueln herrührt, sondern von der Person Napoleons. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Konstellation, die zu den Regensburg-Stadtamhofer Ereignissen von 1809 führte, nicht erst von Napoleon herbeigeführt worden ist, sondern in einer langen histori-

schen Tradition stand, die in der geographischen Zentrallage Bayerns zwischen den konkurrierenden Großmächten Frankreich und Österreich begründet war."[1]

„Vielerorts wurden an den von Napoleon aufgesuchten Gebäuden und Standpunkten Gedenktafeln angebracht. Es gibt keine zweite historische Persönlichkeit, an deren Aufenthalt in Bayern an so vielen Orten in dieser Weise erinnert wird. Jörg Traeger schreibt den Gedenktafeln einen ambivalenten Charakter zu:

‚Zum einen trafen sie in unpathetischem Ton jeweils nur eine sachliche Feststellung. Zum anderen aber vermittelten sie mit der historischen Nachricht auch etwas von der Strahlkraft einer neuartigen diesseitigen Unsterblichkeit […]. Ganz im Sinne des Geniekults des 19. Jahrhunderts […] künden sie vom lokalpatriotischen Stolz der […] betroffenen Orte, selbst Teil der unauslöschlichen Spur zu sein, die der ›große Mann‹ durch die Weltgeschichte gezogen hat. Besagten Lokalitäten wurde damit letztlich die Weihe von säkularen Berührungsreliquien zugesprochen […].‘

Ein bemerkenswertes Schicksal, das vom Auf und Ab der Napoleonbegeisterung und des Napoleonhasses, des bayerischen und des deutschen Patriotismus zeugt, hat eine Gedenktafel in Freising zu verzeichnen. Das ist umso erstaunlicher, als sie keiner Gefechtshandlung und keinen ‚Schreckenstagen‘ gilt, sondern der harmlos scheinenden Tatsache, dass Napoleon am 30. Dezember 1805 im Gasthof ‚Zum Goldenen Hirschen‘ in der Oberen Hauptstraße 12, Ecke Ziegelgasse, in seiner bekannt anspruchslosen Art Hunger und Durst gestillt hat. An dieses denkwürdige Ereignis erinnerte stolz der Wirt Zangmeister, indem er folgenden Text anbringen ließ: ‚Als Kaiser Napoleon 1805 nach Freising kam, nahm er in diesem Hause Herberge. Er aß und trank wie ein Bürger.‘ Als die auf die Wand aufgemalte Schrift verblasste, wurde sie durch eine Steintafel ersetzt, wobei sich freilich eine falsche Jahreszahl einschlich – ‚1809‘ statt ‚1805‘. Bei Ausbruch des 1. Weltkrieges empörte die Tafel die deutschpatriotische Volksseele und wurde von der Polizei entfernt. Mit Genugtuung vermerkte Josef Hofmiller 1936:

‚Als ich neulich in Freising war, sah ich nurmehr die Löcher für die Eisenklammern, mit denen sie festgehalten worden war, im ersten Stock. Weil es recht fraglich ist, ob sie wieder angebracht wird, wollen wir es hier aufzeichnen, daß Kaiser Napoleon beim Hirschenwirt gegessen und getrunken hat wie ein Bürger. Denn so etwas darf nicht vergessen werden. Was daran merkwürdig sei? Daran ist Verschiedenes merkwürdig und doch nicht

merkwürdig. Einmal, daß die Tafel überhaupt gemacht wurde mit der Inschrift. Aber wer sich erinnert, daß es noch gar nicht so lange her ist, daß bei uns alte Männer starben mit dem Vornamen Napoleon und daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts die kleinen Napoleone in Altbayern schockweise herumliefen, findet die Tafel beim Hirschenwirt nicht mehr so merkwürdig […]. Dann überlegt er sich den Zusatz ›wie ein Bürger‹ und fragt sich, wie Napoleon bei dem Freisinger Hirschen hätte anders essen sollen als ›wie ein Bürger‹? Aber die damaligen Deutschen bildeten sich offenbar was drauf ein, daß auch der Franzosenkaiser das Maul unter der Nase hatte und den Braten nicht mit dem Löffel aß, und als sie die Inschrift setzten, waren sie sich nicht ganz klar, ob sie für Napoleon die größere Ehre sei, weil er aß wie ein Bürger, oder für den Bürger, weil er aß wie Napoleon. Man kann sich's so gut vorstellen, wie sie anstanden die ganze Gasse hinauf bis zum Ziegeltor und ihre Nasen an die Scheiben drückten: ›Schaut nur, Nachbar, jetzt trinkt er wieder!‹ ›Ja, und essen tut er so geschwind wie marschieren, er ist doch ein mächtig großer Mann!‘

Hofmillers Text verliert dann aber bald seinen launigen Humor, wenn der Autor es ‚merkwürdig‘ findet, dass damals sich niemand in Deutschland gefunden habe, der Napoleon ‚beim Essen niederschoß wie einen tollen Hund‘, und seiner Überzeugung Ausdruck verleiht, ein solcher Attentäter wäre viel mehr einer Erinnerungstafel wert gewesen. Seine Hoffnung, die undeutsche Inschrift werde nicht wieder an ihren Platz zurückkehren, hat sich inzwischen glücklicherweise als müßig erwiesen. Zwar ist die gastronomische Identität des ‚Goldenen Hirschen‘ anderen Nutzungen gewichen, aber die Tafel, die an die historische Sternstunde des einstigen Gasthofs erinnert, prangt wieder an ihrer alten Stelle, zudem mit korrigierter Jahreszahl.“[2]

„Beim Ackern, bei Aushubarbeiten, beim bewussten Absuchen kamen und kommen immer wieder Überreste der Schlacht [Eggmühl, 22. April 1809] zum Vorschein, vor allem Kanonen- und Gewehrkugeln, aber auch Teile von Waffen, Schnallen, Münzen und vieles andere. Die Fundumstände dieser Objekte blieben leider oft undokumentiert, manches ging wieder verloren. In Schierling-Eggmühl haben sich jedoch schon seit drei Jahrzehnten verantwortungsvolle Heimatforscher zusammengetan, die sich der Bergung und Dokumentation der Bodenfunde systematisch annehmen. Über 2.000 Bleikugeln, etwa 100 Kanonenkugeln und Granaten und viele andere Gegenstände sind auf diese Weise gesammelt und erfasst worden.
Eine Reihe von Gedenktafeln, -steinen und -kreuzen brachte man im Laufe der Jahre an verschiedenen Punkten des Schlachtfeldes teils auf private, teils auf öffentliche Initiative an, so in Unterlaichling (eingemauerte Ka-

nonenkugeln über dem Nordportal der Kirche), an einem Feldweg zwischen Niederleierndorf und Schierling (ein mehrfach erneuertes Holzkreuz), an der B 15 westlich der Eisenbahnüberführung (Gedenkstein mit Eisenkreuz), im Hausdurchgang der Schnitzlmühl westlich Unterdeggenbach (Gedenkstein mit napoleonischem Wappen), am Schloss in Eggmühl (Gedenkstein), im Ortskern von Unterdeggenbach (Gedenkstein für den General Cervoni), auf der sog. Napoleonhöhe bei Schönhöfen südöstlich Oberdeggenbach (Kreuz und Gedenkstein).

An Monumentalität wurde das alles weit übertroffen, als 1909, im 100. Gedenkjahr der Schlacht, in Unterdeggenbach nahe dem Bahnhof ein von einem Kupferlöwen gekröntes Denkmal errichtet wurde. Am 11. März 1906 hatte sich ein Denkmalverein etabliert, der die beachtliche Summe von 8.000 Reichsmark zusammenbringen wollte. Trotz eifriger Sammeltätigkeit kam man aber nur auf die Hälfte des Betrages. Von öffentlicher Seite erfolgte keine Unterstützung, da das Denkmal politisch keineswegs opportun war, galt es doch in einer Epoche des Nationalismus an einen ‚undeutschen' Sieg zu erinnern, den Bayern an der Seite Frankreichs gegen das mittlerweile seit langem verbündete Österreich errungen hatte. So enthielt man sich auf dringendes Anraten eines jeglichen Triumphalismus und konzentrierte sich auf das Gedenken der Toten aller beteiligten Armeen.

Das Motiv des Löwen evoziert zunächst natürlich das bayerische Wappentier, und in der Tat handelt es sich um eine Zweitfertigung des von Hygin Kiene aus Kupferblech getriebenen 3,5 m hohen Löwen vom Oberländerdenkmal in Waakirchen, das 1905 den Toten des bayerischen Bauernaufstandes gegen die Kaiserlichen im Jahre 1705 gewidmet worden ist, nur die Fahne, auf die der Waakirchener Löwe seine Pranken legt, hat man weggelassen. Darüber hinaus symbolisiert der Löwe seit der Antike auch die alles verschlingende Macht des Todes einerseits und dient als Wächter der Grabesruhe andererseits. Im Falle eines Kriegerdenkmals soll er außerdem den Todesmut der Gefallenen verkörpern. Im Eggmühler Löwen fließen alle diese Sinngehalte zusammen. Auf einem symbolischen Grabhügel sitzend, überblickt der bayerische Löwe als Totenwächter das Schlachtfeld. Den Sockel des Monuments schmücken die Wappen der beteiligten Völker und Stämme, Österreich, Frankreich, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen. Die Grundsteinlegung des Denkmals erfolgte am 22. April, die Enthüllung am 22. August 1909.

Für das 200. Gedenkjahr beschloss der Markt Schierling, auf der vor dem Denkmal liegenden Wiese, die, wie schon vor 100 Jahren, Alleen von Kugelahornbäumen schmücken, buchförmige Eisentafeln aufzustellen, auf welchen die Geschichte des Krieges von 1809 und der Schlacht von Eggmühl erläutert wird. Die 14 Tafeln auf der Denkmalwiese werden ergänzt

durch 13 weitere Tafeln an markanten Punkten des Schlachtfeldes, die im Rahmen eines Rundweges besucht werden können und in ihrer Gesamtheit ein facettenreiches Bild von den Ereignissen auf diesem blutgetränkten Schauplatz der Geschichte vermitteln sollen.“[3]

Anmerkungen

1 Junkelmann, Marcus: Napoleon und Bayern. Eine Königskrone und ihr Preis, Regensburg 2014, S. 12-14.

2 Ebenda, S. 182-183.

3 Junkelmann, Marcus: Der kühnste Feldzug. Napoleon gegen Erzherzog Carl, 19.-24. April 1809. Teugn und Hausen, Abensberg, Landshut, Eggmühl, Regensburg, 2. Aufl., Schierling 2014.

Ernst Schusser

Historische Lieder für und gegen Napoleon I.

Anmerkungen zu Gesängen und Tonbeispielen[1]

Die folgenden kurzen Ausführungen basieren auf den Erfahrungen, Erkenntnissen und Veröffentlichungen des Langzeitprojektes „Bayerische Geschichte im Lied", in dem wir seit Mitte der 1980er Jahre am Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern die regionalen (volks-)musikalischen Erscheinungen (in Lied, Musik, Tanz und Brauch) mit Bezügen zu den politischen und historischen Ereignissen und Entwicklungen, den handelnden Personen und den Auswirkungen auf das soziale, gesellschaftliche und kulturelle Leben der ganz normalen Menschen („Volk"?) dokumentieren und analysieren – und zwar sowohl für die Volksmusikpflege und Heimatpflege als auch für die Nutzung in Schule, Bildung und Wissenschaft. Einige „klingende" Beispiele haben wir mit umfangreichen Kommentaren auf bisher fünf CDs der Reihe „Bayerische Geschichte im Lied – Historische Volkslieder" veröffentlicht.[2] Viele weitere Lied- und Musikaufnahmen zu historischen Themen (auf der Basis von gedruckten Volksliedsammlungen, Liedhandschriften und eigenen Feldforschungen) sind im Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern vorhanden.[3]

Nun muss man vorausschicken, dass der Volksgesang, aus dessen Dokumentationen und Sammlungen wir für diese Schlaglichter „schöpfen", zum einen zwar natürlich Regionalbezug zu Bayern hat und sowohl mündlich als auch schriftlich und gedruckt dokumentiert ist, zum anderen aber gerade wegen der oft wenigen überkommenen Informationen über das Umfeld der Autoren, vor allem aber der Sängerinnen / Sänger oder Aufschreiber, der Situation der Aufzeichnung – und der steten Improvisation / Variantenbildung / Veränderungen im Singen – stets auch quellenkritisch gesehen werden muss!

Ein Beispiel: So hat eine bekannte bayerische Medienanstalt geplant, als Hör-Bezug für den Hinweis auf diese „Napoleon-Bayern-Ausstellung" ein Lied auszugsweise zu zitieren. Das hatte dann Napoleon benannt – allerdings den III. und gemeint war der „70er Krieg".

Lieder über Napoleon III. (1808-1873) und den aus deutscher Sicht gewonnenen Krieg 1870/71 sind im bayerischen Volksgesang vielfach heute noch mündlich überliefert und medial verbreitet. Napoleon I. (1769-1821) dagegen ist für die heutige Praxis eher fremd, weniger zugänglich auch in den Melodien!

Auch Medienbeobachtung gehört also zu unseren Aufgaben am Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern. Und noch etwas Wichtiges: Lieder kann man nicht nur von den schriftlich vorliegenden Texten aus betrachten. Ein musikalisches Thema kann man nicht nur „trocken" abhandeln – da geht es auch um den emotionalen Faktor: Wir haben beim Referat versucht, die Zuhörer ihre eigenen emotionalen Singerfahrungen machen zu lassen.

Liedbeispiel 1

Sie kennen alle die Melodie des Liedes „Ich bin der Dr. Eisenbart", und zwar in verschiedenen Fassungen. In der Sammlung von Hartmann / Abele (Nr. 249) ist mit dem Jahreshinweis „1813" (auch mit Blick auf die grausamen, von Napoleon zu verantwortenden riesengroßen Verluste an Menschenleben zum Beispiel im Russlandfeldzug) ein Lied mit 15 Strophen zu finden, das auf diese schon zu Napoleons Zeiten bekannte Melodie gedichtet wurde. Ganz bewusst wird Napoleon als „Schlächter" bezeichnet und auch Hartmann merkt dazu an „Der Metzger Bona auf Korsika war Großvater väterlicher Seite":

1. *Ich bin der Schlächter Bonapart*
   Und schlacht das Vieh nach meiner Art.
   Ich mach die g'raden Glieder krumm
   Und die gescheiten Menschen dumm.

2. *Ich stamm vom Metzger Bona her*
   Und würge wie ein wilder Bär
   Und meine gnädige Mama
   War eine Maid aus Korsika.

3. *Auch heiße ich Napoleon.*
   Ich stahl mir einen blutgen Thron.
   Allein es währt' nur kurze Zeit
   Die frech gestohlne Herrlichkeit.

4. *Die Schlacht war meiner Seele Trost*
   Und Menschenfleisch die liebste Kost.
   Ich trank das Blut statt Moselwein
   Und schlürfte Witwentränen ein.

   (weitere Strophen 5-15)

Zum Begriff „Historische Volkslieder“: Für unsere Arbeit subsumieren wir hier Inhalte von Liedern, die mit der Politik, der sozialen, gesellschaftlichen, persönlichen Geschichte zu tun haben, aktuell und in früheren Zeiten. Da gibt es ja umfangreiche Sammlungen dieses Titels[4] aus dem 19. Jahrhundert, zum Beispiel vom fränkischen Freiherrn Franz Wilhelm von Ditfurth (1801-1880) oder auch von den von München aus agierenden Sammlern August Hartmann (1846-1917) und Hyacinth Abele (1823-1916). Aber auch in anderen Sammlungen, zum Beispiel bei Kiem Pauli (1882-1960) und Kurt Huber (1893-1943) sind solche Lieder vertreten,[5] ebenso auch im heutigen Singen, das wir in Feldforschungen am Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern dokumentieren.
Die Autoren dieser Lieder verwenden oft gängige Melodien, die sie als Transportmittel ihrer neuen Liedtexte nutzen – in den Flugblättern, einem wichtigen Verbreitungsmedium dieser Ereignis-Lieder, lesen wir dann zum Beispiel „Im Ton von […]“.

Liedbeispiel 2

Der neue Liedtext „Freut euch des Friedens“ (Hartmann / Abele, Nr. 227, Jahreshinweis „1805“, CD „Historische Volkslieder V“, Nr. 5) wurde gemacht auf die Melodie des damals besonders auch in Studentenkreisen bekannten Liedes „Freut euch des Lebens“.
Der Refrain lautete nun: „Freut euch des Friedens! Singet im Jubelton! Preiset den Kaiser – Napoleon!“ und wurde auch schon zum Liedanfang gesungen.

1. *Der beste Vater, Gott versöhnt, / Wenn seine Kinder Zwietracht trennt,*
   Dieselben wieder brüderlich / Zur schönsten Harmonie.
   – Freut euch …

2. *Es kam vom fernen Norden her / Der Ruß mit einem wilden Heer*
   Und Österreich droht' fürchterlich / Dem guten Bayerland.
   – Freut euch …

3. *Maximilian sieht die Gefahr, / Mit der sein Land umgeben war.*
   Er flieht und schließt zu Würzburg sich / An Frankreichs Krieger an.
   – Freut euch …

4. *Bei Ulm begegnet sich der Feind. / Mit Bayern war der Frank vereint,*
   Napoleon an ihrer Spitz' / Und Mack bei Östreichs Heer.
   – Freut euch …

5. *Man rüstet sich zu einer Schlacht. / Der Donner brüllt – die Vorsicht wacht*
Und hält die Wage in der Hand / Und Frankreichs Schale sank.
– Freut euch …

6. *Nach diesem ersten Wagestück / Zog sich der Feind nach Ulm zurück.*
Napoleon umzingelt ihn; / Kein Mann kann ihm entfliehn.
– Freut euch …

7. *Es strecken vor Napoleon / Vor ihm, dem großen Glückessohn*
Bei fünfundzwanzigtausend Mann / Die Waffen hin zur Erd.
– Freut euch …

8. *Wie wenn der Blitz die Erde schlägt / Und alle Herden von sich schreckt,*
So war nun Östreichs Heer zerstäubt / Vom Sieger Galliens.
– Freut euch …

9. *Froh kommt nun Maximilian / In München, seiner Hauptstadt, an.*
Sein Blick belebt mit neuem Mut / Der Bayern Biedersinn.
– Freut euch …

10. *Der Sieger dringt in Östreich ein / Und über Steiermark und Krain*
Vereint er mit Massena sich. / Prinz Karl zieht sich zurück.
– Freut euch …

11. *Prinz Murat naht der Kaiserstadt; / Sie fleht, empfiehlt sich seiner Gnad.*
Der Hof war mit dem Schatz entflohn; / In Mähren stand das Heer.
– Freut euch …

12. *Der Russe trotzt bei Austerlitz / Mit Alexander an der Spitz*
Und Kaiser Franz, mit ihm vereint, / Führt seinen Rest zum Kampf.
– Freut euch …

13. *Die Schlacht beginnt, der Donner brüllt, / Die Menschheit zagt, der Himmel hüllt*
In Pulverdampf sein Antlitz ein, / Das Schwert färbt sich mit Blut.
– Freut euch …

14. *Napoleon durcheilt die Reihn, / Ruft seinen Kriegern Feuer ein.*
Sie dringen vor, der Russe weicht, / Entschieden ist der Sieg.
– Freut euch …

15. *Gekämpft war die Dreikaiserschlacht, / Getilgt auch Alexanders Macht*
Und Kutusow und Michelsohn / Erkennen ihren Herrn.
– Freut euch …

16. *Franz ging, besorgt für seinen Thron, / Zum vor'gen Freund Napoleon.*
Er spricht: „der Friede sei mit uns!" / Der Sieger willigt ein.
– Freut euch …

17. *Nun zittre, feiner Staatsmann, Pitt! / Vernimm, was dein Alliierter litt!*
Ihm ist Trafalgar kein Ersatz; / Er hasst von nun dein Gold.
– Freut euch …

18. *Der Sieger zieht nun weg von Wien; / Sieh seine Stirn mit Lorbeern blühn!*
Mach Friede! sonst wird London selbst / Die Fahnen Frankreichs sehn.
– Freut euch …

19. *Vernimm auch du, Napoleon, / Der Bayern Dank und Jubelton!*
In ihren Herzen lodert dir / Der Liebe Flamme hoch.
– Freut euch …

20. *Und Vater! dir, Maximilian / Frohlockt der treue Untertan;*
Er jauchzet hin aus voller Brust / Zu deinem Königsthron.
– Freut euch …

21. *Auch leb' Eugen und Josephin', / Auguste, Ludwig, Karolin'!*
Und immerdar Napoleon / Und Maximilian!
– Freut euch …

Liedbeispiel 3

Damals wie heute bekannt und populär (siehe verschiedene Umdichtungen) ist die Melodie der „Königshymne".[6] Diese Melodie wurde vielfach für politisch-kritische oder „staatstragend-verherrlichende" personenbezogene Texte verwendet, so zum Beispiel für ein Jubellied anlässlich „der glücklichen Zurückkunft des Königl. Bayerschen Generals der Cavallerie Herrn Grafen Carl von Wrede nach der Schlacht bei Hanau in seine Vaterstadt Heidelberg 1813" (Hartmann / Abele, Nr. 253, Jahreshinweis „1813", Flugblattdruck mit 6 Strophen):

1. *Heil unserm Wrede! Heil!*
   Dem Tapfern Wrede Heil!
   Glück ihm und Heil!
   Wem seiner Taten Klang
   Zum deutschen Herzen drang,
   Stimm' an, im Rundgesang:
   Heil Wrede! Heil!

   (weitere Strophen 2-6)

Die Texter dieser Lieder haben mit ihren Gesängen unter anderem im Sinn: Propaganda für und gegen die Herrscher, Regierungen oder Zustände; wirkliche oder falsche Informationen zu Schlachten, Entwicklungen, sozialen Gegebenheiten oder Änderungen. Es geht bis in die persönlichen Lebenserfahrungen, Steuererhebungen, Polizeimaßnahmen, Gerichtsentscheide, Gesundheitsneuerungen (Impfen), Schul- und Religionswesen, Verwaltungsakte und Personengeschichte (zum Beispiel des Räubers Kneißl u. a.) und das Leid des Krieges. Auch ganz persönliche Erfahrungen mit den Auswirkungen politischer Entscheidungen und Ereignisse werden besungen, wobei es sich dann um die „gefühlte Wirklichkeit" handeln kann.[7]

Liedbeispiel 4

Eine Besonderheit scheint uns das Lied „Als Jüngling schlug mir hoch die Brust" zu sein. Hartmann und Abele (Nr. 248, mit der Jahreszahl „1813") veröffentlichten dieses Lied mit der Bemerkung „Mündlich aus Daglfing bei München, Kraiburg am Inn und Hohenaschau (Oberbayern)". Es handelt sich um eine auch in Österreich und anderen deutschen Gebieten verbreitete Liedform, die im Text dem sonst in Soldatenliedern oft anzutreffenden „Hurra-Patriotismus" widerspricht. Inhaltlich nimmt das Lied auf die Napoleonischen Kriege und die Schlacht bei Leipzig 1813 Bezug. Deutlich wird die Meinungsänderung des Soldaten, seine Verwundung und der dann realistische gesellschaftliche und wirtschaftliche Abstieg beschrieben. Es handelt sich hier um ein Anti-Kriegslied. Das Buch Hartmanns mit diesem Lied erschien 1913, also ein Jahr vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges, in dem wieder Deutsche und Franzosen gegeneinander kämpften. In den letzten Strophen ist ein Geist zu spüren, der Grundlage eines dauerhaften Friedens sein könnte.
Wir haben dieses Lied für die heutige Volksliedpflege etwas geändert und neugestaltet. Josef Linhuber aus Eggstätt und Franz Xaver Taubenberger

aus Holzkirchen singen es in beeindruckender Weise in einer Tonaufnahme vom 5. November 1994 in Kloster Seeon.[8]

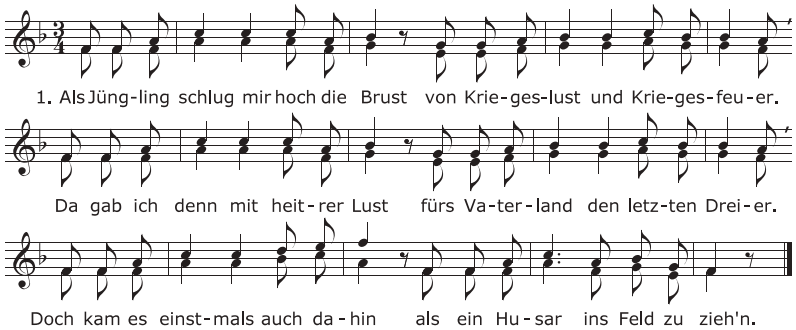
1. *Als Jüngling schlug mir hoch die Brust*
   von Kriegeslust und Kriegesfeuer.
   Da gab ich denn mit heitrer Lust
   fürs Vaterland den letzten Dreier.
   Doch kam es einstmals auch dahin
   als ein Husar ins Feld zu zieh'n.

   (Strophen 2-8 ▸ Blatt Liedbeispiel 4)

Wünsche, Jubel, Freude, Ärger und Hass überzeichnen und ändern die Wirklichkeitsbeschreibung, ebenso die Wahrnehmung und die Politik. Die Drucker, Verleger und die Medien wollen nicht das Unbesondere, das Alltägliche, sondern das Streitige, Besondere, Auffallende, Unerhörte, vordergründig „Neue" veröffentlichen – wie heute eben auch!
Seit den 1980er Jahren beschäftigte ich mich mit diesen Liedern – mit den Beziehungen zwischen Volksmusik und Gesellschaft – auch an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, zum Beispiel mit folgenden Themen: „Lieder und Musik bei Herzog Maximilian in Bayern (1808-1888)"; „Das Heimatbewusstsein in den Sendungen mit Volksmusik im Rundfunk in Bayern in den Jahren 1924-1945 (Deutsche Stunde in Bayern, Bayerischer Rundfunk, Reichssender München)".
Im Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern ist seit den 1980er Jahren der „Historische Arbeitskreis" tätig, unter anderem bei der Dokumentation von historischen Volksliedern, der Feldforschung bei den heutigen Sängern und bei der Medien- und Archivforschung zu Lied und Musik.
Wir laden zu „Historischen Volksliedwochenenden" ein, machen von alten Liedern (und Instrumentalmelodien) neue Tonaufnahmen als Hörbeispiele, unter anderem für Vorträge über historische Zusammenhänge und Entwicklungen, aber auch für Rundfunksendungen und Tonträger. Die vom Volksmusikarchiv erarbeiteten und herausgegebenen eigenen CDs „Bayerische Geschichte im Lied" beinhalten Zeitdurchläufe über Jahrhunderte oder Einzelbetrachtungen wie: Das Zeitalter von Kurfürst Max Emanuel, ca. 1680-1725; König Otto von Griechenland – Bayern und Griechen, ca. 1830-1865; oder ganz neu und anlassbezogen „Napoleon und Bayern", ca. 1799-1815.
Die Tonaufnahmen im Frühjahr 2015 von Liedern, die August Hartmann und Hyacinth Abele in ihren „Historischen Volksliedern" (Band 3, 1917) für die Zeit 1799-1815 veröffentlichten, waren sehr produktiv und kreativ.

Als Jüngling schlug mir hoch die Brust

Liedbeispiel 4



2. Ich war bei mancher heißen Schlacht,
schlug tapfer mich durch Frankreichs Krieger,
hab manchen Streich gut angebracht;
doch blieb ich auch nicht immer Sieger.
Bei Leipzig traf auch mich ein Hieb,
daß mir der Arm im Dolman blieb.

3. Ich sank mit einem schweren Fluch
alsbald herab von meinem Schimmel.
Der Franzmann löst' vom Hals ein Tuch
und sprach zu mir im Schlachtgetümmel:
"Hier, Kamerad, verbind er sich!"
Mit nassem Blick verließ er mich.

4. Verstümmelt kehrte ich nach Haus,
erhielt dort Brot auf viele Bitten.
Ich schrie des Nachts die Stunden aus,
das Dorf vor Feu'r und Raub zu hüten,
und erntete statt einem Lohn
von losen Schwärmern Spott und Hohn.

5. Als ich nun einmal mißvergnügt
dort um das schöne Dörflein lenkte,
so an der Heeresstraße liegt,
und mich von Gott verlassen dünkte,
da kam auf Extrapost ein Mann
und hielt mich mit den Worten an:

6. "He Kamerad, du warst Husar.
Wir trafen uns auf Leipzigs Auen,
wo ich zum Glück dein Sieger war
und dir den Arm hab abgehauen.
Doch gab ich dir aus Menschensinn
mein Halstuch zum Verbande hin."

7. "Ach, guter Freund, bist du der Mann,
der mir den Arm hat abgehauen!
Hättst du das Leben mir geraubt,
dürft ich nicht so ins Unglück schauen.
Doch gabst du mir aus Menschensinn
dein Halstuch zum Verbande hin."

8. Da sprach der junge Offizier:
"Verlaß das Dorf und deine Wache
und komm fortan in mein Quartier
und wohne unter meinem Dache!"
Mit beiden Händen hob er mich
in seinen Wagen brüderlich.

Original in der Sammlung August Hartmann und Hyacinth Abele: Historische Volkslieder und Zeitgedichte vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, 3 Bände, München 1907-1913, Nr. 248 [1813], Melodie 30, mit der Anmerkung "Mündlich aus Daglfing bei München, Kraiburg am Inn und Hohenaschau (Oberbayern), ferner, teilweise mit besseren Lesarten, aus Goldegg im Pinzgau (Land Salzburg)". --- Versuchte Liedneugestaltung für die Volksliedpflege, EBES/VMA 1990 ff.
Das obige Lied ist zu hören auf der CD "Volksmusik im Chiemgau" (Nr. 4, VMA 1994).

Liedbeispiel 4 zum Referat "Historische Lieder für und gegen Napoleon I.",
beim 9. Tag der bayerischen Landesgeschichte, 12.5.2015 in Ingolstadt.

Volksmusikarchiv und Volksmusikpflege des Bezirks Oberbayern (VMA), Krankenhausweg 39, 83052 Bruckmühl
Telefon 08062/5164, Fax 08062/8694, www.volksmusikarchiv.de, E-Mail: volksmusikarchiv@bezirk-oberbayern.de

Viele heutige junge und ältere Sängerinnen und Sänger machten sich die Mühe, als Solisten, in Gesangsgruppen oder im Volksgesang die von uns ausgewählten und aufbereiteten Lieder einzuüben. Immer wieder gab es überraschende Interpretationen, so zum Beispiel bei einem fiktiven Dialoglied zwischen Napoleon und einem Engländer (Hartmann / Abele, Nr. 217, Jahreshinweis „1799“):

Liedbeispiel 5

Engländer:

1. *Wo bist du, Bonaparte,*
Dass man dich nicht erwischt?
Hast du vielleicht die Karte
Aufs neue falsch gemischt?
Ich bin im Sturm und Winde
Gesegelt weit und breit
Und kann dich doch nicht finden;
Das tut mei'm Herz so leid.

Napoleon:

2. *Ich lass mich auch nicht fangen.*
Glaub nur: ich bin kein Tor!
Ich suche zu erlangen,
Was ich mir nehme vor.
Zu Wasser und zu Lande
Bin ich bald da und dort.
Ich handle mit Verstande,
Mit Klugheit immerfort.

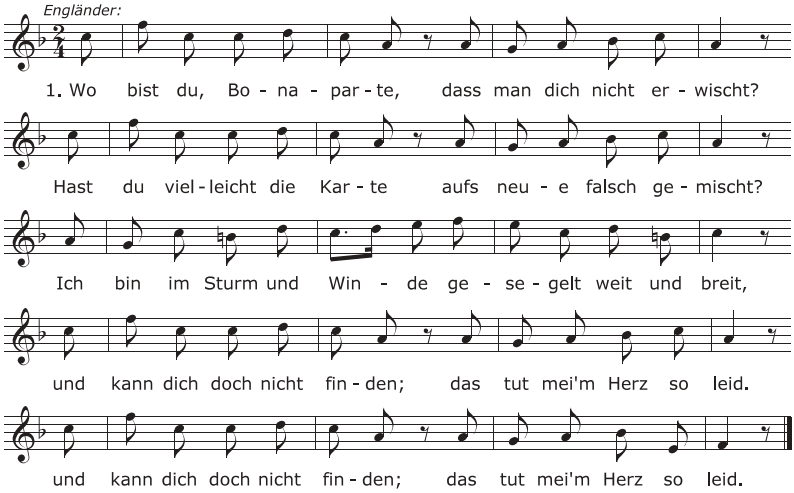
(Strophen 3-5 ▸ Blatt Liedbeispiel 5; CD „Historische Volkslieder V“, Nr. 1)

Nicht immer ist die Melodie der Liedtexte ersichtlich, überliefert oder in den Sammlungen beigegeben. Dann versuchen wir – in Beachtung von Vers und Reimschema, Wortrhythmus und Singbögen – eine Melodie für die Praxis neu zu gestalten. Dies geschieht vorzugsweise unter Verwendung traditioneller Motive – wie beim letzten Lied „Wo bist du Bonaparte“. Und alles steht und fällt bei den Tonaufnahmen natürlich mit den Sängern!

Wo bist du, Bonaparte

Liedbeispiel 5

Engländer:



Napoleon.

2. Ich laß mich auch nicht fangen.
Glaub nur: ich bin kein Tor!
Ich suche zu erlangen,
Was ich mir nehme vor.
Zu Wasser und zu Lande
Bin ich bald da und dort.
|: Ich handle mit Verstande,
Mit Klugheit immerfort. :|

Engländer.

3. Trau nicht, o Bonaparte
Auf dich und dein'n Verstand!
Schau nur, wie in der Karte
Sich schnell ein Blatt gewandt!
Gedenk an die Manöver
Der Nelson Schiffen recht!
|: Sie kämpfen wie die Löwen;
Das ist zu dir 's Gefecht. :|

Napoleon.

4. Zwar wollte mich einschließen
Der Feind mit List und Macht;
Doch hat er weichen müssen
Und man ihn ausgelacht.
Die Russen werd ich zwingen
Und weichen nicht zurück
|: Bis daß sie alle singen:
"Es leb die Republik!" :|

Engländer.

5. Trau nicht, o Bonaparte,
Auf dich und deine Schar!
Dein Schwert kriegt eine Scharte,
Eh du es wirst gewahr.
Du bist der rechte Weise,
Der daran wohl nicht denkt,
|: Daß man die klügsten Mäuse
Am Ende doch noch fängt. :|

Original in der Sammlung August Hartmann und Hyacinth Abele: Historische Volkslieder und Zeitgedichte vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, 3 Bände, München 1907-1913, Nr. 217 [1799], dortige Anmerkung: "Mündlich von einem alten Bauern zu Sufferloh (Dorf bei Großhartpenning südlich von Holzkirchen, Oberbayern)". Melodie teils nach überlieferten Motiven völlig neugestaltet, EBES 2015. Das obige Lied ist zu hören auf der CD "Historische Volkslieder V - Napoleon und Bayern 1799-1815" (Nr. 1, VMA 2016).

Liedbeispiel 5 zum Referat "Historische Lieder für und gegen Napoleon I.", beim 9. Tag der bayerischen Landesgeschichte, 12.5.2015 in Ingolstadt.

Volksmusikarchiv und Volksmusikpflege des Bezirks Oberbayern (VMA), Krankenhausweg 39, 83052 Bruckmühl
Telefon 08062/5164, Fax 08062/8694, www.volksmusikarchiv.de, E-Mail: volksmusikarchiv@bezirk-oberbayern.de

Gerade auch Fragmente und besondere Wendungen haben sich bezüglich „Napoleon“ bis heute mündlich überliefert, wie zum Beispiel der Ausdruck „Haselnuss-Klauben“ mit Anspielung auf die Verbannung Napoleons auf die Insel Helena. Der Reim dazu ist natürlich „Länder ausrauben“.

Liedbeispiel 6

(Hartmann / Abele, Nr. 268, mit dem Jahreshinweis „1815“, mit der Angabe „Bruchstück. Mündlich aus Grainet im Bayerischen Wald“; CD „Historische Volkslieder V“, Nr. 29)

Iaz bringma ’n auf d’ Insel Helena;
Da kann er Haselnuß klaubn.
Is eam viel g’scheiter
Wia ’s Länder ausraubn.

Immer ist auch ein Bayern-Bezug wichtig bei der Verlebendigung von Liedern für die Volksmusikpflege heute – zum Beispiel auch für den Geschichtsunterricht, für den manche Lehrer diese Lieder in Tonaufnahmen des VMA neu entdeckt haben. Nehmen wir ein Lied, in dem sich die Sänger über den Frieden nach dem Krieg freuen. Daneben geht es zum Beispiel um bayerische Gebietsverluste im Innviertel und Gewinne am Rhein, die gegeneinander aufgewogen werden.

Liedbeispiel 7

(Hartmann / Abele, Nr. 266, mit dem Jahreshinweis „1814“ und der Anmerkung „Mündlich aus Leopoldskron-Moos bei Salzburg“, CD „Historische Volkslieder V“, Nr. 25)

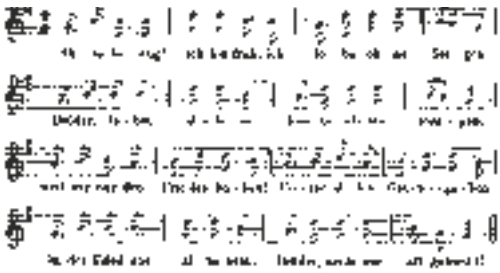
1. *Also lustig! ich bin froh;*
   Ich lebe ohne Sorgen.
   Brüder! lebet alle so
   Heute als wie morgen,
   Weil wir nun den Frieden haben!
   Unter allen Gottesgaben
   Ist der Fried das allerbest’.
   Brüder, seids nur all getröst’t!

   (Strophen 2-5 ▸ Blatt Liedbeispiel 7)

Liedbeispiel 7

965. [1814]

Melodie 88.



1. Also lustig! ich bin froh;
Ich lebe ohne Sorgen.
Brüder! lebet alle so
Heute als wie morgen,
Weil wir nun den Frieden haben!
Unter allen Gottesgaben
Ist der Fried das allerbest'.
Brüder, seids nur all getröst't!

2. Friede in dem Vaterland
Das ist mir mein Leben.
Ja, ich hätt schon vor der Hand
Oft mein Leben geben.
Ich bin selber ausmarschiert,
Fremde Länder durchpassiert.
Aber nun bin ich wiedrum da;
Bayerland, Victoria!

3. Bayerland bleibt Bayerland;
Wir haben 's nicht verloren.
Ich red es nicht aus Unverstand;
Ich bin ganz neugeboren.
Wegn dem Salzburg, wegn den Flecken
Das macht uns kein Loch in Säcken.
Wir haben noch im Überfluß
Salz, Getreid und Wein genug.

4. Das Innviertel das ist hin;
Das achten wir ganz wenig.
Ist es hin, so ist es hin;
Es lachet unser König.
Sehet! draußen an dem Rhein
Da stehn ganze Berg voll Wein.
Dieselbn Leut sánd andre Boarn,
Koane solchän Ländlersnoarn.

5. Brüder, wer jetzt trinken will!
Wir sind geschlossne Brüder.
Nach dem Kampfe, nach dem Sieg
Schmeckt uns der Frieden wieder.
Brüder! ich muß euch gestehen:
Hätt schon oft ein'n Gulden geben
Um ä bayrisch Mássel Bier.
Sei'n wir alle lustig hier!

Mündlich aus Leopoldskron-Moos bei Salzburg.

1, 5.7 und 2, 1 Friede wohl der erste Pariser Friede vom 30. Mai 1814. — 2, 3 vor der Hand früher. — 3, 5 wegn dem Salzburg und 4, 1 das Innviertel wohl Hinweis auf den Beschluß, diese (Salzburg und Innviertel) von Bayern an Österreich zurückzugeben im Wiener Kongreß September 1814 bis Juni 1815. Dies soll auch schon ein Vertrag zwischen Österreich und Bayern 5 Tage nach dem 1. Pariser Frieden (am 3. Juni 1814) gewesen sein. — 3, 9 wegn den Flecken wegen der kleineren Orte im Land Salzburg. — 3, 6 kein Loch in Säcken keinen großen Verlust.

Das obige Lied ist zu hören auf der CD "Historische Volkslieder V – Napoleon und Bayern" (Nr. 25, VMA 2016).

Liedbeispiel 7 zum Referat "Historische Lieder für und gegen Napoleon I.",
beim 9. Tag der bayerischen Landesgeschichte, 12.5.2015 in Ingolstadt.

Volksmusikarchiv und Volksmusikpflege des Bezirks Oberbayern (VMA), Krankenhausweg 39, 83052 Bruckmühl
Telefon 08062/5164, Fax 08062/8694, www.volksmusikarchiv.de, E-Mail: volksmusikarchiv@bezirk-oberbayern.de

Es ist das Lied eines Menschen, der das Inferno der Napoleonischen Kriege augenscheinlich unversehrt überstanden hat und der froh ist, dass nun endlich Frieden ist. Er ist aber auch glücklich darüber, dass Bayern in seiner Substanz erhalten geblieben ist, wenn auch mit Abstrichen. Auf Salzburg jenseits der Saalach und der Salzach und auf das Inn- und Hausruckviertel könne man getrost verzichten, solange man die Weinberge an Rhein und Main besitze. Hartmann datiert das Lied ins Jahr 1814. Vielleicht ist es aber erst 1816 entstanden, denn der Vertrag über diese Abtretung an Österreich wurde am 14. April 1816 geschlossen. Der Erzähler meint, dass man nun Nahrungsmittel genug habe – eine Täuschung, denn 1815 fiel, bedingt durch die Klimaveränderung infolge eines Vulkanausbruchs in Indonesien, fast die gesamte Ernte aus, was eine große Hungersnot zur Folge hatte. Auch sollen die Menschen in der Pfalz fortschrittlicher sein als die Salzburger und Oberösterreicher. Die letzte „Trink"-Strophe huldigt dem bayerischen Bier![9]

Auch Kiem Pauli bringt in seiner „Sammlung Oberbayrischer Volkslieder" (München 1934) zahlreiche Lieder zu historischen Ereignissen, die in den 1920er Jahren noch lebendig waren. Unter anderem wird an der bayerisch-tirolerischen Grenze natürlich der Tiroler Volksheld Andreas Hofer besungen – und die schlechte Zeit der Bayern-Herrschaft.
Bei seinen Sammelfahrten ist der in München als Emanuel Kiem geborene „Kiem Pauli" (1882-1960), ausgehend von seiner Wohnung in Wildbad Kreuth, die ihm die Wittelsbacher Herzöge zur Verfügung gestellt hatten, von circa 1925 bis 1930 in vielen Dörfern im südlichen Oberbayern auf seiner Suche nach den mundartlich geprägten, oft auswendig gesungenen und nach seinem damaligen Wissen nicht im Druck verbreiteten Liedern im Gebrauch der einfachen Menschen auf dem Land fündig geworden.[10]

Liedbeispiel 8

An dieser Stelle geben wir bewusst nur am Rande und der Vollständigkeit halber die beiden bekannten Andreas-Hofer-Lieder „Ach Himmel, es ist verspielt" (▶ Blatt Liedbeispiel 9) und „Zu Mantua in Banden" (▶ Blatt Liedbeispiel 10) wieder. Näher eingegangen sei auf ein Lied, dessen Text Kiem Pauli von Bürgermeister Schmucker in Ruhpolding bekam. Die Melodie zeichnete er von Magdalena Gründler in Kössen / Tirol, nahe Reit im Winkl, im Jahr 1928 auf.[11]
Dieses Lied nimmt Bezug auf die schwierigen Verhältnisse in Tirol während der bayerischen Besatzung. Im Frieden von Pressburg 1805 zwischen Napoleon (1769-1821) und dem Habsburger Kaiser Franz I. (1768-1835)

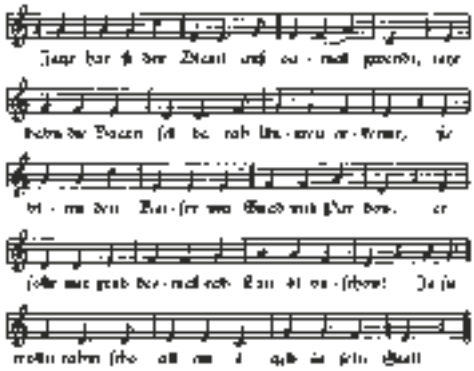
wurde die gefürstete Grafschaft Tirol dem Königreich Bayern zugeschlagen. Sofort entsandte die neue Herrschaft Kommissäre und Verwaltungsbeamte. Obwohl der bayerische König Max I. Joseph (1756-1825) den Tirolern den Erhalt ihrer Rechte versprach, begann Minister Montgelas (1759-1838) sofort mit einigen die Bevölkerung verstörenden und unterdrückenden „Reformmaßnahmen".
Neben hohen (Kopf-)Steuern und Geldentwertung (Abwertung der Banco-Zettel) entfachte vor allem die Konskription, das heißt die Einberufung der Tiroler Burschen zum Wehrdienst in der Bayerischen Armee, den Unmut der Tiroler.
Ab März 1809 entfaltete sich auf breiter Front Widerstand. An die Spitze des Aufstands trat Andreas Hofer, der Sandwirt aus dem Passeiertal (1767-1810). In drei Schlachten besiegte er am Berg Isel die verhassten Besatzer. Als aber die Unterstützung durch Österreich nach dem Frieden von Schönbrunn (12.10.1809) nachließ, brach der Widerstand zusammen. Mit dem Friedensvertrag von Paris (30.05.1814) wurden die Verträge von Pressburg und Schönbrunn wieder annulliert und im Frieden zwischen Bayern und Österreich kam Tirol endgültig an Österreich zurück.
Wir geben hier nur die beiden ersten von zwölf Strophen dieses Liedes wieder, das im starken Tiroler Dialekt an den „Boarn" als fremden Besatzern wenig Gutes lässt.

1. *Iatzt hat si des Blattl auf oamal gwendt,*
   iatzt habn die Boarn selba eah Untreu erkennt,
   sie bittn den Koasa um Gnad und Pardon,
   er sollt nur grad desmal eah Landl vaschon!
   Ja, sie wolln eahm scho all eini geh in sein Stall.

2. *Und es, meini Boarn, des sag i enk scho,*
   vo enk war ma glafa koan Schritt net davo,
   es hätts des Tirol enka Lebtag net kriagt,
   mia hättn enk bundn, eigfatscht und eigwiagt
   und in Schlaf gsunga a, wenn da Franzos net war.

   (Strophen 3-12 ▸ Blatt Liedbeispiel 8)

Liedbeispiel 8



Und es, meini Boarn, des sag i enk scho,
vo enk war ma glasa koan Schritt net davo,
es hätts des Tirol enka Lebtag net kriagt,
mia hättn enk bundn, eigfatscht und eigwiagt
und in Schlaf gsunga a, wenn da Franzos net war.

Es habts des treue Tirol kloavowüast,
es hamt de Leut lang a de Berg dani gmüaßt,
es Boafackn, des is enk a no net gnua,
habts Weib und Kind dahoam gschundn aufs Bluat,
steht gar net lang o, kriagts selba den Loh.

Was da boarisch Soldat nit mitn Stain hat a gmegt,
ham de boarischn Bauern auf d' Wagn aufiglegt,
Kessl und Pfanna und Hack und Sapi,
was bein Häusern is gwesn, habts allsamt dahi,
net grad Strümpf und Schuach, a vui Leda und Tuach.

Wa i no da Kaisa, i tats enk scho sagn,
i machat a Pechlaugn und tat enk scho zwagn (waschn),
i tat enk an Kopf abiwaschn so schö,
daß enk da Bart samtn Haar abi müaßt geh,
Bua, des war enk gsund, es boarischen Hund!

Jatzt müaßt i oas singa, wenn i gar nimma mecht,
iatzt wer ma ge Kaisalich, is enk aft recht?
Und wenns enk net recht is, müaßts sies halt sagn,
denn wer boarisch wui bleibn, den toa ma daschlagn,
drum sagt sies nur bal, iatz habts no die Wahl.

Und d' Amtleut und Richta und d' Schreiba allsamt
san an Teufi auskemma, iatzt sans aufn Land,
sie schindn de Bauern, i kunnts enk net sagn,
es war ja koa Wunda, mia tatn's daschlagn,
wenns anders net werscht, gschichts heuer für verscht.

Zerst hams vo hundert zwei Guldn Zins gebn,
ham d' Leut vaschont und hams no lassn lebn,
iatzt müassens halt fünf und sechsahalb sei,
und wenn des net hast, na magst di scho gfreu,
braucht weita nix mehr, deine Küah müassn her.

D' Iber und 's Viech, des habts uns alls graubt,
's Geld ausn Sack, wer hats enk dalabt?
Die Küah habts ins gschlacht und die Roß habts ins gstohln,
und iatz soll enk da Teufi lebendiger holn!
Er holat enk wohl, aba die Höll werd eahm z'voll.

Es habts ins die Kirchn und d' Häusa zammbrennt,
Habts gemoant, es is — — —? wenns schö zammbrunna
aba Gottlob, iatzt sans wieda aufbaut, [send,
weil ihr auf das Kirchageld so viel guat schaut,
empfinds die ganz Gmoa, müassn all Leut dertoa.

Was ham enk die Kirchn und Gottshäuser to?
Habts koa Tafi ganz lassn, koan Heilignfoh,
es habts enk ja gar übers Heiligtum traut,
habts 's Ciborium gstohln und an Kastn eighaut;
is des a recht so? Koa Türk häts net to.

Wer des Liadl hat dicht, des ko i net sagn,
mi tuats allwei wundern und mags nia dafragn,
i tua ma grad denka, koa Lapp hats net to,
er hats selba probiert und er kennt die Boarn scho,
und wer sagt, des is grob, dem mach ma die Prob!

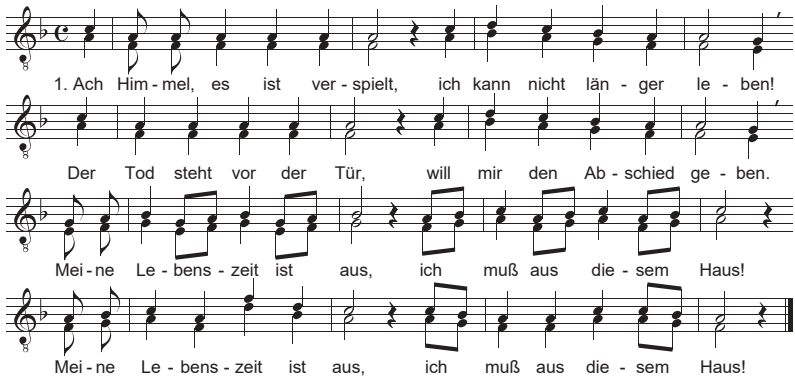
Text bekommen von Bürgermeister Schmucker, Ruhpolding, das Lied vorgesungen von der Magdalena Gründler, Kössen, Tirol, 9. 7. 28; sie hatte aber die Melodie nicht mehr gut im Gedächtnis. Kohl, Ausgabe 1899, Nr. 184, nur 5 Strophen, aber mit Melodie.

Entnommen aus der "Sammlung Oberbayrischer Volkslieder" von Kiem Pauli (München 1934, S. 186-188).
Das obige Lied ist zu hören auf der CD "Historische Volkslieder II" (Nr. 11, VMA 2004).

Liedbeispiel 8 zum Referat "Historische Lieder für und gegen Napoleon I.",
beim 9. Tag der bayerischen Landesgeschichte, 12.5.2015 in Ingolstadt.

Volksmusikarchiv und Volksmusikpflege des Bezirks Oberbayern (VMA), Krankenhausweg 39, 83052 Bruckmühl
Telefon 08062/5164, Fax 08062/8694, www.volksmusikarchiv.de, E-Mail: volksmusikarchiv@bezirk-oberbayern.de

Ach Himmel, es ist verspielt *(frei im Rhythmus)* **Liedbeispiel 9**



2. Hier liegt mein Sabl und Gwehr
und alle meine Kleider:
Ich bin kein Kriegsmann mehr,
ach, Himmel, ich bin ein Leider.
|: Ich bin verlassen ganz
vom römischen Kaiser Franz. :|

3. Die großen Herrn im Land,
die sind mit mir verfahren,
sie bringens noch so weit,
bis man mich tut begraben
|: Tilgt Haß und Ketzerei
und bringt den Sandwirt frei! :|

4. Die Hauptstadt von Tirol,
die habn sie mir genummen,
es ischt kein Mittel mehr,
sie wiedrum zu bekummen.
|: Es ischt kein Mittel mehr,
wenns nit kummt von oben her. :|

5. Mich, General vom Sand,
den führn sie jatz gefangen,
mein hartn, bluatgn Schweiß,
haben sie nit angenommen.
|: Sie führn mich aus dem Land
mit größtem Spott und Schand. :|

6. O trauervolle Zeit,
was soll daraus noch werden!
Der Masson ist schon hier,
erschossen muß ich werden;
|: es ist schon lang bekannt
im römischen Kaiserland. :|

7. O, große Himmelsfrau,
zu dir hab ich vertrauet,
weil du in unserm Land
dein' Wohnung hast gebauet.
|: O, liebe Frau, i bitt:
Valaß den Sandwirt nit! :|

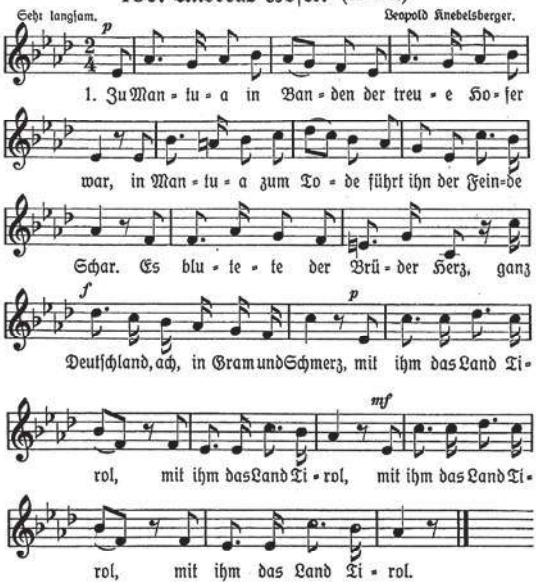
1. Stimme und Quelle in: Schmidkunz/List/Fanderl: Das leibhaftige Liederbuch. Erfurt 1938. S. 210. Dortige Anmerkung: "Das tiefsinnige Andreas-Hofer-Lied, das Kohl wohl zuerst überliefert hat (aus Südtirol), geht der landläufigen Meinung nach, die von Hofers Adjutanten und letztem Begleiter Kajetan Sweth ausdrücklich bekräftigt wurde, auf den Sandwirt selbst zurück, der diesen Abschied selbst gedichtet und im Kerker zu Mantua gesungen haben soll. J. Bolte in der Ztschft. d. V.f. Volksk. 26, Karl Liebleitner und insbesondere John Meier, der gelehrte Liedkenner, haben im "Deutschen Volkslied" 1935/36 an Hand mehrerer Parallelweisen und Texte nachgewiesen, daß dem Lied (seinen Vorläufern und späteren Abwandlungen), von denen das Deutsche Volksliedarchiv in Freiburg "gegen 100 Fassungen besitzt", ein ursprünglich niederländisches, bald eingedeutschtes 20-strophiges Lied von ca. 1780 zu Grunde liegt, ein Dialog zwischen dem Tod und einem Soldaten, einem 22jährigen in Niederländisch-Indien zugrunde gegangenen Hessen. Um 1809 sangen es, wie Achim v. Arnim an Bettina Brentano schreibt, als "entsetzlich rührendes" Soldatenlied die Buben auf den Straßen: Der Held des Liedes ist nun "ein Korporal von 29 Jahren", der sich als Grabschrift wünscht "Deutschland ist mein Vaterland". Der "schönen und graziösen Melodie" liegt ein französisches Tanzliedchen, eine Branle (von 1540), zu Grunde, die noch jetzt als Glockenspiel vom Turm St. Eloi in Dünkirchen klingt. Es ist durchaus möglich, daß Hofer das Lied kannte und sang und zu eigenem Trost die überlieferten Strophen durch die Erinnerung an die eigenen Erlebnisse und das ergreifende Schlußgebet dichtend ergänzte. Von den handschriftlich verbreiteten 7 Strophen, die wir bringen, sind meist nur die Gesätze 1, 2, 4 und 7 bekannt. --- W.E.: 6. Masson = Ein Hauptmann Masson war einer der 6 "Votanten" des urteilsprechenden Kriegsgerichts (19.2.1810), trat aber sonst nicht hervor. Für die Durchführung von Napoleons Befehl der Erschießung ist Generalleutnant Bisson, als Festungskommandant von Mantua, verantwortlich, derselbe, der als erster französischer General am 9.4.1809 Tirol betreten hatte und dann in Innsbruck kapitulieren mußte. Die Erschießung Andreas Hofers war für Bisson die Rache für diese schmähliche Kapitulation. Es wäre also vielleicht richtiger "Bisson" statt "Masson" zu lesen." --- Die obige Liedfassung wurde im Rahmen der vom Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern organisierten und durchgeführten Aktion "Ihr Wunschlied – Ihre Wunschmusik" im Programm Bayern 1 Hörfunk für die Volksmusiksendung am 20.6.2005, 19 Uhr, als Blatt WL 2005/9 erstellt (2-stimmige Fassung/Text VMA).

Liedbeispiel 9 zum Referat "Historische Lieder für und gegen Napoleon I.",
beim 9. Tag der bayerischen Landesgeschichte, 12.5.2015 in Ingolstadt.

Volksmusikarchiv und Volksmusikpflege des Bezirks Oberbayern (VMA), Krankenhausweg 39, 83052 Bruckmühl
Telefon 08062/5164, Fax 08062/8694, www.volksmusikarchiv.de, E-Mail: volksmusikarchiv@bezirk-oberbayern.de

Zu Mantua in Banden **Liedbeispiel 10**

150. Andreas Hofer. (II. 24.)



2. Die Hände auf dem Rücken Andreas Hofer ging mit ruhig festen Schritten, ihm schien der Tod gering, der Tod, den er so manches Mal vom Iselberg geschickt ins Tal |: im heilgen Land Tirol. :|

3. Doch als aus Kerkergittern im festen Mantua die treuen Waffenbrüder die Händ' er strecken sah, da rief er aus: „Gott sei mit euch, mit dem verratnen deutschen Reich und mit dem Land Tirol!"

4. Dem Tambour will der Wirbel nicht unterm Schlägel vor, als nun Andreas Hofer schritt durch das finstre Tor. Andreas, noch in Banden frei, dort stand er fest auf der Bastei, der Mann vom Land Tirol.

5. Dort soll er niederknieen. Er sprach: „Das tu ich nit! Will sterben, wie ich stehe, will sterben wie ich stritt, so wie ich steh auf dieser Schanz — es leb mein guter Kaiser Franz, mit ihm sein Land Tirol!"

6. Und von der Hand die Binde nimmt ihm der Korporal, Andreas Hofer betet allhier zum letztenmal; dann ruft er: „Nun, so trefft mich recht! Gebt Feuer! Ach, wie schießt ihr schlecht! Ade, mein Land Tirol!"

Jul. Mosen.

Entnommen aus dem Studentenliederbuch "Gaudeamus igitur. Juvenes dum sumus! Allgemeines Deutsches Kommersbuch" (spätere Auflage Lahr 1922, S. 134), zusammengestellt von Friedrich Silcher (1789-1860) und Ludwig Erk (1817-1883). --- Das obige Lied haben wir für die Begleitborschüre unserer Exkursion in Andreas Hofers Heimat im Passeiertal abgedruckt in: Auf den Spuren ...., Band 26 "Musikalische Volkskultur in Südtirol (3. Teil)", VMA 2014, S. 662.

Liedbeispiel 10 zum Referat "Historische Lieder für und gegen Napoleon I.",
beim 9. Tag der bayerischen Landesgeschichte, 12.5.2015 in Ingolstadt.

Volksmusikarchiv und Volksmusikpflege des Bezirks Oberbayern (VMA), Krankenhausweg 39, 83052 Bruckmühl
Telefon 08062/5164, Fax 08062/8694, www.volksmusikarchiv.de, E-Mail: volksmusikarchiv@bezirk-oberbayern.de

Die bewusste Volksliedpflege kombiniert seit den 1970er Jahren bei historischen Liedern gern den Gesang mit Drehleierbegleitung mit Verweis auf den Gebrauch dieses Borduninstruments in unserer Region bis ins 19. Jahrhundert:

Liedbeispiel 11

Ein Beispiel dafür ist ein Lied über den Russlandfeldzug Napoleons mit dem für Erzähllieder typischen Anfang „Jetzt Leitl merkts auf …".[12] Napoleons Vormachtstreben in Europa endete mit seinem Feldzug gegen das Kaiserreich Russland im Jahre 1812. Die „Grande Armée" von 610.000 Mann, zu der auch 30.000 bayerische Soldaten zählten, erlitt bei ihrem Rückzug aus Moskau in den Tagen vom 26. bis 28. November 1812 am Fluss Beresina eine vernichtende Niederlage. Napoleon konnte sich nur mit knapper Not retten und floh nach Frankreich. Sein ruhmloser Rückzug und das katastrophale Ende seiner Armee bewegten die Zeitgenossen.

1. *Jetz Leitl, merkts auf, ich will enk vermeldn*
   vom Kaiser Napoleon, dem ganz großn Heldn.
   Wia er is kemma ins Rußland hinein,
   da wollt er europischer Kaiser wohl sein.

2. *In Rußland drin hat er si gar net auskennt,*
   da hat er si sauber sein Rüaßl verbrennt.
   An Rüaßl verbrennt und de Zechan dafreart,
   da is der groß Mo glei schleunig umkehrt.

3. *Und hoam is er gfahrn mit an extrign Post:*
   Auf an Bauernschlittn, der ned vui kost.
   Hat z'Essn nix g'habt wia an umgstandns Roß,
   des hat a si bratn in da rußischn Soß.

4. *Und wia er is kemma in die Festung nach Mainz*
   – es is scho spat gwen, in da Nacht um halb eins –
   hat neamads „Vivat" gschrian, hat neamad nix gsagt,
   sie hättn eahm am liabstn beim Tor aussigjagt.

5. *Ja, ja, Bonapartl, iatzt hat es sich gwendt,*
   du hast dir zu Moskau an Hintern verbrennt.
   An Hintern verbrennt und die Zechan dafreart,
   gell, gell, Bonapartl, bist gschwind umkehrt.

6. *Du muaßt jetzt auf Helena Schildkrotn klaubn,*
des is ja vui gsünder, als Länder ausraubn.
Du muaßt dich bekehrn, sonst kummst net in Himme
und konnst staad krepiern, wia an ausdeanter Schimme.

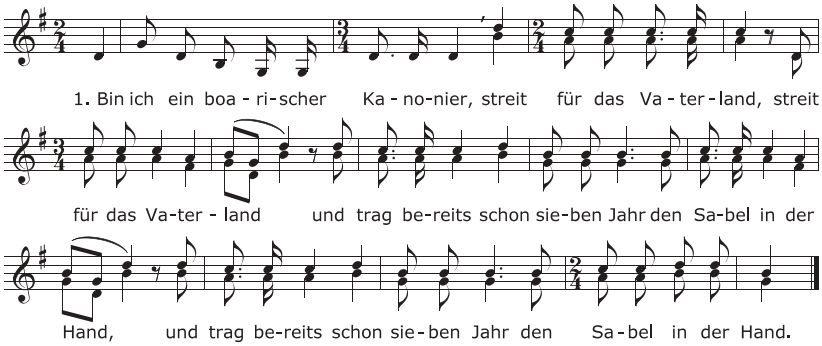
Kommen wir nun noch zur Volksliedsammlung und Pflege durch Prof. Dr. Kurt Huber (1893-1943) in den 1930er Jahren. Er hat wiederholt auf die Andreas-Hofer-Lieder verwiesen, die von der NS-Propaganda teils auch umgedeutet wurden.[13] Huber hat in seinen Feldforschungen auch zwei Napoleon-Lieder dokumentiert, die wir als Neuaufnahmen in unserer CD-Reihe „Bayerische Geschichte im Lied" (Nr. I u. II) hörbar gemacht haben.

Liedbeispiel 12

Die Zeit nach der Französischen Revolution (1789) bis zum Ende der Herrschaft Napoleons (1815) verwandelte Europa in einen dauernden Kriegsschauplatz. Die Verrohung der Sitten und die Militarisierung weiter Teile der Bevölkerung prägten das Bild der Zeitgenossen. Neue militärische Formationen, wie die „Leichte Reiterei" („Chevau-léger") wurden zum Allgemeingut.
Weit verbreitet – auch von Kiem Pauli gesammelt – ist der Gesang „Bin ich der bayerische Kanonier" in verschiedenen Melodievarianten. Auch Franz und Uschi Schötz aus Haselbach in der Straubinger Gegend haben das Lied als junge Studenten der Volkskunde in den 1980er Jahren in München gesungen.
Da geht es ganz greulich zu. – Das Lied wurde in Soldaten- und Veteranenkreisen in ganz Altbayern bis in die 1950er Jahre gesungen, teils mit unterschiedlichen Strophen und auch unterschiedlichem Liedanfang: „Bin ich ein boarischer Kanonier" oder „Bin ich ein's Kronprinz Schwolischee". (▸ Blatt Liedbeispiel 12)

Bin ich ein boarischer Kanonier

Liedbeispiel 12



2. Einst gab ich meinem Pferd die Sporn,
ein Ruß kam auf mich her, – ein Ruß kam auf mich her,
|: war ein Kusack, ein Offizier, ein Kerl als wie ein Bär. :|

3. Er schoß auf mich mit Pistolen los,
kaum war der Schuß vorbei, – kaum war der Schuß vorbei,
|: so gab ich ihm einen Hieb, daß ihm der Kopf entzwei. :|

4. Ich hob ihm seine Merse ab,
von Gold war sie ganz steif, – von Gold war sie ganz steif,
|: und was mir noch das Liebste war, war seine Tawakspfeif. :|

5. Und die Pfeif, die schätzt ich mir
als wie ein Heiligtum, – als wie ein Heiligtum,
|: ich trag sie stets bei mir zu meinem stillen Ruhm. :|

6. Ich schätze mich als Edelmann,
wenn ich zu Pferde sitz, – wenn ich zu Pferde sitz,
|: und streite durch das ganze Land von hier bis Austerlitz. :|

7. Und in der Schlacht von Austerlitz
verlor ich einen Fuaß. – verlor ich einen Fuaß.
|: Z'erst griff ich nach der Tawakspfeif und dann erst nach dem Fuaß. :|

8. O wie gerne wollte ich
mein zweites Bein verliern, – mein zweites Bein verliern,
|: o könnte ich noch eine Schlacht mit Preußn arrangiern! :|

9. Und nach der Schlacht bei Austerlitz
maschierten wir nach Wien, – maschierten wir nach Wien,
|: und als wir dort hineinmaschiern, war selbst der Kaiser drinn. :|

Original in der Sammlung Kiem Pauli: Sammlung Oberbayrischer Volkslieder, München 1934, S.206/207, mit der Anmerkung "Handschriftlich von Schmucker, Ruhpolding". --- In mehreren Fassungen im mündlichen Volksgesang Altbayerns bis ins späte 20. Jahrhundert bekanntes Lied mit Bezug auf die Napoleonischen Kriege, die Schlacht bei Austerlitz 1805 und den damit verbundenen Kampf bayerischer Truppen gegen Preussen. Trotz geschilderter Grausamkeit des Krieges klingt ein rückblickender Soldatenstolz durch. --- Eigene Fassung der Sänger Franz und Uschi Schötz (damals Neufahrn bei München) mit Bezug auf Kiem Paulis Aufzeichnung aus den 1920er Jahren.
Das obige Lied ist zu hören auf der CD "Historische Volkslieder I" (Nr. 18, VMA 2003).

Liedbeispiel 12 zum Referat "Historische Lieder für und gegen Napoleon I.",
beim 9. Tag der bayerischen Landesgeschichte, 12.5.2015 in Ingolstadt.

Volksmusikarchiv und Volksmusikpflege des Bezirks Oberbayern (VMA), Krankenhausweg 39, 83052 Bruckmühl
Telefon 08062/5164, Fax 08062/8694, www.volksmusikarchiv.de, E-Mail: volksmusikarchiv@bezirk-oberbayern.de

Liedbeispiel 13

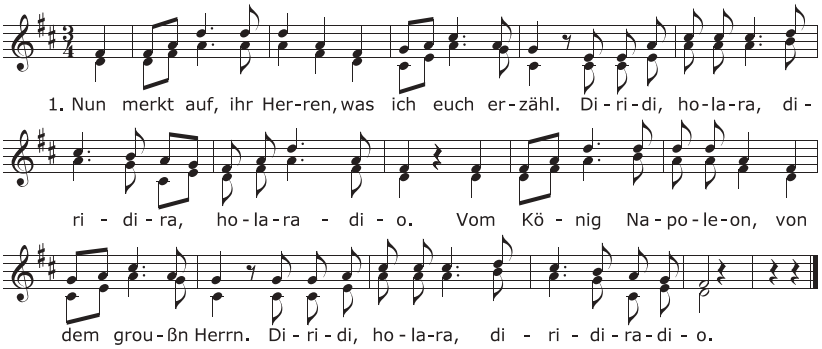
Kurt Huber hat 1933 von den niederbayerischen Volkssängern Jakl (1906-1975) und Wastl (1901-1991) Roider aus Weihmichl bei Landshut Plattenaufnahmen verschiedener Lieder gemacht, die zum Beispiel im Wirtshaus nach dem 1. Weltkrieg gesungen und verbreitet wurden.[14] Darunter ist auch das stark mundartliche Erzähllied mit dem typischen Anfang „Nun merkt auf, ihr Herren" in Schnaderhüpflweise (zweizeilige Texte mit eingeschobenen Jodlerteilen) über den verlorenen Russlandfeldzug: Vor dem Hintergrund der großen Leiden der Bevölkerung und der Soldaten wird in hämischer Weise das Scheitern Napoleons besungen. Der einstmals mächtigste Kaiser Europas wird am Ende in den Augen der Sänger zu einem Bettler:[15]

10. Und König Napoleon, warum bist denn so stolz?
Diridi, holara, diridirae, holaradio.
Dei Muada geht bettln, dei Voda ins Holz.
Diridi, holara, diridiraeho.

(Strophen 1-9 ▸ Blatt Liedbeispiel 13)

Die genaue Analyse dieser Lieder für und gegen Napoleon würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Genaue Anmerkungen und historische Bezüge haben wir in unseren CD-Büchlein abgedruckt, besonders bei der neuen CD „Bayerische Geschichte im Lied – Historische Volkslieder V", die sich mit der Napoleonischen Zeit von 1799 bis 1815 befasst.
Da geht es ganz charakteristisch um Freud und Leid, Propaganda und Wirklichkeit, Herrschaft und Beherrschte, verschiedene Standpunkte der Liedermacher und Sänger, der Sammler und Hörer. Von zwei bis 24 Strophen sind die Lieder lang. Verherrlichung und Elend sind die beiden Pole, zwischen denen sich die Lieder zur bayerischen Geschichte bewegen – auch zum Thema „Napoleon und Bayern".
Der Untertitel dieser CD lautet „Napoleon und Bayern 1799-1815. Lieder aus der Sammlung August Hartmann (Nr. 217-269) und Melodien für Geige (um 1800)". Folgende Lieder sind aus der Sammlung Hartmann / Abele zu hören: Nr. 217: „Wo bist du, Bonaparte" (1799); Nr. 225: „Iazt hamma scho wied'r a neus Liadl erdicht't" (1805); Nr. 227: „Freut euch des Friedens!" (1805); Nr. 228: „Triumph! geendet ist der Streit" (1806); Nr. 230: „Ertöne hoch, o Feierlied" (1806); Nr. 235: „Frühmorgen als der Tag anbrach" (1809); Nr. 239: „O ös meine Boarn, tuats nit jubiliern!" (1809); Nr. 240: „Nun hört uns, ihr Bayern!" (1809); Nr. 241: „Seids uns recht willkomma, Herr Kronprinz, in Tirol" (1810); Nr. 243: „Merkt auf, meine Her-

Nun merkt auf, ihr Herren **Liedbeispiel 13**



2. Und wia er vo Frankreich ins Rußland is ei, di-ri-di ...
da hat er a lebfrischer Kaiser wolln sei. Di-ri-di ...

3. Die Kron und des Szepter hätt er a bei sich ghabt.
Da hammadn glei die Kosakn dertappt.

4. Da is er in d'Falln ei, als wia a Marda.
Neamnd hatn neibracht als sei Schwiegervoda.

5. Gell, gell, Bonapartl, iatz hat as si gwendt.
Iatz hast' da bei Moskau dei Nosn vobrennt.

6. Die Nosn vobrennt un die Zehan dafreat.
Gell, gell, Bonapartl, hast glei wieder umkehrt.

7. Da is er a gfahrn auf'ra extriga Post,
auf'ran Bauernschlittn, denn der hat net vöi kost.

8. Gell, Bonapartl, ja iatz muaßt as halt glaubn,
iatz muaßt auf d'Insel Elba ins Haslnußklaubn.

9. Gell, Bonapartl, ja des dat für di taugn,
das war für di gscheider als d'Länder ausraubn!

10. Und König Napoleon, warum bist denn so stolz?
die Muada geht bettln, dei Voda ins Holz.

Kurt Huber hat 1933 von den niederbayerischen Volkssängern Jakl (1906-1975) und Wastl (1901-1991) Roider aus Weihmichl bei Landshut Plattenaufnahmen verschiedener Lieder gemacht, die z.B. im Wirtshaus nach dem 1. Weltkrieg gesungen und verbreitet wurden. Darunter ist auch das stark mundartliche Erzählied mit dem typischen Anfang "Nun merkt auf, ihr Herren" in Schnaderhüpflweise (zweizeilige Texte mit eingeschobenen Jodlerteilen) über den verlorenen Rußlandfeldzug: Vor dem Hintergrund der großen Leiden der Bevölkerung und der Soldaten wird in hämischer Weise das Scheitern Napoleons besungen. Der einstmals mächtigste Kaiser Europas wird am Ende in den Augen der Sänger zu einem Bettler. --- Neu interpretiert von Franz Schötz aus Haselbach und Josef Roider aus Cham auf der CD "Historische Volkslieder II" (Nr. 13, VMA 2004).

Liedbeispiel 13 zum Referat "Historische Lieder für und gegen Napoleon I.",
beim 9. Tag der bayerischen Landesgeschichte, 12.5.2015 in Ingolstadt.

Volksmusikarchiv und Volksmusikpflege des Bezirks Oberbayern (VMA), Krankenhausweg 39, 83052 Bruckmühl
Telefon 08062/5164, Fax 08062/8694, www.volksmusikarchiv.de, E-Mail: volksmusikarchiv@bezirk-oberbayern.de

ren!“ (1812); Nr. 252: „Wo aus, Napoleon? wo aus, wohin?“ (1813); Nr. 254: „Grüaß di Got, guata Freund!“ (1813); Nr. 266: „Also lustig! ich bin froh“ (1814); Nr. 267: „Von Elbas Küsten ist Napoleon entwischt“ (1815); Nr. 268: „Iaz bringma ’n auf d’ Insel Helena“ (1815); Nr. 269: „Willkommen uns im Vaterland“ (1815).

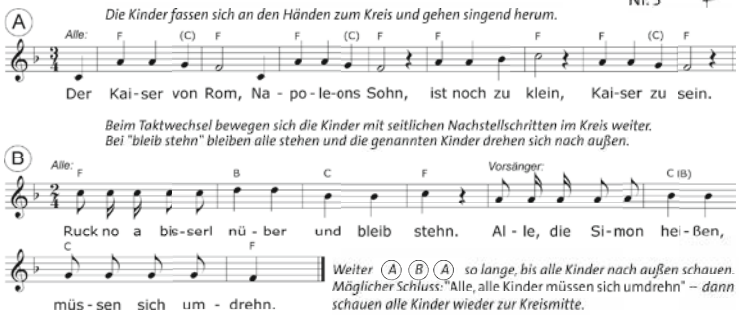
Liedbeispiel 14

Zum Abschluss noch ein Hinweis: „Napoleon“ ist auch in das Kinderlied eingegangen: Das Kinderspiel „Der Kaiser von Rom – Napoleons Sohn“ ist auch heute verbreitet. Gemeint ist Napoleon II., der einzig legitime Sohn Napoleons I. aus dessen Ehe mit der Habsburgerin Marie Louise. Er erhielt bei seiner Geburt in Paris 1811 den Titel „König von Rom“. Nach den Abdankungen Napoleons I. in den Jahren 1814/15 war er noch ein kleines Kind und wurde am Hof von Kaiser Franz I. in Wien erzogen. Seine „kaiserlichen“ Erbansprüche wurden nicht anerkannt und er erhielt als „Ersatz“ 1818 das neugeschaffene kleine nordböhmische Herzogtum Reichstadt zugeteilt. Im Kinderlied heißt es dazu: „Der Kaiser von Rom, / Napoleons Sohn, / ist noch zu klein, / Kaiser zu sein. […]“. 1832 verstarb Napoleon II. in Schloss Schönbrunn mit 21 Jahren. Am Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern haben wir das in mehreren Varianten überlieferte Spiel als Kindergartenspiel für die nächsten Generationen hergerichtet. (▸ Blatt Liedbeispiel 14)

Der Kaiser von Rom

Singspiel im Kreis mit Umkehr des Kreises und zwei verschiedenen Bewegungs- und Taktarten.

Nr. 3



Einüben des Spiels:

Wir beginnen mit dem **Teil B**. Die Kinder und der Singleiter stehen mit Blick zur Kreismitte, eventuell an den Händen gefasst, die Fußspitzen zeigen zum Kreismittelpunkt. Auf das Sprüchlein *"Ruck no a bissl nüber und bleib stehn"* machen alle seitliche (Nachstell-)Schritte und bleiben an der entsprechenden Textstelle (das *"stehn"* besonders betonen!) stehen. Das wird ein paarmal eingeübt. Dann kann man den zweiten Teil (*"alle, die Simon heißen, müssen sich umdrehn"*) dazunehmen. Hier wird ein Name eingesetzt. Das oder die benannten Kinder drehen sich nun mit dem Gesicht nach außen und bleiben so. Nach und nach kann nun die Melodie dazugenommen werden. Der Singleiter setzt jeweils den Namen eines Kindes oder Eigenschaften ein, bis alle nach außen schauen. In der Schlussstrophe *"alle, alle Kinder"* drehen sich alle wieder nach innen!

Nun dürfen sich die Kinder wieder in den Stuhlkreis setzen. Der Singleiter fängt ein **Gespräch** an, was denn ein Kaiser wäre, woran man ihn erkennt, was seine Eigenschaften sind, usw. (z. B. Krone, Szepter, herrscht über die Länder, ist noch mächtiger als ein König).

Teil A wird nun vorgesungen oder zuerst der Text, dann die Melodie gelernt. Die Thematik vom "kleinen Kaiser" wird die Kinder sicher ansprechen. Dann geht man zu Teil A an den Händen gefasst im Kreis herum. Bei *"ist noch zu klein"* gehen alle ein wenig in die Knie, bei *"Kaiser zu sein"* machen sich alle groß und strecken die gefassten Hände in die Höhe. Durch die Vorübung kann mühelos **Teil B** angehängt werden.

Weitere Spielmöglichkeiten:

Statt der Namen kann man auch andere Erkennungsmerkmale einsetzen: *"alle, die lange Haare haben"*, *"... die eine Brille haben"*, *"... die heute schon Kaba getrunken haben"*, *"... die was Rotes anhaben"*, *"alle, alle Mädchen/Buben"*, usw. – Die Bewegungsrichtung in Teil A und B kann mit oder gegen den Uhrzeigersinn sein.

Herkunft/Verbreitung/Überlieferung:

Das Singspiel "Der Kaiser von Rom" findet sich in verschiedenen Kinderliedersammlungen, z.B. in *"Schöne alte Singspiele"*, 100 volkstümliche Spiel- und Tanzlieder in Wort, Sing- und Spielweise (Wilhelm Lehnhoff, Verlag der Jugendblätter, München II. 3. Auflage 1922, S.77, Aufzeichnungsort ist Düsseldorf); *"Kingel Kangel Kosen"*, Volkskinderlieder für Schule, Haus und Kindergarten (Hg. von Fritz Jöde, Leipzig, Berlin, Wolfenbüttel 1931, S. 120, Aufzeichnungsort ist Hamburg); *"Klare klare Seide"*, Überlieferte Kindertänze aus dem deutschen Sprachraum (Hg. Felix Hoerburger und Helmut Segler; Kassel und Basel 1962, 6. Auflage, S. 137/138, zwei Fassungen aus Hamburg und Lübeck). Das Spiel ist bekannt in oberbayerischen Kindergärten um 1980.

Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern, 83052 Bruckmühl (2010). **"Singen mit Kindern - SINGPATEN", SP 03.**

Liedbeispiel 14 zum Referat "Historische Lieder für und gegen Napoleon I.", beim 9. Tag der bayerischen Landesgeschichte, 12.5.2015 in Ingolstadt.

Volksmusikarchiv und Volksmusikpflege des Bezirks Oberbayern (VMA), Krankenhausweg 39, 83052 Bruckmühl
Telefon 08062/5164, Fax 08062/8694, www.volksmusikarchiv.de, E-Mail: volksmusikarchiv@bezirk-oberbayern.de

Anmerkungen

1 Gekürzte, verschriftlichte Fassung des Referates, das der Verfasser zusammen mit Eva Bruckner beim 9. Tag der bayerischen Landesgeschichte am 12. Mai 2015 in Ingolstadt hielt. Die Teilnehmer hatten Liedblätter zum (Mit-)Singen erhalten. Die angesprochenen Lieder wurden auch als neu aufgenommene Tonbeispiele aus der Reihe „Bayerische Geschichte im Lied" am Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern (VMA) eingespielt. Alle verwendeten Liedblätter und die textliche Langfassung des Referates sind kostenlos beim Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern (83052 Bruckmühl, Krankenhausweg 39, E-Mail: volksmusikarchiv@bezirk-oberbayern.de) erhältlich. Die Tonaufnahmen sind auf den benannten CDs enthalten (Preis 10 Euro je CD).

2 CD „Bayerische Geschichte im Lied – Historische Volkslieder I" (ca. 1435-1886), VMA 2003; CD „Bayerische Geschichte im Lied – Historische Volkslieder II" (ca. 1760-1890), VMA 2004; CD „Bayerische Geschichte im Lied – Historische Volkslieder III" (ca. 1662-1726), Kurfürst Max Emanuel von Bayern und die europäische Politik zwischen 1683 und 1715, VMA 2007; CD „Bayerische Geschichte im Lied – Historische Volkslieder IV" (ca. 1821-1862), Bayern und Griechenland: Der Wittelsbacher Prinz Otto wird 1832 König von Griechenland, VMA 2012; CD „Bayerische Geschichte im Lied – Historische Volkslieder V", Napoleon und Bayern: 1799-1815, VMA 2016.
Hinweise und Beispiele dazu finden Sie unter www.volksmusikarchiv.de ▸ Publikationen ▸ Tonträger ▸ Bayerische Geschichte im Lied.

3 Dabei handelt es sich um teilweise auf der Basis der überlieferten Dokumente und Fragmente neugestaltete Lieder oder Instrumentalmusik nach Musikhandschriften oder Drucken aus der Zeit ab circa 1780 in der Reihe „Dokumente regionaler Musikkultur in Oberbayern".
Hinweise und Beispiele dazu unter www.volksmusikarchiv.de ▸ Publikationen ▸ Tonträger ▸ Dokumente regionaler Musikkultur.

4 Ditfurth, Franz Wilhelm Freiherr von: Historische Volkslieder der Zeit von 1756-1871, Berlin 1871/72; Hartmann, August / Abele, Hyacinth: Historische Volkslieder und Zeitgedichte vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, 3 Bde., München 1907-1913.

5 Kiem Pauli: Sammlung Oberbayrischer Volkslieder, München 1934; Nachlass Kurt Huber am Institut für Volkskunde der Kommission für Bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (München).

6 „Heil dir im Siegerkranz, Herrscher des Vaterlands" (und die diversen Varianten) mit in der Literatur unterschiedlichen Angaben zu Autoren / Bearbeitern von Melodie / Text. Prof. Dr. Otto Holzapfel bezeichnet in seinen Lieddateien (DVA/VMA) die Urheberschaft von Henry Carey (1688-1743) als widerlegt und nennt Heinrich Harries (1762-1802), der 1790 in Flensburg eine Hymne auf den dänischen König Christian verfasste.

[7] Vergleiche dazu auch die gegenwärtige Diskussion über „postfaktisch“ oder „fakes“ im Internet.

[8] CD „Volksmusik im Chiemgau“ – Dokumente zu 200 Jahre Volksmusiksammlung und -pflege, Ausstellung in Kloster Seeon 1994, VMA 1994.

[9] So kommentierte Wolfgang Killermann vom „Historischen Arbeitskreis am VMA“ das Lied auf der CD „Historische Volkslieder V“, Nr. 25, neu gesungen von Alfons Leitenbacher.

[10] Zu Kiem Pauli siehe die Dokumentationen in der Reihe „Persönlichkeiten der Volksmusik“ als Heft 1 und 6: „Kiem Pauli – Leben und Sammelwerk“ (VMA 1987/1995) und „Kiem Pauli – Leben im Kreuther Tal“ (VMA 1992/1999). Zu den Sammelfahrten, Aufzeichnungen und Gewährspersonen siehe Schusser, Ernst: Kiem Paulis Quellenangaben und Anmerkungen in seiner „Sammlung Oberbayrischer Volkslieder“ – Versuch einer Zusammenstellung und Auswertung, in: Schönere Heimat 71 (1982), S. 394 ff.

[11] Kiem Pauli: Sammlung Oberbayrischer Volkslieder, München 1934, S. 186-188; neu gesungen 2004 auf der CD „Historische Volkslieder II“ (Nr. 11) von Elmar Foidl aus St. Johann / Tirol, kommentiert von Wolfgang Killermann.

[12] Zu hören auf der CD „Historische Volkslieder I“ (Nr. 19) von Uhrmachermeister Karl Müller aus München. In der oberbayerischen Volksliedpflege und im überlieferten Volksgesang in verschiedenen Varianten bekanntes „Napoleonlied“ über das Debakel Napoleons in Russland, das so vielen Soldaten den Tod brachte. Eigene Fassung Karl Müllers mit eigener Begleitung auf der Drehleiher nach „österreichischer“ Quelle (wahrscheinlich übernommen von Sepp Gmaß aus dem Burgenland). Als „Spottlied“ auf Napoleon Bonaparte fragmentarisch aufgezeichnet durch Richard Teltschik: „Das Spottlied dürfte aus dem Traunviertel in Ober-Österreich stammen. Es wurde mir Ende der 1850er Jahre in Kremsmünster von einer Dienstmagd vorgesungen, die früher Sennerin auf der Graden-Alm bei Kirchdorf-Micheldorf (Kremstal) war und das Lied dort gelernt hatte.“ (Zeitschrift „Das deutsche Volkslied“, Wien 1904, S. 45). August Hartmann und Hyacinth Abele bringen in ihren Historischen Volksliedern (3. Band, München 1913, Nr. 243) eine 2-strophige Fassung „Mündlich aus Sachrang im Priental (Oberbayern)“ mit der Jahresangabe „1812“ und dem Hinweis auf Anton Schlossar (Deutsche Lieder aus Steiermark, Innsbruck 1881, S. 301, 9 Strophen, nur Text). Hartmanns Melodie gleicht einer Hirtenliedmelodie.

[13] Die Popularisierung des Liedes „Ach Himmel es ist verspielt“, zum Beispiel im Gesang der „Riederinger Buam“ über Heimatabende, Volksmusikveranstaltungen und den Reichssender München habe ich in meiner Magisterarbeit „Die Volksmusik im Bayerischen Rundfunk von 1924 bis 1945 und die Popularisierung des Heimatgedankens“ (1981) beschrieben – ebenso die Einschränkungen durch die NS-Kulturpolitik. Kurt Huber dichtete wohl dieses „Hofer-Lied“, in seiner Zelle im Gefängnis Stadelheim auf seine Hinrichtung (13. Juli 1943, im Rahmen der Urteile der NS-Justiz gegen den studentischen Widerstand der

„Weißen Rose“ in München) wartend, auf sein eigenes Schicksal um, und zwar in Kenntnis der 1935/36 veröffentlichten Forschungsergebnisse von John Meier (1864-1953), dem Gründer des Deutschen Volksliedarchivs in Freiburg, zum Ursprung des Liedes und der Umdichtung auf Hofers Schicksal:

Ach Himmel es ist verspielt,
Ich mag nit länger leben.
Der Tod steht vor der Tür,
Will mir den Abschied geben!

Ihr lieben Freunde ihr,
Laßt eure Stimmen klingen!
Ihr sollt zum Abschied mir
Das Lied vom Hofer singen.

Ihr habt es Volkes Sang
Ins Volk zurückgesungen,
Und eurer Jodler Klang
Ist mir ins Herz gedrungen.

Ihr habt mit Herz und Hand
Für euer Lied gestritten.
Ich hab für unser Land
Den bittern Tod gelitten.

Kein Mensch auf dieser Erd
Soll uns der Väter Glauben,
Der Heimat stillen Herd,
Der Berge Freiheit rauben!

Laßt vom „Bareibi“ weit
Den alten Jodler hallen
In Bergeseinsamkeit,
Den ich geliebt vor allen!

Galnt ihr dann eins hinauf
In blaue Himmelsfernen, –
Es wird euch Antwort drauf
Dort, von den ew’gen Sternen.

Diese Verse waren der letzte Gruß Kurt Hubers an Kiem Pauli. Die Nationalsozialisten übersandten diesen Text erst mit Verspätung an Kiem (siehe dazu Kiem Paulis Beitrag „Auf Volksliedfahrt“, in: Kurt Huber zum Gedächtnis, Regensburg 1947, S. 114, und den Aufsatz von Wolfgang A. Mayer „Kurt Huber und Kiem Pauli – Unveröffentlichte Zeugnisse ihrer Freundschaft und Zusammenarbeit“, in: Schönere Heimat 62 (1973), S. 423-428.

[14] Die Tonaufnahmen befinden sich im Nachlass Prof. Dr. Kurt Hubers am Institut für Volkskunde der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Übertragungen und Bearbeitungen für die Volksmusikpflege erfolgten durch Uschi und Franz Schötz und Margit und Ernst Schusser Anfang der 1980er Jahre.

[15] Zu hören auf der CD „Historische Volkslieder II“ (Nr. 13), gesungen von Franz Schötz aus Haselbach und Josef Roider aus Cham.

Fortbildung „Die Gebietsreform in Bayern“ in München 2014

Ferdinand Kramer

Die Gebietsreform und ihre Folgen für die politische Kultur und den ländlichen Raum in Bayern

Ansätze und Fragen historischer Forschung

Die Gebietsreform und ihre Folgen für die politische Kultur

Die sogenannte Gebietsreform der 1970er Jahre wurde oftmals als eine reine Verwaltungsreform verstanden. Anders als eine solche hatte sie indes auch recht weitreichende Folgen für die politische Kultur im Freistaat Bayern. Diese war bis dahin aufgrund einer großen Zahl von Gemeinden von vielfältiger und unmittelbarer bürgerschaftlicher Mitverantwortung in kommunalen Gremien geprägt. Zudem hatten die Verfassung von 1946 und die Gemeindeordnung von 1952 den Gemeinden und kommunalen Gebietskörperschaften einen hohen Stellenwert zugemessen. Die sieben Bezirke, 143 Landkreise und circa 7.100 Gemeinden galten als Ort und Schule der Demokratie. Sie wurden von 1972 bis 1978 in ihrem Zuschnitt und in ihrer Funktion wesentlich verändert. Nach dem Abschluss der Gebietsreform 1978 blieben noch 71 Landkreise mit 2.052 Gemeinden, wobei der Abgang der Hälfte der Landkreise und von über 5.000 Gemeinden ganz überwiegend den ländlichen Raum betraf. Während Kommunalverwaltungen zentralisiert und professionalisiert wurden, verlor das Land mit der Gebietsreform rund 32.000 ehrenamtliche Mandate und die damit verbundenen Möglichkeiten der Bürger zur verantwortlichen Mitgestaltung vor Ort.

Sogenannte Gebietsreformen waren im Reformeifer der 1960er und 1970er Jahre vielerorts in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt worden.[1] Modernisierung und effiziente Gestaltung der Verwaltung wurden als wesentliche Ziele formuliert, als gleichzeitig die staatlichen Aufgaben insbesondere in den Bereichen Soziales, Bildung und Infrastrukturaus-

bau stark erweitert wurden. Entsprechend sollten die Verwaltungen angepasst werden. Vergleicht man die daraus abgeleitete Gebietsreform in Bayern mit der in anderen Ländern der Bundesrepublik oder mit der in anderen europäischen Ländern, dann erkennt man rasch, dass sehr unterschiedliche Wege gegangen wurden. So hat etwa Rheinland-Pfalz die Gemeinden im Wesentlichen erhalten, aber in Verwaltungsgemeinschaften die notwendige Verbesserung der Verwaltung koordiniert, während Nordrhein-Westfalen sehr große Einheitsgemeinden eingerichtet hat. Die Schweiz oder Frankreich haben auf Gebietsreformen weitgehend verzichtet. Auch in Bayern selbst wurde die Gebietsreform keineswegs einheitlich durchgeführt: Manche Gemeinde unter 1.000 Einwohnern blieb selbständig und wurde Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft, während die meisten anderen mit gleicher oder höherer Einwohnerzahl ihre gemeindliche Selbständigkeit aufgeben mussten und in einer größeren Einheitsgemeinde aufgingen.

Die Gebietsreform als Gegenstand landes-, regional- und lokalhistorischer Forschungen

Die Landkreis- und Gemeindegebietsreform hat in der Landespolitik,[2] aber vor allem vor Ort heftige Debatten, vielfältige Verhandlungen und auch Widerstände ausgelöst. Insofern bietet die Gebietsreform mit der daraus hervorgegangenen vielfältigen Quellenüberlieferung einen ertragreichen Ansatzpunkt für landes-, regional- und lokalhistorische Forschungen in einer Zeit tiefgreifenden Wandels in der jüngsten Geschichte Bayerns. Von staatlicher Seite wurde die Gebietsreform nie evaluiert. Es fehlt eine sorgfältige Erforschung der Durchführung und insbesondere der Folgen der Reform, die stärker die staatlichen Prämissen hinterfragt,[3] die Perspektive der betroffenen Orte beziehungsweise Kommunen und ihrer Akteure in den Blick nimmt und dabei nicht nur die der neuen Gemeinden und Landkreise berücksichtigt. So zeigt etwa der Blick in die Gemeinderatsprotokolle, dass zu hinterfragen ist, ob man tatsächlich von einer frühen „freiwilligen Phase“ der Gebietsreform sprechen kann, denn den durch den beschleunigten Infrastrukturausbau seit den 1950er Jahren belasteten Kommunen drohte staatlicherseits das Ausbleiben von hohen finanziellen Zuschüssen, wenn sie ihre Selbständigkeit nicht preisgaben. Und war nicht der wesentliche Infrastrukturausbau im Land mit Schulen, Krankenhäusern, Straßen, Sporteinrichtungen et cetera womöglich vielfach schon von den älteren kleineren Gemeinden und Landkreisen sowie ihren Bürgermeistern, Landräten, Kreis- und Gemeinderäten samt Bürgerschaft ge-

leistet oder in Gang gesetzt worden, bevor die Gebietsreform von 1972 bis 1978 neue größere kommunale Einheiten und Verwaltungen schuf?
Zu prüfen wären zudem die Finanzbeziehungen mit kommunalem Pro-Kopf-Steueraufkommen, kommunalem Finanzausgleich beziehungsweise Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage, mit denen die finanzielle Leistungskraft auch kleinerer Gemeinden hätte verbessert werden können. Parallel ist analog zur Studie von Peter Ramsauer zu fragen, ob die Kostenziele der Reformer tatsächlich erreicht werden konnten oder ob nicht etwa in größeren kommunalen Einheiten die Kosten für Verwaltung und auch Investitionen proportional stärkere Steigerungsraten erfahren haben? [4] Schließlich stellt sich die Frage, ob der Anspruch der Gebietsreform auf Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung realisiert werden konnte beziehungsweise ob nicht eher die staatlichen als die genuin kommunalen Aufgaben der Gemeinden gewachsen sind. Zudem blieben wohl auch die neuen Gemeinden in hohem Maße von staatlichen Zuschüssen und interkommunaler Zusammenarbeit in Zweckverbänden abhängig.
Welche Folgen hatte es für die politische Kultur des Landes und für das demokratische Leben, dass rund 32.000 kommunale Mandate nicht mehr zur Verfügung standen? Die zahlreichen Mandatsträger erfuhren mit ihrer Aufgabe die enge Wechselwirkung von Kommunen und Landesstaatlichkeit und entwickelten entsprechend multiplikatorisch wirksam nicht nur lokales sondern auch Landesbewusstsein. Inwieweit haben andere Organisationen wie Vereine und Kirchenstiftungen oder auch Betriebe und Einzelpersönlichkeiten die Interessenvertretung insbesondere in Orten übernommen, die ihre kommunale Selbständigkeit verloren? Inwieweit haben Bürger, deren Möglichkeiten zu mitverantwortlicher Mitgestaltung eingeschränkt wurden, andere Formen der Partizipation gesucht, etwa durch verstärkte Formulierung partikularer Interessen mittels Rechtsweg, Bürgerinitiativen und Protest oder durch andere Formen ehrenamtlichen Engagements? Welche Folgen hat der Verlust von zahlreichen Mandaten für die staatsbürgerliche Kompetenz der Bürgerschaft oder für die Breite der Entwicklungsmöglichkeiten politischer Nachwuchstalente? Welche Folgen hatte in den vergrößerten neuen Gemeinden und Landkreisen die entsprechend stark intensivierte Beanspruchung ehrenamtlicher Mandatsträger für die Bereitschaft sich zur Wahl zu stellen und wie sollte sich dies auf die Zusammensetzung beziehungsweise Repräsentativität kommunaler Gremien auswirken? Wie verhalten sich die Folgen der Gebietsreform zum seit der Jahrtausendwende verstärkt artikulierten Wunsch nach unmittelbaren Formen der Demokratie?

Die Gebietsreform und ihre Folgen für den ländlichen Raum

Wie wirkte sich die Reform womöglich für den ländlichen Raum aus,[5] als in der Folge zahlreiche Mandatsträger als Anwälte ihrer Orte und Landkreise nicht mehr zur Verfügung standen? Welche Folgen hatte die Reform für die 72 Landstädte, die die zentrale Funktion eines Landratsamtes verloren haben? Erkennbar wurden Widersprüche in der Landespolitik insofern, als kommunale Mitwirkung vor Ort, wo Bürgerkompetenz am stärksten ist, mit der Gebietsreform faktisch eingeschränkt wurde, dann aber die Forderung nach unmittelbarer Demokratie bei hochkomplexen Fragen wie dem Euro erhoben wurde. Oder: Regional zuständige Verwaltungen wie 72 Landratsämter im ländlichen Raum wurden mit der Gebietsreform abgeschafft, während später landesweit zuständige Behörden mit strukturpolitischen Argumenten in die ländlichen Regionen verlagert werden sollten.

Schließlich sind die Folgen der Reform auf die Entwicklung der Orte selbst zu prüfen, insbesondere in den zentralen unmittelbaren und mittelbaren Zuständigkeitsbereichen der Kommunen: Wie entwickelten sich Wohnungs- und Bevölkerungszahl, öffentliche Infrastruktur (Schule, Kindergarten, Spielplätze, Versammlungsräume, Wasserversorgung, Kanal, Straßen, Sporteinrichtungen etc.), Dienstleitungen, Gewerbe und öffentliches Leben nach der Reform. Dabei ist der Vergleich der Entwicklung in den Jahrzehnten nach der Reform zwischen nahe gelegenen, im Jahr 1972 etwa gleich großen Orten, die ihre Selbständigkeit behielten oder aufgeben mussten, besonders fruchtbar, wie etwa die auch weiterhin nach den Ortsgemarkungen erhobenen Bodenrichtwerte zeigen, die mancherorts eine beachtliche wachsende Divergenz von Vermögenswerten in Orten mit oder ohne Gemeinde zeigen. Schließlich ist auch die Bedeutung der Gemeinden im Lokalen für gesellschaftliche Integration zu beachten, seitdem die Frage nach dem, was unsere Gesellschaft zusammenhält dringlicher wurde.

Die Erforschung der Gebietsreform bietet demnach reichhaltige Ansatzpunkte für eine vertiefte Kenntnis der jüngsten Geschichte Bayerns, für zahlreiche Orte, für die ländlichen Räume sowie für die politische Kultur des Landes. Entsprechend wurden am Institut für Bayerische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München Forschungen angestoßen. Methodische Probleme, erste quellengestützte Arbeiten und Ergebnisse wurden in einem Workshop mit dem Verband der bayerischen Geschichtsvereine 2014 diskutiert. Daraus stammen die folgenden Kurzbeiträge.

Anmerkungen

1 Mecking, Sabine / Oebbecke, Janbernd (Hg.): Zwischen Effizienz und Legitimität. Kommunale Gebiets- und Funktionalreformen in der Bundesrepublik Deutschland in historischer und aktueller Perspektive, Paderborn 2009.

2 Ecker, Ulrike: Die Gebietsreform (1971-1978) und die Rolle von Franz Josef Strauß als Ombudsmann der Reformgegner, Magisterarbeit masch., Institut für Bayerische Geschichte der LMU München, 2010.

3 Vergleiche Hamann, Philipp: Gemeindegebietsreform in Bayern. Entwicklungsgeschichte, Bilanz und Perspektiven, München 2005.

4 Raumsauer, Peter: Wirtschaftliche Ziele und Effekte der Gebietsreform in Bayern, München 1985.

5 Zum tiefgreifenden Wandel im ländlichen Raum in Bayern u. a. Lehning, Norbert: Bayerns Weg in die Bildungsgesellschaft. Das höhere Schulwesen im Freistaat Bayern zwischen Tradition und Expansion 1949/50-1972/73, München 2006; Schemmer, Claudia: Internationalisierung im ländlichen Raum in Bayern. Traunstein 1945-1989, Kallmünz / Opf. 2016.

Literatur zur Gebietsreform in Auswahl

- Balcar, Jaromir: Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972, München 2004.
- Bauer, Lukas: „Die Revolution ist ausgebrochen“. Der Bürgerprotest in Wasserburg am Inn im Zuge der bayerischen Landkreisreform 1971/72, Zulassungsarbeit masch., Institut für Bayerische Geschichte der LMU München, 2015.
- Ecker, Ulrike: Die Gebietsreform (1971-1978) und die Rolle von Franz Josef Strauß als Ombudsmann der Reformgegner, Magisterarbeit masch., Institut für Bayerische Geschichte der LMU München, 2010.
- Frech, Andreas: Die Landkreisreform 1971/72 im Regierungsbezirk Oberbayern: Zwischen Ballungsraum und Fremdenverkehrszone. Eine Analyse der politischen Reformziele und deren Umsetzung, Zulassungsarbeit masch., Institut für Bayerische Geschichte der LMU München, 2014.
- Hamann, Philipp: Gemeindegebietsreform in Bayern. Entwicklungsgeschichte, Bilanz und Perspektiven, München 2005.
- Haus, Ulrike: Zur Entwicklung lokaler Identität nach der Gemeindegebietsreform in Bayern. Fallstudien aus Oberfranken, Passau 1989.
- Henkel, Gerhard (Hg.): Kommunale Gebietsreform und Autonomie im ländlichen Raum, Paderborn 1986.

- Holtmann, Everhard / Killisch, Winfried: Lokale Identität und Gemeindegebietsreform. Der Streitfall Ermershausen. Empirische Untersuchung über Erscheinungsformen und Hintergründe örtlichen Protestverhaltes in einer unterfränkischen Landgemeinde, Erlangen 1991.
- Kramer, Ferdinand: Grundlinien der Geschichte oberbayerischer Dörfer am Beispiel Tuntenhausen, in: Ders. (Hg.): Tuntenhausen. Vom Herrenhof zum Wallfahrtsort. Geschichtliche Grundlagen seiner Dorfentwicklung, Weißenhorn 1991, S. 13-26.
- Mecking, Sabine / Oebbecke, Janbernd (Hg.): Zwischen Effizienz und Legitimität. Kommunale Gebiets- und Funktionalreformen in der Bundesrepublik Deutschland in historischer und aktueller Perspektive, Paderborn 2009.
- Ramsauer, Peter: Wirtschaftliche Ziele und Effekte der Gebietsreform in Bayern, München 1985.
- Rittenauer, Daniel: Die Landkreisreform 1971/72 von Schongau und Weilheim im Spiegel der Ministerialakten, in: Der Welf. Jahrbuch des Historischen Vereins Schongau – Stadt und Land 12 (2012), S. 73-80.
- Rittenauer, Daniel: Lohberg in der Gebietsreform, in: Beiträge zur Geschichte im Landkreis Cham 26 (2009), S. 249-273.

Isabella Hödl-Notter

Landkreisreform 1971/72 Diskurse um die Kreisfreiheit der Stadt Freising

Landkreisreform 1971/72

Die Landkreisreform von 1971/72 gilt als erster Abschnitt einer umfassend angelegten Gebietsreform der 1970er Jahre im Freistaat Bayern. Die Landkreisreform wurde innerhalb eines Jahres, also in einem rapiden Tempo, durchgeführt. Als Eckpunkte lassen sich die Konstitution der Arbeitsgruppe IV im Innenministerium am 26. November 1970, die die Durchführung der Landkreisreform maßgeblich organisierte,[1] sowie die Verordnung der Neugliederung Bayerns Ende Dezember 1971, die am 1. Juli 1972 in Kraft trat,[2] benennen.

Die Landkreisreform betraf einerseits die Neuordnung der Landkreise in Form von Auflösungen, Erweiterungen oder Zusammenlegungen. Die Anzahl der Landkreise wurde von 143 auf 78 reduziert. Der Landkreis Freising stand in diesem Zusammenhang auf der „Gewinnerseite", da er sich vor allem im Norden um Gebiete des ehemaligen Landkreises Mainburg erweitern konnte, seinen Namen und Landkreissitz beibehielt. Die Reformmaßnahme von 1971/72 betraf aber andererseits auch die kreisfreien Städte, wobei 23 von 48 aufgelöst wurden. Auch die Stadt Freising verlor im Zuge der Kreisreform ihren Status der Kreisfreiheit und wurde als „Große Kreisstadt" dem Landkreis einverleibt.

Nicht zu unterschätzen ist die Einbindung des Landkreises sowie auch der kreisfreien Stadt Freising in übergeordnete Organisationen, wie dem bayerischen Landkreisverband beziehungsweise Städteverband. Während der Landkreisverband im Untersuchungszeitraum ein großes Machtpotential aufwies, fand sich der Städteverband, unter der Leitung des Münchner Oberbürgermeisters Hans-Jochen Vogel, in einer schwachen Phase wieder. Zu Beginn der 1970er Jahre malte sich der Städteverband ein sehr negatives Zukunftsbild aus. So sahen sich die Städte kurz vor einem sozialen und finanziellen Kollaps.[3]

Literatur und Quellenlage

Die Gebietsreform der 1970er Jahre in Bayern, die sich zeitlich in die Kreisreform der Jahre 1971/72 einerseits und in die Reformmaßnahmen auf ge-

meindlicher Ebene bis Ende des gleichen Jahrzehnts andererseits aufteilen lässt, stellt für die Zeitgeschichte ein sehr junges Forschungsfeld dar, da die einschlägigen Akten erst seit einigen Jahren mit Ablauf der archivalischen Sperrfrist zugänglich sind. Ein weiterer Grund für die bislang geringe Zahl an einschlägigen Publikationen ist womöglich der Thematik geschuldet, zählt doch die Verwaltungsgeschichte zu den eher unpopulären Forschungszweigen. Grundlegende Werke sind nach wie vor die Dissertationen von Peter Ramsauer „Wirtschaftliche Ziele und Effekte der Gebietsreform in Bayern" (München 1985) und Philipp Hamann „Gemeindegebietsreform in Bayern: Entwicklungsgeschichte, Bilanz und Perspektiven" (München 2005). Aufzuführen sind ebenso die Publikation des Bayerischen Innenministeriums „Die richtige Ordnung. Gebietsreform Bayern" (München 1971) und die Veröffentlichung „Kommunale Gliederung in Bayern nach der Gebietsreform" (München / u. a. 1978), verfasst von Otto Reigl, Josef Schober und Gerhard Skoruppa, drei Beamten des Innenministeriums. Für nur wenige Landkreisgebiete in Bayern sind die Vorgänge um die Kreisreform bisher erforscht. Als wissenschaftliche Arbeit zu dieser Thematik ist der von Daniel Rittenauer stammende Beitrag über die „Landkreisreform von Schongau und Weilheim im Spiegel der Ministerialakten", erschienen in der Zeitschrift „Der Welf 12 (2012)", zu nennen.
Zur Kreisreform von Landkreis und Stadt Freising gibt es noch keine Arbeiten, sodass sich die Notwendigkeit eines intensiven Quellenstudiums ergibt. Daraus erklärt sich die Vielfalt an Archivbeständen, die herangezogen werden müssen, um ein Bild rekonstruieren zu können. Zu nennen sind folgende Archive und Bestände: Das Bayerische Hauptstaatsarchiv (BayHStA), durch dessen innenministerielle Überlieferung Einblick in die allgemeinen Planungen, aber auch speziell zum jeweiligen Landkreis, gewonnen werden kann. Das Staatsarchiv München (StAM) als für den Regierungsbezirk Oberbayern zuständige Einrichtung beherbergt die Überlieferung der Landrats- und Bezirksämter sowie der Regierung von Oberbayern. Die städtische Überlieferung im Stadtarchiv Freising (StadtAFS) ist in Hinblick auf die Aktenüberlieferung, die Stadtratsprotokolle und die Zeitungssammlung anzusprechen. Ferner sind Zeitzeugengespräche von großer Bedeutung, da personelle Netzwerke vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nur sehr schwer allein mit Hilfe der schriftlichen Überlieferung fassbar sind.

Stadt und Landkreis Freising

Bei der Untersuchung der Kreisreform am Beispiel Freisings sollte nicht der Rahmendiskurs der Kreisfreiheit an sich aufgegriffen werden, sondern

die synchronen Diskurse, die sich unter dem Dach der Diskussionsthematik „Kreisfreiheit“ entwickelten. Grundlage für die Aufarbeitung dieser parallelen Diskursstränge bildeten linguistische Wiederholungen im Kommunikationsablauf, die den Diskurs immer wieder neu konstruierten.[4] Als Quelle dafür dienten in erster Linie die Presseerzeugnisse, die im Kontext der vielfältigen archivalischen Überlieferung kritisch hinterfragt wurden. Im Zusammenhang mit dieser Fragestellung schälten sich fünf Hauptdiskurse heraus: ein Identitätsdiskurs, das heißt, inwieweit die Bevölkerung ihre städtische Identität einem Angriff durch die Reformmaßnahmen ausgesetzt sah. Im Fall Freisings muss hier eine eher geringe Identitätsverankerung in Bezug auf den Status der Kreisfreiheit attestiert werden. Als Beispiel sei hier die Besuchszahl einer Bürgerversammlung zum Thema Kreisreform vom September 1971 angeführt werden, zu der lediglich 80 Interessenten erschienen.[5] Auch das Volksbegehren zur Gebietsreform wurde mit 65 Stimmen kaum unterstützt.[6] Gering war ebenfalls der Zukunfts-Vergangenheits-Diskurs, beispielsweise inwiefern historische Bezüge als Argumente zum Erhalt der Kreisfreiheit herangezogen wurden. Stark vertreten war die Diskussion um Macht, ausgedrückt durch Streitigkeiten um die Hoheit über Finanz- und Rechtsangelegenheiten. Zur Vollständigkeit sei noch der CSU-Diskurs, der den Reformplänen parteipolitisches Kalkül anlastete, auch eng verknüpft mit dem München-Umland-Diskurs, genannt. Im Folgenden sollen nun drei Beispiele gestreift werden, die während der Beschäftigung mit der Landkreisreform 1971/72 immer wieder hervortraten.

„Rückkreisung“

Bei der Analyse der Presseerzeugnisse, vorrangig des Freisinger Tagblatts, fiel die häufige Verwendung des Begriffs „Rückkreisung“ auf. Parallel dazu wurde der Begriff der „Einkreisung“ verwendet. Während letzterer logisch erscheint, wirft der Begriff „Rückkreisung“ Fragen auf. Mit der Verwendung des Wortes „Rückkreisung“ statuierten die Akteure gegenüber dem Zuhörer oder Leser die scheinbare Tatsache, dass die Stadt „früher“ schon einmal der Kreisverwaltung angehörte und daher nun abermals dieser Zustand hergestellt werden sollte. Eine auf die Zukunft gerichtete, progressive Reform bediente sich der funktionalen Idee einer „besseren“ Vergangenheit. Das Wort „Rückkreisung“ trat nicht allein in den Presseerzeugnissen auf, sondern wurde bereits ab Januar 1971 im Innenministerium gebraucht.[7] Doch auf welchen konkreten vorherigen Zustand wurde hier Bezug genommen? Die einzige Periode im 20. Jahrhundert, in der Freising, wie auch andere bayerische Städte, dem Kreis angehörten, war

den Reformmaßnahmen des Dritten Reichs geschuldet. So galt Freising rückwirkend zum 1. April 1940 dem Kreis zugehörig, nach dem Kriegsende zum 8. März 1946 wurde die Stadt wieder kreisfrei. Im Laufe der Nachforschungen konnte nicht eruiert werden, ob die Formulierung unreflektiert und unabsichtlich gewählt wurde, oder ob sich sogar wirklich an die Zeit um 1940 zurückerinnert wurde, die nur knapp 30 Jahre zurücklag. Diese Rückerinnerung, dieses latente „Sich-Bewusstseins" eines anderen Verwaltungszustandes in den 1940er Jahren, dürfte am entscheidendsten die Wortprägung bestimmt haben. Ein Indiz ist auch die verblüffende Ähnlichkeit der Reformmaßnahmen, denn bis auf drei Ausnahmen (Kaufbeuren, Schwabach, Memmingen) deckte sich die Auswahl der einzukreisenden Städte. Damit soll den Verwaltungsreformern keine nationalsozialistische Ideologie unterstellt werden, sondern die Kontinuität von Ideen aufgezeigt werden, die nach über 30 Jahren erneut aufgefasst wurden, freilich in einem ganz anderen Kontext. Die Studie von Thomas Forstner kommt zu dem Ergebnis, dass der Reformentwurf von 1939 „ein sehr ausgewogenes und vernünftiges Konzept, keinesfalls ein Ausfluss nationalsozialistischer Gigantomanie" war.[8] So wurden Verwaltungsideen aus der Zeit des Nationalsozialismus nicht von vornherein abgelehnt, sondern in einem Schub von bundesweiter Planungseuphorie erneut aufgegriffen.

50.000 Einwohner

Als zweites Beispiel sei die „50.000-Einwohner"-Marke, die für den Status der Kreisfreiheit vorgesehen war, angeführt. Ministerpräsident Alfons Goppel sprach in seiner Regierungserklärung Ende Januar 1971 von einer Mindesteinwohnerzahl der kreisfreien Städte von 25.000 Personen.[9] Daher wurde auch die Stadt Freising vorerst nicht auf die Liste der einzukreisenden Städte gesetzt.[10] Doch bereits Ende März begannen in der Presse Spekulationen um eine Einkreisung der Stadt Freising.[11] Jedoch sprach Innenminister Merk erst im Mai 1971 offiziell von 50.000 Einwohnern als Mindestgrenze für den Erhalt der Kreisfreiheit.[12] Wodurch kam also der Umschwung Ende März zustande, auf den die Presseberichterstattung reagierte? Als ein auslösender Faktor kann sicherlich die außerordentliche Versammlung des bayerischen Landkreisverbandes in Passau am 17. März 1971 gesehen werden.[13] Die Landkreise forderten eine Mindestgröße der bayerischen kreisfreien Städte von 50.000 Einwohnern, da für die Landkreise auch eine höhere Grenze von 80.000 Einwohner angesetzt worden war. Der Landkreisverband trug jedoch nicht allein zu den Planungsänderungen des Innenministeriums bei. Denn bereits am 20. Januar 1971, also eine Woche vor der Regierungserklärung von Alfons Goppel, wur-

de in internen Schreiben des Innenministeriums mit der Richtlinie von über 50.000 Einwohnern für kreisfreie Städte gehandelt.[14] Somit war die Mindestgröße von 25.000 Einwohnern, die Goppel in seiner Regierungserklärung verwendete, eine Abschwächung des eigentlich anberaumten Reformprogramms. Doch auch an die Grenzmarke von 50.000 Einwohnern, die Innenminister Merk seit Mai 1971 vehement vertrat, hielt sich das Ministerium in seinen Ausführungen nicht. Als Beispiel hierfür dient die kreisfreie Stadt Schwabach.

Geografischer Rahmen

Abschließend sei auf den „geografischen Rahmen" der Gebietsreform hingewiesen. Von einer einheitlichen Reformmaßnahme in Bezug auf die kreisfreien Städte kann nicht gesprochen werden. So ließ sich weder ein Faktenrahmen abstecken, an dem sich das Innenministerium orientierte, noch konnten geographische Gesichtspunkte ausfindig gemacht werden. Auffällig ist die Tatsache, dass insbesondere in Oberbayern, dem Regierungsbezirk mit der bereits in den 1970er Jahren anwachsenden Bevölkerung, die kreisfreien Städte minimiert wurden. Es entstand ein „Ring" um München mit einem Abstand zur Landeshauptstadt von mindestens 70 Kilometern. Abschließend ein Hinweis: Die kreisfreie Stadt Schwabach, in unmittelbarer Nähe zu Nürnberg gelegen, sollte die Funktion einer „Entlastungsstadt" im Ballungsraum bilden. Diese Option und damit auch der Erhalt der Kreisfreiheit, war für die Stadt Freising wie auch für andere Städte um München brisant.[15]
Dieser Beitrag zur Landkreisreform von 1971/72 am Beispiel von Stadt und Landkreis Freising kann nur einen kleinen Einblick in die Gebietsreformmaßnahmen jener Zeit geben, sodass wir auf weitere Forschungsarbeiten gespannt sein dürfen.

Die kreisfreien Städte vor und nach 1972: Die blauen Kästchen zeigen die aufgelösten kreisfreien Städte, die schwarz ausgefüllten Flächen stellen die auch nach 1972 kreisfreien Städte dar.

Anmerkungen

1 BayHStA, MInn 100170: „Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte“, abgefasst von Regierungsdirektor Dr. Otto Reigl, München, 14.03.1972.

2 Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1971, Nr. 26, S. 495-515.

3 Siehe u. a. folgende Publikationen, die im Zuge der Versammlungen des bayerischen Städteverbandes entstanden: Die Finanzlage der bayerischen Städte und Gemeinden. Bericht über die 14. öffentliche Vollversammlung des Bayerischen Städteverbandes am 1. Juli 1966 in Nürnberg, München 1966; Heute arme Städte – morgen arme Bürger. Bericht über die 40. öffentliche Vollversammlung des Bayerischen Städteverbandes am 30. April 1971 in Schwabach, München 1971; Publikation des Deutschen Städtetages: Rettet unsere Städte jetzt! Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 16. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 25. bis 27. Mai 1971 in München, München 1971.

4 Vergleiche Wengeler, Martin / Ziem, Alexander: „Wirtschaftskrisen“ im Wandel der Zeit. Eine diskurslinguistische Pilotstudie zum Wandel von Argumentationsmustern und Metapherngebrauch, in: Landwehr, Achim (Hg.): Diskursiver Wandel, Wiesbaden 2010, S. 335-354.

5 StadtAFS, Akten nach 1945 Nr. 04700253: Regionalanzeiger, 14.09.1971. Vergleiche auch: Freisinger Tagblatt, 10.09.1971. Weitere Unterlagen zu den Besucherzahlen konnten nicht aufgefunden werden, ebenso wenig ist ein Protokoll der Bürgerversammlung vorhanden.

6 Hacker, Peter: Freising – was die Stadt im 20. Jahrhundert bewegte, Passau 2002, S. 146.

7 BayHStA, MInn 100192: „Richtlinien für Vorschläge zur Kreisreform“, Innenministerium an Regierung von Oberbayern, 20.01.1971.

8 Forstner, Thomas: Die verhinderte Reform. Planungen zur Neueinteilung der Landkreise und ihr Scheitern, in: Rumschöttel, Hermann / Ziegler, Walter (Hg.): Staat und Gaue in der NS-Zeit. Bayern 1933-1945, S.443-504, hier: S. 501.

9 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Alfons Goppel vor dem Bayerischen Landtag am 27.11.1971, in: Gelberg, Karl-Ulrich / Latzin, Ellen (Bearb.): Quellen zur politischen Geschichte Bayerns in der Nachkriegszeit, Band II: 1957-1978, (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit A 113) München 2005, S. 420-441, hier S. 436.

10 StAM, Landratsämter neu/ab 1972 9025: Regierungspräsident Dr. Deinlein an Innenministerium, 26.02.1971.

11 StadtAFS, Zeitungssammlung: Freisinger Tagblatt, 27./28.03.1971.

12 Gebiets- und Verwaltungsreform in Bayern. Grundsätzliche Ausführungen des Bayerischen Staatsministers des Innern Bruno Merk Mai 1971, in: Gelberg / Latzin (wie Anm. 9), S. 457-466, hier S. 465.

[13] StadtAFS, Akten nach 1945 Nr. 04700253: Regionalanzeiger, 08.04.1971. Ebenso ist in diesem Zusammenhang die Forderung des Landrats Schrittenloher zu sehen, „Stadt Freising zum Landkreis". Siehe StadtAFS, Zeitungssammlung: Freisinger Tagblatt, 02.04.1971.

[14] BayHStA, MInn 100192: „Richtlinien für Vorschläge zur Kreisreform", Innenministerium an Regierung von Oberbayern, 20.1.1971.

[15] StadtAFS, Stadtratsprotokoll 1971: Stellungnahme des Oberbürgermeisters Schäfer zum Anhörungsverfahren, 14.09.1971 (S. 8).

Abbildungsnachweis

- Isabella Hödl-Notter, Freising.

Raphael Gerhardt

Die Gemeindegebietsreform am Beispiel Altusried (Lkr. Oberallgäu) –

Chancen und Bedingungen lokaler Forschung

Der Vortrag beschäftigte sich mit der Frage nach möglichen Quellen sowie methodischen Zugriffen und Problemen bei der Erforschung von Gemeindezusammenschlüssen ausgehend vom Einzelfall Altusried. Zum 1. Januar 1972 – und damit schon zu Beginn der Freiwilligkeitsphase – schlossen sich die fünf Gemeinden Altusried, Kimratshofen, Krugzell, Frauenzell und Muthmannshofen im heutigen Landkreis Oberallgäu zu einer Marktgemeinde zusammen. Altusried, mit circa 3.200 Einwohnern die größte der fünf Gemeinden, wurde Sitz und Zentrum der neuen Großgemeinde mit nunmehr über 6.700 Einwohnern.

1. Kontextualisierung

Bei lokal- und regionalgeschichtlichen Themen ermöglicht es erst eine breite Kontextualisierung, den Einzelfall in allgemeinere Zusammenhänge einzuordnen und dessen Besonderheit oder Normalität zu beurteilen. Für die Situation der Landgemeinden und die ländlichen Eliten in der Nachkriegszeit existiert einschlägige Forschungsliteratur[1], die dabei hilft, die Vorgeschichte der aufgelösten Gemeinden zu erarbeiten. Neben gedruckten Quellen wie den zeitgenössischen Bänden aus der Reihe „Unser Landkreis“[2] und Datenmaterial des Bayerischen Statistischen Landesamtes war für Altusried vor allem die Überlieferung des Landratsamtes Kempten im Staatsarchiv Augsburg ergiebig: Im Vorfeld der Gemeindegebietsreform erhob jedes Landratsamt über standardisierte Fragebögen Eckdaten zu Bevölkerungsgröße, Infrastruktur, Verwaltung und Finanzen der betroffenen Gemeinden. Vergleichende Ansätze, bei denen der Blick über Landkreis- und Landesgrenzen hinaus gerichtet wird, ermöglichen zusätzlich eine differenziertere Sicht auf das eigene Untersuchungsobjekt.

2. Akteure

Eine wichtige Rolle für die Erforschung der Gemeindegebietsreform spielen die beteiligten Akteure. Das Handeln der auf übergeordneter Ebene

agierenden Personen wie Landräte oder Abgeordneten lässt sich relativ gut aus der archivalischen Überlieferung der Gemeinde und des Landratsamtes sowie in Einzelfällen des Innenministeriums rekonstruieren. Maßgeblich waren im Fall von Altusried jedoch die Bürgermeister der fünf Gemeinden und damit die Akteure vor Ort. Um eine Vorstellung von deren mentalen Hintergründen und politischen Spielräumen zu bekommen, bietet es sich an, Sozialprofile mit den Faktoren Generationszugehörigkeit, Beruf, Parteimitgliedschaft sowie weitere Ämter und Funktionen zu erstellen. Für meine Arbeit konnte dies anhand der Überlieferung im Amtsblatt und in der Presse weitgehend erschlossen werden. Besonders zu Geburtstagen, Amtsjubiläen oder im Falle des Ablebens fanden sich dort summarische Antworten auf die genannten Fragen. Weitere Informationen lieferten persönliche Nachlässe und Zeitzeugenbefragungen.

3. Verlauf und Argumentationsmuster

Der chronologische Verlauf der Entscheidungsfindung und des Zusammenschlusses ließ sich im Fall von Altusried problemlos aus dem Amtsblatt sowie den Akten der Gemeinde und des Landratsamtes nachvollziehen. Fanden, wie in Altusried, nach der Eingemeindung Neuwahlen des Bürgermeisters und des Gemeinderates statt, so ist vor allem interessant, wie sich die politische Interessenvertretung der ehemals selbständigen Gemeinden nun gestaltete. Vor allem die neuen Ortsteillisten spielten hier eine entscheidende Rolle. Angesichts der Überlieferung in örtlichem Amtsblatt und regionaler Presse sind Wahlverlauf und -ergebnisse relativ leicht zu erforschen. Was die im Vorfeld der Eingemeindung bemühten Argumente der einzelnen Akteure angeht, so lässt sich feststellen, dass sowohl vom Landratsamt als auch von den treibenden Kräften vor Ort die Argumente der Bayerischen Staatsregierung beinahe im Originalton übernommen wurden. Hinweise auf Ängste und Bedenken in den eingemeindeten Orten und in der Bevölkerung fanden sich hingegen nur vereinzelt in Berichten über die Bürgerversammlungen oder in Gemeinderatsprotokollen. Hier musste auf Zeitzeugen zurückgegriffen werden, zumal das Gemeindearchiv gerade für die aufgelösten Gemeinden keine lückenlose Überlieferung mehr bereithielt.

4. Eingemeindungsverträge

Zwischen den aufgelösten Gemeinden und der aufnehmenden Gemeinde wurden Vereinbarungen getroffen und in Eingemeindungsverträgen fest-

gehalten. Diese Verträge fanden sich sowohl in den Gemeindearchiven als auch in der Überlieferung der Landratsämter und enthalten neben konkreten Vereinbarungen bezüglich verwaltungstechnischer und haushaltsrechtlicher Veränderungen auch Hinweise auf Bedenken und Forderungen der eingemeindeten Orte sowie Vereinbarungen über die Verwendung der staatlichen Sonderzuweisungen. Die Eingemeindungsverträge stellen somit einen ersten Ausgangspunkt für weitere Recherchen dar.
Gerade die historischen Vereine können bei diesem Themengebiet ihre lokale und regionale Kompetenz ausnutzen und dazu beitragen, dass zumindest das historische Gedächtnis der aufgelösten Gemeinden erhalten bleibt.

Anmerkungen

1 Balcar, Jaromír: Die Kosten der Erschließung. Kommunale Infrastrukturpolitik auf dem Land und ihre Folgen für die Gemeinden (1948-1972); in: Münkel, Daniela (Hg.): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn; Göttingen 2000, S.249-277; Ders.: Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972, München 2004; Exner, Peter: Beständigkeit und Veränderung. Konstanz und Wandel traditioneller Orientierungs- und Verhaltensmuster in Landwirtschaft und ländlicher Gesellschaft in Westfalen 1919-1969, in: Frese, Matthias / Prinz, Michael (Hg.): Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S.279-326.

2 Unser Landkreis Kempten, hg. v. d. Bayerischen Staatskanzlei u. d. Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, München 1969.

Julia Rinser

Nach der Reform. Die Auswirkungen der Gemeindegebietsreform in Bayern an ausgewählten Beispielen (1978-2008)

„Wenn wir nun in ein anderes Dorf aufgehen, dann geschieht dies nicht, weil wir unfähig sind uns selbst zu verwalten, sondern weil das Gesetz einfach den Galgenstrick gelegt hat."[1] Was der Bürgermeister Bruno Hauck aus Wechterswinkel im Landkreis Rhön-Grabfeld hier berichtet, mögen viele Gemeindeoberhäupter zum Ende der Gemeindegebietsreform in Bayern 1978 so empfunden haben. Viele Gemeinden gaben nicht freiwillig ihre Selbständigkeit auf. Was würde nun werden in einer neuen Gemeinde, vielleicht auch einem neuen Landkreis? Wie würde sich weiterhin um das Dorf, um seine Bewohner und ihre Anliegen gekümmert werden? Würden sich die Menschen auch in den neuen Institutionen engagieren und wie könnte eine Zusammenarbeit der teilweise ungleichen Partner aussehen?

Diese Arbeit beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Gebietsreform in Bayern auf Gemeinden im ländlichen Raum. Im Fokus des Interesses stehen Entwicklungen selbständiger und eingemeindeter Gemeinden nach der Gebietsreform, wobei vorrangig politische und infrastrukturelle Veränderungen in den Dörfern untersucht werden. Themen sind dabei die Aufgaben der Gemeinden, wie das kommunale Bauwesen, also die Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten, aber auch der Bau von Schulen, Kindergärten, Veranstaltungsräumen und Bauhöfen, das Infrastrukturwesen, vom Verkehr bis zur Wasserversorgung, oder das kommunale Kulturleben, die Förderung von Vereinen und die Ausrichtung gemeindlicher Feste. Während für Gemeinden, die selbständig blieben, diese Aufgaben weiterhin von der eigenen Verwaltung und der eigenen politischen Vertretung erfüllt wurden, waren eingemeindete Dörfer nun auf die aufnehmende Kommune angewiesen.

Um den Auswirkungen der Gebietsreform in den genannten Bereichen auf die Spur zu kommen, bedient sich diese Arbeit dem Mittel des Vergleichs, und zwar des Vergleichs zwischen je einer eingemeindeten und einer selbständig gebliebenen Gemeinde in drei verschiedenen Landkreisen. Der Vergleich offenbart die Relevanz bestimmter Entwicklungen beim Blick auf die Auswirkungen der Gebietsreform und bewahrt vor voreilig gezogenen Kausalketten, die nicht im Zusammenhang mit den Reformmaßnahmen, sondern mit gesamtgesellschaftlichen oder regionalspezifischen Entwicklungen gesehen werden müssen.

Die sechs in dieser Arbeit untersuchten Dörfer und Gemeinden werden nicht um ihrer selbst willen unter die Lupe genommen. Es geht nicht um die Geschichte eines bestimmten Ortes. Analog zu den Ansätzen der Mikrohistorie verfolgt diese Studie das Ziel, durch die sehr genaue Untersuchung kleiner Einheiten und die Kontextualisierung der Ergebnisse mit den Mitteln des Vergleichs zu darüber hinausführenden Erkenntnissen zu gelangen. Es geht um das Wie der Strategien dörflicher Entwicklung, die eingemeindete Ortschaften und ihre Bewohner genauso wie aufnehmende oder selbständig gebliebene Gemeinden nach der Gebietsreform verfolgten.

Neben amtlichen Veröffentlichungen, im besonderen Maße des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung, aus denen statistische Daten zu einer Vielzahl bayerischen Dörfer entnommen werden konnten, und den Akten mehrerer Staatsarchive, beruhte diese Arbeit vor allem auf Quellen aus kommunalen Archiven. Für diese Studie wurden alle Arten von Unterlagen der Gemeinden, Gemeinderatsprotokolle, Presseerzeugnisse, Schriften von Vereinen sowie graue Literatur ausgewertet. Auf Ebene der jeweiligen Landkreise kamen dazu die Bodenrichtwerte für die untersuchten Gemeinden und Dörfer sowie weiteres Material aus den Kreisdokumentationen. Neben dem amtlichen Schriftgut fanden sich so viele Quellen, die die Wechselwirkung der politisch-administrativen auf die soziale, kulturelle und gesellschaftliche Ebene zum Ausdruck bringen.

Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen, aber es lassen sich bereits Tendenzen festhalten. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass alle Aufgaben, die zu den Pflichtaufgaben der Gemeinden gehörten, auch für eingemeindete Gemeindeteile weiterhin erfüllt wurden. Die Straßen wurden weiterhin in Stand gehalten, die Wasserversorgung sichergestellt, die Feuerwehren mit Ausrüstung versehen. Bei allem, was darüber hinaus ging, können Unterschiede bemerkt werden. Deutlich wird das beispielsweise bei dem Bau von Veranstaltungshäusern. Diese wurden wie selbstverständlich nur in den Zentralort gesetzt, selbst wenn, wie in einer Gemeinde, mehrere Neubauten in kurzer Zeit entstanden. Verstärkt wurden diese Tendenzen immer, wenn die Eingemeindung des jeweiligen Ortes mit vielen Reibereien und Streitigkeiten verlaufen war. So war es für die eine Gemeinde nicht denkbar, auch eine Kindergartengruppe in dem Nachbarort einzurichten, der sich so vehement gegen seine Eingemeindung gewehrt hatte, während in anderen Gemeinden, wo die Eingemeindungen harmonischer verlaufen waren, dies durchaus geschah.

Anmerkung

[1] Gemeindearchiv Bastheim, Wechterswinkel, Akten 1 [enthält Unterlagen der Altgemeinde Wechterswinkel zur Gebietsreform], Ansprache des Bürgermeisters Bruno Hauck zur Feierstunde anlässlich des letzten Tages der Gemeinde Wechterswinkel am 30. April 1978.

Forum Bayern

Ernst Schütz

„Das Wesen der Geschichte ist gerade ihr Kontinuum“[1] Historische Arbeit in der Region am Beispiel des niederbayerischen Geschichtsvereins für den Landkreis Deggendorf und seiner Vorläufer

Obrigkeit und Heimatgeschichte

Wer sich über die Anfänge des Geschichtsvereinswesens im Königreich Bayern kundig machen will, der wird sich zu allererst mit den Historischen Vereinen der einzelnen Regierungsbezirke befassen müssen. Basierend auf dem Wunsche König Ludwigs I. (1825-1848), den auf verschiedenen Geschichtslandschaften beruhenden innerbayerischen Regionalismus in den Dienst der neuen bayerischen Staatsidee und eines wechselseitigen Treueverhältnisses zwischen Monarch und Bevölkerung zu nehmen, nahmen sie ihren Anfang mit dem Aufruf des aus dem wittelsbachischen Düsseldorf gebürtigen Innenministers Eduard von Schenk (1788-1841) an die einzelnen Regierungspräsidenten vom Mai 1830, in jedem der bayerischen Kreise einen solchen Verein zu schaffen. Wo mit dem Ende des Ständestaates ein weltanschauliches Vakuum entstanden war, sollte auf diese Weise eine gefühlte historische Kontinuität für den König und „sein“ Volk wiederhergestellt werden, die sich ebenso identitätsstiftend wie loyalitätsfördernd auswirken würde und mit einem als rückständig empfundenen „Bajuvarismus“ (wie Graf Armansperg von Schloss Egg / Lkr. Deggendorf ihn abfällig nannte) erst einmal nichts zu tun hatte.[2] Die Geschichte nicht „als das Gewesene, sondern das, was noch ist, wenn auch in einer früheren Gestalt und Form“ zu betrachten, wie sich später der Historiker Michael Freund ausdrückte,[3] sollte eine nützliche Disziplin für die Gegenwart werden. Ist Ludwigs Wunsch aber auch in Erfüllung gegangen? Als wie kontinuierlich und gegenwartsbezogen hat sich dieser Ansatz in der Fläche des neuen Bayern in Wirklichkeit erwiesen? Wie sinnvoll war er überhaupt – und inwiefern auch instrumentalisierbar? Wir wollen dieser Frage

anhand seiner Umsetzung auf dem Gebiet des heutigen Landkreises Deggendorf nachspüren.

Die vielen Väter des Erfolgs – auch in der heimatgeschichtlichen Forschung

Noch am 13. August 1830 gründete sich in Passau der „Historische Verein für den Unterdonaukreis“ unter dem Vorsitz des aus Franken gebürtigen Regierungspräsidenten Adam Joseph Freiherr von Mulzer (1777-1831), der alleine durch seine Biographie Alt- mit Neubayern und die alte mit der neuen Zeit verband. Dass er auch in anderer Hinsicht der passende Mann gewesen wäre, seinen Auftrag entlang der niederbayerischen Donau mit Leben zu erfüllen, belegen seine 1846 posthum veröffentlichten Forschungen zum Castrum Quintana (Künzing, damals Landgerichtsbezirk Osterhofen im Landgericht Vilshofen), das zu den archäologischen Aushängeschildern des modernen Landkreises Deggendorf zählt. Drei Heimatforscher aus dem Umkreis Deggendorfs traten dem Verein umgehend bei, nämlich der Kooperator Josef Klämpfl (1800-1873), der 1831 seine umfassende historisch-topographische Beschreibung des Schweinach- und Quinzingaus veröffentlichte,[4] der Student Franz S. Baumgartner, der 1833 eine Geschichte der Ritterburg Winzer an der Donau publizierte, sowie der Deggendorfer Bürgermeister Josef Schreiner (1787-1847), der sich vor allem mit der stadthistorischen Forschung beschäftigte. Mulzers früher Tod sowie die Reorganisation der Kreise anno 1838 brachten den Verein dann aber relativ rasch zum Erliegen. 1844 musste er in der neuen Kreishauptstadt Landshut unter dem Namen „Historischer Verein für Niederbayern“ erneut ins Leben gerufen werden, bevor er nach intensiver Werbung endlich ein wenig an Boden zu gewinnen begann. Für die weitere Arbeit sollten nun neben qualifizierten Staatsbeamten verstärkt adelige Gutsbesitzer, Pfarrer und vor allem Lehrer zur Mitarbeit bewogen werden.[5] So traten etwa Joseph Graf Armansperg von Egg (1787-1853), Philipp Graf Hundt von Offenberg (1806-1885), Abt Gregor Scherr von Metten (1804-1877) sowie der eine oder andere Landgerichts-Assessor der Neugründung bei. Michael Härtl konnte 1853 in Anknüpfung an Klämpfl und Mulzer eine ausführliche Neudarstellung des Künzengaus publizieren. Dem misslungenen ersten Anlauf schien jedoch aus Deggendorfer Sicht ein weiterer Fehlstart zu folgen: unter den maximal zwei Dutzend verzeichneten Mitgliedern aus dem genannten Raum befindet sich keiner, der im Folgenden auch nur durch eine einzige heimatgeschichtliche Publikation aufgefallen wäre. Tatsächlich scheint eine nennenswerte Initiative zu historischer Forschung hier vor allem von anderer Stelle ausgegangen zu

sein – auch hierbei hatte jedoch, wenngleich nur indirekt, Ludwig I. seine Finger im Spiel gehabt.
Aus der festen Überzeugung heraus, dass sich die Säkularisation als inhumane Maßnahme einer „human par excellence sich nennenden Zeit“[6] entpuppt habe, fühlte sich der angebliche Romantiker auf dem Thron dem Wortlaut des Konkordats von 1817 verpflichtet, in seinem Lande einige ausgewählte Ordensniederlassungen wiederentstehen zu lassen. Auf der Suche nach einer hierfür passenden Lokalität war er deshalb auf das Angebot des Johann Baptist von Pronath auf Offenberg (1757-1839) eingegangen, die sich in dessen Hand befindlichen Gebäude der ehemaligen landständischen Abtei Metten zur Wiedergründung eines ersten benediktinischen Konvents im Königreich zu nutzen. Der Halbbruder des einstigen Prüfeninger Abtes Martin Pronath OSB (1738-1790) und nachmalige Schwiegeronkel des Vorsitzenden des „Historischen Vereins für Oberbayern“ Friedrich Hektor Graf von Hundt (1809-1881) konnte mit der gleichen Genugtuung wie sein König erreichen, dass am 1. Juni 1830 dort wieder Benediktiner ihr tägliches Chorgebet aufnahmen. Zehn Jahre später wurde das Priorat zur Abtei erhoben. Und was der König aus geschichtspolitischer Sicht für sich und sein Reich anstrebte, das musste natürlich auch den Mönchen des heiligen Benedikt ein Anliegen sein: eine historisch begründete Selbstlegitimierung sowie eine erneute Traditionsbildung. Nach der erzwungenen 27-jährigen „Auszeit“ galt der erste Schwerpunkt ihrer Beschäftigung mit der Geschichte inmitten eines aufgeklärten und wirtschaftsliberalen Staates deshalb einer ordens- und abteigeschichtlichen Nabelschau, die mit der Nähe zum Königshaus sowie zum vermeintlichen Gründer Karl dem Großen (768/88-814) kokettierte und noch keine „klassische“ heimatgeschichtliche Forschung anstrebte – sie jedoch quasi als Nebenprodukt von An-

Kloster Metten
und
seine Umgebungen.
Von
Georg Aichinger,
Landshut, 1859.

Abb. 1: Ein erstes Buch zur Heimatgeschichte rund um Deggendorf: Georg Aichingers umfangreiches Werk aus dem Jahr 1859.

fang an antizipierte. P. Rupert Mittermüllers (1814-1893) „Kloster Metten und seine Aebte“ (Straubing 1857) kam ebenso wenig ohne eine Einbettung in die Geschichte der näheren Umgebung aus wie das kenntnisreiche Werk des Altmetteners Georg Aichinger (1835-1916), der in „Kloster Metten und seine Umgebungen“ (Landshut 1859) beinahe das gesamte Landgericht älterer Ordnung (bzw. das seit 1862 bestehende Bezirksamt) Deggendorf historisch abdeckte. (Abb. 1)

Wenn sich daran auch keine Zielvorgabe hin zu einer Heimatgeschichtsschreibung unter Mettener Ägide ablesen lässt, so stärkte die eigentliche Aufgabe der Mettener Historiographie, nämlich ihre Mitwirkung am historischen Stellvertreterkrieg gegen Liberalismus und kleindeutschen Nationalismus im Rahmen des sogenannten „Kulturkampfes“, die geschichtswissenschaftliche Kompetenz der Professen ganz ungemein: Gegenüber ihren protestantischen Kontrahenten durften sie sich keine Blöße leisten. P. Rupert Mittermüller publizierte fachkundig im Mainzer „Katholik“ über Bischof Pilgrim von Passau (1867) und sein einstiger Novize P. Benedikt Braunmüller (1825-1898) erregte überregionales, wenn nicht gar landesweites Aufsehen mit seiner bereits 1857 anonym erschienenen Streitschrift über Heinrich von Sybels „Verhältniß der ersten Christen zu Staat und Gesellschaft im römischen Reiche“. Er, der sich schon als Student bei der Beerdigung Joseph von Görres’ (1776-1848) als Pferdeführer und Sargträger beteiligt hatte, war selbstverständlich auch an der Gründung des „Historischen Jahrbuchs der Görres-Gesellschaft“ und an der Gründung der „Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens“ beteiligt, in denen bis heute profunde Beiträge zur historischen Forschung publiziert werden. Auch in den „Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland“, die seit 1838 von Görres und dem Deggendorfer Paulskirchen-Abgeordneten George Philipps (1804-1872) herausgegeben wurden, findet sich der eine oder andere Beitrag aus kundiger Mettener Hand. Über den hauseigenen Schülerkreis kann zudem manch gewichtiger Kontakt vermutet werden, wie etwa über den Altmettener Historiker Andreas Niedermayer (1835-1872), der es zum wissenschaftlichen Mitarbeiter Johann Friedrich Böhmers (1795-1863) gebracht hatte. Auch der Name eines Michael Doeberl (1861-1928) sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, und indirekt ist sogar Sigmund von Riezler (1843-1927) zu diesem Kreis zu zählen, dessen Münchener Ludwigsgymnasium während seiner Schulzeit von Mettener Mönchen betrieben und geleitet wurde.[7]

Es überrascht deshalb nicht wirklich, dass sich die historiographisch derart geschulten Mönche nach dem Ende des Kulturkampfs (und zeitweilig auch schon davor) mit Überzeugung und Elan in die Erforschung und Darstellung der Landes-, Regional- und Heimatgeschichte einbrachten. P. Franz Xaver Sulzbecks anonymer Beitrag über die von Steinkirchen (Pfarrei Mi-

chaelsbuch, Lkr. Deggendorf) aus geschehene Gründung des Kapuzinerinnenklosters in Assisi zu Beginn des 18. Jahrhunderts in der „Landshuter Zeitung“ (1855) mag davon ebenso beredtes Zeugnis ablegen wie Braunmüllers Mehrteiler über den Natternberg und die Grafen von Bogen (1873/76) oder seine Studie über „Hermann, Abt von Niederaltaich“ (1876), die er schließlich auch in den „Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern“ abdrucken ließ. (Abb. 2) Zur selben Zeit taucht das Kloster Metten inmitten der Gönnerschar des Vereins auf, so dass spätestens ab diesem Zeitpunkt mit vereinten Kräften an der Erforschung der Heimatgeschichte gearbeitet wurde, wie etwa an der 1894 vom Vereinskollegen Georg Bauer veröffentlichten „Chronik der kgl. unmittelbaren Stadt Deggendorf“, so dass Ludwigs I. Traum nun endlich erfüllt schien.[8] Bauer hatte für seine Abhandlung unter anderem die Verhandlungen der historischen Vereine von Ober- und Niederbayern und die Notizen des Mettener Abtes Dr. Braunmüller ausgewertet.

I.

Der Natternberg.

I. Abtheilung.

Abb. 2: Nach und nach dringt der „Historische Verein für Niederbayern“ auch in Deggendorfer Gefilde vor: P. Benedikt Braunmüllers Abhandlung über den Natternberg, 1873-1875.

Eine echte, über die Elitezirkel des Vereins oder gar des Landes hinausreichende Breitenwirkung war damit allerdings noch lange nicht gegeben – ganz anders als etwa in der Seelsorgearbeit, mit der die Mönche bis zur Genüge eingedeckt waren. Dieses Manko mag manchem von ihnen umso mehr bewusst geworden sein, als auch einige Schüler beziehungsweise Absolventen des Mettener Gymnasiums mittlerweile zu bekannten Volkskundlern oder volkskundlichen Schriftstellern avanciert waren, wie zum Beispiel der Heimatforscher Pfarrer Joseph Schlicht (1832-1917) oder der Heimatliterat Maximilian Schmidt, genannt Waldschmidt (1832-1919). Eine Gelegenheit zur Abhilfe wurde schließlich gefunden: Es war die päpstliche Kultanerkennung für die Seligen Gamelbert und Utto, für die man sich seit den Forschungen P. Bernhard Ponschabs (1862-1914), der Kaiser Karl als Klostergründer endgültig deinstallierte, seit einigen Jahren eingesetzt hatte. Nachdem der Apostolische Stuhl am 25. August 1909 den

„Durch Gäu & Wald.“

Abb. 3: Ein eigenes heimatgeschichtliches Organ für das „zwischen Gäu und Wald“ gelegene Bezirksamt Deggendorf und Umgebung (1912-1955).

formalen Akt vollzogen und die liturgische, seit „undenklicher Zeit“ bestehende Verehrung der beiden Seligen gestattete, konnten der echte Gründer und der erste Abt des Klosters fortan bei der Taufe ebenso wie bei der Profess der Mönche als Patrone fungieren. Ihre Bilder und Reliquien durften öffentlich aufgestellt und verehrt werden. Ponschabs ehemaliger Novize P. Ildephons Poll (1885-1940) nahm sich deshalb der Aufgabe an, ihren Kult öffentlich bekannt zu machen und ihre Geschichte unters (gläubige) Volk zu bringen. Für den „Deggendorfer Donauboten“ verfasste er eine für die breite Bevölkerung taugliche Darstellung, die er in die nun noch ältere, knapp 1150-jährige Gesamtgeschichte des Klosters einzubetten versuchte. Eigentlich Naturwissenschaftler mit musischer Neigung, fiel ihm dies überhaupt nicht schwer, hatte er sich doch schon als Mitglied der Berliner „Gesellschaft für Geschichte und Bibliographie des Brauwesens“ in aller Stille und Bescheidenheit mit mehreren historischen Monographien zu verschiedenen Klosterbrauereien hervorgetan. Ermuntert durch die große Resonanz auf seine Arbeit, gab er die Beiträge auch als Büchlein heraus[9] und verfasste einige weitere heimatgeschichtliche Beiträge in der Zeitschrift „Der Bayerwald“. Es wuchs in ihm aber schließlich die Erkenntnis, dass man ein eigenes Organ benötige, um die Menschen der engeren Umgebung dauerhaft anzusprechen. Es war dies die Geburtsstunde der Zeitungsbeilage „Durch Gäu und Wald“, die seit 1912 dem „Deggendorfer Donauboten“ beigegeben wurde. (Abb. 3)

Aus dem 1871 von den „Deggendorfer Dioskuren“ Pfarrer Dr. Conrad Pfahler MdR (1826-1887) und Freiherr Franz Xaver Hafenbrädl MdL (1818-1900) mit Unterstützung aus Metten gegründeten Blatt des überregional bedeutenden „Bayerisch-Patriotischen Bauernvereins Deggendorf“ war längst eine etablierte Tageszeitung geworden, die zwar nach wie vor eine konservative Klientel bediente – aber sich gerade dadurch für eine heimatgeschichtliche Beilage als ideal erwies. Man folgte im Bezirksamt

Deggendorf damit einem Trend der Zeit: Auch andere Periodika sprossen damals wie Pilze aus dem Boden, wie etwa im selben Jahr die „Niederbayerische Monatsschrift“ (nachmals „Ostbairische Grenzmarken“) oder die bereits 1899 in Kaufbeuren gegründete Zeitschrift „Deutsche Gaue“ des Vereins zur Förderung der Heimatkunde. Auf dem heutigen Landkreisgebiet ist zudem das mittelfristig erfolgreiche volkskundliche Unternehmen der „Mitteilungen und Umfragen der Sammelstelle für Niederbayerische Volkskunde“, einer Beilage des „Boten vom Bayerischen Wald“, zu nennen, die seit 1908 von dem in Winzer tätigen Sagenforscher Michael Waltinger (1874-1957) herausgegeben und in Deggendorf redigiert wurde.
Eine alleinige heimathistorische Initiative des Klosters Metten lässt sich aber auch hieraus wiederum nicht ableiten. Ob nun aus einem liberalen, antiklerikalen Ansinnen einer selbstbewussten neuen Bürgerschicht heraus oder auch aufgrund völlig anderer, bislang unbekannter Beweggründe hatte sich jedenfalls nach der Gründung des „Historischen Vereins für Straubing und Umgebung“ (1898) im Jahr 1902 der Deggendorfer Kaufmann Alois Stinglwagner daran gemacht, einen eigenen „Historischen Verein für Deggendorf“ ins Leben zu rufen. Das Projekt wurde vom rechtskundigen Bürgermeister Johann Nepomuk Kinskofer unterstützt und erfreute sich sehr schnell einer großen Mitgliederzahl. Neben den Lehrern und den Angehörigen der Deggendorfer Gewerbebetriebe mit potentiellem Blick über den städtischen Tellerrand hinaus tauchen allerdings keine weiteren Interessengruppen im Mitgliederverzeichnis auf. Ein eigenes Periodikum konnte der Verein ebenfalls nicht bewerkstelligen. Er verschwindet stattdessen aus bislang unbekannten Gründen kurz darauf wieder aus der Aktenüberlieferung.

Von der Tendenzdisziplin zum Allgemeingut

Zwei Jahre nach Einführung der Zeitungsbeilage „Durch Gäu und Wald“ brach der Große Krieg aus, der natürlich auch in Deggendorf seinen Tribut forderte und das Erscheinen des Blattes nach drei Jahren zum Erliegen brachte. Die als bitter empfundene Niederlage sowie die Einführung einer demokratischen Staatsform, nach der sich viele nicht gesehnt hatten, führte nach 1918 im gesamten Land zu zweierlei Effekten: Erstens begann sich ein sich intensivierendes Nationalgefühl breitzumachen, zweitens wurde zugleich ein starkes Verlangen spürbar, sich aus den Unbilden des Weltgeschehens ein wenig zurückzuziehen und die Vertrautheit der eigenen „Heimat“ sowie ihrer Traditionen und Geschichte stärker in den Blick zu nehmen. Und was für Bayern insgesamt gilt,[10] das gilt natürlich auch für Deggendorf: So hielt hier der Stadtkooperator im Winter 1919 einen ers-

ten historischen Vortrag zum Thema „Handwerksinnungen und Zunftwesen“, der sich neben den zahlreichen volksbildenden Veranstaltungen anderer Vereine ein großes Publikum sichern konnte. Im Februar 1920 folgte ein Vortrag des Bezirksbaumeisters über die „Heimatgeschichte von Deggendorf und Umgebung“ mit einer Anzahl von mehreren hundert Besuchern, so dass bald die Idee aufkam, erneut einen Historischen Verein für Deggendorf zu gründen, um der „Liebe zur Heimat und Liebe zum Alten“ Ausdruck zu verleihen. Als Gründungsmitglieder wurden sogleich – und wenig überraschend – angedacht: der Abt von Metten, der Stadtpfarrer und das Redemptoristenkloster, das die pseudo-historische, antijudaistische „Deggendorfer Gnad“ betreute.[11] Es sollte jedoch kein Gelehrtenverein nach dem Vorbild des 19. Jahrhunderts sein, sondern eine Vereinigung, die eine aktive Öffentlichkeitsarbeit pflegt und so tief wie möglich in der Bevölkerung verwurzelt ist. Dem Gedanken folgte bald die Tat: Nach dem Muster der heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft „Inn-Salzachgau“, die im August 1921 eine Heimattagung in Passau abhielt, formierte sich die Vereinigung „Donau-Waldgau“, deren ehrenamtliche Mitglieder dem Donaugau von Straubing bis Linz sowie dem deutsch-böhmischen Gebiet angehörten. Die seit 1912 von dem Passauer Geschichtsforscher Wolfgang Maria Schmid herausgegebene „Niederbayerische Monatsschrift“ wurde unter ihrem neuen Titel „Monatsschrift für die ostbairischen Grenzmarken“ (das heutige „Passauer Jahrbuch“) zum gemeinsamen Publikationsorgan beider Gaue, zu deren Autoren fortan etwa ein Max Peinkofer (Begründer der Passauer Zeitungsbeilage „Heimatglocken“) und P. Wilhelm Fink OSB von der Abtei Metten (1889-1965) gehörten. Der erste Heimattag des Donau-Waldgaues fand im August 1922 mit großem Aufwand in Deggendorf statt, wo neben einer Vielzahl an Vorträgen auch Ausstellungen und Umzüge in Szene gesetzt wurden. (Abb. 4)

Passend zum Anlass wurde auch das Stadtarchiv mit Unterstützung der staatlichen Archivverwaltung erstmals nach archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten aufgestellt und öffentlich zugänglich gemacht. Die überaus große Resonanz zu den unter Mithilfe der Bevölkerung arrangierten Ausstellungen zur Heimatgeschichte im Knabenschulhaus ließ zudem den Entschluss reifen, ein dauerhaftes Stadtmuseum zu errichten, das dann bereits im folgenden Jahr eröffnet werden konnte. Nicht zuletzt sorgten die Organisatoren unter Leitung des rechtskundigen Bürgermeisters Anton Reus voller Eifer und Zuversicht für eine Wiederbelebung der 1915 eingestellten Zeitungsbeilage „Durch Gäu und Wald“. Seit dem 7. April 1922 erschien sie erneut als Beilage zum „Deggendorfer Donauboten“, und seit der zweiten Nummer zählte Fink zu ihren ständigen Autoren. Somit gingen also die Mettener und die Deggendorfer heimatgeschichtlichen Bestrebungen fortan Hand in Hand, aus mehreren – einst vielleicht sogar

konkurrierenden? – Ansätzen war ein einheitlicher, fruchtbarer Ansatz geworden. Bis zur endgültigen Einstellung der Blätter (nach wiederum kriegsbedingter Unterbrechung von 1943 bis 1949) im Jahr 1955 fungierte Fink beinahe exklusiv als Autor beziehungsweise als bald omnipräsenter Schriftleiter. Jovial und kenntnisreich, leider jedoch ohne seine Fundstellen zu zitieren, erhob er sich immer wieder „aus dem Gewirr der Einzelfakten, in dem er bisweilen zu versinken drohte, zu großen Überblicken über ganze Perioden, ja zu oft kühnen Prognosen, die vom geschichtlichen Ablauf manchmal widerlegt, oft aber auch überraschend bestätigt wurden".[12]

Abb. 4: Plakat zum Heimattag in Deggendorf 1922, entworfen und ausgeführt von Mechthild Czapek-Buschmann (1871-1931).

In den einst zum Landgericht Vilshofen gehörenden Gebieten des Landgerichtsbezirks Osterhofen, die erst 1972 an den durch die Gebietsreform neu zugeschnittenen Landkreis Deggendorf fielen, ist ein ganz ähnliches „historisches Erwachen" zu konstatieren. Bei der 1928 veranstalteten Feier zum 500-jährigen Jubiläum der Eingliederung der zur „Herzogstadt" deklarierten Stadt Osterhofen in das Herzogtum Bayern-Landshut wurde eine nicht minder „gezielte, genau durchgeplante Inszenierung des regionalen niederbayerischen und weiteren gesamtbayerischen Heimatbewusstseins sowie des Bekenntnisses zum deutschen Vaterland" dargeboten,[13] die sich in ihrer Wirkung durchaus mit dem Deggendorfer Heimattag messen ließ. Nur letzterem von beiden Anlässen war es jedoch vergönnt, tatsächlich auch einen Verein hervorzubringen. Am 2. November 1926 fand die von Bürgermeister Reus einberufene Gründungsversammlung des „Heimatvereins Deggendorf und Umgebung" statt, dem noch am selben Tag ein Forschungs- und ein Museumsausschuss beigegeben wurden. „Durch Gäu und Wald" firmierte ab sofort als offizielles Mitteilungsblatt des Vereins. Der noch junge Fink wurde vorerst 2. Vorsitzender, um in späteren Jahren die eigentliche Galionsfigur des Vereins abzugeben, der sich seinen quirligen Vorsitzenden mit zahlreichen anderen Institutionen teilen musste: Der „Heimatpater" war nebenbei Bibliothekar und Archivar der Abtei Metten, seit 1921 Mitglied der Bayerischen Benediktinerakademie und ihr

späterer Sekretär, seit 1922 Archivpfleger des Stadt- und Landkreises, seit 1928 Vorstand des „Vereins zur Erforschung der Regensburger Diözesangeschichte“, später auch bestellter Heimatpfleger für Stadt- und Landkreis sowie zuletzt auch Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Niederbayerischer Heimattag e.V.“. Immerhin aber war er als „Schwarzer“ weniger anfällig für „Braunes“, womit sich der Verein in finsterer Zeit nicht über Gebühr für die Ziele des „Tausendjährigen Reiches“ einspannen ließ. Eine differenzierende Untersuchung dieses schwierigen Zeitraumes steht allerdings noch aus.

Tempora mutantur

Der eigentliche Höhepunkt der Vereinsgeschichte kollidierte beinahe unbemerkt mit seinem einsetzenden Verfall. Hatte die Niederlage des Zweiten Weltkriegs nochmals eine deutliche Renaissance der Heimatpflege und -geschichte mit sich gebracht, so war diesmal die weltanschauliche Integrationskraft derselben nicht halb so durchschlagend wie nach 1918; die Bevölkerungsbewegungen insbesondere seit 1945 waren zu gewaltig, als dass mit den althergebrachten Rezepten nochmals ein durchschlagender Erfolg zu erwarten war. Diesen Zustand vor Augen, veranstaltete Fink 1950 ganz bewusst eine 1200-Jahr-Feier der Stadt Deggendorf. In dieser Entscheidung eher als Seelsorger denn als Historiker motiviert, war er wenig beeindruckt von der urkundlichen Erstnennung der Stadt anno 1002. Aus der festen Überzeugung heraus, dass erstens diese Zahl sicherlich zutreffen könne und zweitens, dass er den Menschen nach den ideologischen Verirrungen des Dritten Reiches bei ihrer historisch-weltanschaulichen Neuverortung behilflich sein müsse, wurde die Feier mit allen verfügbaren Mitteln umgesetzt und durch eine vom Festausschuss (darunter natürlich Fink) verfassten, über 200 Seiten starken Festschrift historisiert. Um der Veranstaltung zusätzliche Tragweite zu geben, entschieden sich der „Verband bayerischer Geschichtsvereine“, der „Bayerische Landesverein für Heimatpflege“ und der „Bund Naturschutz in Bayern“, ihren 3. Bayerischen Heimattag vom 2. bis 4. Juni 1951 in Deggendorf abzuhalten. (Abb. 5) Und damit noch nicht genug: Gerade einmal drei Wochen nach dem Heimattag ließ Fink in „seinem“ Metten eine 900-Jahr-Feier der Marktrechtverleihung in Szene setzen, die ihresgleichen noch nicht gesehen hatte. (Abb. 6) Für ein entsprechendes Presseecho war gesorgt. Die Tageszeitung ließ unter anderem verlauten: „Wenn auch heute der Himmel unserer Heimat von düsteren Wolken verhangen ist, so sehen wir doch trotz unserer Not die Sterne der Heimat leuchten, wenn wir offenen Sinnes bereit sind ihren Herzschlag in uns aufzunehmen. Gleich der uralten Sage

Abb. 5 u. 6: Werbemarke zur 1200-Jahr-Feier Deggendorfs „mit Heimattag und Volksfest" (August 1950) und Werbung für die 900-Jahr-Feier der Mettener Marktrechtsverleihung (Juni 1951).

von dem Burgbrunnen auf dem Natternberg, in dessen klarem Spiegel man auch bei Tag die Sterne sehen kann, soll der Begriff Heimat für uns immer wieder ein Lichtstrahl sein in dem Dunkel unserer Zeit, die uns manchmal die Zukunft fast ausweglos erscheinen läßt."[14]

Der herbeigeredete Sternenhimmel aber verfing nicht mehr wirklich. Das materielle Emporkommen in Zeiten des Wirtschaftswunders und die kollektive Verdrängung des Erlebten wurden im Alltagsleben der Menschen bedeutender als immaterielle Werte. Der Versuch, das alte Format von „Durch Gäu und Wald" dem Zeitgeschmack entsprechend umzugestalten,[15] wurde nach zwei Jahren beendet. Zwei weitere Anläufe mit etwas umfangreicheren, diesmal gehefteten Blättern teilten das gleiche Schicksal.[16] Unbeirrt jedoch gab Fink schließlich von 1960 bis 1964 die „Heimatblätter für den Stadt- und Landkreis Deggendorf" mit jeweils kurzen und volksnahen Beiträgen heraus. (Abb. 7) Die Einzelnummer zu 25 Pfennigen und acht Seiten, war jedoch auch hier wieder der Sammelfleiß der Bezieher gefragt – kein einziger Sammelband ziert bis heute irgendein Bücherregal. Als P. Wilhelm Fink am 13. Februar 1965 verstarb, sank der heimatgeschichtliche Gedanke deshalb vorerst mit ihm ins Grab. (Abb. 8) Auch der ihn in den 1950er Jahren noch unterstützende Franz Kuchler (1912-2009) musste aus beruflichen Gründen kürzertreten und tat sich fortan eher im Bereich der Mundartpflege hervor, wie der bis heute in Deggendorf fest verankerte „Bayerische Mundarttag" belegt. Das 1969 erschienene Hei-

Heimatblätter
für den Stadt- und Landkreis Deggendorf

Was wollen die „Heimatblätter“?

Abb. 7: Die erste Ausgabe der „Heimatblätter“, Januar 1960.

Abb. 8: Karikatur P. Wilhelm Finks OSB von Fritz Goller, 1964.

matbuch des Landkreises mit seinen zahlreichen, auch nach Gemeinden gegliederten historischen Beiträgen konnte daher trotz der Mitarbeit einiger weniger Unverzagter schon nicht mehr ohne Hilfe von auswärts erstellt werden.

Der (beinahe) überfällige Neubeginn

In jene Zeit sollte zudem die bayerische Gebietsreform fallen, die durch ihr Streben nach Effizienz die historisch gewachsenen Verwaltungs- und Gebietsstrukturen Bayerns ignorierte und Großgemeinden ebenso wie Großlandkreise entstehen ließ, die zum Teil sogar über einstige Bezirks- beziehungsweise Konfessionsgrenzen (und damit auch über regionale Kulturgrenzen) hinwegschritten. Kurioserweise war es in Deggendorf aber genau jener Umstand, der die Erforschung der Heimatgeschichte dornröschengleich wieder wachküsste. Wie besser ließe sich die neue Einheit als Einheit darstellen als über ihre historischen Gemeinsamkeiten – insbesondere in einer Zeit, in der sich „nach Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse“ wieder stärker eine „Hinwendung zu Kulturellem“ zeigte?[17] Was andernorts in Geschichtsverzerrung gemündet hätte, konnte

hier durchaus funktionieren, denn im Falle Deggendorfs blieb der „große“ Neuzuschnitt ebenso aus wie bedeutende kommunalpolitische Verstimmungen. Das lag auch daran, dass Deggendorf als zum Zeitpunkt der Gebietsreform kreisfreie Stadt selbst nicht als expandierender Moloch wahrgenommen wurde und das Gebiet des einstigen Bezirksamtes respektive Altlandkreises Deggendorf selbst einst aus den ehemaligen Pfleg- beziehungsweise Landgerichten Deggendorf, Hengersberg, Mitterfels, Natternberg und Winzer „zusammengeschustert“ worden war. Lediglich der westliche Teil des Altlandkreises Vilshofen (Landgerichtsbezirk Osterhofen) sowie ein kleiner, ursprünglich ohnehin Deggendorfer Teil des Altlandkreises Bogen wurden dem Gebiet hinzugefügt, so dass sich gegen Mitte der 1970er Jahre der rührige Journalist S. Michael Westerholz bei der Kreishandwerkerschaft sowie beim Landkreis anbot, eine zwanglos erscheinende „Schriftenreihe“ auf die Beine zu stellen, die sich schließlich mit den Städten, Klöstern, Hofmarken, Burgen und Schlössern sowie mit den Wallfahrten innerhalb des neu zugeschnittenen Territoriums befasste. Waren damit aber bereits alle Möglichkeiten ausgeschöpft?

Der 1978 neu ins Amt gewählte Landrat Dr. Georg Karl (1978-2002) erblickte in der nachhaltigen Verankerung der historischen Forschung im Landkreis eine seiner ersten Aufgaben. Als ehemaliger Schüler P. Wilhelm Finks am Mettener Gymnasium war er offen für vielerlei innovative Zugänge, wovon der allererste in der Einrichtung einer Kreisarchäologen-Stelle bestand. Die nach Beratung durch Dr. Rainer Christlein vom „Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege“ erstmals durch einen Landkreis geschaffene Deggendorfer Kreisarchäologie „bewirkte Ende der 70er Jahre so etwas wie Popularität für Heimatgeschichte im ganzen“,[18] weshalb Karl auch umgehend begann, Gleichgesinnte für die Wiedergründung eines Heimat- beziehungsweise Geschichtsvereins um sich zu scharen. Zu seinen ersten Verbündeten zählten der Kulturbeauftragte des Landkreises, Notar Dr. Max Gößl (1930-1999), sowie der Bausparkassendirektor Rudolf Nieweling (1915-1985), den einst der Zweite Weltkrieg aus dem Münsterland hierher verschlagen hatte. Gemeinsam arbeiteten sie eine Satzung aus, die als Vereinszweck angab: „a) die Geschichte dieses Raumes darzustellen und das Interesse und Verständnis für sie zu wecken und zu fördern durch Veröffentlichungen und Vorträge, Führungen und Studienfahrten; b) bei Fragen der Archive und Museen, des Schutzes und der Pflege der Denkmäler beratend mitzuwirken“. Am 20. November 1979 wurde dann der „Deggendorfer Geschichtsverein e.V.“ aus der Taufe gehoben, der bei seiner Gründungsversammlung 22 Mitglieder zählte. Gößl, der den Gründungsausschuss leitete, stellte dabei fest, der Verein „habe nichts zu tun mit wissenschaftlichen Bestrebungen, er müsse sich aus parteipolitischem Streit heraushalten und müsse erst ‚positive Arbeit leisten und erbringen‘,

bevor er an die Öffentlichkeit trete“.[19] Abgesehen von einem festen gemeinsamen Willen, die Sache der Heimatgeschichte voranzutreiben, war offensichtlich noch keine klare Vorstellung vom weiteren Vorgehen vorhanden – hier waren einfach Amateure im besten Sinne des Wortes am Werk. Mit dem amtierenden Landrat an der Spitze der Neugründung versprach man sich aber zumindest eine gute Zusammenarbeit, ja vielmehr eine Symbiose mit dem Landkreis, die sich zusätzlich in der Wahl des Deggendorfer Kreisarchäologen Dr. Klaus Hautmann zum Stellvertretenden Vorsitzenden ausdrücken sollte. Die Große Kreisstadt Deggendorf war im Vorstand mit Stadtarchivar Erich Kandler senior vertreten, wodurch man auch auf eine finanzielle Unterstützung von dieser Seite hoffen konnte.

Die Entwicklung verlief anfangs, wie erwartet, nur schleppend. Im ersten Vereinsjahr 1980 fanden gerade einmal ein Vortrag des Kreisarchäologen, eine Studienfahrt und ein paar archäologische Führungen statt. 1981 übernahmen die Kreisheimatpflege und die mittlerweile neubesetzte Kreisarchäologie einige weitere Führungen und Kirchenfahrten. Drei Jahre später hingegen war der Durchbruch gelungen; ab diesem Zeitpunkt konnten immer wieder namhafte Personen vom Fach oder gar historische Lehrstuhlinhaber zu Vorträgen nach Deggendorf geholt werden, um eine bis heute andauernde Tradition von Vortragszyklen zu begründen. Es sollte auf diesem Wege nicht nur heimatgeschichtliches Fachwissen unter die Mitglieder sowie unter die interessierte Öffentlichkeit gebracht werden, sondern auch eine Möglichkeit für den Austausch mit Letzterer geschaffen werden – und gerade bei solchen Veranstaltungen kam und kommt es häufig zum Beitritt von neuen Mitgliedern. Zu den berühmtesten Referenten in der Vereinshistorie dürfte Prof. Karl Bosl zählen, der anlässlich des zehnjährigen Bestens einen Vortrag über „Heimat und Land, Region und Stadt als Thema historischen und geschichtlichen Bewußtseins“ hielt. (Abb. 9)

Die Spannbreite der Themen ist chronologisch wie inhaltlich beinahe unbegrenzt. Während der letzten fünf Jahre etwa reichte sie von den „Ottonen in ihrem Verhältnis zum bayerischen Herzogtum“ über die Behandlung von „Heimatgeschichte in Internet und Film“ bis hin zum „Bau der Reichsautobahn im Bereich Deggendorf“. Als besonders beliebt gilt die Reihe „Geschichte am Vormittag“, aber auch Vorträge im Rahmen des „Studium generale“ der Volkshochschule (zuletzt: „Bayern im 18. Jahrhundert – Streiflichter einer Epoche“) ziehen zahlreiche Interessierte an. Neue Formate wie Wanderungen, beispielsweise durch die Geschichte des Klosters Niederaltaich, oder auch Vor-Ort-Vorträge im Rahmen der zusammen mit dem 3. Vereinsvorsitzenden und Kreisheimatpfleger angebotenen Reihe „Wallfahrten im Landkreis Deggendorf“ ergänzen das Vortragsprogramm, das hauptsächlich in Kooperation mit der „Volkshochschule Deg-

Abb. 9: Prof. Dr. Karl Bosl inmitten der Vorstandschaft des Geschichtsvereins anlässlich dessen zehnjährigen Bestehens, 7. November 1989.

gendorfer Land", gelegentlich aber auch mit anderen Partnern wie vorzugsweise den städtischen Museen in Deggendorf angeboten wird. Zu den „Highlights" unter den Vortragsangeboten zählen die Gastredner auf den Jahreshauptversammlungen, die seit der Umbenennung in „Geschichtsverein für den Landkreis Deggendorf e.V." im Jahre 1985 nicht mehr nur in Deggendorf, sondern auch in anderen Orten des Landkreises durchgeführt werden. Diesem Umstand entsprechend gibt es auch kaum eine Kommune im Landkreis, die dem Verein nicht als Mitglied angehört.

Eine herausragende Rolle im alljährlichen Vereinsprogramm spielen schließlich die archäologischen Vorträge, die zweimal pro Jahr gemeinsam mit der Volkshochschule, dem „Museum Quintana" in Künzing, dem „Museumsverein Künzing" und der Kreisarchäologie im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Künzinger Vorträge zur Archäologie" angeboten und intensiv nachgefragt werden. Seit der Übernahme der Kreisarchäologie durch Dr. Karl Schmotz im Jahr 1981 und insbesondere seit seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des Vereins profitiert die heimatgeschichtliche Forschungslandschaft von einem breiten Profil. Getreu dem Vorbild Rainer Christleins brachte die Deggendorfer Kreisarchäologie in den vergangenen Jahren eine eigene Schriftenreihe heraus mit dem Titel „Archäologische Denkmäler im Landkreis Deggendorf", die die Geschichtsblätter

Deggendorfer
Geschichtsblätter

Veröffentlichungen des Geschichtsvereins
für den Landkreis Deggendorf
Heft 37/2015

Zugleich Ehrengabe
für den Gründungs- und Ehrenvorsitzenden
Dr. Georg Karl zum 80. Geburtstag

Abb. 10: Über 10.000 Seiten zur wissenschaftlich aufgearbeiteten Heimatgeschichte seit 1979: Die „Deggendorfer Geschichtsblätter“.

als nicht exklusiv archäologische Schriftenreihe sinnvoll ergänzt. Ein Denkmal der Nachhaltigkeit hat sich Schmotz im Übrigen durch die Gründung des „Niederbayerischen Archäologentages“, der seit 1982 in Deggendorf stattfindet, selbst gesetzt. Die dazugehörige Schriftenreihe genießt ein ebenso hohes Ansehen in der Fachwelt wie die Schriftenreihe der „Archäologischen Arbeitsgemeinschaft Ostbayern, West- und Südböhmen / Oberösterreich“, zu deren Motoren Schmotz seit 1991 ebenfalls zählt. Mit der Übergabe seines Amtes an seinen Nachfolger vor zwei Jahren ist die Zukunft der Kreisarchäologie mittlerweile gesichert.

Den Kern der Vereinsarbeit bildet allerdings seit 1981 die Herausgabe der „Deggendorfer Geschichtsblätter“, deren bislang 37 erschienene Nummern bereits über 10.000 Seiten umfassen. (Abb. 10) Ihr inhaltliches Spektrum reicht von der ältesten bis zur jüngsten Allgemeingeschichte und deckt die Heimat- beziehungsweise Regionalgeschichte in all ihren Facetten ab. Von der Vorgeschichte bis zur Zeitgeschichte umfassen sie Themen zur Lokal- und Regionalgeschichte, zur Kultur- und Geistesgeschichte, zur Kunst- und Kirchengeschichte, zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie zur Vernetzung von Regional- und Weltgeschichte. Zum Profil der Zeitschrift gehören auch Quelleneditionen. Die Ausrichtung der Beiträge ist wissenschaftlich, das heißt sie operieren mit Quellen- und Literaturnachweisen, erheben aber gleichzeitig einen Anspruch auf öffentliche Breitenwirkung. Wissenschaftliche Nachprüfbarkeit, gute Lesbarkeit und ansprechende Bebilderung verbinden sich in den „Geschichtsblättern“ zu einem harmonischen Ganzen. Diese „besondere Konzeption“ spiegelt sich auch in der Auswahl der Autoren wider, die von erfahrenen Historikern, Volkskundlern und Wissenschaftlern auch anderer Fachrichtungen mit oder ohne akademischen Titeln bis hin zu im Berufsleben bewährten Autodidakten und solchen Menschen reicht, die sich „ihre ersten wissenschaftlichen Sporen bei der Erforschung ihrer Heimat verdienen“.[20] Gelegentlich werden

auch Monographien in die Reihe aufgenommen, die von lokalgeschichtlichen Einzeldarstellungen über Quelleneditionen bis hin zu Diplomarbeiten und Dissertationen reichen.[21] Die Sondernummer 2003 zum 1000-jährigen Jubiläum der Stadt Deggendorf bildet einen der Höhepunkte dieses Periodikums. Auch Besprechungen von Werken zur bayerischen und zur regionalen Geschichtsforschung finden darin regelmäßig Platz. Zu den Rezensenten zählen neben der eigenen Vorstandschaft und altgetreuen Mitgliedern (meist aus dem Lehrberuf) auch immer wieder Mitglieder aus benachbarten Vereinen, die im Gegenzug wiederum Rezensionen für ihre Schriftenreihen erhalten. Sie bilden somit nicht zuletzt auch ein probates Mittel zur Kontaktpflege auf inhaltlicher und auf menschlicher Ebene. Der Umfang der Geschichtsblätter liegt heute in der Regel bei 300 Seiten. Als Schriftleiter der ersten Stunde fungierten die beiden Studiendirektoren Hans Kapfhammer (1921-2010) und Johannes Molitor, ersterer Germanist in Deggendorf, der andere ein am St.-Gotthard-Gymnasium Niederaltaich (später ebenfalls in Deggendorf) tätiger Bosl-Schüler. Nach dem altersbedingten Ausscheiden Kapfhammers wurde Prof. Dr. Lutz-Dieter Behrendt zweiter Schriftleiter. Das Angebot an fachkundigen Beiträgen ist auch für die kommenden Jahre beständig hoch, die Zukunft der Reihe scheint gesichert.

Heimatgeschichtliche Arbeit als ein allzeit wandelbares Kontinuum

Wie aber positioniert sich der Verein im Verhältnis zu seinen Vorgängern und zu seinem Auftrag für die Zukunft? Während der „Historische Verein Deggendorf“ aufgrund seiner kurzen Dauer und seines spurlosen Verschwindens kaum als wirklicher Wegbereiter für die Arbeit von heute betrachtet werden kann, liegen die Dinge beim Verhältnis zum mittlerweile ebenfalls bereits historisierten „Heimatverein Deggendorf und Umgebung“ schon etwas anders. Da ist zum einen die große personelle Kontinuität, an die man, gerade einmal 14 Jahre nach Finks Tod, noch anknüpfen konnte: Der von Fink ins Amt eingeführte Stadtarchivar Erich Kandler senior wurde 1979 zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, und auch der neue Schriftführer P. Dr. Benedikt Busch OSB von der Abtei Metten erinnerte mit mahnenden Worten an seinen einstigen Mitbruder, „auf dessen Spuren der Verein wandeln sollte“.[22] Außerdem hat sich die Mettener Sektion des Fink’schen Heimatvereins nie aufgelöst. Ihr Vorstand steht mit dem Geschichtsverein in engem Kontakt und sehr viele Mettener sind gleichzeitig in beiden Vereinen vertreten, da der Heimatverein über kein eigenes Periodikum verfügt und auf die Marktgemeinde Met-

ten beschränkt geblieben ist. Aber auch hinsichtlich ihrer Strategien unterscheiden sich die Gründungen der Jahre 1926 und 1979 nicht fundamental. Man hat sich bereits damals mancher „Masche“ bedient, die heute wieder in Mode kommt und lediglich anders genannt wird: Man denke nur etwa an die Beteiligung der Bevölkerung („Crowdsourcing“) beim Heimattag von 1922! Schließlich stellt auch die immer wieder neu entdeckte Zielgruppe der Jugend kein Novum dar, wobei aber zumindest ein grundlegender Unterschied ins Auge sticht: Die Schüler von heute dienen nicht mehr als Konsumenten von Heimatgeschichte aus der Vereinsretorte, sondern sie werden an ihrer Erforschung und Darstellung aktiv beteiligt (siehe den folgenden Beitrag zum Zeitzeugenprojekt „70 Jahre danach“). Die Suche nach neuen beziehungsweise die Wiedergewinnung alter Zielgruppen bleibt indes Daueraufgabe. Eine Breitenwirkung des Vereins in „das Volk“ hinein kann jedoch, mangels „Volks“ im Sinne einer althergebrachten Volkskunde, nur mehr durch ständige Selbstreflexion aufrechterhalten werden. Diversifiziert und zugleich vereinheitlicht in ihren Lebensentwürfen, können sich die Menschen in der Region eben nicht mehr mit dem veralteten Muster einer kollektiven Zugehörigkeit abspeisen lassen.

Seit dem 20. Januar 2014 verfügt der Verein über eine erneuerte Satzung, der zufolge der Vereinszweck in der Förderung von Wissenschaft und Forschung (§2 Abs. 2a) und der Erziehung sowie der Volks- und Berufsbildung (§2 Abs. 2b) besteht. Sie entspricht der Abgabenordnung (AO) §§ 51-68 in der Fassung des „Ehrenamtsstärkungsgesetzes“ und gewährleistet auch weiterhin die Gemeinnützigkeit. Ein Blick auf die neue Homepage des Vereins (http://www. geschichtsverein-deggendorf.de/) gibt zudem Einblick in laufende Projekte und Vorhaben, die aktuell neben der Jugendarbeit auch in der Unterstützung der bundesweit ersten „Topothek“ sowie in einer Historiographie-Geschichte des Landkreisgebietes bestehen. Parallel dazu sollen erste Erfahrungen im Umgang mit migrationsgeschichtlichen Themen den Zugang für stets neue Interessentenkreise offen halten; die Mitgliederzahl liegt derzeit stabil bei etwa 350 und ist damit im Schnitt halb so hoch wie bei den angesehenen Nachbarvereinen, allen voran beim „Historischen Verein für Niederbayern“, beim „Verein für Ostbairische Heimatforschung“ und beim „Historischen Verein für Straubing und Umgebung“, neben denen man sich jedoch erfolgreich behaupten kann. Wie diese ist auch der „Geschichtsverein für den Landkreis Deggendorf“ Mitglied im „Verband bayerischer Geschichtsvereine“ sowie seit Kurzem im „Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine“. (Abb. 11) Im kreativen Umfeld von Aufbruch und Beständigkeit wird dies auch hoffentlich noch lange so bleiben.

Abb. 11: Die Vorstandschaft des Geschichtsvereins anlässlich der Jahreshauptversammlung am 24. Februar 2016 im Kloster Metten mit Verbandsvorsitzendem Prof. Dr. Manfred Treml.

Anmerkungen

1 Zitat des Historikers Michael Freund, zu finden bei: Karl, Georg: Geschichtsverein für den Landkreis Deggendorf – warum?, in: Deggendorfer Geschichtsblätter 10 (1989), S. 5-7, hier S. 5-6.

2 Siehe unter anderem Gollwitzer, Heinz: Ludwig I. von Bayern. Eine politische Biographie, München 1997, S. 349-355.

3 Wie Anm. 1.

4 1855 erneut, „viel vermehrt und verbessert", in Passau herausgegeben, wozu Klämpfl „verschiedene Pfarr-Archive und Zuschriften, und die Bibliothek des historischen Vereines von und für Oberbayern reichlichen Stoff lieferten." So die Vorrede zur zweiten Auflage.

5 Siehe http://www.hv-niederbayern.de/index.php/unser-verein/vereinshistorie.

6 Signat König Ludwigs I. von Bayern aus dem Jahr 1835 (ohne Datum und Signatur), gedruckt in: Kraus, Andreas (Hg.): Signate König Ludwigs I., Bd. 2: 1832-1835, Laßleben 1989, S. 720.

7 Riezlers Lehrstuhl für Bayerische Geschichte wurde im Übrigen nicht zuletzt aufgrund Eingabe des aus Rickering (heute Lkr. Deggendorf) gebürtigen

Volkswirtschaftlers, Historikers und Landtagsabgeordneten Dr. Georg Ratzinger in der 244. Sitzung des Bayerischen Landtags vom 5. März 1896 eingerichtet. Der Geistliche, der sich selbst um einen historischen Lehrstuhl an der LMU beworben hatte, war ein Großonkel des emeritierten Papstes Benedikt XVI. Siehe Schütz, Ernst: Im Spannungsfeld von Heilsgeschichte, Apologetik und historisch-kritischer Methode. Georg Ratzingers Beitrag zur bayerischen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, in: Kirchinger, Johann / Schütz, Ernst (Hg.): Georg Ratzinger (1844-1899). Ein Leben zwischen Politik, Geschichte und Seelsorge, Regensburg 2008, S. 95-123.

8 Der Umstand, dass Braunmüller – seit 1884 auch Abt von Metten – nach seinem Studium einige Jahre lang als Hauslehrer ausgerechnet beim Vorsitzenden des „Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg“ Friedrich Karl Freiherr zu Rhein (1802-1870) in Regensburg und München gedient hatte, mag den Weg hierfür sicherlich mitgeebnet haben.

9 Poll, Ildefons: Kloster Metten und seine Umgebung. Geschichtliche Skizze, Metten 1910.

10 Siehe Weitnauer, Alfred: Heimatvereine und Landesgeschichte, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 18 (1955), S. 513-522.

11 Hierfür und für das Folgende siehe grundsätzlich: Kandler, Erich: Heimat – Die Sichtbarmachung eines Gefühls. Der Heimattag 1922 und seine Auswirkungen, in: Petschek-Sommer, Birgitta (Hg.): Heimat in Deggendorf. Zur Migrationsgeschichte einer Stadt. Begleitkatalog zur Ausstellung in der Reihe „Typisch Deggendorf?“ im Stadtmuseum Deggendorf, (Kataloge der Museen der Stadt Deggendorf Nr. 29 / Deggendorf – Archäologie und Stadtgeschichte Nr. 15), Deggendorf 2010, S. 9-37.

12 [Schinabeck, Raban OSB]: R.P. Wilhelm Fink OSB † 13. Februar 1965, in: Alt und Jung Metten. Zeitschrift für Altmettener und Freunde der Abtei Metten 31 (1964/65), S. 122-126, hier S. 124.

13 Becker, Nikola: Osterhofen während der Weimarer Republik, in: Kuchler, Christian / Zedler, Jörg (Hg.): Das 20. Jahrhundert aus lokaler Perspektive. Osterhofen im Zeitalter der Extreme, Regensburg 2016, S. 177-194, hier S. 188.

14 3. Bayerischer Heimattag in Deggendorf vom 1.-4. Juni 1951, in: „Deggendorfer Zeitung“ vom 2.6.1951, S. 7.

15 „Deggendorfer Heimatblätter: Mitteilungen des Heimatvereins Deggendorf und der Waldvereinssektionen Deggendorf, Büchelstein und Bernried“ (Beilage zur „Deggendorfer Zeitung“ und zur „Plattlinger Zeitung“).

16 Die erstmals 1949 zusätzlich zu den Beilagen erschienenen „Mitteilungen des Heimatvereins Deggendorf und Umgebung“ wurden bereits im darauffolgenden Jahr mit Nummer 3 eingestellt, ebenso wie die in einem zweiten Anlauf 1955 begründeten „Jahresberichte des Heimatvereins Deggendorf und Umgebung“ nach dem Erscheinen von Nummer 4 im Jahre 1959.

17 Karl (wie Anm. 1), S. 5.

[18] Ebenda.
[19] Kapfhammer, Hans: Der Deggendorfer Geschichtsverein von 1979-1989, in: Deggendorfer Geschichtsblätter 10 (1989), S. 8-11, hier S. 8.
[20] Ders. / Molitor, Johannes: Vorwort der Schriftleitung, in: Deggendorfer Geschichtsblätter 1 (1981), S. 4.
[21] Siehe http://www.geschichtsverein-deggendorf.de/geschichtsblaetter.
[22] Kapfhammer (wie Anm. 19), S. 8.

Abbildungsnachweis

- Alt und Jung Metten 31 (1964/65): Abb. 8.
- Bibliothek der Abtei Metten: Abb. 2, 3.
- Foto Neuhofer, Welchenberg: Abb. 11.
- Geschichtsverein für den Landkreis Deggendorf: Abb. 9, 10.
- Sammlung Schütz, Offenberg: Abb. 1, 5, 6.
- Stadtarchiv Deggendorf: Abb. 4, 7.

Lutz-Dieter Behrendt

Deggendorfer Geschichtsverein unterstützte Zeitzeugenprojekt „70 Jahre danach“

Im Sommer 2014 rief das Anne Frank Zentrum Berlin Städte mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern zur Beteiligung an einem Generationendialog zum Kriegsende 1945 unter dem Titel „70 Jahre danach“ auf. Die Erinnerungs- und Bildungseinrichtung bot den Teilnahme-Städten Unterstützung für die Führung von Gesprächen zwischen der jungen Generation und der Zeitzeugengeneration anlässlich des bevorstehenden 70. Jahrestags des Kriegsendes und der Befreiung vom Nationalsozialismus an. Dafür war eine Reihe von sechs Workshops für die örtlichen Koordinatoren des Projekts in Berlin vorgesehen.

Auf Initiative von Birgitta Petschek-Sommer, Leiterin der städtischen Museen, nahm eine kleine Arbeitsgruppe in Deggendorf die Gelegenheit wahr, sich für dieses Projekt zu bewerben. Zur Gruppe gehörten: Dr. Ernst Schütz, Gymnasiallehrer für Geschichte am Robert-Koch Gymnasium und zugleich 1. Vorsitzender des Geschichtsvereins für den Landkreis Deggendorf e.V.; Stadtarchivar Erich Kandler; Prof. Dr. Lutz-Dieter Behrendt, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stadtarchiv; und Ulrike Schwarz, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Handwerksmuseums Deggendorf. Alle Mitglieder der Gruppe waren langjährige Mitglieder des Geschichtsvereins und hatten schon in anderen Projekten zusammengearbeitet.

Sie gingen davon aus, dass sie über gute Voraussetzungen für eine Beteiligung an diesem Projekt verfügten: Erfahrungen in der Arbeit mit Schülern in den Museen und im Archiv und speziell bei der Befragung von Zeitzeugen, zum Beispiel zur Gastarbeiterproblematik seit den 1960er Jahren in Zusammenarbeit mit dem Institut für Bayerische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München[1] oder zur Hochwasserkatastrophe 2013 gemeinsam mit dem Haus der Bayerischen Geschichte[2], gute Kontakte zu den Zeitzeugen über den Geschichtsverein und eine reichhaltige Quellenbasis in den städtischen Sammlungen. Sie betrachteten das Projekt auch als ein Mittel, die örtliche Geschichte des 20. Jahrhunderts weiter auszuarbeiten. Das Stadtmuseum erhoffte sich, durch die Gespräche mit den Zeitzeugen wichtige Ausstellungsstücke für die geplante neue Dauerausstellung zur Geschichte Deggendorfs im 20. Jahrhundert erschließen zu können.

Zu unserer Freude wurde Deggendorf als einzige Stadt in Süddeutschland vom Anne Frank Zentrum zur Beteiligung ausgewählt. Die übrigen Teilnahme-Städte waren Brühl, Cuxhaven, Georgsmarienhütte, Kyritz /

Wusterhausen, Merseburg und Mühlhausen. Die oben genannte Arbeitsgruppe bildete fortan das Organisations- und Koordinierungsteam, das einerseits die Schulen der Stadt und andererseits die mit der Seniorenarbeit befassten Organisationen in Deggendorf (Senioren-Aktiv-Club sowie evangelische und katholische Kirchengemeinden) zum Mitwirken aufforderte und deren Vertreter zu regelmäßigen Beratungen zusammenrief. Der Oberbürgermeister der Stadt Deggendorf, Dr. Christian Moser, ebenfalls ein Mitglied des Geschichtsvereins, übernahm die Schirmherrschaft. Birgitta Petschek-Sommer behielt die organisatorische Gesamtleitung in der Hand, Ernst Schütz beteiligte sich mit seinen Schülern aktiv am Generationendialog, Erich Kandler und Ulrike Schwarz hielten die Verbindung mit den Zeitzeugen, bereiteten sie auf die Interviews vor, vermittelten sie an die Schulen und führten selber einige Gespräche, Lutz-Dieter Behrendt war für die Einführung der Schüler in die Zeit um 1945 an Hand von Archivmaterialien verantwortlich.

Das Echo in der Deggendorfer Öffentlichkeit auf unseren in der Presse veröffentlichten Aufruf zur Mitarbeit war überwältigend. Sieben Schulen aller Schultypen von der Mittelschule „Theodor Heuss“, über die Mädchenrealschule der Maria-Ward-Schulstiftung, die Staatliche Wirtschaftsschule, die Aloys-Fischer-Schule (Fach- bzw. Berufsoberschule) bis zu den Gymnasien (Comenius-Gymnasium, Robert-Koch-Gymnasium und das St.-Michaels-Gymnasium Metten) mit insgesamt 127 direkt mitwirkenden Schülern und Schülerinnen der 8. bis 12. Jahrgangsstufe im Alter von 13 bis 18 Jahren waren mit Begeisterung dabei. 57 Zeitzeugen (28 Frauen, 29 Männer) der Geburtsjahrgänge 1913 bis 1940 berichteten aus ihren Erlebnissen und beantworteten die Fragen der Schüler.

Mit Hilfe verschiedener Workshops des Anne Frank Zentrums und einiger vorab durchgeführter „Probeinterviews“ wurden die Schüler auf die Zeitzeugenbefragung vorbereitet. (Abb. 1) Es ging um die Schaffung einer geeigneten Gesprächsatmosphäre, das psychologische Einfühlungsvermögen und die Technik der gezielten Fragestellung. Die Schüler erarbeiteten den Fragenkatalog für die Gespräche selbständig. Mit Genehmigung der Gesprächspartner wurden die Interviews aufgezeichnet beziehungsweise gefilmt. Der Geschichtsverein hatte dafür einige Videokameras angeschafft und an die Schulen ausgeliehen. Die Mittel dafür stammten aus dem Bundesprojekt „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“.

Anfangs war es völlig ungewiss, welche Ergebnisse die zahlreichen Interviews bringen würden. Die Beteiligten waren sich aber darin einig, das Erreichte der Öffentlichkeit vorzustellen. So entstand die Idee einer „Geschichtsmeile“, einer Ausstellung im Stadtmuseum, die am Sonntag, dem 26. April 2015, einen Tag vor dem 70. Jahrestag des Einmarsches amerikanischer Truppen in Deggendorf, mit einem Festakt eröffnet wurde. (Abb. 2 u. 3)

Abb. 1: Der Altlandrat und Ehrenvorsitzende des Geschichtsvereins, Dr. Georg Karl, stellt sich einer teilnehmenden Klasse vor der heißen Phase zum „Probeinterview".

Jede Schule hatte in großer Eigeninitiative der Schüler mit Unterstützung der Museumsfachleute ein Thema mit Fotos, Dokumenten und gegenständlichen Zeugnissen dargestellt. Dazu wurden jeweils Ausschnitte aus den Interview-Aufzeichnungen gezeigt. Die Palette der Themen reichte von der Darstellung der historischen Ereignisse in den drei Zeitschritten Beginn, Mitte und Ende des Krieges (St.-Michaels-Gymnasium Metten) über die Kriegserfahrungen der Soldaten aus Deggendorf (Staatliche Wirtschaftsschule), die Bombardierung der Deggendorfer Hafenanlage kurz vor Kriegsende (Aloys-Fischer-Schule) bis zu den Auswirkungen des Krieges auf das Familienleben (Maria-Ward-Mädchenrealschule) sowie auf das Schulwesen und den Unterricht am Beispiel eines Deggendorfer Gymnasiums (Comenius-Gymnasium). Die Mittelschule „Theodor Heuss" zog eindrucksvolle Vergleiche zwischen dem Kriegsende und heute in der Ernährung und dem Gepäck eines Flüchtlings. Das Robert-Koch-Gymnasium stellte die Einrichtung eines „Jugendzimmers" von damals und heute gegenüber. Neben dem Film mit den Zeitzeugeninterviews der Kriegsgeneration war hier ein zusätzlicher Interviewfilm zu sehen, in dem Jugendliche vergleichbare Fragen aus ihrer Erlebnissicht beantworteten und so auf besondere Weise den Generationendialog umsetzten. Stadtarchiv und Stadtmuseum hatten die Schüler mit geeigneten Exponaten aus ihren Beständen

Abb. 2: Schüler der Staatlichen Wirtschaftsschule Deggendorf bauen zusammen mit ihrem Lehrer einen Teil der „Geschichtsmeile“ auf.

Abb. 3: Die Ausstellungseröffnung bringt die Akteure beider Seiten wieder zusammen.

unterstützt. Viele Zeitzeugen hatten persönliche Erinnerungsstücke als Leihgaben zur Verfügung gestellt, die die Besucher der Ausstellung besonders beeindruckten. Viele dieser historischen Zeugnisse werden künftig in der neuen Dauerausstellung des Stadtmuseums zum 20. Jahrhundert zu sehen sein. Bei der Eröffnung der Ausstellung trug jeweils ein Schülervertreter der einzelnen Schulen die gemeinsamen Ergebnisse vor. Die Ausstellungsdauer war aus Platzgründen nur sehr beschränkt, aber die Besucher und vor allem die Projektteilnehmer wünschten etwas Dauerhaftes. So wurde nach der Geschichtsmeile, die eigentlich den Abschluss des Projekts bilden sollte, ein zweiter Anlauf genommen zu einer Publikation, die die wichtigsten Ergebnisse für die Nachwelt aufbereiten sollte. Die einzelnen Schulen unterbreiteten dazu ihre Vorschläge – Auszüge aus den Interviews oder ganze Interviews, Fotomaterial und eigene Ausarbeitungen darüber, was ihnen das Projekt gegeben hatte. Es entstand ein kollektiv erarbeitetes, spannendes Lesebuch, in dem sich die Zeitzeugen und die Schüler wiederfinden.[3] Die Endredaktion übernahmen zwei Mitglieder des Vorstands des Geschichtsvereins (Behrendt u. Schütz). Am 19. Februar 2016 fand im Festsaal des Historischen Rathauses unter großer Resonanz der Öffentlichkeit die Präsentation des reich illustrierten Buches statt, wobei einige Schülerinnen besonders eindrucksvolle Passagen daraus vortrugen. Es wurden 1.000 Exemplare des Buches gedruckt. Ein Teil wurde in Klassensätzen den Schulen zur Unterstützung des Geschichtsunterrichts übergeben. Natürlich erhielten alle Beteiligten – Schüler wie Zeitzeugen – einen Band. Die übrigen Exemplare „gingen weg wie warme Semmeln“. (Abb. 4)

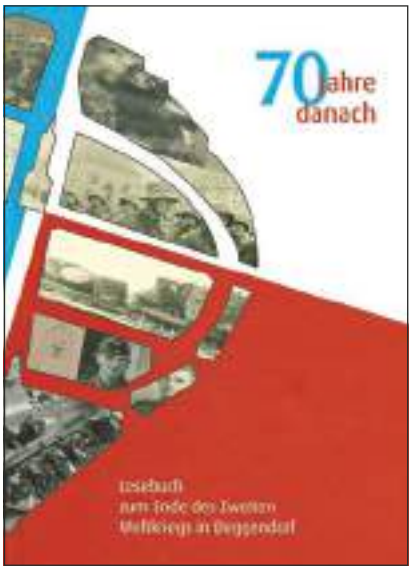


Abb. 4: Im Handumdrehen vergriffen: Das Lesebuch.

Für die Schüler brachte das Projekt unvergessliche Eindrücke. Eine Schülerin der Wirtschaftsschule drückte das so aus:

„Meiner Meinung nach ist es eine einzigartige Erfahrung, mit den Zeitzeugen persönlich zu sprechen und sich genau mit dem Thema des Zweiten Weltkrieges zu beschäftigen. Es ist unvorstellbar, wie die Städte nach

dem Krieg ausgesehen haben. Durch die Erzählungen entstanden Bilder im Kopf, und diese ließen einen dann nicht mehr los. Selbst nach dem Interview und nach der Schule saß man da und dachte an die erschütternden Erzählungen der Zeitzeugen. Ich bin unendlich dankbar, dass ich mich mit so einem Projekt auseinandersetzen durfte, denn ich finde, es ist etwas ganz anderes, ob man Daten und Zahlen von dem Lehrer vermittelt bekommt oder ob einem die Erlebnisse mehrerer Zeitzeugen erzählt werden. Man merkt, wie es den Zeitzeugen dabei geht, man sieht die Emotionen, alte Erinnerungen kommen hoch, und man dringt in eine ganz private Zone ein und rüttelt schreckliche und grauenvolle Erlebnisse wach. Nach dem Projekt sieht man einige Sachen im Leben anders, die Bewertung verschiebt sich. Wenn man an die Kriegszeit denkt, wird einem erst so richtig bewusst, wie gut wir es heute haben. Ohne Krieg, ohne Verwundungen, ohne Todesangst!“

Auch für die Interviewpartner war die Begegnung mit den Schülern ein besonderes Erlebnis. So sagte Altbürgermeister Josef Paul Bielmeier bei der Ausstellungseröffnung rückblickend auf das Gespräch mit den Schülern: „Ich habe [dabei] einen meiner schönsten Schultage verbracht.“ Für die Lehrer stand der Wert des Projekts ebenfalls außer Frage. Thomas Resch, Leiter der Schülergruppe aus der Aloys-Fischer-FOS/BOS und Mitglied des Geschichtsvereins, betonte:

„Projekte mit Zeitzeugen tragen dazu bei, dass Senioren und Jugendliche Interesse aneinander entwickeln und sich aufeinander einlassen. Oft ähneln die Wünsche, Träume und Ziele, von denen die älteren Generationen erzählen, denen der Jugendlichen. Und wenn Menschen ihre Lebensgeschichte erzählen, dann hilft das dabei, ihre Werte und Verhaltensweisen zu verstehen. Dabei ist es wichtig zu versuchen, die jeweiligen Bedürfnisse wahrzunehmen und sich aufeinander einzulassen. Gerade im Kontakt mit Frau Anna Bortenlänger, der Tochter des Hausmeisters Josef Wallner, zeigten die Schülerinnen und Schüler, dass junge Menschen von heute, entgegen aller Vorurteile, es verstehen, den richtigen Ton zu treffen und einen herzlichen und offenen, aber auch respektvollen Umgang mit der älteren Generation zu praktizieren. Dies zeigt auch, dass Werteerziehung nicht bei Null anfangen muss.“

Das Projekt „70 Jahre danach“ wurde durch die enge Koordination zwischen dem Geschichtsverein, den städtischen Museen, dem Stadtarchiv und den Deggendorfer Schulen und Seniorenvereinigungen zum Erfolg geführt. Bei künftigen Vorhaben sollen diese positiven Erfahrungen der

Zusammenfassung der gemeinsamen Ressourcen genutzt werden. Der Geschichtsverein des Landkreises Deggendorf e.V. erreichte durch die Unterstützung des Projekts „70 Jahre danach“ eine größere Breitenwirkung als bisher. Sowohl Schüler und Lehrer als auch Zeitzeugen nahmen das zum Anlass, sich näher mit den Aktivitäten des Vereins zu befassen und ihm als Mitglieder beizutreten. Vorträge und Exkursionen des Vereins wurden stärker frequentiert. Insgesamt konnte sich der Verein über ein Dutzend Neumitglieder freuen. Da darunter zahlreiche jüngere Personen waren, konnte der hohe Altersdurchschnitt der Vereinsmitglieder deutlich gesenkt werden.

Anmerkungen

1 Schütz, Ernst: Fremder – Gastarbeiter – Deggendorfer, Robert-Koch-Gymnasium Deggendorf, in: Friemberger, Claudia / u. a. (Hg.): Internationalisierung vor Ort nach 1945. Menschen und Schauplätze in Bayern, St. Ottilien 2013/14, S. 50- 69. Siehe auch: Fremder – „Gastarbeiter“ –Deggendorfer. Türkische Arbeitskräfte im Raum Deggendorf zwischen Anwerbung, Rückkehr und Integration. Ein Dokumentarfilm der Klasse 10b des Robert-Koch-Gymnasiums Deggendorf (Schuljahr 2012/13) im Rahmen des Denkwert-Projekts „Internationalisierungsprozesse vor Ort nach 1945 – Menschen und Schauplätze“, gefördert von der Robert-Bosch-Stiftung, Deggendorf 2013.

2 Publikation demnächst in der Reihe „Sonderveröffentlichungen der Staatlichen Archive Bayerns“.

3 Behrendt, Lutz-Dieter / Schütz, Ernst (Red.): 70 Jahre danach. Generationen im Dialog zum Kriegsende in Deggendorf, hg. v. d. Stadt Deggendorf u. d. Geschichtsverein für den Landkreis Deggendorf e.V., Deggendorf 2016, 200 Seiten.

Abbildungsnachweis

- Geschichtsverein für den Landkreis Deggendorf: Abb. 4.
- Ernst Schütz, Offenberg: Abb. 1.
- Fabian Sommer, Deggendorf: Abb. 2 u. 3.

Carl Hans Engleitner

Die Verfassung feiern! – 50 Jahre bürgerschaftliche Festakte zum Bayerischen Verfassungstag

Aufgaben und Wirken der Bayerischen Einigung und der Bayerischen Volksstiftung

1954 gründeten engagierte bayerische Staatsbürger, getragen auch von der Hochachtung für die historische Leistung der vordemokratischen Verantwortungsträger in Bayern, die „Bayrische Einigung e. V." (!) als „Verein für Heimatpflege und Bildung föderalistischer Staatsgesinnung"[1]. Ihre Absicht war – und dies ist bis heute Ziel der Bayerischen Einigung – gerade in Zeiten verstärkter materieller Orientierung, das Wissen um und den Einsatz für die eigentlichen kulturellen und staatspolitischen Grundlagen des Freistaats Bayern zu vertiefen und zu fördern. Die Bayerische Einigung, zusammen mit der später gegründeten „Bayerischen Volksstiftung", initiierte 1967 die seitdem alljährlich stattfindenden Festakte zum „Bayerischen Verfassungstag". Eigenverantwortlich auf überparteilicher Ebene, in bürgerschaftlichem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung gestaltet, sind dies Feiern in dem Wissen, dass das Volk Souverän des Freistaates Bayern ist und dieses 1946 selbst der Verfassungsgeber war.

Bayerische Einigung e.V.

Lange Vorbereitungen waren der Vereinsgründung vorausgegangen, konkrete Schritte fanden anschließend an ein Treffen der zukünftigen Vereinsmitglieder am 19. Januar 1954 statt.[2] Prägende Köpfe der ersten Jahrzehnte waren u. a. Eugen Fürst zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein[3], Georg Albrechtskirchinger[4], Dr. Anton Besold[5], Prof. Dr. Hans Frei, Prof. Dr. Pankraz Fried[6], August Desiderius Graf Basselet de la Rosée und Dr. Max Weiß[7] sowie zahlreiche Unterstützer aus der Landespolitik und dem öffentlichen Leben. In der Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der demokratisch-föderalistischen Neuorganisation des Freistaats Bayern im damals noch teil-souveränen westdeutschen Staat war ihre Absicht, sich für die eigentlichen kulturellen und staatspolitischen Grundlagen des Freistaats Bayern einzusetzen und das Wissen darum zu fördern und zu vertiefen, ganz im Sinne des Verfassungsworts: „Bayern ist ein Kulturstaat." (Artikel 3 der Bayerischen Verfassung). Die Bayerische Verfassung, die der Kultur Verfassungsrang einräumt, ist die Werte-

ordnung und damit wesentliche Klammer des Zusammenhaltes der Gesellschaft.
Am 9. Juni 1954 wurde die Eintragung ins Vereinsregister beim Amtsgericht München vollzogen.[8] Die Namenswahl – „Bayrische Einigung", später „Bayerische Einigung" – mag heute irritieren, beschreibt aber kurz und klar die damalige Zielsetzung: In bewusstem Anerkennen des Wertes unterschiedlicher Auffassungen, Herkunft und Zugehörigkeit zu Kulturgemeinschaften (zur Zeit der Gründung: Altbayern, Franken, Schwaben und nach Bayern vertriebene Sudetendeutsche und weitere Heimatvertriebene), überparteilich und alle gesellschaftlichen Gruppierungen und Konfessionen einbeziehend, sollten Vereinsmitglieder an der Gestaltung der gesellschaftlichen und kulturellen Wirklichkeit eines modernen Bayern mitwirken.

Präsidenten und Initiativen

Eugen Fürst zu Oettingen-Wallerstein (1885-1969) wurde 1954 in das Amt des Präsidenten der Bayerischen Einigung gewählt. Als Gründungsmitglied der Bayernpartei, mit seinen Verbindungen in den bayerischen Adel und zum Bürgertum, als Vertreter des bayerischen Bauernverbands sowie mit seiner liberalen Grundhaltung und seiner tiefen Verwurzelung in der bayerischen Geschichte konnte Fürst zu Oettingen-Wallerstein für die Bayerische Einigung rasch große Bekanntheit erreichen. 1964 verzichtete er auf eine Wiederwahl. Er wurde anschließend zum Ehrenpräsidenten ernannt.
Zusammen mit dem Gründungspräsidenten leistete Rektor a. D. Georg Albrechtskirchinger (1889-1971) unvergesslich viel: als Geschäftsführer der Bayerischen Einigung und bis 1969 als Redakteur des Vereinsorgans „Der Bayernspiegel"[9] sowie als Präsidiumsmitglied der Bayerischen Einigung von 1954 bis 1970. Auch bei den ersten Feiern des Bayerischen Verfassungstags war Georg Albrechtskirchinger prägende und treibende Kraft.
Zweiter Präsident der Bayerischen Einigung war von 1964 bis 1988 Dr. Anton Besold (1904-1991). Der Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordnete ging, tatkräftig unterstützt von Vorstand und Mitgliedern, mit großem Elan daran, für die satzungsgemäßen Ziele der Bayerischen Einigung breite Aufmerksamkeit der Bevölkerung in Bayern zu schaffen. In dieser Zeit entwickelten Pankraz Fried und Anton Besold die Idee zur Feier des Bayerischen Verfassungstags, wie er erstmals am 2. Dezember 1967 abgehalten wurde und seither alljährlich stattfindet. (Abb. 1)
Breite Aufmerksamkeit bei der Bevölkerung in Bayern erreichte die Initiative zur Pflege der Verfassungsdenkmale in Gaibach,[10] namentlich die

Abb. 1: Der bayerische Ministerpräsident Dr. h.c. Alfons Goppel (rechts) überreicht am 1. Dezember 1973 während des Festakts zum Bayerischen Verfassungstag im Cuvilliés-Theater in München an Rechtsanwalt Dr. Anton Besold, MdB i. R. und Präsident der Bayerischen Einigung, die Urkunde zur Konstituierung der Bayerischen Volksstiftung.

Instandhaltung der Konstitutionssäule und die Renovierung des Konstitutionssaals im Schloss bis 1982 mit Spenden aus einer Volkssammlung.[11] (Abb. 2 u. 3)

Die postume Ehrung der liberalen Vorkämpfer für die Ideen und Ziele der Bayerischen Verfassung wurde mit der Aufnahme von Michael Wilhelm Joseph Behr (1775-1851) und Franz Erwein Graf von Schönborn-Wiesentheid (1776-1840) in die Ruhmeshalle in München erreicht.[12] Gemeinsam mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h.c. Alfons Goppel[13] wurde die „Bayernhymne"[14] ihrer Bedeutung angemessen im öffentlichen Bewusstsein verankert (vor allem ab dem Staatsbesuch der britischen Königin Elisabeth II. 1965): Am 29. Juli 1966 empfahl der Bayerische Ministerpräsident in einer Bekanntmachung, die Bayernhymne zukünftig in der Form zu singen, wie sie Josef Maria Lutz nach 1946 bearbeitet hatte.[15] Eine erneute Änderung zum heute gültigen Text verfügte Ministerpräsident Franz Josef Strauß 1981.[16] Die bayerischen Schulen erhielten den Auftrag, die Bayerische Verfassung und den Bayerischen Verfassungstag zu thematisieren. Die weiß-blaue Staatsflag-

Abb. 2: Konstitutionssäule bei Gaibach.

Abb. 3: Konstitutionssaal im Schloss Gaibach.

ge ist am Bayerischen Verfassungstag an öffentlichen Gebäuden gehisst. 1973 schließlich gelang die Konstitution der Bayerischen Volksstiftung. Seitdem sind die „Verfassungsfeiern" der Bayerischen Einigung, verbunden mit der Preisvergabe durch die Bayerische Volksstiftung, vitaler Nachweis des gelebten Kulturstaatsgedankens im Sinne der Bayerischen Verfassung.

Derzeit ist Rechtsanwalt Florian Besold Präsident der Bayerischen Einigung. Unter dem Leitgedanken „Kultur und Demokratie sind kein Wiegengeschenk der Geschichte!"[17] werden die Verfassungstage in seiner Amtszeit der Bayerischen Einigung thematisch fokussiert auf aktuellste, in die Zukunft reichende Themen wie „Stärkung des föderalen Staatsprinzips", „Subsidiarität und Bayern in Europa" oder „Die Würde des Menschen angesichts biogenetischer Erkenntnisse und Möglichkeiten". Die Verfassungspreise werden seit 2009 als Jugend-Verfassungspreis „Jugend für Bayern" vergeben, seit 2012 gemeinsam mit dem neugeschaffenen „Konstitutionstaler".

2012 begann die Initiative für eine zeitgemäße Ergänzung der Bayernhymne um eine Strophe zum Thema „Bayern und Europa". Ausgangspunkt war ein Wettbewerb der Bayerischen Einigung / Bayerischen Volksstiftung, der sich 2012 an die Schülerinnen und Schüler aller bayerischen Schulen ab der 10. Jahrgangsstufe richtete. Über 1.000 Schüler aus über 100 Schulen aus dem gesamten bayerischen Raum beteiligten sich, wobei die Wettbewerbsbeiträge zu einem großen Teil eine bemerkenswerte Auseinandersetzung mit der vorgegebenen Thematik erweisen, darüber hinaus ein in dieser Form nicht von Jugendlichen erwartetes Bekenntnis zur Bedeutung Bayerns als Heimat im europäischen Kontext darstellen. Die Bayerische Einigung / Bayerische Volksstiftung beabsichtigt, die Sieger-Strophe – die bereits jetzt schon vielfach zu hören ist – als offizielle weitere Strophe der Bayernhymne anerkennen zu lassen:

„Gott mit uns und allen Völkern, ganz in Einheit tun wir kund
In der Vielfalt liegt die Zukunft, in Europas Staaten Bund
Freie Menschen, freies Leben, gleiches Recht für Mann und Frau
Goldne Sterne, blaue Fahne und der Himmel weiß und blau." (Abb. 4)

Die Bayerische Verfassung nicht nur intellektuell, sondern auch visuell-haptisch in die Gegenwart zu holen, sie in dieser zu halten und zu pflegen unternimmt die Bayerische Einigung zahlreiche Initiativen, alle menschlichen Sinne anzusprechen, so zum Beispiel durch die Pflege der Denkmale aktiver Freude an der Bayerischen Verfassung: Schloss Gaibach und Konstitutionssäule in Gaibach bei Volkach; Konstitutionsstein im Englischen Garten zu Landsberg am Lech; Tafel an der ehemaligen Baye-

Abb. 4: Schülergruppe der Beruflichen Oberschule Bad Tölz mit den Verfassern der Sieger-Strophe, Muhammad Agca, Tatjana Sommerfeld und Benedikt Kreisl (Bildmitte) sowie dem betreuenden Lehrer Dr. Peter Kaspar bei der Verfassungsfeier 2012.

rischen Staatskanzlei, Prinzregentenstraße in München (weil dort die Bayerische Verfassung von 1946 vorbereitet wurde).

Die Verfassung feiern! – Aufgaben und Wirken der Gremien und Institutionen der Bayerischen Einigung und der Bayerischen Volksstiftung

Bayerischer Verfassungstag

In der Volksabstimmung am 1. Dezember 1946 hatte die Bayerische Verfassung eine Zustimmung von 70,6 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 75,7 Prozent erhalten. Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner fertigte die Verfassungsurkunde am 2. Dezember aus und am 8. Dezember 1946 trat die Verfassung des Freistaates Bayern mit ihrer Veröffentlichung im Bay-

erischen Gesetz- und Verordnungsblatt in Kraft.[18] Ab 1967 gestaltete die Bayerische Einigung jedes Jahr in Erinnerung an 1946 in vielen Städten des Freistaates und allen Regierungsbezirken, zusammen mit der Bevölkerung und insbesondere auch der Jugend, Festakte zum Bayerischen Verfassungstag.
Mit der Feier des Bayerischen Verfassungstags knüpft die Bayerische Einigung / Bayerische Volksstiftung – inhaltlich freilich nur zu einem geringen Teil – an die Tradition der Jahre 1818 bis 1918 an, den Bayerischen Verfassungstag (damals der 28. Mai) als Feiertag zu halten. (Abb. 5)

Abb. 5: Festakt zum Bayerischen Verfassungstag 1980 in München, von links: Elisabeth Besold, Dr. Anton Besold, Präsident der Bayerischen Einigung und Vorsitzender der Bayerischen Volksstiftung, Dr. h.c. Franz Josef Strauß, Bayerischer Ministerpräsident, und Marianne Strauß. Der Bayerische Ministerpräsident hielt an diesem Tag auch die Festansprache.

Die Initiative zur Feier des Bayerischen Verfassungstags entstand vor dem Hintergrund der Erinnerung an die Barbarei der Diktatur des Nationalsozialismus und der Verheerungen des Zweiten Weltkriegs. Die Feier des Bayerischen Verfassungstags steht in der Tradition der Verfassungsfeiern in vielen modernen Republiken seit der Zeit der Aufklärung, unter anderen in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Festakte zum Bayerischen Verfassungstag sind getragen von der Erkenntnis, dass die Verfassung in einer Republik Schlüssel zur Gestaltung der Gesellschaft ist und der zentrale Normgebungsakt moderner, post-aufklärerischer Staatswesen. Die Festakte werden gestaltet im Wissen, dass eine Republik mit ihrer abstrakten Verfassung für viele zunächst nicht den Glanz verstrahlt, den eine Monarchie inszenieren kann.
Die Feier des Bayerischen Verfassungstags nimmt die Bayerische Einigung / Bayerische Volksstiftung jeweils zum Anlass für ein grundsätzliches Nachdenken über unsere geschichtlichen Wurzeln sowie insbesondere über wesentliche Grundfragen unseres Gemeinwesens, und veranstaltet sie nicht etwa in der Absicht, bei dieser Gelegenheit „eine triumphale Nabelschau“[19] zu halten. Lebendiger Verfassungspatriotismus im besten Sinne – das ist Grundlage der Festakte der Bayerischen Einigung / Bayerischen Volksstiftung. In diesem Geist richtet sie seit fast 50 Jahren parteiunabhängig Feiern zum Verfassungstag aus, jeweils mit einem Generalthema, das Impulse gibt für eine zukunftsweisende geistige Auseinandersetzung mit den aktuellen Themen der Zeit.
Die Festakte zum Bayerischen Verfassungstag sind geistig verknüpft mit der Gründung der Bayerischen Volksstiftung 1973 und der Vergabe der Verfassungspreise.

Bayerische Volksstiftung

Zur Umsetzung des Verfassungsworts „Bayern ist ein Kulturstaat“ (Art. 3 der Verfassung des Freistaates Bayern) in Taten entwickelte die Bayerische Einigung in den 1960er Jahren einen völlig neuen Stiftungsgedanken, nämlich den einer in ihrer Konstruktion einzigartige Stiftung, der Bayerischen Volksstiftung als einer „Stiftung vom Volk für das Volk“, als einer Kulturstiftung, in der es keinen einzelnen Mäzen gibt, der der Stiftung mit seinem Vermögen zur Seite steht, sondern in der das Volk als Träger fungiert. Entsprechend wurde das Stiftungsvermögen Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre unter anderem durch Volkssammlungen aufgebracht, ergänzt durch größere Zuwendungen von Einzelpersonen und einen Zuschuss der Bayerischen Staatsregierung. Das Volk, die einzelnen Bürger also, sollen durch ihren eigenen Beitrag unmittelbar Mitträger und Nutznießer dieser Stiftung sein. Stiftungsrat und Kuratorium der Bayerischen Volksstiftung setzen sich zusammen aus den Repräsentanten aller gesellschaftlich relevanten Gruppierungen in Bayern: Vertreter der Wirtschaft, des Sports, der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Neben den Spitzen aller im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien finden sich hier auch Vertreter aller großen Glaubens-

gemeinschaften, namentlich der katholischen und der evangelischen Kirche in Bayern, der israelitischen Kultusgemeinde und neuerdings auch der Muslime. Den Vorsitz des Stiftungsrats führten über viele Jahrzehnte die Präsidenten des Bayerischen Landtags, so zum Beispiel Hans Hanauer, Johann Böhm und Alois Glück. Aktuell steht Prof. Dr. Hermann Rumschöttel, Generaldirektor a. D. der Staatlichen Archive Bayerns, dem Stiftungsrat vor. Im Kuratorium wiederum hat derzeit der bayerische Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing Mathias Pfeil den Vorsitz inne.
Die aus dem Stiftungsvermögen anfallenden Erträge und Spenden dienen der Kulturförderung in allen Bereichen über ganz Bayern hinweg, dem Erhalt und der sinnvollen Fortentwicklung bayerischen Kulturgutes und der kreativen Kräfte unserer Bevölkerung. Dementsprechend ist der Stiftungszweck beschrieben wie folgt:
1. Förderung schöpferischer und gestaltender Kräfte im bayerischen Volk,
2. Pflege und Entwicklung des bayerischen Kulturgutes einschließlich sozio-kultureller Belange und Förderung der sie tragenden Kräfte,
3. Förderung einer heimatbewussten Landespflege in Gegenwart und Zukunft.
Der Stiftungsrat und das Kuratorium beschließen auch über die Vergabe der Verfassungspreise.

Verfassungspreise

Alljährlich vergibt die Bayerische Volksstiftung im Rahmen der Verfassungsfeiern ihre Preise in Anerkennung besonderer Verdienste um die Verwirklichung des Kulturstaatsgedankens der Bayerischen Verfassung. Vor dem Hintergrund von Politikverdrossenheit und sinkender Wahlbeteiligung vor allem in der jüngeren Bevölkerung kam es ab 2009 zur Ausgestaltung des Verfassungspreises als Jugend-Verfassungspreis „Jugend für Bayern“ mit Vergabe des neugeschaffenen „Konstitutionstalers“. Der Verfassungspreis „Jugend für Bayern“ wurde von der Bayerischen Volksstiftung gestiftet und wird gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung vergeben. Mit dieser Preisvergabe wird der Einbindung unserer Jugend in die Verantwortung für Staat und Gesellschaft eine besondere Bedeutung beigemessen. Wesentlicher Bestandteil der Preisauszeichnung ist die Verleihung des „Konstitutionstalers“.
In Anerkennung besonderer Verdienste um den Kulturstaatsgedanken im Sinne der Bayerischen Verfassung und der Demokratie in Bayern waren bisher Preisträger:

2009 (München, Kaisersaal der Residenz): Festakt unter dem Motto „Die Zukunft des Föderalismus und des Subsidiaritätsprinzips in Deutschland und Europa"; Festansprache von Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts; Verfassungspreis der Bayerischen Volksstiftung „Jugend für Bayern", vergeben gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung an das Karl-Theodor-von-Dalberg-Gymnasium in Aschaffenburg, seine Schüler-/innen und Lehrkräfte sowie an die Kolpingjugend im Diözesanverband München-Freising.
2010 (München, Katholische Akademie, Kardinal-Wendelhaus): Festakt zum Thema „Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat"; Festansprache von Prof. Dr. Reinhard Kardinal Marx, Erzbischof von München und Freising; Verfassungspreis der Bayerischen Volksstiftung „Jugend für Bayern", gemeinsam vergeben vom Bayerischen Landtag, von der Bayerischen Staatsregierung und der Bayerischen Volksstiftung an das Projekt „Arkadaş" des Spessart-Gymnasiums Alzenau, an das Projekt „Aus Nachbarn werden Freunde" des Bezirksjugendrings Oberfranken sowie zusammen an die Initiativen „Internationale Jugendbegegnung Dachau" und „Internationales Jugendtreffen Flossenbürg".
2012 (München, Hubert-Burda-Saal der Israelitischen Kultusgemeinde): Festakt „150 Jahre öffentliche Erstaufführung der Bayernhymne am 26.5.1862"; Festansprache von Prof. em. Dr. Hans Maier mit dem Titel „Das unvollendete Europa"; Großer Preis der Bayerischen Volksstiftung, vergeben mit erstmaliger Überreichung des Konstitutionstalers an Prof. Dr. Hans Maier; Anerkennungspreis der Bayerischen Volksstiftung vergeben an die Unterbiberger Hofmusik.
2012 (München, Prinzregententheater): Festakt unter dem Motto „Zwischen Brüssel und Berlin: Die Eigenständigkeit Bayerns"; Festansprache von Martin Zeil, Bayerischer Staatsminister und Stellvertretender Bayerischer Ministerpräsident; Verfassungspreis „Jugend für Bayern", vergeben gemeinsam von der Bayerischen Staatsregierung und der Bayerischen Volksstiftung an die Bayerische Trachtenjugend und die Sieger des Wettbewerbs um eine Strophe zur Bayernhymne zum Thema „Bayern in Europa" (Muhammad Agca, Benedikt Kreisl, Tatjana Sommerfeld, BOS Bad Tölz); zudem Anerkennungspreise.
2013 (München, Große Aula der Ludwig-Maximilians-Universität): Festakt mit dem Titel „Verantwortung von Presse und Medien für Staat und Gesellschaft"; Podiumsdiskussion unter Moderation und Diskussionsleitung von Prof. Sigmund Gottlieb mit den Diskussions-

teilnehmern Florian Besold, Präsident der Bayerischen Einigung, Jan Fleischhauer, Redakteur des „Spiegel“, Dr. Georg Paul Hefty, früherer Redaktionsleiter „Zeitgeschehen“ der „F.A.Z.“, Hans-Ulrich Jörges, Mitglied der Chefredaktion des „Stern“, Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing; Verfassungspreis „Jugend für Bayern“, vergeben gemeinsam von der Bayerischen Staatsregierung und der Bayerischen Volksstiftung an die Jugendfeuerwehr Bayern, das Gymnasium Max-Josef-Stift in München und die Redaktion der „Junge Leute“-Seite der „Süddeutschen Zeitung“; Anerkennungspreis der Bayerischen Volksstiftung für Dr. Christoph Lickleder in Kelheim.
2014 (Unterföhring, Festsaal des Bürgerhauses): Festakt zum Thema „Selbstverantwortungs- oder Haftungsgesellschaft. Gefahr für die Demokratie“; Festansprache zum Bayerischen Verfassungstag von Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter mit dem Titel „Freiheit – Sicherheit – Selbstverantwortung“; Verfassungspreis „Jugend für Bayern“, vergeben gemeinsam von der Bayerischen Staatsregierung und der Bayerischen Volksstiftung an das Ludwig-Thoma-Gymnasium Prien am Chiemsee; Anerkennungspreis der Bayerischen Volksstiftung an die Landesgruppe Bayern der Sudetendeutschen Landsmannschaft.
2015 (München, Allerheiligen-Hofkirche in der Residenz): Festakt unter dem Motto „‚Leitkultur‘ – Bewahrung, Bewährung und / oder Wandel“; Festansprache zum Bayerischen Verfassungstag von Dr. h.c. Charlotte Knobloch; Verfassungspreis „Jugend für Bayern“, vergeben gemeinsam von der Bayerischen Staatsregierung und der Bayerischen Volksstiftung an die Jugendensembles der Bayerischen Philharmonie unter Leitung von Mark Mast und an das Gemeinschaftsprojekt „Fremde werden Freunde“ der Mittelschule Ebern und des Friedrich-Rückert-Gymnasiums Ebern im Landkreis Haßberge.
2016 (Unterföhring, Festsaal des Bürgerhauses): Verfassungsfest zum Thema „Integration im Zeichen der Bayerischen Verfassung“; Ansprachen von Bürgermeister Andreas Kemmelmeyer, Landrat Christoph Göbel, Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, und Präsident Florian Besold; Präsentation der Bayerischen Verfassung, übersetzt ins Hocharabische und ins Türkische; Vorstellung des Leitfadens „Ankommen in Bayern“; Verfassungspreis „Jugend für Bayern“, vergeben gemeinsam von der Bayerischen Staatsregierung und der Bayerischen Volksstiftung an die „11 Holledauer Spürnoasn“, Schülerinnen und Schüler der Halletauer Mittelschule Mainburg, und ihr Wörterbuch „Migraboarisch©“. unterstützt auch durch das Wertebündnis Bayern.

Traditionsgemäß besteht der Verfassungspreis „Jugend für Bayern“ aus einer Reise der Preisträger zur Bayerischen Vertretung in Brüssel und zum Europäischen Parlament in Brüssel und dem Konstitutionstaler.

Konstitutionstaler

Im Rahmen der Ehrung wird den Preisträgern der „Konstitutionstaler“ der Bayerischen Volksstiftung überreicht, der in Inhalt und Gestaltung Bezug nimmt auf die gesamte Verfassungsgeschichte und die Entwicklung demokratischer Grund- und Menschenrechte seit den Bayerischen Verfassungen der Jahre 1808, 1818, 1919 und 1946. (Abb. 6)

Abb. 6: Vorder- und Rückseite des 2012 von der Bayerischen Volksstiftung eingeführten Konstitutionstalers (Gestaltung: Manfred Mayerle).

Die Umschrift des Konstitutionstalers greift wie schon bei dem Konstitutionstaler von 1819 den Vers 6 der 4. Ekloge von Vergil auf: „Magnus ab integro saeclorum nascitur ordo“. Diese mythische Formulierung ist seit römischer Zeit gebräuchlich und umschreibt vorausgreifend Verfassungsgeschichte. Ein Übersetzungsvorschlag von Professor Bernhard Weißhaar lautet: „Eine große Ordnung erwächst aufs Neue auf Zukunft hin.“ 1819 deutete man den Vers: „Die Verfassung erhebt sich als die große Ordnung für die kommenden Jahrhunderte.“ In seiner Mitte zeigt der Konstitutionstaler den Verfassungswürfel: weiß-blau gerautet, schmückt er bereits die Truhe, die die Bayerische Verfassung von 1818 verwahrt. Das Wür-

fel-Symbol hat, ausgehend von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Eingang in die frühe Verfassungsgeschichte gefunden und ist in einer Reihe von bayerischen Städten als Denkmal präsent, so etwa im Englischen Garten in Landsberg am Lech und in Dillingen.

Der Bayernspiegel

Das Organ der Bayerischen Einigung / Bayerischen Volksstiftung, „Der Bayernspiegel“ (Redaktion derzeit: Prof. Dr. Helmut Zedelmaier und Carl Hans Engleitner), ist seit 1946 beziehungsweise 1960 Forum für Beiträge renommierter und auch junger Wissenschaftler der verschiedensten kulturellen Bereiche und für staatspolitische Grundsatzfragen. Zudem berichtet die Zeitschrift regelmäßig über die Initiativen und Projekte der Bayerischen Einigung / Bayerischen Volksstiftung.
Als ein Teil der breit angelegten Förderung kulturellen Lebens in Bayern entsteht der Bayernspiegel im Jugendwerk Birkeneck der Herz-Jesu-Missionare in Hallbergmoos, einem Heim für gefährdete Jugendliche. Seit Anfang der 1960er Jahre werden dort die Drucksachen der Bayerischen Einigung und im Weiteren auch der Bayerischen Volksstiftung hergestellt.[20]

Kulturfahrten

Im Bestreben, die Bayerische Verfassung nicht nur intellektuell, sondern auch visuell-haptisch in die Gegenwart zu holen sowie sie in dieser zu halten und zu pflegen unternimmt die Bayerische Einigung Kulturfahrten zu verfassungs-relevanten Zielen und ganz besonderen Kulturschätzen in Bayern. Im Zentrum der Fahrten steht jeweils das lustvolle Kulturerlebnis für alle Sinne.

Anmerkungen

1 So die Selbstbeschreibung in der Zeit der Gründung.
2 Akten im Archiv der Bayerischen Einigung e. V.
3 Nachruf in: Bayernspiegel 1969, H. 11, S. 91.
4 Deckart, Gerald: Georg Albrechtskirchinger (1889-1971), in: Bayernspiegel 1971, H. 8/9, S. 1-2.
5 Zedelmaier, Helmut: Nachruf, in: Bayernspiegel 1991, H. 06, S. 1-3. Siehe auch Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in Bayern. Traditionsvermittlung, Ver-

gangenheitsbearbeitung und populäres Geschichtsbewusstsein nach 1945, in: Schlemmer, Thomas / Woller, Hans (Hg.): Bayern im Bund, Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973, (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 54), München 2004, S. 349-351 u. 404-406.

6 Schmid, Alois: Pankraz Fried, der Vater der schwäbischen Landesgeschichte, in: Bayernspiegel 2011, H. 04-05, S. 6-9.

7 Akten im Archiv der Bayerischen Einigung e. V.

8 Akten im Archiv der Bayerischen Einigung e. V.

9 Laut Impressum: Sonderdruck der Zeitschrift „Der Zwiebelturm, Monatsschrift für das bayerische Volk und seine Freunde", begründet 1946, hg. v. Dr. Josef Habbiel für die Bayerische Einigung e. V., Präsident: Eugen Fürst von Oettingen-Wallerstein. Siehe dazu Besold, Anton: 30-jähriges Gründungsjubiläum der Bayerischen Einigung. Rückblick und Dank, in: Bayernspiegel 1984, H. 3, S. 1-2.

10 Zum Komplex der visuellen Denkmale zum Frühkonstitutionalismus in Bayern erscheint 2017 eine umfassende Zusammenstellung, nämlich Treml, Manfred: Verfassungsgeschichte visuell – der bayerische Frühkonstitutionalismus in Dokumenten, Bildern und Realien, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 151 (2017), S. 29-80. Die Bayerische Einigung / Bayerische Volksstiftung wird 2017 ein Sonderheft zu „50 Jahre bürgerschaftliche Verfassungsfeiern seit 1967" veröffentlichen.

11 Bayernspiegel 1982, H. 3, S. 1-3.

12 Rechte Seitenwand, „Auf dem Sims".

13 Neu zu ihm März, Stefan: Alfons Goppel. Landesvater zwischen Tradition und Moderne, (kleine bayerische biografien), Regensburg 2016.

14 Siehe dazu insgesamt Timmermann, Johannes: 50 Jahre Bayernhymne, in: Bayernspiegel 2004, H. 1, S. 28-31 u. die Homepage des 2013 verstorbenen Timmermann mit der Adresse www.bayernhymne-online.de.

15 Siehe dazu Bayernspiegel 1968, H. 10, S. 82 u. Der Spiegel 36/1966 (19.08.1966), S. 43: „Der bayerische Ministerpräsident Goppel läßt neuen Text zur Bayernhymne veröffentlichen".

16 http://www.bayern.de/freistaat/wappen-flaggen-und-hymne/bayernhymne-2/ (Stand: 10.09.2016); Panger, Daniel Carlo: Langes Casting. Vor 50 Jahren wurde das Lied „Für Bayern" erstmals als Staatshymne bezeichnet, in: Unser Bayern, Bayerische Staatszeitung Nr. 17 v. 29.04.2016.

17 Florian Besold, Präsident der Bayerischen Einigung.

18 Zur Vorgeschichte und zur Inkraftsetzung siehe zum Beispiel Gelberg, Karl-Ulrich (Bearb.): Die Protokolle des Vorbereitenden Verfassungsausschusses in Bayern 8. März bis 24. Juni 1946, (Quellentexte zur bayerischen Geschichte 3), München 2004. Details zur Ausarbeitung der Bayerischen Verfassung diskutierte am 30. Juni 2016 das „Kolloquium zu den Symbolbegriffen der Bayerischen Verfassung" in der Großen Aula der LMU München. Die Vorträge fin-

den sich in der Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 79 (2016), H. 1, unter dem Titel „Symbolbegriffe der Bayerischen Verfassung von 1946. Kolloquium am 30. Juni 2016 abgedruckt.
Das Haus der Bayerischen Geschichte plant für 2017 ein Sonderheft der „edition bayern“ unter dem Arbeitstitel „Bayern in der Bundesrepublik Deutschland“. Darin enthalten sein wird der Beitrag Engleitner, Carl Hans / Besold, Florian: „Kultur und Demokratie sind kein Wiegengeschenk der Geschichte!“ Die Feiern zum Bayerischen Verfassungstag, die Bayerische Einigung e.V. und die Bayerische Volksstiftung.

[19] Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in seiner Rede zum Bayerischen Verfassungstag 1980, zitiert nach: Bayernspiegel 1980, H. 6.

[20] Siehe dazu: 50 Jahre Jugendwerk Birkeneck, in: Bayernspiegel 1975, H. 7-8, S. 6.

Abbildungsnachweis

- Bayerische Einigung / Bayerische Volksstiftung: Abb. 1, 4, 5.
- Rabanus Pressephotos: Abb. 5.
- Lena Semmelroggen, München: Abb. 6.
- Wikimedia Commons: Abb. 2, 3.

Michael Brenner

Jüdische Geschichte in Bayern: Forschungen des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Forschungen zur jüdischen Geschichte Bayerns an der Abteilung für Jüdische Geschichte und Kultur der LMU München

Der 1997 gegründete Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität München hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die in seinem Namen enthaltenen Themen in ihrer ganzen Bandbreite zu erforschen und in der Lehre den Studierenden zu vermitteln.[1] Dass dabei auch Schwerpunkte gesetzt werden müssen, versteht sich von selbst. Der zunächst nur neuzeitlich ausgerichtete Lehrstuhl konzentrierte sich in seinem ersten Jahrzehnt auf größere Forschungsprojekte zur jüdischen Historiographie, zur Geschichte der Juden in den böhmischen Ländern, zu Erinnerungstraditionen des iberischen Judentums und zu jüdischem Leben in Deutschland nach 1945.[2] 2009 kam dann mit der Errichtung einer Professur für mittelalterliche jüdische Geschichte und der Berufung von Professor Dr. Eva Haverkamp ein weiterer Schwerpunkt hinzu. Mit dem 2015 gegründeten Zentrum für Israel-Studien entstand schließlich das erste in Deutschland angesiedelte Forschungsinstitut zu Geschichte, Kultur und Gesellschaft des jüdischen Staates.[3]

Ein Themenbereich steht kontinuierlich im Zentrum der Aktivitäten des Lehrstuhls: die Erforschung und Vermittlung der jüdischen Geschichte Bayerns. Die Tatsache, dass der deutschlandweit erste Lehrstuhl für jüdische Geschichte und Kultur in München angesiedelt wurde, war dabei ausschlaggebend. Die Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte und Kultur sollte nicht nur in die Ferne schweifen, sondern musste die nähere Umgebung bewusst miteinbeziehen. So war es nur selbstverständlich, dass im engeren Umkreis entsprechende Kooperationspartner gefunden wurden, mit denen größere Projekte in Angriff genommen wurden. Unter Federführung des Kulturreferats der Stadt München wurde die Planung des Jüdischen Museums der Landeshauptstadt ins Auge gefasst. Mit der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit wurden in den Jahren 2006 bis 2009 drei große und vielbeachtete Tagungen zur Geschichte der Juden in Bayern abgehalten: in Sulzbach-Rosenberg zur Geschichte der Juden in

der Oberpfalz, in Würzburg zur Geschichte der Juden in Franken sowie in Augsburg zur Geschichte der Juden in Schwaben. Alle drei Tagungsbände mit Beiträgen internationaler Wissenschaftler liegen vor.[4] In enger Kooperation mit dem Stadtarchiv München und der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern erschien anlässlich der Einweihung der neuen Synagoge am Sankt-Jakobs-Platz 2006 der erste systematische Band zur Geschichte der Juden in München vom Mittelalter bis in die Gegenwart.[5] In einem weiteren Forschungsprojekt in Kooperation mit der Bayerischen Staatsbibliothek hat Dr. Ittai Tamari deren weltweit einmalige Hebraica-Bestände genauer untersucht.[6]

Mehrere veröffentlichte Dissertationen und Magisterarbeiten konnten unterschiedliche Aspekte der lokalen und regionalen jüdischen Geschichte beleuchten. Dabei wurden auch biographische Zusammenhänge erforscht, wie etwa zur Geschichte der Münchner Familie Feuchtwanger, zur Schriftstellerin Cary Brachvogel und zum langjährigen Präsidenten der Münchner jüdischen Gemeinde, Dr. Hans Lamm.[7] Zahlreiche im Umfeld des Lehrstuhls entstandene Arbeiten, insbesondere auch zur Judenverfolgung während der NS-Zeit, fanden Aufnahme in der im Oldenbourg Verlag (heute: de Gruyter) erscheinenden Reihe „Studien zur jüdischen Geschichte und Kultur in Bayern“, deren Mitherausgeber Dr. Andreas Heusler vom Stadtarchiv München ist. Die seit 2007 erscheinende hauseigene Zeitschrift „Münchner Studien zur Jüdischen Geschichte und Kultur“ hat einige thematische Ausgaben der lokalen Geschichte gewidmet, so etwa die Münchner Porträts, in denen Dr. Hans-Jochen Vogel die komplexe Beziehung Lion Feuchtwangers zu München skizzierte, Christian Ude den ersten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner würdigte und Dr. Rachel Salamander eine Hommage an die Schriftstellerin Gerty Spies verfasste.[8] Weitere Beiträge zur Lokalgeschichte widmeten sich der Kunststadt München und ihren jüdischen Bezügen sowie der Judenverfolgung in der „Hauptstadt der Bewegung“.[9]

Die Zusammenarbeit zwischen Studierenden der Abteilung für Jüdische Geschichte und Kultur und dem Jüdischen Museum München mündete in mehreren Ausstellungen. Noch vor der Errichtung des heutigen Museums wurde, mit Unterstützung des Münchner Stadtarchivs, im ehemals privaten Jüdischen Museum eine ebenfalls in eine Buchveröffentlichung mündende Ausstellung zur Geschichte einer aus Galizien nach München eingewanderten Familie organisiert, deren Schicksal in vielerlei Hinsicht das Schicksal der Münchner Juden vor 1933 widerspiegelte.[10] Ausstellungen im neuen Jüdischen Museum resultierten aus Lehrveranstaltungen zu den Anfängen jüdischen Lebens nach 1945 und insbesondere deren erstem Nachkriegspräsidenten Julius Spanier sowie zu Erfahrungsberichten Münchner Juden aus den fünfziger und sechziger Jahren.[11]

Auch im Rahmen von Exkursionen erhalten die Studierenden Einblick in das breite Spektrum jüdischen Lebens in Bayern. Bisherige Exkursionen haben sie in die jüdischen Museen nach Fürth, Schnaittach und Augsburg gebracht. Sie wurden mit dem mittelalterlichen jüdischen Leben in Regensburg ebenso vertraut gemacht wie mit dem Nachkriegsalltag im Displaced Persons-Lager Föhrenwald, heute ein Stadtteil von Wolfratshausen. Regelmäßige Besuche der jüdischen Friedhöfe in München sowie der alten wie der neuen Synagoge gehören zum festen Bestandteil vieler Lehrveranstaltungen.

Eine Geschichte der Juden in Bayern nach 1945

Die bisherigen Forschungsarbeiten gelten auch als Vorleistung für ein noch nicht abgeschlossenes systematisches Projekt zur Geschichte der Juden in Bayern nach 1945. Im Folgenden möchte ich diese bisher nur in Bruchstücken geschriebene Geschichte kurz skizzieren.
1925 lebten in Bayern knapp 50.000 Juden. Bis 1933 war ihre Zahl bereits auf 42.000 gesunken.[12] Den meisten von ihnen gelang in den kommenden Jahren unter den Zeichen der Verfolgung noch die Flucht aus Deutschland. 1941 waren noch knapp 11.000 Juden in Bayern ansässig, von denen es nur einigen Hundert gelang, den Krieg und den Holocaust zu überleben[13].
Ein Neuanfang nach dem beispiellosen Völkermord schien für jüdisches Leben in Deutschland und Bayern nach 1945 nicht vorstellbar. Selbst von den wenigen Überlebenden, die oft durch ihre nichtjüdischen Ehepartner oder Elternteile geschützt waren, wanderte nach 1945 noch ein Teil aus, da ihre Heimat ihnen als ein großer Friedhof erschien, auf dem kein Leben mehr möglich sei. Einige wenige bayerische Juden jedoch blieben oder kamen aus der Emigration zurück. Zu ihrem Erstaunen waren sie nicht die einzigen Juden im Nachkriegsbayern. Zeitweise lebten über 250.000 osteuropäische, zumeist polnische Juden in der amerikanischen Zone, zu einem großen Teil in Bayern. Sie mussten feststellten, dass sie nach der Rückkehr aus den Konzentrationslagern oder aus der Flucht in die Sowjetunion in ihren Heimatorten nicht willkommen geheißen wurden, ja ihr Leben noch nach der Befreiung in Pogromen bedroht wurde. Den Staat Israel gab es noch nicht, die USA hatten restriktive Einwanderungsgesetze, und so wurde die amerikanische Zone zu einem Sprungbrett für die Holocaustüberlebenden, die Europa verlassen wollten. München wurde ein neues Zentrum jüdischen Lebens, doch auch in anderen Orten Bayerns lebten in sogenannten „Displaced Persons-Camps“ von Vilseck bis Feldafing und von Bamberg bis Landsberg jeweils Tausende ausgerechnet im „Land der Mörder“ gestrandeter Juden. Erst heute wird auch im lokalen Rahmen

die Geschichte der jüdischen Bevölkerung dieser Orte während der Nachkriegsjahre aufgearbeitet, ihre Spuren offengelegt und ihre Stimmen rekonstruiert.[14] Über 90 Prozent dieser „DPs“ verließen Bayern bis zu Beginn der fünfziger Jahre.

Diejenigen, die zurückblieben, bauten mit den wenigen deutschen Juden die jüdischen Gemeinden von neuem auf. In Bayern waren die weitaus meisten Gemeindemitglieder osteuropäischer Herkunft. Ihnen stand eine kleine Minderheit von zumeist unter 10 Prozent von ursprünglich aus dem Ort oder der Umgebung stammenden Juden gegenüber. Dies führte mitunter zu heftigen Konflikten, da die beiden Gruppen oftmals äußerst unterschiedliche Auffassungen vom Judentum wie auch von ihrer deutschen Umgebung hatten. Streitpunkte waren vor allem die religiöse Ausrichtung der Gemeinden (den mehrheitlich orthodox geprägten osteuropäischen Juden standen die Anhänger der religiösen Reform aus dem deutschen Judentum gegenüber) sowie die Frage einer Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland, das die meisten Displaced Persons ablehnten. Die kleine Minderheit der deutschen Juden versuchte mancherorts, bis in die Mitte der fünfziger Jahre, den nichtdeutschen Staatsangehörigen das Wahlrecht in den Gemeinden zu verweigern oder dieses einzuschränken.

Dennoch waren es letztlich beide Gruppen zusammen, die dafür sorgten, dass jüdisches Leben nach dem Holocaust auch in Bayern wieder eine Zukunft hatte. Im Januar 1947 wurde der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern begründet. Von seinen fünf Gründungsgemeinden wuchs er schnell auf insgesamt 13 Gemeinden an (München, Augsburg, Würzburg, Nürnberg, Fürth, Bamberg, Bayreuth, Hof, Weiden, Amberg, Regensburg, Straubing und die später wieder aufgelöste Gemeinde in Passau). Die Zahl der Juden in Bayern freilich war nur noch ein Schatten des Standes der Weimarer Jahre. Lebten damals etwa 50.000 Juden in Bayern, so waren es während der ersten Nachkriegsjahrzehnte gerade einmal 5.000, davon etwa drei Viertel in der Landeshauptstadt. Die Hälfte der Gemeinden hatte unter 100 Mitglieder und war in den achtziger Jahren stark überaltert.

Erst durch die unerwartete Zuwanderung aus der Sowjetunion ab 1990 wuchsen die Gemeinden wieder an und zählen heute etwa 18.000 Mitglieder, davon 8.500 außerhalb Münchens. Gerade die kleineren Gemeinden sind seit 1990 beträchtlich gewachsen: so etwa in Bayreuth von 39 auf 509, in Straubing (das bedeutet ganz Niederbayern) von 141 auf 872, in Regensburg von 117 auf 993, in Würzburg von 179 auf über 1.000 und in Nürnberg von 316 auf über 2.000. In Erlangen wurde eine neue jüdische Gemeinde gegründet.[15]

Was sind nun die wichtigsten Forschungsfragen zu dieser Thematik?

1. Wie gestaltete sich das Zusammenleben zwischen den osteuropäischen jüdischen Displaced Persons und der nichtjüdischen Bevölkerung vor Ort? Während die DP-Lager mittlerweile recht gut erforscht sind, stehen systematische Forschungen zur Integration der Juden vor allem in den kleineren Orten selbst noch aus. Sie lebten dort zumeist zur Untermiete bei deutschen Mietern, hatten ihre öffentlichen Treffpunkte und richteten sich Gebetsräume und Synagogen ein. Wie reagierte die örtliche Bevölkerung auf ihre Präsenz? Welche Kontakte bestanden? Wie betrachteten die Juden ihre nichtjüdischen Nachbarn?
2. Welche Beziehungen bestanden zwischen den in Bayern verbliebenen jüdischen DPs und den amerikanischen Besatzungsbehörden sowie deren Einrichtungen? Oftmals fühlten sich die Juden sicherer im Schatten der Amerikaner, richteten sich ihre Betätigungsfelder (nicht selten gehörten dazu Bars und Nachtklubs) in deren Umfeld ein und waren von deren allmählichem Rückzug aus Deutschland verunsichert.
3. Wie gestalteten sich die Beziehungen zwischen nichtdeutschen und deutschen Juden? In Augsburg tobte noch bis in die Mitte der fünfziger Jahre eine gerichtliche Auseinandersetzung um das Wahlrecht der nichtdeutschen Gemeindemitglieder, andernorts wurden diese Konflikte oft unterschwellig ausgetragen. Auffallend ist zudem, dass zwar über 90 Prozent der Gemeindemitglieder osteuropäischer Herkunft waren, in den wichtigeren Gemeinden aber fast ausschließlich deutsch-jüdische Repräsentanten an die Spitze gewählt wurden, so etwa als Präsidenten der Münchner Gemeinde Siegfried Neuland, Hans Lamm und Charlotte Knobloch, in Nürnberg Adolf Hamburger und dessen Sohn Arno, in Würzburg David Schuster (der auch Mitglied des bayerischen Senats war) und dessen Sohn Josef (derzeit auch Präsident des Landesverbands und des Zentralrats).
4. Welche regionalen und lokalen Besonderheiten gilt es im religiösen Leben zu beachten? Oftmals waren selbst benachbarte Gemeinden sehr unterschiedlich aufgebaut. In Nürnberg war nach dem Krieg der größte Anteil deutscher Juden ansässig. Es war dies die einzige Gemeinde, in der sich auch lokale deutsch-jüdische Vorkriegstraditionen durchsetzten. Das benachbarte Fürth dagegen wurde für mehrere Jahrzehnte die Hochburg einer ostjüdisch geprägten Or-

thodoxie. Mit dem 1970 verstorbenen Warschauer Rabbiner David Kahane Spiro lebte und wirkte in Fürth eine in ganz Deutschland einzigartige religiöse Persönlichkeit, deren Ruhm weit über die Landesgrenzen hinausging und der in Fürth zumindest rudimentäre orthodox-jüdische Strukturen aufbaute. Auch die kleine Gemeinde in Amberg besaß mit der Person von Nathan Zanger einen aus Polen stammenden Rabbiner, dessen Wirken die kleinen Gemeinden der Umgebung mit einbezog.

5. Wie ist der Konflikt zwischen München und der Provinz zu erklären? 1947 wurden alle bestehenden Gemeinden im Landesverband zusammengefasst. Doch Spannungen zwischen der Großgemeinde München, die weit über 80 Prozent aller bayerischen Juden umfasste, und dem Restverband führten letztlich zu deren Austritt. Auch die Nürnberger Gemeinde hatte sich vorübergehend vom Landesverband gelöst.
6. Wie funktionierte politische Repräsentanz sowohl gegenüber dem Freistaat wie auch im Rahmen der jüdischen Politik auf Bundesebene? Solange der Bayerische Senat bestand, durften die jüdischen Gemeinden einen Vertreter in diese bis 1999 bestehende zweite Kammer entsenden. Auch im Rundfunkrat und anderen wichtigen Gremien ist ein Vertreter jüdischen Lebens präsent. Es ist zu untersuchen, wie diese Vertreter ihre Anliegen durchsetzen konnten. Zudem ist das mitunter schwierige Verhältnis zwischen den Vertretern des Landesverbands und des Zentralrats zu untersuchen. Aufgrund unterschiedlicher Auffassungen zur Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland hat der Landesverband in den fünfziger Jahren kurzzeitig den Zentralrat der Juden in Deutschland verlassen. Auch nach der Rückkehr in das Bundesgremium blieben mitunter Konflikte bestehen, die auch den Hang nach bayerischer Eigenständigkeit in der nichtjüdischen Politik widerspiegeln.
7. Welche Rolle spielten Juden im gesellschaftlichen Leben Bayerns nach 1945? Nur sehr wenige Personen waren – wenn man von den offiziellen Repräsentanten des Gemeindelebens absieht – einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Hierzu gehörten im Bereich der Wirtschaft der Bankier Walter Feuchtwanger, der sich an der Seite Hans-Jochen Vogels dafür einsetzte, die Olympischen Spiele nach München zu holen, in der Wissenschaft die Professoren Hans-Joachim Schoeps an der Universität Erlangen und Michael Wolffsohn an der Universität der Bundeswehr sowie im Kulturleben die Schauspieler Fritz Kortner und Therese Giehse, die vor allem die

Münchner Kammerspiele mitprägten sowie Towje Kleiner, der in Helmut Dietls Kultserien ebenso wie im „Pumuckl“ mitwirkte.

8. Wie veränderte die Immigration der Juden aus der ehemaligen Sowjetunion die jüdischen Gemeinden? In vielen Gemeinden mussten 10 Prozent nun 90 Prozent der Zuwanderer „integrieren“. Dies war selbstverständlich eine große Herausforderung. Sollte man deutsch oder russisch sprechen? Wie brachte man Menschen, die in einem atheistischen Staat lebten, der Religion näher? War das Judentum für die einen eine vorwiegend religiös definierte Gemeinschaft, so war es für die Neuzuwanderer eine ethnische, oft auch kulturelle Gemeinschaft. Trotz aller Probleme bei der Integration ist unumstritten, dass ohne die Zuwanderung heute wohl nur noch drei oder vier Gemeinden im Freistaat bestehen würden.
9. Wie sehen die Zukunftsaussichten der Gemeinden aus? Wie überall in Deutschland schrumpft auch hier die Zahl der Gemeindemitglieder. Außer an den Feiertagen stehen die Synagogen, ebenso wie die Kirchen, zumeist leer. Allerdings haben gerade die kulturellen Aktivitäten in den jüdischen Gemeinden zugenommen und richten sich oftmals auch an ein breites und interessiertes nichtjüdisches Publikum. Wie kann man sich jüdische Zukunft in Bayern vorstellen?
10. Welche Herausforderung stellt die jüngste Einwanderungswelle aus der arabischen Welt dar? Es gab in Bayern, wie in ganz Europa bereits seit Jahren eine Übertragung der Spannungen aus dem Nahen Osten. Doch bieten die Zuwanderer auch die Chance, sich gerade hierzulande auf einen Dialog einzulassen, der im Nahen Osten nicht möglich ist.

Dies sind nur einige der Fragen, denen eine Studie zu jüdischem Leben in Bayern von 1945 bis heute nachgehen muss. Im Umfeld des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität wird dazu kräftig geforscht. Die Resultate liegen hoffentlich in Kürze auch der breiteren Öffentlichkeit vor.

Anmerkungen

1 Brenner, Michael: Jüdische Geschichte an deutschen Universitäten: Bilanz und Perspektive, in: Historische Zeitschrift 266 (1998), S. 1-21.

2 Brenner, Michael (Hg.): Die Abteilung für Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Konferenzen, Vorträge, Publikationen 1997-2012, München 2012.

3 Englmann, Felicia: Ein Zentrum für Israel-Studien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juni 2015, S. N4.

4 Brenner, Michael / Höpfinger, Renate (Hg.): Die Juden in der Oberpfalz, München 2009; Brenner, Michael / Eisenstein, Daniela F. (Hg.): Die Juden in Franken, München 2012; Brenner, Michael / Ullmann, Sabine (Hg.): Die Juden in Schwaben, München 2013.

5 Bauer, Richard / Brenner, Michael (Hg.): Jüdisches München. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2006.

6 Tamari, Ittai Joseph: Das Volk der Bücher. Eine Bücherreise durch sechs Jahrhunderte jüdischen Lebens, München 2012.

7 Specht, Heike: Die Feuchtwangers. Familie, Tradition und jüdisches Selbstverständnis im deutsch-jüdischen Bürgertum des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 2006; Sinn, Andrea: „Und ich lebe wieder an der Isar" – Exil und Rückkehr des Münchner Juden Hans Lamm, München 2008; Ritter, Judith: Die Münchner Schriftstellerin Carry Brachvogel – Literatin, Salondame, Frauenrechtlerin, München 2006.

8 Münchner Beiträge zur Jüdische Geschichte und Kultur 1/2008: Münchner Porträts – Drei Jüdische Biographien, München 2008.

9 Münchner Beiträge zur Jüdische Geschichte und Kultur 2/2012: Kunststadt München? Unterbrochene Lebenswege, München 2012; Münchner Beiträge zur Jüdische Geschichte und Kultur 2/2014: Judenverfolgung in München, München 2014.

10 Stadtarchiv München (Hg.): „Ich lebe! Das ist ein Wunder." Schicksal einer Münchner Familie während des Holocaust, München 2001.

11 Jüdisches Museum München (Hg.): Wissen Sie wer Julius Spanier war? Eine Spurensuche des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur der Ludwig-Maximilians-Universität München, München 2015.

12 Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik (Hg.): Statistik des Deutschen Reichs. Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933, Heft 5, Berlin 1936, S. 11.

13 Wetzel, Juliane: Jüdisches Leben in München 1945-1951. Durchgangsstation oder Wiederaufbau?, München 1987.

14 Schneidawind, Julia: Erinnerungen und Visionen, in: Süddeutsche Zeitung, 19. Oktober 2015; Aktionsbündnis „Dorfen ist bunt" (Hg.): Wie kam der Davids-

tern nach Dorfen? „Dorfen ist bunt“ auf den Spuren jüdischer „Displaced Persons“, Dorfen 2015.

[15] Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland e.V.: Mitgliederstatistik der Jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland für das Jahr 2015, Frankfurt am Main 2016; http://zwst.org/cms/documents/178/de_DE/Mitgliederstatistik-j%C3%BCdische-Gemeinden-Landesverb%C3%A4nde-2015.pdf. Zuletzt abgerufen am 15.05.2016.

Karl Heinz

Die Topothek

Die Voraussetzungen

Spricht man von historischer Forschung, so denkt man zumeist an die politische Geschichte der Kaiser und Könige, an die Entwicklung von Staaten und an deren Kriege und Friedensschlüsse. Dieser Zugang zur geschichtlichen Überlieferung deckt allerdings nur einen Teilaspekt der Entwicklung ab, quantifizierend gesprochen stellt diese Art der Geschichte nur die Spitze des Eisberges dar.
In der Lokalgeschichte spiegeln sich die großen Züge der Weltgeschichte zwar wider, allerdings geht sie noch weit darüber hinaus und die relevanten Quellen decken eine gewaltige Bandbreite ab, die alle Lebensbereiche auf allen Ebenen umfasst. Die Quellen der Alltagskultur einer Region sind, obwohl von allerhöchstem allgemeinen Interesse, zumeist im privaten Bereich zu finden und haben kaum Aussicht, einem größeren Personenkreis und der historischen Forschung zugänglich gemacht zu werden.

Abb. 1: Detailansicht: Zillenübung am Donaukanal. Wie das Luftbild zeigt, verläuft hier heute eine Stadtautobahn. Auch das im Bild bezeichnete Gasthaus gehört der Vergangenheit an.

Ein weiterer Umstand, der die Verwendung dieses Materials erschwert und zum großen Teil sogar verunmöglicht, ist die Tatsache, dass diese Art von geschichtlichen Quellen unabhängig und unbeeinflusst von jedem archivischen Sicherungs- und Bewahrungsauftrag, mit jedem Generationswechsel Gefahr läuft, für immer verloren zu gehen.
An dieser Stelle setzt die Topothek an, die als ein Werkzeug entwickelt wurde, um genau diese alltagsgeschichtlichen Materialien zu erfassen, sicherzustellen und allgemein zugänglich zu machen. Im Folgenden sollen das System und seine Möglichkeiten in groben Zügen vorgestellt werden.

Kontextualisierung

Die Topothek entstand aus dem Bedürfnis heraus, eine umfangreiche Privatsammlung von Fotografien zum Wiener Prater entsprechend umfassend dokumentieren, erschließen und veröffentlichen zu können. Alexander Schatek, der Besitzer dieser Sammlung, nutzte die ihm im Rahmen seines Betriebes zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten und entwickelte einen ersten Prototyp der Topothek. Dieses Konzept setzte er in der Folge auch im Zusammenhang mit weiteren Sammlungen um.
Die weitere Entwicklung der Topothek steht im Zusammenhang mit dem Internationalen Archivnetzwerk ICARUS (International Centre for Archival Research), das es sich seit seiner Gründung im Jahr 2008 zum Ziel gesetzt hat, Archive beziehungweise mit archivischen Aufgabenstellungen befasste Institutionen miteinander in Verbindung zu bringen und durch die Anregung verstärkter Kooperationen Synergien zu schaffen, um so die Herausforderungen des digitalen Zeitalters gemeinsam mithilfe von untereinander kompatiblen und nachhaltigen Lösungen zu bewältigen. Gegenwärtig (Mai 2016) besteht ICARUS aus über 170 Partnerinstitutionen aus 33 Staaten in Europa und Übersee. Einen weiteren wichtigen Aspekt der Tätigkeiten von ICARUS stellt der Brückenschlag zwischen den Archiven und der Nutzerschaft dar, also die Einbindung individuellen Wissens und freiwilliger Ressourcen in die Erschließung von Archivmaterial.
ICARUS hat im Lauf der letzten Jahre große Online-Portale entwickelt, die den freien Zugang zu historischen Quellen erleichtern und Archive und ihre Angebote besser bekannt machen sollen. In diesem Zusammenhang seien hier nur die beiden Portale Monasterium (www.monasterium.net) und Matricula (www.matricula-online.eu) genannt. Monasterium vereint zwischenzeitlich über 600.000 mittelalterliche und frühneuzeitliche Urkunden und ist weltweit die mit Abstand größte Online-Ressource dieser Art. Im Rahmen des Portals Matricula werden die wichtigsten Quellen für Familienforscher online gestellt, und die Kirchenbücher (Tauf-, Heirats-

und Sterbebücher) zugänglich gemacht. Gegenwärtig stehen über Matricula über zehn Millionen Seiten zur Verfügung, welche die Diözesen Wien, St. Pölten, Linz, Passau, Gurk und Feldkirch sowie einen Teilbereich der Diözese Breslau abdecken.
Eingedenk des sehr ähnlichen Zugangs von ICARUS und der Topothek (www.topothek.at) hinsichtlich der Behandlung von archivischem Material war eine Kooperation nur logisch und so wurde die Topothek zum dritten großen Online-Portal des Netzwerkes.

Organisation und Funktionsweise

Wie oben bereits angedeutet, dient die Topothek zur Bewahrung und Online-Zugänglichmachung von lokalgeschichtlich relevanten Materialien. Dieses Material kann von mannigfaltiger Natur sein. Fotografien und Postkarten gehören ebenso dazu wie Schriftstücke und Dokumente. Das System ermöglicht daneben auch die Integration von Audio- und Videodateien.

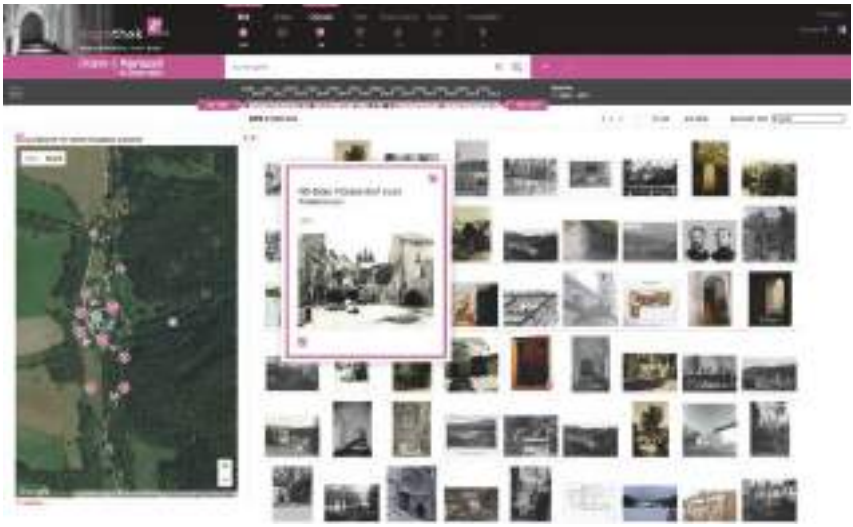


Abb. 2: Die Übersichtsseite der Topothek Kloster Mariazell in Österreich – die Dokumentation eines längst verschwundenen barocken Baujuwels.

Die Gemeinde gilt als die unterste Ebene des hierarchisch organisierten Gemeinwesens und als kleinste historische Einheit. Diese in Europa verbreitete Struktur machte in Anlehnung daran eine dezentrale Organisationsform der Topothek sinnvoll. In der Regel tritt eine Gemeinde als eine öffentliche Gebietskörperschaft als Betreiberin einer Topothek-Einheit auf; ein Umstand, der die Gemeinnützigkeit der Initiative und die nachhaltige Absicherung des eingespeisten Materials betonen soll. Natürlich kann der Betrieb einer Topothek-Einheit auch durch einen gemeinnützigen Verein mit entsprechender Ausrichtung (Kulturverein, Ortsverschönerungsverein etc.) wahrgenommen werden. Eine mehr oder weniger enge Verbindung dieses Vereins zur Gemeinde ist jedenfalls begrüßenswert.
Selbstverständlich bietet die Topothek auch die Möglichkeit, auf die Ebene der Katastralgemeinden, Ortsteile und Stadtbezirke zu gehen und damit dem natürlichen historischen Bedürfnis der ansässigen Bevölkerung entgegenzukommen. Darüber hinaus ist auch die Anlage thematisch orientierter Topotheken möglich, wobei an dieser Stelle als Beispiele dafür die „Prater-topothek“ beziehungsweise die „Kloster-Topothek“ von Mariazell in Österreich genannte werden können.
Rechte und Pflichten, die im Zusammenhang mit dem Betrieb einer Topothek entstehen, sind in einer schriftlichen Vereinbarung zusammengefasst, die zwischen dem jeweiligen Topothek-Betreiber und ICARUS abgeschlossen wird.
Vom Betrieb zu unterscheiden ist die inhaltliche Betreuung einer Topothek, die durch ehrenamtliche „Topothekarinnen“ und „Topothekare“ erfolgt. Diese Personen sind in der Gemeinde beziehungsweise der Ortschaft verwurzelte und vernetzte Menschen mit einem starken Bezug zur Geschichte der Kommune respektive des Ortes, die im Idealfall selbst bereits sammelnd beziehungsweise forschend tätig gewesen sind. Topothekare fungieren auch innerhalb der Bevölkerung als Vertrauenspersonen, die als Ansprechpartner für Gemeindebürger und -bürgerinnen agieren und historisches Material zur Erfassung entgegennehmen. Den Topothekaren obliegt darüber hinaus auch das Einspeisen des Materials, also das Scannen der Originale, das Hochladen der Digitalisate sowie in erster Linie deren Beschlagwortung, Datierung und Verortung.
Von Beginn an wurde sowohl im Front- als auch im Backend-Bereich auf die Benutzerfreundlichkeit großes Augenmerk gelegt. Das bedeutet, dass weder die recherchierenden Nutzer noch die einpflegenden Topothekarinnen und Topothekare Informatik-Fachwissen benötigen, sondern lediglich mit dem grundsätzlichen Umgang mit einem Computer vertraut sein müssen.

Abb. 3: Einschulung von Topothekarinnen und Topothekaren in Sarleinsbach / Mühlviertel. Topothek-Nachmittag in der Region Donau-Böhmerwald: bereits mehr als 8.000 Einträge wurden eingepflegt. Es gibt regelmäßige Runden zum Erfahrungsaustausch. Lebendige regionale Geschichte(n) werden weiter getragen.

Einen wesentlichen Aspekt der Topothek stellt die Möglichkeit dar, das Wissens der Allgemeinheit einzubinden. Da die Inhalte der Topotheken frei zugänglich und einsehbar sind, können einerseits Fragen zur Zuordnung einzelner Bildinhalte öffentlich gestellt werden, andererseits kann die Bevölkerung Bemerkungen, Ergänzungen und Korrekturen direkt über den Kontakt zum betreffenden Topothekar einbringen.
Besonders interessant erscheint das Wissenspotential der Bevölkerung im Zusammenhang mit Fotobeständen, die in Archiven aufbewahrt werden. In der Regel können diese Sammlungen durch Archivare nicht in dieser Tiefe erschlossen werden, da dazu weder die zeitlichen Ressourcen noch die Detailkenntnisse vorhanden sind.

Kosten einer Topothek

In der oben angesprochenen Vereinbarung zwischen ICARUS und den Gemeinden als den Betreibern der Topotheken sind auch die auflaufenden Kosten definiert, die dem Betreiber im Fall eines Betriebs entstehen. Diese belaufen sich aktuell (Mai 2016) auf eine einmalige Zahlung von 415,-- Euro als eine Einrichtungs- und Freischaltgebühr. Dieser Betrag inkludiert auch die Einschulung der Topothekarinnen und Topothekare. In weiterer Folge belaufen sich die monatlichen Beiträge auf 47,50 Euro. Dieser Beitrag finanziert einerseits die Serverkosten und die Wartung des Systems, andererseits auch die technische Weiterentwicklung der Datenbank sowie die Supporttätigkeiten für Topothekarinnen und Topothekare.

Rechtliche Aspekte

Wie eingangs erwähnt, handelt es sich bei dem Material, das in die Topotheken hochgeladen wird, durchwegs um Objekte in Privatbesitz, wobei es sich zu 90 Prozent um Fotografien und Ansichtskarten handelt. Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung müssen zwei juristische Bereiche, nämlich das Urheberrecht und der Datenschutz, berücksichtigt werden.
Um die rechtliche Situation unmissverständlich zu dokumentieren, unterfertigen die Betreiber der Topotheken und die Materiallieferanten eine Übernahme- beziehungsweise Übergabebestätigung, in der die rechtlichen Rahmenbedingungen definiert sind. Der Überbringer bestätigt darin, der Rechteinhaber des übergebenen Materials zu sein und gewährt das Nutzungsrecht zur Bearbeitung, Speicherung und Vervielfältigung der Daten und gibt auch das Einverständnis zur Veröffentlichung im Rahmen der Topothek, und zwar unter Nennung der Rechteinhaberschaft. Diese explizite Nennung der Urheberschaft ist von großer Wichtigkeit, da dies die Werke vor potentieller Verwaisung und in weiterer Folge vor den daraus resultierenden Lizenzansprüchen diverser Verwertungsgesellschaften schützt und damit die zukünftige Veröffentlichung dieser Werke sicherstellt.
Der Betreiber trägt auch – über die Aufsicht der Topothekarinnen und Topothekare – die Verantwortung dafür, dass keine gesetzeswidrigen Darstellungen in eine Topothek hochgeladen werden.

Möglichkeiten der Topothek

Wie bereits angeklungen, basiert die inhaltliche Erfassung des Quellenmaterials auf drei Säulen, nämlich auf der Datierung, der Beschlagwortung und der Verortung. Diese gewährleisten erst die rasche Recherchierbarkeit des Eingestellten. Eine möglichst exakte Datierung der einzelnen Objekte ermöglicht den Faktor Zeit als Suchfilter einzusetzen, indem der zu durchsuchende Zeitraum mithilfe einer Zeitschiene eingegrenzt werden kann.
Nachdem ein Bild mit einem Titel versehen worden ist, der die grundsätzliche Einordnung des Gezeigten in einen thematischen Großbereich (z. B. Feuerwehr, Jahrmarkt, Kirche, Schule etc.) ermöglicht, kann über die Beschlagwortung eine ausführlichere Erfassung des Abgebildeten erfolgen. Dargestellte Personen oder Objekte können auf Fotografien namentlich als Haupt- oder Nebenobjekte erfasst werden, wobei die Daten aufscheinen, wenn der Maus-Cursor über die Person / das Objekt auf dem Bild bewegt wird. Ein zusätzliches Kommentarfeld ermöglicht es dem Sucher auch, etwaige nähere Umstände beziehungsweise Hintergründe zur Entstehung oder Überlieferung des Bildes zu erfahren.

Abb. 4: Gesichter zur Genealogie: Mit Hilfe der Bevölkerung konnten alle Personen identifiziert werden. Brauchtum: Bürgermeisterbrieftaubenkranz und Erntekranz.

Die Verortung ist einer der Schlüsselbereiche der Topothek. Jedes auf einer Fotografie dargestellte Ereignis beziehungsweise jedes abgebildete Objekt ist mit einer Geo-Referenzierung versehen, die auf einer nebenliegenden Landkarte deutlich visualisiert wird. Dabei ermöglicht das System auch die Erfassung des damaligen Blickwinkels, aus dem das Bild aufgenommen wurde, was wiederum eine Gegenüberstellung mit den gegenwärtigen topographischen Verhältnissen ermöglicht.
Grundsätzlich kann jedes dargestellte Objekt erfasst und mit einem Suchbegriff versehen werden. Je genauer die Erfassung von Nebenobjekten erfolgt, umso genauere Rechercheergebnisse können in der weiteren Folge erzielt werden. Als Beispiele für Sekundärerfassungen können Handtaschen, Auszeichnungen, Modeaccessoires, Autos, Zäune, Straßenlaternen, Tiere und noch vieles andere genannt werden.
Der oben skizzierte Datenreichtum macht die Topothek bei einer entsprechend gewissenhaften Erfassungsarbeit zu einem wertvollen Hilfsmittel in verschiedenen Forschungsbereichen. Primär gewährt jede Topothek – bedingt durch ihren fest umrissenen topographischen Fokus – Einblicke in die Orts- und Regionalgeschichte, wobei durch die wechselseitige Verlinkung aller dargestellten Objekte miteinander inhaltliche Zusammenhänge auf Knopfdruck sichtbar gemacht werden können. Fragen zur Familien-

geschichte, zur Ortsentwicklung, zum Vereinswesens und noch zu vielem mehr können einer Antwort zugeführt werden.
Die Erfassung von möglichst vielen Nebenobjekten macht die Topothek auch dazu geeignet, überregionale Entwicklungen aufzuzeigen, wie zum Beispiel die Entwicklung der Damenhutmode in der Zeit von 1920 bis 1950 oder die Veränderungen von Feuerwehruniformen im Lauf der Jahrzehnte.

Kooperationen

Bedingt durch die Genese des Projektes, liegt der quantitative Schwerpunkt der Topothek auf dem Land Niederösterreich. Aufgrund dieser Tatsache war und ist es von großer Bedeutung, die Zusammenarbeit mit landesweiten Organisationen beziehungsweise Körperschaften zu suchen. Seit dem Herbst 2015 genießt die Topothek den Status eines offiziellen Projekts des Landes Niederösterreich – ein Umstand, der im Frühjahr 2016 im Rahmen einer großen Kick-off-Veranstaltung im Niederösterreichischen Landhaus einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde. Diese Partnerschaft manifestiert sich in der engen Kooperation zwischen der Topothek und dem Niederösterreichischen Landesarchiv in St. Pölten, das bei der Betreuung und Schulung der Topothekare inhaltlich und infrastrukturell unterstützend tätig ist und auch die in der Topothek eingespeisten Daten als zusätzliche Sicherungskopie verwahrt.

Abb. 5: Festveranstaltung mit Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka und Hofrat Dr. Willibald Rosner, Direktor des Niederösterreichischen Landesarchivs, im Großen Sitzungssaal des Niederösterreichischen Landhauses.

Von großer Bedeutung ist auch die Zusammenarbeit einerseits mit den Regionalbehörden auf der Ebene der Bezirkshauptmannschaften und andererseits mit dem Niederösterreichischen Bildungs- und Heimatwerk. Im Rahmen von bezirksweiten Treffen gelingt es sowohl die Bürgermeister als die maßgeblichen Entscheidungsträger in den Gemeinden als auch die in den Orten aktiven und maßgeblichen kulturell tätigen beziehungsweise organisierenden Personen direkt anzusprechen und die Idee der Topothek weiterzugeben.

Verbreitung der Topothek

Mit Ende Februar 2017 waren insgesamt 105 Topotheken online. Dass die Topothek in Niederösterreich ihren Ursprung genommen hat, spiegelt sich auch in dem Umstand wieder, dass der größte Teil (63) der Betreiber in Niederösterreich beheimatet ist. Die restlichen Topotheken in Österreich verteilen sich auf die Bundesländer Oberösterreich (25), Wien (5), Burgenland (2) und Steiermark (1).

Abb. 6: Die Kommunikation mit der Bevölkerung ist die Grundlage einer Topothek. Hier der Großvater des Topothek-Gründers, Albert Schatek, der selbst schon als Heimatkundler in Mannersdorf am Leithagebirge im Jahre 1939 aktiv war.

Durch die internationale Ausrichtung von ICARUS verfügt die Topothek jedoch auch über eine sehr starke europäische Komponente. Erstes sichtbares Zeichen dafür sind einige Topotheken in Bayern (2), Tschechien (2) und Kroatien (1). Im Rahmen des von der EU geförderten europäischen Großprojekts „Community as Opportunity“ (www.coop-project.eu), in dem 17 Partner aus insgesamt zwölf Staaten unter der organisatorischen Leitung des Staatsarchivs in Marburg (DE) teilnehmen, soll das System der Topotheken von Finnland bis Spanien integriert werden, um europaweit die Online-Quellenerfassung auch auf lokaler Ebene zu initiieren.

Ausblick und Resümee

Schon seit geraumer Zeit arbeitet ein Technikerteam an der Weiterentwicklung der Topothek, die eine Reihe von Neuerungen beinhalten soll. Dazu gehört unter anderem die Möglichkeit von umfassenden, Topothek-übergreifenden Recherchen, um so auch überregionale Ergebnisse erzielen zu können. Weiters gehört die Entwicklung einer Handy- und Tablet-fähigen Version der Topothek ebenso zu den neuen Features, wie die Verbesserung bereits bestehender Funktionalitäten, wie jene der Vergrößerung durch stufenloses Zoomen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Topothek den Anspruch eines zeitgemäßen Umgangs mit lokalhistorischem Quellenmaterial stellt. Die Vorteile liegen in der Nutzung der Freiwilligkeit von engagierten Topothekarinnen und Topothekaren, in der jederzeitigen Erweiterungsmöglichkeit und der umfassenden Erschließung durch das Wissen der Allgemeinheit. Darüber leistet die Topothek einen Beitrag zur Legalisierung der von der Verwaisung bedrohten Werke, die durch die Integration frei zugänglich bleiben und ist ein Mittel zur Langzeitarchivierung des Materials.

Nicht zuletzt ist die Topothek ein vielseitiges Mittel zur Schaffung und Festigung lokaler Identitäten, indem sie die lokale und regionale Verwurzelung der Bevölkerung fördert.

Sollten Sie Interesse an der Topothek haben, kontaktieren Sie bitte für die praktische Einrichtung und Umsetzung:

Mag. Alexander Schatek (as@topothek.at)
Dr. Karl Heinz (karl.heinz@icar-us.eu)
www.topothek.at, www.icar-us.eu

Abbildungsnachweis

- ICARUS, Wien: Abb. 2.
- Heinrich Pfoser, Nebelberg: Abb. 3.
- Robert Reiter, Kuffern: Abb. 4.
- Alexander Schatek, Wiener Neustadt: Abb. 1, 5, 6.

Manfred Treml

Geschichte und Struktur des Lokalfunks in Bayern

Seit 1985 besteht in Bayern ein von Anfang an umstrittenes und bis heute durchaus kontrovers bewertetes duales Rundfunksystem,[1] das neben dem Bayerischen Rundfunk, der traditionellen öffentlich-rechtlichen Anstalt, eine Fülle von privaten Anbietern hat entstehen lassen. Nie zuvor war die bayerische Medienlandschaft so bunt und vielfältig, aber auch so unübersichtlich. Die werbefinanzierten privaten Medien stehen inzwischen in heftiger Konkurrenz, untereinander ebenso wie gegenüber den öffentlich-rechtlichen Sendern, die gebührenfinanziert und damit nur in geringem Maße von Werbeeinnahmen abhängig sind.

Dieser seit über 30 Jahren bestehende landesweite und lokale Rundfunk hat bisher weder bei den Zeit- und Landeshistorikern noch bei den Kommunikationswissenschaften das verdiente Interesse gefunden und ist daher noch weitgehend unerforscht.[2]

Die folgende Darstellung skizziert die Entstehungsgeschichte und die Strukturen dieser höchst erfolgreichen privaten Radio- und Fernsehanbieter, an deren Entwicklung der Verfasser als Mitglied des Medienrates und als derzeitiger Vorsitzender des Hörfunkausschusses tätigen Anteil nehmen konnte. Dem besonderen Bemühen um eine Geschichte des Lokalfunks in Bayern dient daher dieser Beitrag, der eine systematische Archivierung und die Sicherung von Quellen durch Zeitzeugenaufnahmen vorausgehen muss.

1. Historische Entwicklung[3]

Auf der Grundlage des Rundfunkgesetzes von 1948 entstand im Januar 1949 der Bayerische Rundfunk, dessen Rundfunkrat 1959 durch eine Gesetzesänderung erheblich gestärkt und mit einer größeren Zahl an Abgeordneten des Bayerischen Landtags ausgestattet wurde. Mit dem „Fernsehurteil“ von 1961 bestätigte das Bundesverfassungsgericht als Grundprinzip, dass Rundfunkgesetzgebung Ländersache ist und Rundfunk nur in öffentlich-rechtlicher Verantwortung und staatsfern stattfinden darf. Damit waren zunächst auch die ersten Pläne für eine Privatisierung ad acta gelegt.

1970 versuchte die CSU nach einem überwältigenden Wahlsieg erneut ihren Einfluss auf den Bayerischen Rundfunk durch eine Änderung des Rundfunkgesetzes zu verstärken und zugleich privaten Rundfunk einzuführen. Der Auftakt war die Verabschiedung eines neuen Rundfunk-

gesetzes durch die CSU-Mehrheit im Landtag, das den parteipolitischen Einfluss im Rundfunkrat ausbaute. Doch der Bayerische Senat meldete verfassungsrechtliche Bedenken an und machte von seinem Einwendungsrecht Gebrauch. In der „turbulentesten Sitzung der Nachkriegszeit" wurden 80 Minuten nach Mitternacht am 1. März 1972 von der CSU-Mehrheit diese Einwendungen zurückgewiesen. Am gleichen Tag unterzeichnete Ministerpräsident Goppel die Gesetzesnovelle. Drei Wochen später waren auf Betreiben des SPD-Landesvorsitzenden Volkmar Gabert aber bereits genügend Unterschriften für einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens gesammelt. Ein von Gabert initiiertes Bürgerkomitee mit dem Politologen Paul Noack an der Spitze einte SPD, FDP, Gewerkschaften, Journalistenverbände und sogar den Bund der Katholischen Jugend. Sie alle wollten, dass Rundfunk und Fernsehen ausschließlich in öffentlich-rechtlicher Verantwortung und Trägerschaft zu betreiben seien und dass der Anteil der von Staatsregierung, Landtag und Senat in den Rundfunkrat zu entsendenden Vertreter ein Drittel der Gesamtzahl nicht übersteigen dürfe. Mit 13,7 Prozent Eintragungen, das waren 1.007.637 Bürgerinnen und Bürger, hatte das Volksbegehren unerwartet großen Erfolg. Es musste also über die „Rundfunkfreiheit", wie der Kurztitel des Volksbegehrens lautete, ein Volksentscheid stattfinden. Während die CSU im Landtag fürs erste die Notbremse zog und das Volksbegehren als „rechtsungültig" deklarierte und einen eigenen Gesetzentwurf nachschob, waren die Weichen bereits in Richtung Kompromiss gestellt. Eine Parteiabsprache zwischen CSU, SPD und FDP stellte im Januar 1973 einen Kompromiss her, der einerseits die öffentlich-rechtliche Trägerschaft des Rundfunks in der Verfassung verankern wollte, andererseits die Bereitschaft beinhaltete, zu einem späteren Zeitpunkt die Frage der Einführung des Privatfunks zu prüfen. Am 1. Juli stimmten die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat dem Rundfunkkompromiss zu: 87,1 Prozent votierten für den neuen Artikel „Rundfunkfreiheit" (Art. 111 a) in der Bayerischen Verfassung, wobei die Wahlbeteiligung mit 23,4 Prozent nicht überwältigend war. Diese „Rundfunkfreiheit" war dann bei der Einführung des Privatfunks Grundlage des Prinzips in den Mediengesetzen, dass auch private Programmangebote unter dem Dach einer öffentlich-rechtlichen Trägerschaft – der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien – stattzufinden hatten. Dass damit die eigentliche Intention der Unterstützer des Volksentscheids von 1972 ins Gegenteil verkehrt wurde, war nicht zu übersehen und führte zu einer Frontbildung, die teilweise bis heute spürbar ist.

Nach einer Phase wilder „Piratensender" begann in Rheinland-Pfalz mit einem Kabelpilotprojekt und der ersten Sendung in Ludwigshafen am 1. Januar 1984 das Zeitalter des privaten Rundfunks in Deutschland.[4] Den Startschuss zur Privatisierung und damit der Einführung einer „dualen

Rundfunkordnung“ in Bayern gab nach einem Kabelpilotprojekt in München 1984 das Bayerische Medienerprobungs- und -entwicklungsgesetz,[5] auf dessen Grundlage sich am 20. März 1985 der Medienrat als erstes Organ der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) konstituierte. Am 1. April nahm die BLM in München mit fünf Mitarbeitern ihre Tätigkeit als Aufsichtsbehörde über die privaten Rundfunkangebote in Bayern auf. Schon Ende Mai gingen die ersten Lokalradios auf Sendung. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof bestätigte am 1. November 1986 dieses besondere bayerische Modell als verfassungskonform. Der Medienrat wählte am 9. Dezember 1985 Rudolf Mühlfenzl zum ersten Präsidenten und Dr. Wolf-Dieter Ring zum Geschäftsführer und Stellvertreter des Präsidenten der Landeszentrale. Am 20. Juli 1989 wurde Dr. Wolf-Dieter Ring zum Präsidenten der Landeszentrale gewählt, im Januar 1990 trat er sein neues Amt an, das er bis 2011 innehatte. Er wurde zur prägenden Persönlichkeit für die Entwicklung des Privatfunks in Bayern. Von Anfang an war auch der CSU-Abgeordnete Klaus Kopka dabei, der als Vorsitzender des Medienrats von 1985 bis 2003 amtierte. Vermutlich wegen fragwürdiger Privat-Darlehen, die er von bayerischen Medienfirmen in Anspruch genommen hatte, verzichtete er auf eine erneute Kandidatur. Diese „Kredit-Affäre“ beschäftigte den Medienrat in den Folgejahren mehrmals und führte letztendlich zur Ausarbeitung eines strengen Verhaltenskodex für die Mitglieder der Organe der BLM. Zum neuen Vorsitzenden des Medienrats wurde im Dezember 2003 Dr. Erich Joos gewählt, der als Vertreter der Organisationen der Erwachsenenbildung dem Medienrat angehört und seither dieses Amt innehat. Am 24. Februar 2011 wählte der Medienrat den damaligen Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Siegfried Schneider, mit deutlicher Mehrheit zum Präsidenten der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien. Wenige Monate später erfolgte der Stabwechsel in der BLM. Im Rahmen eines Festakts wurde Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring verabschiedet und Siegfried Schneider als neuer Präsident begrüßt. Siegfried Schneider sah sich als profilierter CSU-Politiker und Staatsminister zunächst Verdächtigungen der Landtagsopposition und einiger kritischer Medien ausgesetzt, dass er die erforderliche Staatsferne nicht werde garantieren können. Mit einer Umstrukturierung der BLM, der Schaffung einer neuen Abteilung Medienkompetenz, mit der Konzentration auf die rasante digitale Entwicklung und einem Konzept für den Hörfunk 2020 setzte er aber inzwischen so deutliche und überzeugende Akzente, dass alle Anfangsvermutungen verstummt sind und er 2016 mit einem überwältigenden Ergebnis wiedergewählt wurde.

Der erste Rundfunkstaatsvertrag zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland (Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens) trat am 1. Dezember 1987 in Kraft. Darin wurden erstmals Fragen wie

Programmgrundsätze, Jugendschutz, Werbung, Bestimmungen zur Sicherung der Meinungsvielfalt und die Finanzierung der Aufgaben der Landesmedienanstalten geregelt. Am 1. Januar 1992 folgte ein neuer Staatsvertrag über den Rundfunk im Vereinten Deutschland, der unter anderem auch die Sicherung der Meinungsvielfalt im privaten Rundfunk neu regelte. Im Paragraf 63 wurde auch der besonderen Situation Bayerns durch die öffentlich-rechtliche Trägerschaft Rechnung getragen.

Schon bald zeigte sich, dass viele kleinere lokale Sender in Bayern mit der Gestaltung eines Vollprogramms überfordert und auf zentrale Hilfen angewiesen waren. Deshalb nahm 1991 die Bayerische Lokalradio- Programm-Gesellschaft (BLR) den Sendebetrieb auf, mit dem sie als Programmzulieferer die bayerischen Lokalradios unterstützte.

Am 26. November 1992 verabschiedete der Bayerische Landtag das Bayerische Mediengesetz (BayMG), das am 1. Januar 1998 nochmals novelliert wurde. Kernelemente der Novellierung waren die Auflösung der Medienbetriebsgesellschaften, und der stufenweise Abbau des Teilnehmerentgelts, des sogenannten „Kabelgroschens“, mit dem das lokale Fernsehen bezuschusst wurde. Die Medienbetriebsgesellschaften hatten im ersten Jahrzehnt als eine wichtige dezentrale Komponente gewirkt, deren Aufgabe es war, die lokalen Interessen vor Ort in die Organisationsverfahren einzubringen. Nach dem weitgehenden Abschluss des Aufbaus der lokalen und regionalen Strukturen wurden die Medienbetriebsgesellschaften vom Gesetzgeber aus ihren hoheitlichen Aufgaben entlassen und durch regionale Medienvereine ersetzt, die noch eine beratende Funktion hatten. Nachdem auch diese Medienvereine im Jahr 2004 ihre gesetzlichen Aufgaben verloren hatten, ging die Landeszentrale dazu über, in wichtigen Organisationsverfahren Anhörungen vor Ort durchzuführen. Insgesamt setzte so ab 1999 eine deutliche Zentralisierung und zugleich eine Stärkung der BLM ein, die sich nun mehr der technischen Entwicklung und den wirtschaftlichen Interessen widmete.

Parallel dazu verlief ein deutlicher Konzentrationsprozess bei den Anbietern, unter denen die Zeitungsverleger von Anfang an eine besonders starke Stellung hatten. Die ursprüngliche Gesellschaftervielfalt ist seit Mitte der 1990er Jahre einem austarierten System mit mehreren, fast gleich starken Gruppierungen gewichen. Daneben gibt es noch eine Reihe unabhängiger und sehr unterschiedlicher Spartenanbieter und Zulieferer, die ihrerseits zur Vielfalt beitragen. Unbestreitbar bestand aus ökonomischen Gründen ein Interesse, diesen Prozess weiter voranzutreiben. Damit geriet allerdings die eigentliche Kernaufgabe, die mediale Lokalität, etwas aus dem Blickfeld. Bewahrung und Stärkung dieser Lokalität als Essential des Systems aber wird für die privaten Sender in Bayern möglicherweise zum Prüfstein für ihre Zukunftsfähigkeit werden. Die Erhaltung und ste-

tige Verbesserung eines journalistisch qualitätsvollen lokalen Radio- und Fernsehangebotes, das sich wirtschaftlich trägt und zugleich ein Image als akzeptiertes lokales Medium entwickelt, dürfte eine der zentralen Aufgaben für die BLM in den nächsten Jahren sein, bei der sie an entsprechende Aktivitäten in den 1990er Jahren anknüpfen kann. Nach Abschaffung des „Kabelgroschens" verschärfte sich die Problematik des regionalen Fernsehens, dessen Finanzierung nun nicht mehr gesichert war. Nach einer weiteren Änderung des Gesetzes Ende November 2007 wurde für eine Übergangsphase eine Förderung der lokalen und regionalen Fernsehangebote aus dem Staatshaushalt beschlossen, die seit Jahren anhält und durch einen eigenen Programmausschuss kontrolliert wird.

Der technischen Entwicklung, insbesondere der Digitalisierung, galt schon bald besonderes Augenmerk. Bayern startete am 17. Oktober 1995 als eines der ersten Bundesländer ein Pilotprojekt für digitales Radio (DAB), das den Einstieg in eine bis heute anhaltende rasante digitale Entwicklung markiert. Ein Gutachten, das im Auftrag von BLM und Bayerischem Rundfunk vorgelegt wurde, kam dementsprechend noch 2014 zu dem Schluss, dass der weitere Ausbau der DAB-Infrastruktur aus wirtschaftlicher Sicht der einzig sinnvolle Weg sei, eine zukunftsfähige terrestrische Hörfunkversorgung in Bayern zu gewährleisten. Unübersehbar ist demgegenüber aber die Tatsache eines geradezu sprunghaften Ansteigens der Internetnutzung, die daher neben den bestehenden UKW-Angeboten als dritter technischer Weg anerkannt werden muss, der vor allem bei jüngeren Nutzern Vorrang genießt. Die BLM informierte schon 2010 darüber, dass in Deutschland knapp 2.700 Webradios und 1.300 Web-TV-Sender über das Internet sendeten. Seit 4. April 2014 verfügt die BLM selbst über eine Internet-Plattform (www.machdeinradio.de), mit deren Hilfe jedermann Radio machen und live senden kann.

Jugendschutz und Medienkompetenz wurden schon bald zu zentralen Aufgabenbereichen, die – angestoßen durch den Medienrat – bald institutionalisiert und auch auf die Bundesebene ausgeweitet wurden. Schon 1994 wurde das Forum Medienpädagogik gegründet. Im Juli 2008 beschloss der Medienrat die Gründung der Stiftung Medienpädagogik Bayern durch die BLM. 1999 tagte erstmals die Gemeinsame Stelle Jugendschutz und Programm der Landesmedienanstalten (GSJP) unter dem Vorsitz des Präsidenten der BLM, Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring, von dem auch entscheidende Impulse ausgegangen waren. Er forderte eine „Offensive der Landesmedienanstalten im Jugendschutz" und setzte sich so intensiv für diesen Aufgabenbereich ein, dass schließlich am 2. April 2003 die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) unter seinem Vorsitz ihre Arbeit aufnehmen konnte. Seit 1. April 2013 hat die BLM im Rahmen ihrer internen Struktur-

reform einen neuen Bereich „Medienkompetenz und Jugendschutz“ eingeführt und wirkt damit bayern- und bundesweit maßstabsetzend.
Zur Regelung von gemeinschaftlichen Aufgaben und zur wechselseitigen Abstimmung auf Bundesebene wurde die Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten (ALM) eingerichtet, die neue Grundsätze für die Zusammenarbeit festlegte. Eine gemeinsame Geschäftsstelle ist seither für organisatorische und koordinierende Aufgaben zuständig. Die Abstimmung erfolgt in den Gremien der Direktorenkonferenz (DLM), der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) und in der Gesamtkonferenz (GV) dieser beiden Gremien. Zusätzlich ist eine Reihe von Einrichtungen entstanden, die teilweise die Zuständigkeit der Landesmedienanstalten überlagern und auch aushebeln. Die mit markanten Abkürzungen versehenen Kommissionen sind für Zulassung und Aufsicht (ZAK), Jugendmedienschutz (KJM) und Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) zuständig. Ihren massivsten Eingriff erlaubte sich die KEK – im Verbund mit dem Bundeskartellamt –, als sie 2010 gegen das Votum des Medienrats die geplante Übernahme der ProSiebenSAT.1 Media AG durch die Axel Springer AG verhinderte.
Als immer stärkerer Einflussfaktor wirken das europäische Recht und die europäischen Institutionen auf die bayerische Medienpolitik ein, die zum Teil erheblich abweichende Ziele verfolgen. So untersagte die EU-Kommission am 27. Mai 1998 die Digital-TV-Allianz von KirchGruppe, Bertelsmann und Deutscher Telekom mit der Begründung, dass die Unternehmen durch den Zusammenschluss eine marktbeherrschende Stellung auf dem digitalen Pay-TV-Markt in Deutschland erlangen würden. Ohne diese Entscheidung wäre wohl Bayern einer der schwersten Einbrüche erspart geblieben, der Zusammenbruch des Kirch-Imperiums im Jahre 2002, mit dem auch die bayerische Standortpolitik ins Wanken und das gesamte System des privaten Fernsehens in unruhiges Fahrwasser geriet.
Zum Aufbau des Systems gehörte sowohl die Auseinandersetzung als auch die Kooperation mit der öffentlich-rechtlichen Konkurrenz, vor allem mit dem Bayerischen Rundfunk. Am Beginn standen eher Ablehnung und Abwehr. Dabei ging es in den ersten Jahren fast ausschließlich um terrestrische Frequenzen, die der Bayerische Rundfunk im Überfluss besaß und die die privaten Rundfunkanbieter so dringend benötigten. Das Ergebnis war, dass der Bayerische Rundfunk zwar nichts von seinen Frequenzen abgeben musste, dass er aber auch die Inbetriebnahme neuer Frequenzen durch die BLM nicht blockierte. Dennoch gilt bis heute, dass das von der Politik ausgegebene Ziel einer gleichen Frequenzverteilung zwischen dem privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht annähernd erreicht ist. Und auch die Hoffnung auf technische Chancengleichheit durch Digital-Radio trügt, weil selbst bei gleicher Verteilung der Datenraten der Bayerische

Rundfunk allein durch die Rundfunkgebühr ganz andere wirtschaftliche Möglichkeiten hat als die privaten Sender. Die Konkurrenz zum Bayerischen Rundfunk wird daher trotz manchen Kooperationen vor allem im technischen Bereich für das duale Mediensystem bestimmend bleiben.
Dabei wird die wirtschaftliche Dominanz des gebührenfinanzierten Rundfunks noch verstärkt durch einen in Werbung und Publikationen verbreiteten Nimbus als Hort der „medialen Heimat", wogegen die „Kommerzsender" angeblich nur privaten Interessen verpflichtet sind. Trotz ständiger Konvergenz der beiden Säulen und ganz deutlicher Angleichung der Formate wird diese ideologische Position, alleiniger Wahrer öffentlicher Interessen zu sein, ständig als Schutzschild eingesetzt, auch gegen Änderungsversuche durch die EU-Politik. Dabei entwickelt sich der Bayerische Rundfunk, der traditionell als Platzhalter für Bildungsangebote auftritt,[6] selbst mehr und mehr zum versparteten Anbieter, der bayerische Geschichte und Heimatprogramme entweder in Nachtprogramme oder in die digitale Technik abschiebt. Die Verbannung der Volksmusik aus dem 1. Programm in einen DAB-Sender namens „BR-Heimat" stellt nicht nur eine Diffamierung der Volksmusik dar, sondern belegt zugleich diesen Trend zum Spartenkanal. Ähnliches geschieht im Fernsehen. Das für Bayern zugelassene, qualitativ hochrangige Programm BR-Alpha, das auf den gewaltigen Archivbestand des BR zurückgreifen konnte, verlor durch die Umwandlung in ARD-Alpha weitgehend seine bayerischen Bezüge, ein schmerzlicher Verlust auch für die bayerische Geschichtskultur.
Eine zentrale Rolle spielt längst das Bemühen um die Jugend, deren Mediennutzung den Bayerischen Rundfunk zu geradezu verzweifelten Anstrengungen anstachelt. Denn bei den jungen Nutzern wird letztlich die Entscheidung über den künftigen bevorzugten Übertragungsweg in der digitalen Welt fallen, wobei Kabel und digitale Terrestrik gegenüber dem Internet ins Hintertreffen geraten könnten. Auf diesem Hintergrund ist ein besonders anstößiger Plan des BR zu sehen, im Jahr 2018 einen Frequenzwechsel zwischen BR Klassik und BR Puls vorzunehmen, den Jugendkanal also auf die werbeträchtige und quotenstarke UKW-Frequenz zu setzen und das Klassik-Programm in das DAB-Programm zu verbannen, ohne jede Rücksicht auf das Nutzerverhalten der beteiligten Altersgruppen und unter Verstoß gegen die Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrags. In seiner Stellungnahme kommentierte BLM-Präsident Siegfried Schneider am 11. Juli 2013 den Beschluss des Rundfunkrats zurecht so: „Diese Entscheidung verstärkt die Schieflage im dualen System und gefährdet die Existenz lokaler Hörfunkanbieter." Der Medienrat verabschiedete am 20. Februar 2014 dazu eine Resolution und betonte, dass dadurch das über Jahrzehnte gewachsene Gleichgewicht im dualen System zwi-

schen den Hörfunkprogrammen des BR und denen der privaten Anbieter aus dem Lot geraten könne.
In einem Boot allerdings sitzen beide in der gemeinsamen Bedrohung, die von der Entwicklung auf EU-Ebene ausgehen könnte. Denn letztlich entscheidend für das gesamte Rundfunksystem in Bayern wird es sein, ob die bisher geltenden politischen Grundsätze erhalten bleiben, nach denen Rundfunk Ländersache ist, als Kulturgut und nicht als Ware behandelt wird und daher besonderen Bedingungen und nicht allein den Gesetzen des Marktes unterliegt.

2. Struktur und Aufgaben der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien[7]

Durch die Verfassungsbestimmung des Artikels 111a hat Bayern die privaten Medien unter öffentlich-rechtliche Trägerschaft gestellt und dem Rundfunk zugleich Bildungsaufgaben zugeschrieben. Dieser Verfassungsartikel und die überwiegend kritische Diskussion, die die Einführung privater Rundfunkangebote begleitet hat, haben schließlich dazu geführt, dass der Gesetzgeber der BLM und ihren Gremien, allen voran dem Medienrat, eine besonders starke Stellung zugewiesen hat, nicht nur mit größerer Steuerungsfunktion gegenüber privaten Anbietern als das in anderen Bundesländern der Fall ist, sondern mit vielfältigen Aufgaben von der Förderung über die Forschung bis zu Aus- und Fortbildung und Medienpädagogik. Ein anderer, nicht weniger wichtiger Aspekt ist die im Artikel 111a festgelegte Staatsferne des Rundfunks im Sinne der öffentlich-rechtlichen Trägerschaft. Die Begrenzung des staatlichen Einflusses zeigt sich vor allem auch darin, dass die Zahl der Mitglieder des Medienrates, die der Staatsregierung oder dem Landtag angehören, auf ein Drittel begrenzt ist. Und auf zwei weitere rechtliche Besonderheiten, die in engem Zusammenhang mit dem Artikel 111a stehen, muss man hinweisen, um die besondere Rolle der Landeszentrale und ihrer Gremien zu verstehen. Das ist zum Einen der Artikel 16 des Bayerischen Mediengesetzes, der der Landeszentrale unmittelbare Gestaltungs- und Weisungsmöglichkeiten gegenüber den Anbietern einräumt und zum Anderen die Tatsache, dass im Paragraf 63 des Rundfunkstaatsvertrages auch im föderalen Kontext der besonderen Situation Bayerns durch die öffentlich-rechtliche Trägerschaft Rechnung getragen wird.
Im Bayerischen Mediengesetz (BayMG) sind die Institutionen und Abläufe detailliert geregelt. Die BLM finanziert sich über einen 1,89-Prozent-Anteil aus den in Bayern anfallenden Rundfunkbeiträgen und verfügte im Jahr 2013 über einen Haushalt von ca. 29 Millionen Euro. Sie besteht aus drei Organen: Der Medienrat, in dem wie im Rundfunkrat bisher 47, seit 2017 50 Vertreter gesellschaftlicher Gruppen sitzen, trifft alle wesentli-

chen Entscheidungen über die Zulassung von Sendern, die Programmkontrolle, die Technikförderung und die Vielfaltsicherung. In diesem Gremium spiegelt sich die gesellschaftliche Legitimation und Vielfalt wider, die im Artikel 111a intendiert ist. Die starke Stellung des Medienrates ist ein Zeichen dafür, dass die Integration aller gesellschaftlichen Kräfte im Land ein entscheidender Faktor für dieses neue Rundfunkmodell war. Er versteht sich als Abbild der pluralen gesellschaftlichen Gruppierungen in Bayern und versucht, die kulturelle, landsmannschaftliche und letztlich sogar geografische Vielfalt des Landes widerzuspiegeln. Er steht damit für die von Anfang an vorhandene Vorstellung, flächendeckend eine starke lokale und regionale Rundfunk-Landschaft aufzubauen. Dies ist auch als strukturpolitische Aufgabe der BLM im Bayerischen Mediengesetz formuliert. Die neun Mitglieder des Verwaltungsrates kümmern sich in erster Linie um die wirtschaftlichen Angelegenheiten der BLM. Der Präsident schließlich trägt die Verantwortung für die Geschäftsführung und vertritt die Landeszentrale nach außen.

Die durch das Mediengesetz geschaffene BLM verfügt als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt nicht nur über die Programmhoheit, sondern fördert auch die technische Verbreitung und die Programmqualität in vielfältiger Weise. Besonderes Augenmerk richtet sie auf Konzentrationskontrolle, Jugendschutz und Medienpädagogik.

Eine Fülle von Aufgabenfeldern ist dazu im Mediengesetz festgeschrieben, um die Entwicklung, Förderung und Veranstaltung privater Rundfunkangebote und die Weiterverbreitung außerbayerischer Programme zu gewährleisten. Zum Aufgabenfeld „Gestalten“ zählen die Genehmigung privater Rundfunkanbieter, die Vielfaltssicherung, die Programmaufsicht, die Einhaltung der Werberegeln und des Jugendschutzes, aber auch die technische Verbreitung und die Kabelbelegung. Unter dem Stichwort „Fördern“ sind die Förderung der Programme, der technischen Infrastruktur und der Film- und Fernsehentwicklung ebenso zu subsumieren wie Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz und der Aus- und Fortbildung. Im Bereich „Forschen“ untersucht die BLM regelmäßig die Mediennutzung, betreibt Forschungen zu Programmangeboten, zur Wirtschaftlichkeit von Sendern und zur Medienpädagogik. Besonderes Gewicht hat dabei die jährlich erscheinende Funkanalyse. Die Informations- und Kommunikationstätigkeit der BLM drückt sich durch Internetangebote, Publikationen und eine Vielzahl von Tagungen und Veranstaltungen aus, wobei die Medientage in München zu einem bundesweiten Zentralereignis in der Branche geworden sind. Überregionale Bedeutung haben längst auch die Lokalrundfunktage in Nürnberg und die Augsburger Mediengespräche erlangt. Die Vermittlung von Medienkompetenz vor allem für Kinder und Jugendliche hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewon-

nen. Die BLM widmet sich diesem Thema in einem eigenen regelmäßig tagenden Forum, sie hat eine eigene Stiftung dafür eingerichtet und verfügt nach einer Organisationsreform seit 2015 über eine Abteilung und einen Ausschuss für Medienkompetenz. Am 1. September 2016 ist ein neues Mediengesetz in Kraft getreten, das der BLM weitere Aufgaben zuweist.

3. Bayerns private Hörfunk- und Fernsehlandschaft

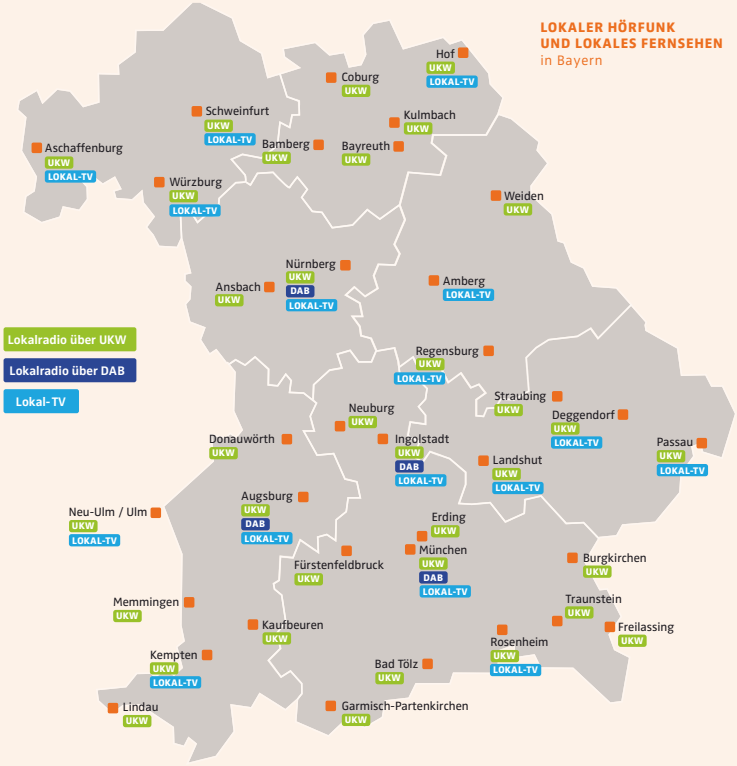
Trotz der starken Stellung der Landeszentrale als öffentlich-rechtlicher Träger der privaten Rundfunkangebote in Bayern ist es nicht die BLM, sondern eine Vielzahl von Anbietern, deren Gesellschafter und vor allem Mitarbeiter die Programme produzieren. In den Anfangsjahren gab es eine große Vielfalt von kleinen und mittleren Unternehmen, die vor ihrem Einstieg in den lokalen Rundfunk nicht publizistisch tätig waren. Diese Gesellschaftervielfalt, bei der indes die Zeitungsverleger von Anfang an dominierend waren, führte allerdings auch zu einem wirtschaftlich instabileren System. Mitte der 1990er Jahre trat eine Konsolidierung ein, die zu einem austarierten System mit mehreren, fast gleich starken Gruppierungen führte, von denen keine in der Lage ist, die öffentliche Meinung zu dominieren. Die strukturpolitische Aufgabe der BLM war es, flächendeckend eine starke lokale und regionale Rundfunk-Landschaft aufzubauen.
„Unter allen Bundesländern weist Bayern das größte Angebot an privaten Hörfunkangeboten auf."[8] Die außergewöhnliche Innovationsleistung des privaten Rundfunksystems in Bayern besteht vor allem im Aufbau dieser funktionierenden Hörfunkstruktur, die auf knapp 250 UKW-Frequenzen neben der landesweiten Antenne Bayern inzwischen in 65 Lokalradios Programme anbietet. Daneben werden zwei nichtkommerzielle Aus- und Fortbildungsradios (afk münchen und afk Nürnberg) betrieben. Über den digitalen terrestrischen Verbreitungsweg DAB+ können derzeit zehn bundesweite und sechs landesweite Privatradios empfangen werden, dazu kommen in den Regionen Augsburg, Ingolstadt, München und Nürnberg neun originäre und 17 simulcast verbreitete Programme, insgesamt 120 von der BLM zugelassene Programme.[9] (Abb. 1 u. 2)

Im Fernsehbereich bestehen neben der bundesweiten SAT 1/Pro Sieben-Gruppe sowie dem Nachrichtenkanal N 24 und den landesweiten Fensterprogrammen von RTL und SAT1 immerhin 16 lokale beziehungsweise regionale Fernsehsender und zehn Spartenprogramme, die sowohl digital als auch analog empfangen werden können. Seit Dezember 2012 stehen zudem für die Verbreitung über einen digitalen Satelliten sieben 24-Stunden-Kanäle und drei 6-Stunden-Kanäle zur Verfügung, so dass

sich die Zahl der in Bayern zugelassenen TV-Sender auf insgesamt 73 erhöht hat. Die wirtschaftliche Ertragslage hat sich zwar verbessert und auch die Zuschauerzahlen steigen stetig an, aber wegen des schwachen regionalen Werbemarktes und der hohen Kosten für technische Innovationen wie Digitalisierung und HD-Qualität ist ein Betrieb ohne staatliche Finanzierungshilfen nicht möglich.[10] (Abb. 3)

Daten + Fakten: **Medienangebote**

LOKALER HÖRFUNK UND LOKALES FERNSEHEN
in Bayern



VON DER BLM GENEHMIGTE RUNDFUNK-ANGEBOTE

HÖRFUNK

- Bundesweite Hörfunkprogramme (Verbreitung über Satellit und/oder DAB): **3**
- Landesweite Hörfunkprogramme (Verbreitung über UKW und/oder DAB): **5**
- Lokale Hörfunkprogramme (Verbreitung über UKW und/oder DAB): **80**
  - Spartenanbieter: **20**
- Lokale Kabel-Hörfunkprogramme: **3**

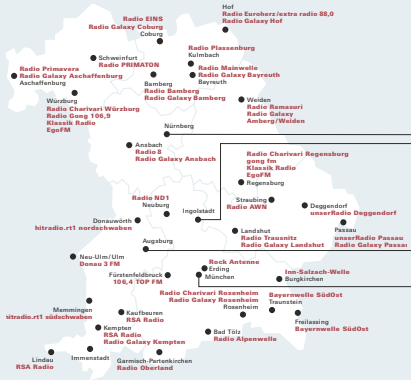
FERNSEHEN

- Bundesweite TV-Programme: **47**
- Teleshoppingsender: **6**
- Landesweite TV-Fensterprogramme: **2**
- Lokale TV-Programme: **18**
  - Spartenanbieter: **9**
- Fernsehprogramme in kleinen BK-Netzen: **8**
- Lokales Internet-TV: **7**

Stand: Januar 2016

Hörfunklandschaft Bayern

Lokal empfangbare Programme



Nürnberg

- afk max
- Energy Nürnberg
- Hit Radio N1
- MagicStar
- MEGA Radio
- Pirate Gong
- Das neue Charivari 98,6
- Radio F
- Radio Gong 97,1
- Radio Z
- star fm
- vilradio
- Klassik Radio
- EgoFM

Ingolstadt

- coolradio 1
- coolradio Jazz
- Magic Star
- MEGA Radio
- Radio ND1
- Radio IN
- Radio IN digital
- Radio Galaxy Ingolstadt

Augsburg

- Fantasy aktuell
- hitradio.rt1 augsburg
- MagicStar
- MEGA Radio
- Radio Augsburg
- Radio Fantasy
- Smart Radio
- Klassik Radio
- EgoFM
- Rock Antenne

München

- 95.5 Charivari
- afk M94.5
- Digital Classix
- Deluxe Radio
- Energy München
- Gong mobil
- LORA/Radio Feierwerk/CRM
- MagicStar
- MEGA Radio
- Radio 2Day
- Radio Arabella
- Radio Gong 96,3
- Radio Horeb München
- Klassik Radio
- EgoFM

Landesweit empfangbare Programme

- Antenne Bayern
- Antenne Bayern Info
- Antenne Bayern Top 40
- Absolut relax
- Radio Galaxy
- Rock Antenne
- Absolut Radio
- Energy
- ERF Radio
- Kiss FM
- Klassik Radio
- LoungeFM
- Radio Bob!
- Radio Horeb
- sunshine live

- **UKW-Verbreitung**
- **DAB-Verbreitung**
- **UKW und DAB-Verbreitung**

Lokal oder landesweit über Antenne (UKW/DAB), in Bayern empfangbare Programme. Über Satellit und Internet ist eine Vielzahl weiterer Programme in Bayern empfangbar.

Fernsehlandschaft Bayern

:: **lokale Verbreitung**

:: **Spartenprogramme**
:: Plenum TV Regionalisiertes Spartenprogramm bei allen 16 Lokal-TV-Sendern

:: **landesweite Verbreitung**
:: Sat.1 Bayern (Mo – Sa auf Sat.1)
:: TV Bayern Live (Sonntags auf RTL)

:: **Private Programme über DVB-T**

München/Südbayern
:: münchen.tv
:: Sat.1
:: ProSieben
:: kabel eins
:: N24
:: HSE 24
:: sixx
:: 1-2-3.tv

Nürnberg
:: Franken Fernsehen
:: Sat.1
:: ProSieben
:: kabel eins
:: N24
:: sixx

Nach der Funkanalyse von 2015 sehen in Bayern 879 000 Personen über 14 Jahren täglich Lokalfernsehen, 3,2 Millionen hören Lokalradio. Damit hat der lokale Hörfunk, der insgesamt auch wirtschaftlich stabil ist, mit 47,8 Prozent den Spitzenplatz bei den Marktanteilen vor dem Bayerischen Rundfunk errungen (44,8 %).[11]

4. Regionalisierung der Hörfunk- und Fernsehlandschaft

Die Region ist gesellschaftlich und wissenschaftlich wieder in den Blickpunkt geraten. Trotz aller Unterschiede der wissenschaftlichen Perspektiven und der politischen Standpunkte zeichnen sich einige Ergebnisse ab, über die Konsens besteht: Als historisch-soziales Konstrukt ist die Region demnach immer funktional definiert und von einem subjektiven Moment, nämlich dem in der Gesellschaft vorhandenen Bewusstsein von der regionalen Vergangenheit abhängig. Wesentliches Ergebnis ist vor allem die Einsicht, dass Räume immer auch als Kommunikations- und Bewusstseinsräume zu verstehen und erschließen sind. Dieser subjektiv wahrgenommene Raum aber ist in der Lage, auf der Basis von „mental maps" ein Regionalbewusstsein, ein Wir-Gefühl, eine regionale Identität zu schaffen.

Die regionale Kultur, die grundlegend für derartige Identitätsprozesse ist, kann in vielerlei Gestalt auftreten, als Dialekt, in Musik und Tanz, Literatur, Kunst, Geschichte und Brauchtum; sie schließt auch Denkmal-, Kulturland- und Geschichtslandschaften mit ein. Übrigens ist auch echte Volksmusik Bestandteil von Regionalkultur, sie ist heimatliche Kommunikation, ein Stück praktizierter Heimatpflege, die nicht nur zur Stärkung der regionalen Identität beitragen kann, sondern auch Akzeptanz findet bei einem durchaus beachtlichen Hörerkreis. Getragen wird die Regionalkultur von den zahlreichen regionalen Institutionen, den staatlichen wie Universitäten, Archiven, Bibliotheken und Museen, ganz entscheidend aber auch von Einrichtungen der Heimat-, Geschichts- und Naturpflege, die von ehrenamtlich engagierten Bürgern getragen und auf Vereinsbasis organisiert bayernweit tätig sind.[12] Der Bayerische Heimattag, der seit 1949 bestehende Zusammenschluss der drei Verbände „Landesverein für Heimatpflege", „Bund Naturschutz in Bayern" und „Verband bayerischer Geschichtsvereine" ist eine dieser bürgergesellschaftlichen Institutionen, die insgesamt sicher über 300.000 Mitglieder ansprechen kann und mit diesem ehrenamtlichen Potential auch die Anliegen der jeweiligen Regionen und ihrer Kulturlandschaften unterstützt. Zurecht ist er daher auch in den Gremien des Rundfunkrates und des Medienrates mit je einem Sitz vertreten.

Nicht zufällig widmete sich der Studienkreis Rundfunk und Geschichte 2014 auf seiner Jahrestagung in Halle dem Thema „Heimatgefühle. Lokale Medien in einer globalen Welt“ und stellte dort folgende Fragen: „Was müssen Lokalmedien können? Wie heterogen sind die verwendeten Heimatkonzepte? Wie mobil, wie global, wie ubiquitär kann das Lokale sein? Funktioniert Partizipation im lokalen Medienkontext anders und sogar besser als im globalen? Welche Art von kulturellem Kapital stellen Heimat und Lokalbezug dar?“ Als Resultat wurde festgehalten: „Was bleibt? Letztlich die nicht allzu überraschende, aber für den Erfolg und die gesellschaftliche Bedeutung von Medien überaus wichtige Erkenntnis, dass in der konkret lokalen Ausgestaltung der medialen Arbeit ein großes Potenzial liegt, dessen Gewicht in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Die damit einhergehenden Professionalisierungsanforderungen und das individuelle Engagement bleiben dabei die entscheidenden Herausforderungen.“[13] So werden alte Fragen neu gestellt, die schon in den 1990er Jahren intensiv in den Gremien der BLM und in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Die Vision vom „Heimatradio“ taucht wieder am Horizont auf, unter den Vorzeichen der rasant fortschreitenden Digitalisierung mehr denn je.[14]

Wenn man Heimat als ein Konglomerat aus Raum, Zeit und sozialen Beziehungen versteht, dann erfasst das Lokalradio „als Forum kollektiver Heimaterfahrung die Lebenswelten vor Ort und im Lebensumfeld.“[15] Dieses „Heimatradio“ aber muss bestimmten Anforderungen genügen, sein Programm „muss inhaltlich und thematisch vielseitig sein, um die unterschiedlichen Einzel- und Gruppeninteressen im lokalen Heimatraum zu erfassen und in einer differenzierten Berichterstattung darzustellen.“[16] Wirksames Lokalradio hat also die Alltagswirklichkeit seiner Hörer einzufangen und es muss auf Entwicklungen im lokalen Raum eingehen. Dazu ist es auf die Menschen vor Ort angewiesen, und zwar nicht nur als Zuhörer, sondern auch als Akteure. Im wohlverstandenen eigenen Interesse sind also die Sender verwiesen auf Vereine und Institutionen vor Ort. Erst auf dieser Basis wird das lokale Radio zum Spiegel der kulturellen Identität einer Region und ein Forum kollektiver Heimaterfahrung, ja sogar Medium, das gefühlsmäßige Bindungen vermitteln kann.

Strukturelle Bedingungen und Raumkonstellationen haben für Akzeptanz regionaler Medien durchaus Bedeutung. Dabei sollten aber neben den Versorgungs-, Wirtschafts- und Freizeiträumen die politischen Räume und die Ausbildungsräume Beachtung finden, vor allem aber müssen auch die historisch-kulturellen Räume und die subjektiven Erfahrungsräume einbezogen werden, in denen soziale und emotionale Erfahrungen möglich sind. Erst eine optimale Schnittmenge aller dieser Bereiche, ein

Zuschneiden der Programme auf diesen so entstehenden „Durchschnittsbereich“ wird ein Lokalradio entstehen lassen, das diesen Namen verdient. Die gesetzlichen Grundlagen sind für die Anliegen der Regionalkultur übrigens durchaus hilfreich. Artikel 4 des Bayerischen Mediengesetzes verlangt, dass die Sender „zur Unterrichtung, Bildung, Kultur und Unterhaltung“ beizutragen haben.[17] Demgemäß fordern Hörfunk- und Fernsehsatzungen einen angemessenen Anteil an Beiträgen mit kulturellen, kirchlichen, sozialen und wirtschaftlichen Inhalten und auch in der Programmförderrichtlinie werden ausdrücklich Themen oder Darbietungen aus Wissenschaft, Bildung und Kunst sowie Heimatpflege und Umweltschutz hervorgehoben.

Dieses stets auf Bürgerbeteiligung angewiesene Lokalradio kann als lokale Servicestation wie als Identitätsstifter gleichermaßen von Bedeutung sein. Aus Bürgernähe nämlich entsteht Hörerbindung; im Programmangebot umgesetzte Lokalität erst gewährleistet hohe Akzeptanz und damit den erwünschten wirtschaftlichen Erfolg. An manchen Orten Bayerns ist trotz mancher Schwierigkeiten bereits diese Art von „Heimatradio“ entstanden und die Zukunftsaussichten sind nicht schlecht, wenn sich die Sender noch gezielter der Vermittlung eines kulturellen Identitätsangebots auf akzeptablem qualitativem Niveau widmen.

Denn das kostengünstige und flexible Medium Hörfunk ist in vielfältiger Weise für die Regionalkultur von Interesse, zur Verbreitung von Veranstaltungsinformationen ebenso wie für Rubriken und ganze Features. Als Berater wie auch als freie Mitarbeiter könnten und sollten Mitglieder regionaler Kultur- und Geschichtsvereine mitwirken. Freilich muss man dazu die Distanz zu diesem neuen Medium aufgeben und vielleicht auch mit einigen Vorurteilen aufräumen, die noch vor 20 Jahren eine gewisse Grundlage hatten. Wer Qualität fordert, sollte die Journalisten auch unterstützen, wenn es um Recherche und historische Information geht. Wohl sind die Sender auch zu kulturellen Anteilen und Programmen verpflichtet, es besteht aber auch eine Bringschuld der Kulturakteure, an diesem Prozess mitzuwirken. Die Koordination aller einschlägigen Vereine einer Region scheint der richtige Weg zu sein, um gezielt mitzuwirken und regelmäßig Programme zuzuliefern.

Die zahlreichen Studien und Untersuchungen, die von der BLM in den 1990er Jahren in Auftrag gegeben wurden, belegen die Bedeutung der Lokalität zur Genüge.[18] Dabei war das Interesse an der Regionalkultur so groß, dass sogar mehr kulturelle Inhalte gefordert wurden (1989). Historische, kulturelle und gesellschaftliche Ereignisse der eigenen Stadt oder des eigenen Ortsteils genossen sogar Vorrang vor kommunalpolitischen Informationen (1990). 1995 bestätigte eine Studie zu lokalem Hörfunk das Faktum, dass lokale Programminhalte als wesentlicher Erfolgsfaktor

bewertet wurden und Spartenprogrammen bei der Umsetzung besondere Bedeutung zukam. Eine umfassende Studie zum Augsburger Raum im Jahre 1996, die sich dem Vergleich regionaler Medien widmete, wies allerdings der „Kultur“ keine eigene Kategorie zu, sondern ordnete sie dem Begriff „Gesellschaft“ zu, ein fragwürdiger methodischer Ansatz, der mehr über die Einstellung der Fragesteller als über das zu untersuchende Phänomen aussagt. Ergebnis dieser vielfältigen Bemühungen war die folgende Erkenntnis, die bis heute durchaus Bestand hat: „Viele lokale Service- und Musikwellen – in den Städten wie auf dem Lande – schöpfen bislang ihre Möglichkeiten als lokales Medium nicht voll aus. Die Chance heißt: Programmformat lokal.“[19]

In einer Hauptseminararbeit, die am Institut für bayerische Geschichte in München entstanden ist, hat sich Rudi Loderbauer als bisher einziger Radiomacher und Historiker mit dieser Fragestellung praxisnah befasst. Seine Untersuchung zum Thema „Das bayerische Lokalradio – ein Beitrag zur kulturellen Identität?“ aus dem Jahre 2007 enthält durchaus methodische Anregungen für ein Projekt zur Geschichte des Lokalfunks in Bayern, das die BLM gemeinsam mit den Universitäten Bamberg und Eichstätt-Ingolstadt plant. Am Beispiel des Lokalsenders „Radio Oberland“ in Garmisch-Partenkirchen weist er nach, dass „das Lokalradio einen Beitrag zur Stärkung der kulturellen Identitäten leistet“.[20] Allerdings betont er zurecht auch die deutlichen regionalen Unterschiede etwa zwischen Großstädten und ländlichen Regionen.

Markus Behmer, Professor für Kommunikationswissenschaften an der Universität Bamberg, hat 2015 bei einem Vortrag im Medienrat die zentrale Frage „Wie lokal ist der bayerische Lokalfunk?“ gestellt und deutlich gemacht, wie nach seiner Einschätzung Licht und Schatten im System des bayerischen Lokalfunk verteilt sind. Sein Fazit, das auch als Grundlage für die künftigen Diskussionen dienen könnte, lautet: Es gibt eine beeindruckende Sendervielzahl, jedoch bleibt die Programmvielfalt dahinter zurück. Der Lokalfunk hat eine hohe Akzeptanz beim Publikum, weil lokale Sender das bieten, was sehr viele Hörer wollen; dem steht jedoch eine weit negativere Resonanz seitens der Medienkritik gegenüber. Die hohen Erwartungen in die Funktionserweiterung durch Lokalfunk bei der Einführung 1985 haben sich nur sehr bedingt erfüllt. Zur intensiven Programmbeobachtung seitens der BLM müsste auch vergleichende Forschung zur Programmqualität mit Inhaltsanalysen kommen. Die Rahmenbedingungen für lokalen Hörfunk sind anhaltend zufriedenstellend, jedoch gibt es Probleme hinsichtlich Finanzierung, Anbietervielfalt, Ausbildung und Personalausstattung. Der Lokalfunk ist „auf dem Weg zur Crossmedialität“; allerdings fehlt noch vielfach eine klare Strategie, der „User-Genera-

ted Content“ wird noch selten ins Programm eingebunden und es herrscht wenig „echte“ Interaktion mit dem Publikum via Social Media.[21]

5. Bürgerradio als Herausforderung[22]

Deutschland ist „im Bereich der Community Radios überwiegend Nachzügler“. „Während sich international ein durchaus ähnlicher Typ entwickeln konnte, gibt Deutschland den Eindruck, dass unter dem international wenig üblichen Begriff der Bürgermedien der Staat mit einer Art Gnadenakt einige Sendelizenzen gewährt, aber darauf achtet, dass sie den großen Anbietern im dualen System keine Konkurrenz machen. Die für Community Radios typische Selbstorganisation kann sich so kaum entwickeln.“[23] Diese Feststellung, die den Begriff der Bürgermedien ohne stichhaltige Begründung abwertet und Community Radios auf reine Selbstorganisation festlegt, revidiert Kleinsteuber aber selbst, wenn er das Ausschließen öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen und einer Finanzierung über Gebühren oder Werbeeinnahmen und vor allem die Forderung problematisiert, dass der Programmauftrag von den Betreibern bestimmt werden müsse und keine oder nur wenige professionelle Mitarbeiter dort tätig sein können.[24] In Deutschland bestehen derzeit Community Radios in unterschiedlichen Organisationsformen, als Offene Radiokanäle, Nichtkommerzielle Lokalradios, „Freie“ Radios, Aus- und Fortbildungsradios, Hochschulradios, Bürgerkanäle und Bürgerradios, und zwar an insgesamt etwa 300 Standorten (inklusive Fernsehaktivitäten), die allerdings ohne gemeinsame Abstimmung zwischen den Bundesländern agieren und denen bisher noch eine wirksame Interessenvertretung fehlt.[25]

Auffallend ist bei vielen Verfechtern des Community Radios die Skepsis gegenüber dem Bürgerbegriff und die Neigung, per definitionem diesen Typus als Alternativmedium für ein großstädtisches linkes Publikum zu verstehen. Das hat unzweifelhaft tiefer liegende historische Gründe, die auch am Verband bayerischer Geschichtsvereine nicht spurlos vorübergegangen sind und daher an diesem Exempel aufgezeigt werden sollen.

Die Historischen Vereine, nach wie vor besonders wichtige Garanten für ein regionales Geschichtsbewusstsein, sind wie viele unserer Kultureinrichtungen Kinder der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Produkte einer alles in allem fruchtbaren Bürgerkultur. Der Bruch von 1933 freilich hat das deutsche Bürgertum nachhaltig beschädigt und mit ihm alle seine Assoziationsformen. Von der erzwungenen Anpassung über die freiwillige Eingliederung bis zur aktiven und begeisterten Unterstützung reichte das Verhaltensspektrum gegenüber dem Nationalsozialismus. 1945 allerdings wurde der Scherbenhaufen, den das Dritte Reich hinterlas-

sen hat, nur mühsam gekittet und dabei der historische Rückblick weitgehend ausgeblendet. So aber konnte die Wunde des eigenen Versagens nie wirklich ausheilen, die Frage nach den Gründen für die Verführbarkeit und Ideologieanfälligkeit der Inhalte und Institutionen wurde nicht ernsthaft gestellt. Nicht zuletzt deshalb waren in den 68er-Jahren nicht nur die Geschichtsvereine, sondern viele andere traditionelle bürgerliche Kulturvereinigungen den antibürgerlichen Attacken nahezu wehrlos preisgegeben. Statt den oft pauschalen Unterstellungen und Anschuldigungen zu widersprechen, verkroch man sich nur zu oft in eine unpolitische Nische, in der man kulturkritisch Klage führen konnte, gab damit aber zugleich auch das Feld bildungsbürgerlicher Traditionen und Werte kampflos preis. Verschärft hat sich diese Problematik übrigens nach der Wiedervereinigung, als die Folgen eines entchristlichten und entbürgerlichten Gesellschaftssystems neue Konfliktzonen schufen. Jedenfalls ist das Ergebnis eine bis heute anhaltende pejorative Verwendung der Begriffe „Bürger", „bürgerlich", deren Berechtigung eine seit 20 Jahren betriebene Bürgertumsforschung längst widerlegt hat. Vor allem die im 18. Jahrhundert unter dem Vorzeichen der Aufklärung entstandenen bildungsbürgerlichen Traditionslinien waren und sind trotz aller Brüche und Irrwege konstitutiv für die Entwicklung einer modernen und zukunftsorientierten Bürgergesellschaft, die partizipativ und kommunikativ sein muss.[26]

Daher scheint es sinnvoll, einer sachlich knappen, ideologiefreien Beschreibung der wesentlichen Elemente eines Bürgermediums den Vorzug zu geben, wie sie Jochen Fasco formuliert hat: „Bürgersender sind die auf bürgerschaftlichem Engagement basierenden Radio- und Fernsehsender vor Ort mit lokalem Bezug sowie einem großen Maß an Integration und Kontinuität."[27] Derartige Bürgermedien tragen zur „Partizipation der Bürger bei, zur lokalen Information und Identifikation, zur Integration, zum interkulturellen Dialog"[28] Sie wirken aber nicht nur als „Orte des medialen Engagements, des Lernens und der Kommunikation in der Zivilgesellschaft, sondern darüber hinaus können sie auch zu einer neuen Form sektorenübergreifender gesellschaftlicher Kooperation und Kollaboration werden, indem sie als Infrastrukturen für die Vernetzung fungieren. In diesem Sinn werden sie zu Brückenbauern zwischen Politik, Wirtschaft und sozialer Gesellschaft."[29]

Es ist kein Zufall, dass ein vergleichbarer Prozess auch im Wissenschaftsbereich stattfindet, wo das Verhältnis von Laien- und Hobbyforschern zu den professionellen Wissenschaftlern neu diskutiert wird. Gefordert wird für diese Bürgerwissenschaft, Citicen Science, dass sie den interdisziplinären und umfassenden Austausch zwischen Wissenschaftlern, Bürgern und entsprechend aktiven Vereinen ausbaut.

„Statt sich auf potentielle Gefahren im Hinblick auf die Einbindung der Bürgerforschung zu konzentrieren, wäre die geisteswissenschaftliche Forschung demnach gut beraten, sich aktiv in den angestoßenen Prozess zu integrieren und auf diese Weise die eigene Relevanz für die Gesellschaft deutlicher hervortreten zu lassen. Gerade durch die Möglichkeiten digitaler Technologien, die eine nahezu hürdenlose Weitergabe von Wissen ermöglichen, sehen sich die etablierten Grenzen zwischen akademischer und „bürgerlicher" Forschung zunehmend in Frage gestellt. Citizen Science könnte helfen eine Brücke zu schlagen."

Diese Sätze ließen sich ohne Schwierigkeiten auch auf die bürgerschaftlichen Laien und die professionellen Redakteure und Geschäftsführer der Lokalsender anwenden. Und auch die Schlussforderung lässt sich inhaltlich vollständig auf die Probleme des Bürgerradios übertragen, nämlich „dass man die Arbeit von Ehrenamtlichen und Bürgerforschern nicht als bloße Hilfsarbeit für die akademische Wissenschaft begreift, sondern sich auf Augenhöhe begegnet und die notwendigen Strukturen schafft, um bestehende Vorbehalte zu überwinden und das bürgerliche Engagement weitreichender als bisher für die professionelle Wissenschaft nutzbar zu machen."[30]
Den ersten Schritt hin zum Bürgerradio in Bayern hat mit dem Konzept „Hörfunk 2020" nun der Medienrat eröffnet. In Punkt 7 heißt es:

„Die Geschäftsführung wird gebeten, darauf hinzuwirken, die lokale Programmvielfalt in den Regionen zu erhalten, mit dem Ziel, die lokal-regionale Identität und den Kultur- und Heimatbegriff der unterschiedlichen Regionen zu stärken. So könnte eine intensivere Zusammenarbeit von lokalen Stationen mit Gruppen und Initiativen mit kulturellen, heimatpflegerischen, sozialen oder kirchlichen Schwerpunkten angeregt werden, um Aktivitäten im Sinne eines Bürgerradios zu ermöglichen."[31]

Ein Unterausschuss des Hörfunkausschusses hat sich inzwischen einen Überblick über die Praxis in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen europäischen Ländern verschafft und die Diskussion über ein Gesamtkonzept aufgenommen.

Auf der Basis eines vorzüglichen Arbeitspapiers der Hörfunkreferentin der BLM, Tina Täsch, wurden zur Etablierung von Bürgerradios in Bayern folgende fünf Ziele formuliert:

1. Partizipation
Um bayerische Bürger mit ihren eigenen Themen aktiv am Meinungsbildungsprozess zu beteiligen, soll deren Engagement am Medium Radio gefördert werden. Die Gestaltung von Bürgerradioaktivitäten ist als wichtiger Beitrag zur Meinungsvielfalt zu werten.

2. Medienkompetenz
Ziel der Bürgerradioprojekte soll auch die Förderung von Medienkompetenz sein und die Qualifikation der Bürger im Umgang mit Medien im lokalen Raum.

3. Lokalität
Das Hörfunkkonzept 2020 sieht vor, die lokale Programmvielfalt in den Regionen zu erhalten, um die lokal-regionale Identität und den Kultur- und Heimatbegriff der unterschiedlichen Regionen zu stärken. Deshalb sollen auch Bürgerradios in ihren Beiträgen den Schwerpunkt der Inhalte auf lokale beziehungsweise regionale Themen legen.

4. Öffentlichkeit
Um die Ergebnisse der Bürgerradioarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sollen die Beiträge über das Internet verbreitet werden. Dazu dient die von der BLM eingerichtete Bürgerradioplattform www.machdeinradio.de.

5. Kooperation
Die Vernetzung der regionalen Radio-Angebote mit Akteuren vor Ort soll ein wichtiger Bestandteil der Bürgerradioprojekte sein. Um die lokal-regionale Identität und den Kultur- und Heimatbegriff der unterschiedlichen Regionen zu stärken, regt das Hörfunkkonzept 2020 eine intensivere Zusammenarbeit von lokalen Stationen mit Gruppen und Initiativen mit kulturellem, heimatpflegerischen, sozialen oder kirchlichen Schwerpunkten an, um Aktivitäten im Sinne eines Bürgerradios zu ermöglichen.[32]

Für diese Bürgermedien sollen folgende Strukturmerkmale und Kriterien gelten:

Einzelpersonen, Vereine oder Institutionen aus Bayern mit ehrenamtlicher, gemeinnütziger beziehungsweise nichtkommerzieller Ausrichtung können Bürgerradioprojekte aufbauen und ausführen. Finanzierungsmodelle dieser Projekte sind zum Beispiel Mitgliedsbeiträge, Spenden, Projekt-Förderung oder Sponsorengelder.
Die inhaltliche Ausrichtung soll lokal oder regional verortet sein und programmlich mit der Verfassung, den allgemeinen Gesetzen, den allgemeinen rundfunkrechtlichen Vorschriften, insbesondere dem Bayerischen Mediengesetz im Einklang stehen.
Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Bürgerradios soll die Vermittlung von Medienkompetenz sein. Die Bürgergruppen sollen unterstützt werden, ein Programm nach ihren eigenen Vorstellungen zu machen. Dazu sind Qualifikationsmaßnahmen für das Radiomachen und digitale Produktionstechnik notwendig. Dazu wird ein Katalog für Mindestanforderungen von Qualitätsstandards ebenso notwendig sein wie ein Angebot von Qualifizierungsmaßnahmen, wie etwa Radio-Coachingmodelle und Kurse in Kooperation mit Medienfachberatungsstellen, Akademien, Bildungswerken oder Volkshochschulen.

Dabei sind verschiedene Organisationsmodelle möglich:

1. Kooperationen mit DAB+ Hauptanbietern
   Im Programm von lokalen oder landesweiten DAB+Anbietern kann Sendezeit als eigene Sendeschiene für Spartenprogramme eingeräumt werden, wie dies bei „Kultradio Campus“ jeweils donnerstags von 20.00 – 21.00 Uhr bereits geschieht.
2. Kooperationen mit lokalen Spartenanbietern
   Die in Bayern genehmigten Spartenanbieter sind lokal verankert, verfügen über Sendezeit und eigene Produktionsstätten und haben das notwenige journalistische und produktionstechnisches Know-How. Inhaltlich stehen hier vor allem die Kultur-, Hochschul- und Jugendradiosparten im Fokus.

Ein Partizipationsmodell mit Bürgern könnte kostenpflichtige Technik – und Radiojournalismus-Kurse vor Ort oder die Vermittlung von Radio-Coaches vorsehen. Außerdem könnte die Produktionsstätte beziehungsweise das Studio an Vereine vermietet werden. Die lokalen Radiospartenprogramme könnten eine praxisorientierte Radio-Ausbildung für interessierte Gruppen anbieten und die Ergebnisse vor Ort im Pro-

gramm ausstrahlen. Professionelle Spartenanbieter könnten die Erstellung von Bürgerradio Beiträgen unterstützen und die Ausstrahlung im Lokalfunk ermöglichen. Gleichzeitig würden Themen, O-Töne oder Hinweise aus Bürgerverbänden, Vereinen oder individuellen Gruppen den Weg ins Radio finden. Darüber hinaus könnten interessierte Spartenanbieter mit Unterstützung der Landeszentrale auch als regionale Ansprechpartner und Multiplikatoren zum Thema „Bürgerradio" tätig werden.

6. Perspektiven

Finanzierung und Förderung werden zur Realisierung dieses Konzepts eine wichtige Rolle spielen, wobei Programmförderung, Technikförderung, Fördermittel für Coaching, Workshops et cetera Organisationshilfen für Netzwerkbildung und Veranstaltungen zur Qualifizierung von Lokaljournalisten und Vertretern von Bürgermedien in Frage kommen.
Die Bedeutung der Vereine als Meinungsbildner und als Akteure kann dabei nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ehrenamtliche Tätigkeit muss sich heute auch um die Erhöhung der Partizipation bemühen und ihr Engagement nicht nur in traditionellen, sondern auch in neuen Medien einbringen,[33] um das Kulturangebot des Lokalfunks in Bayern nicht nur einzufordern, sondern auch mitzugestalten.
Dies gilt umso mehr, als die technische Revolution der Digitalisierung die Sendemöglichkeiten inzwischen vervielfacht hat und uns mit Informationsmengen konfrontiert, wie es sie in der Menschheitsgeschichte nie zuvor gab. Durch Verweigerung und Negierung jedoch lässt sich dieser rasante Weg in die Multimediagesellschaft nicht aufhalten. Die Kulturvereine müssen ihn vielmehr mitgestalten, indem sie mitwirken und ihre kulturellen Inhalte und Bildungsangebote einbringen. Denn trotz unübersehbarer Konzentrationstendenzen, mancherlei Qualitätsproblemen und der unverkennbaren, letztlich systemimmanenten Dominanz des Ökonomischen lassen sich die Stärken dieses bayerischen Lokalfunksystems nicht abstreiten, die Möglichkeiten nämlich, Informationen zu regionalisieren, zu differenzieren und zu individualisieren.
Der Erfolg einer Partnerschaft zwischen neuen Medien und Regionalkultur ist von der Tatkraft engagierter Freiwilliger abhängig. Ohne ihren Einsatz auch im gesellschaftlichen und politischen Raum hat ein Lokalradio keine Chance, Bürgerradio zu werden. Wenn Bayern seine eigene Kulturphysiognomie behalten soll, ist eine kritisch-distanzierte Begleitung der Medienentwicklung allein nicht ausreichend; dann sind die Kulturakteure in der Bürgergesellschaft zu Teilhabe und engagierter Mitgestaltung aufgerufen.

Dass daraus ein Bürgerradio mit neuer Qualität und erhöhten Zukunftschancen entstehen kann, steht für alle die außer Zweifel, die den Bürgern Kompetenz und den Lokalfunkprofis Flexibilität zutrauen.

Anmerkungen

1 Kritisch dazu etwa Lutz Hachmeister in der Funk-Korrespondenz v. 08.04.2011 und Maria Goblirsch im BJV report 2/2011, S. 18-20. Siehe auch Tagungsbericht „Neue Vielfalt. Medienpluralität und -konkurrenz in historischer Perspektive", in: H-Soz-Kult v. 25.04.2015.

2 Bösch, Frank: Mediengeschichte, in: Bohemia 51 (2011), S. 21-40; Ders.: Mediengeschichte, in: Dokupedia; Ders.: Mediengeschichte, in: Clio-online.
Defizitär sind auch Archivierung und Zeitzeugenbefragung, die beide als Grundlage für ein wissenschaftliches Projekt, das die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) mit den Universitäten in Eichstätt und Bamberg durchführen wird, gezielt gefördert werden. Dabei kann angeknüpft werden an frühere Aktivitäten der BLM: Löschen und vernichten oder bewahren und nutzen. Dokumentation eines Kolloquiums zur Archivierung von Rundfunkproduktionen bei privaten Anbietern in Bayern, hg. v. d. BLM, München 1999. Ganz anders ist die Situation der Archivierung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Siehe hierzu Behmer, Markus / u. a. (Hg.): Das Gedächtnis des Rundfunks. Die Archive der öffentlich-rechtlichen Sender und ihre Bedeutung für die Forschung, Wiesbaden 2014.

3 Maassen, Ludwig: Rundfunkpolitik in Bayern von 1945 bis heute, in: Hamm, Margot / Hasselbring, Bettina / Henker, Michael (Hg.): Der Ton – Das Bild. Die Bayern und ihr Rundfunk 1924 – 1949 - 1999, (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 40/99), Augsburg 1999, S. 35-40; Gruber, Thomas: 50 Jahre Bayerischer Rundfunk – Von einem zu fünf Hörfunkprogrammen (1949-1999), in: ebenda, S. 71-82; Treml, Manfred: Geschichte des modernen Bayern, München 2006, S. 481-482; Lindmeyr, Sebastian: Die Novellierung des Bayerischen Rundfunkgesetzes 1972 und seine Folgen, in: Behmer, Markus / Hasselbring, Bettina (Hg.): Radiotage, Fernsehjahre. Interdisziplinäre Studien zur Rundfunkgeschichte nach 1945, Münster 2006, S. 29-35; Ein bayerischer Sonderweg? Die Debatte um den Rundfunk zu Beginn der 70er Jahre (Podiumsdiskussion 2004), in: ebenda, S. 37-61; Götschmann, Dirk: Meinungsfreiheit oder Meinungsmonopol. Die Rundfunkfreiheit im parlamentarischen Diskurs der Nachkriegszeit, in: Einsichten und Perspektiven 2/14, S. 28-39.

4 Zur Privatisierung des Rundfunks allgemein: Bösch, Frank: Vorreiter der Privatisierung. Die Einführung des kommerziellen Rundfunks, in: Frei, Norbert / Süß, Dietmar (Hg.): Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren,

Göttingen 2012, S. 88-107; Ders: Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung. Wege zur Einführung des privaten Rundfunks in den 1970/80er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 191-210. Zum dualen System besonders Kleinsteuber, Hans J.: Radio. Eine Einführung, Wiesbaden 2011, S. 75-76 u. S. 161-163.
Zur juristischen Entstehungsgeschichte im Detail siehe Hartstein, Reinhard / u. a.: Rundfunkstaatsvertrag. Kommentar, 2. Aufl., München 1995, S. 209-291. Vergleiche auch Ein bayerischer Sonderweg? (wie Anm. 3), S. 37-61.

5 Buchholtz, Anne: Wege zur Vielfalt. Die Organisation privater Rundfunkangebote nach dem Bayerischen Mediengesetz, Frankfurt am Main 2004.

6 Vergleiche dazu Franke, Silke / Magel, Holger (Hg.): Heimat zwischen Tradition und Fortschritt, (HSS Argumente 105), München 2015, S. 9-25, wo die Kernergebnisse der Bayern-Studie 2015 des BR euphorisch und voller Eigenlob mehr wie eine Werbeveranstaltung für den BR als eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Thema präsentiert werden. Ähnlich Gruber, Thomas (Hg.): Ansichtssache Bayern. Annäherungen an eine Heimat, München 2010.

7 Bethge, Herbert: Der verfassungsrechtliche Status der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM). Rechtsgutachten, hg. v. d. Bayerische Landeszentrale für neue Medien, 2. Aufl., Baden-Baden 2011; BLM – 25 Jahre, München 2010. Weitere Hinweise finden sich auf der Homepage der BLM (www.blm.de), dort besonders unter „Über Uns / Chronik 1985-2015“ und in der Broschüre zur BLM: Gestalten, Fördern, Forschen, Informieren.

8 Die Medienanstalten. Jahrbuch 2015/16, Leipzig 2016, S. 171.

9 Details ebenda S. 171-173 und Übersicht S. 298-300 (Hörfunk) sowie S.116-117 und Übersicht S. 289 (Fernsehen).

10 Detaillierte Angaben zu den Sendern, den Sendegebieten und der technischen Reichweite in: Wellenspiegel 2014/15, München 2014 sowie in: Gestalten, Fördern, Forschen, Informieren, hg. v. d. BLM, München 2017 mit Übersichtskarten.

11 Funkanalyse 2015, hg. v. d. BLM.

12 Treml, Manfred: Geschichtskultur in Bayern, in: Bayern in der Bundesrepublik Deutschland, (Edition Bayern), hg. v. Haus der Bayerischen Geschichte, in Vorbereitung (2017).

13 Tagungsbericht Studienkreis Rundfunk und Geschichte 2015.

14 Lokalfunk und Lokalität. Analyse der Umfeld- und Einflußkriterien. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse, erstellt vom Roland Berger Forschungs-Institut im Auftrag der BLM, München 1990; Protzner, Wolfgang / u. a.: Lokalität und lokale Medien – Heimat im Lokalradio, ungedrucktes Manuskript, Universität Bamberg (1991); Treml, Manfred: Medienlandschaft Bayern, in: Mitteilungen des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine 17 (1996), S. 51-54.

[15] Kerkhoff-Hader, Bärbel: Die Verantwortung der Medien für die Ausprägung eines regionalen Bewußtseins, in: Bayerische Blätter für Volkskunde 24 (1997), H. 1, S. 18-32, hier S. 28.
[16] Brünink, Ann: Wenn Bürger auf der „Heimatwelle" funken – Herausforderung Lokalradio, in: Heimat. Analyse, Themen, Perspektiven, hg. v. d. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990, S. 853-866, hier S. 255.
[17] Bayerisches Mediengesetz vom 22.10.2003.
[18] Lokalfunk und Lokalität (wie Anm. 14); Trebbe, Joachim: Der Beitrag privater Lokal- und Lokalfernsehprogramme zur publizistischen Vielfalt. Eine Pilotstudie am bayerischen Senderstandort Augsburg, München 1996.
[19] Zeitschrift „Tendenz", hg. v. d. BLM, Nr. 2/1995, S. 25.
[20] Loderbauer, Rudi: Das bayerische Lokalradio – ein Beitrag zur kulturellen Identität, Norderstedt 2007, S. 20.
[21] Behmer, Markus: Manuskript eines Vortrages im Medienrat der BLM am 25.06.2015.
[22] Bürgermedien in Deutschland, Oktober 2015, hg. v. Bundesverband Offene Kanäle / Bundesverband Aus-und Fortbildungsmedien, Kassel 2015; Medienanstalten (wie Anm. 8), S. 56-62 u. 306; Heinold-Krug, Eva / Schäfer, Erich (Hg.): Qualitätsentwicklung in Bürgermedien, Berlin 2012; Kleinsteuber (wie Anm. 4), S. 269-271.
[23] Kleinsteuber (wie Anm. 4), S. 292.
[24] Ebenda, S. 269-271.
[25] Ebenda, S. 277.
[26] Dazu auch Treml, Manfred: 100 Jahre Verband bayerischer Geschichtsvereine e.V., in: Mitteilungen des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine 24 (2009), S. 7-12.
[27] Jochen Fasco, zitiert nach Schäfer, Erich: Zwölf Thesen zu Funktion, Aufgabe und Entwicklungspotenzial der Bürgermedien in der Zivilgesellschaft und den Konsequenzen für die Qualitätsfrage, in: Krug / Schäfer (wie Anm. 22), S. 81-93, hier S. 81.
[28] Bürgermedien (wie Am. 22), S. 7.
[29] Schäfer (wie Anm. 22), S. 93.
[30] Tagungsbericht: Bürger Künste Wissenschaft. Citizen Science in Kultur und Geisteswissenschaften, in: H-Soz-Kult.
[31] Interne Unterlagen der BLM.
[32] Ebenda.
[33] Repräsentative Demokratie und politische Partizipation, hg. v. d. Hanns-Seidel-Stiftung, München 2016, S. 64-65: Engagement in traditionellen und neuen Strukturen.

Abbildungsnachweis

- Bayerische Landeszentrale für neue Medien, München: Abb. 1-3.

Meldungen aus dem Verband

Manfred Treml

Verleihung der Aventinus-Medaille an Hans Roth am 12. September 2015 in Laufen

Seit 1968 verleiht der Verband bayerischer Geschichtsvereine die Aventinus-Medaille an Persönlichkeiten, die sich um die historische Forschung und Volksbildung in Bayern verdient gemacht haben. Benannt ist diese Ehrenmedaille nach dem Vater der bayerischen Geschichtsschreibung Johannes Turmair aus Abensberg, genannt Aventinus. Sie erinnert damit an Leben und Werk dieses bedeutenden bayerischen Humanisten, der auch uns Heutigen in seinem rastlosen Bemühen um Bayerns Geschichte noch Vorbild sein kann. Mit der Auszeichnung will der Verband Dank und Anerkennung denjenigen aussprechen, die mit ihrem kulturellen Engagement oft über Jahrzehnte hinweg ihrer Stadt, ihrer Region oder dem Freistaat Bayern dienen.

Mit dieser festlichen Verleihung fällt auch das Licht der Öffentlichkeit auf die ebenso kontinuierliche wie unverzichtbare Leistung der historischen Vereine, von denen immerhin fast 220 im Verband bayerischer Geschichtsvereine zusammengeschlossen sind. Forschung und Vermittlung sind ihr Anliegen, als Lobbyisten für Geschichtsbewusstsein mischen sie sich ein, nicht immer nur zur Freude der Politiker. Die Zusammenarbeit mit Heimatpflegern, mit Denkmal- und Naturschützern und allen, die sich der Regionalkultur verpflichtet fühlen, ist inzwischen selbstverständlich.

Hans Roths überragende Leistungen für den Historischen Verein Laufen und für den Landesverein für Heimatpflege, sein Engagement im Landes-

denkmalrat und im Rundfunkrat und anderes mehr sind bereits gewürdigt worden. Ich will daher in aller Kürze nur noch eine institutionelle und persönliche Würdigung anschließen für seine außergewöhnlichen Leistungen im Verband bayerischer Geschichtsvereine, wo wir ihn schon 2014 zum Ehrenmitglied ernannt haben. Eine wichtige Auszeichnung aber fehlt ihm noch, die er wie kaum ein zweiter verdient hat. Aber da wir uns im Vorstand nicht selbst auszeichnen wollten, hatte er bisher keine Chance. Jetzt aber ist es so weit.

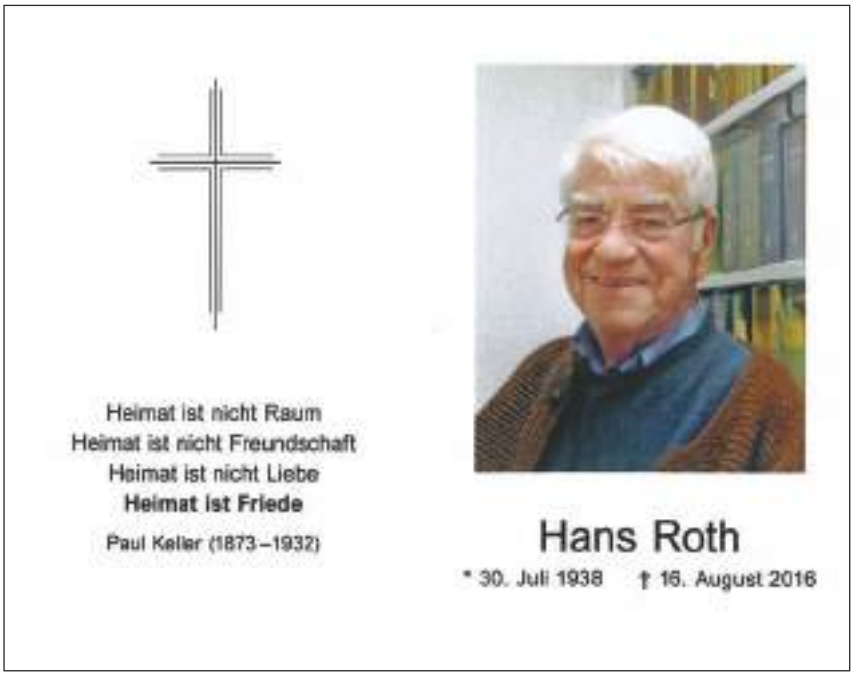
Hans Roth diente dem Verband bayerischer Geschichtsvereine und mir persönlich über 20 Jahre als außergewöhnlich zuverlässiger und loyaler Stellvertreter und gab Jahrzehnte lang als engagierter Redakteur das Mitteilungsblatt des Verbandes heraus. Eine Stütze des Verbandes war er schon zu Zeiten von Karl Bosl, als er 1984 in Weißenburg zum Schatzmeister gewählt wurde. Sein grundlegender Vortrag „Zur Situation der Heimat-und Geschichtsvereine in Bayern“ aus dem Jahre 1987 stellte damals eine wichtige Bestandsaufnahme dar und enthielt programmatische Aussagen für die künftigen Aufgaben der Geschichtsvereine, die bis heute zitiert werden.

1989 übernahmen wir in Nördlingen gemeinsam die Verantwortung für den Verband, ich als Vorsitzender, Hans Roth als mein Stellvertreter. In all den Jahren ist er mir getreuer Ratgeber und Helfer gewesen, der ohne große Worte, aber mit viel Tatkraft auch einsprang, wenn Not am Mann war, einer, der zuhören konnte und gelassen blieb auch in manchen Aufgeregtheiten unseres Kulturbetriebes. So ist er mir ein vertrauter Freund geworden, den ich nicht missen möchte und auf den ich mich auch nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand noch verlassen kann. Mit seiner Beständigkeit und Kompetenz hat er sich um den Verband in hohem Maße verdient gemacht und erhält deshalb heute die Aventinus-Medaille verliehen.

Ich darf Dir, lieber Hans, mit meinem persönlichen und dem Dank des Verbands Urkunde und Medaille nun überreichen.

Manfred Treml

Hans Roth (3. Juli 1938 – 16. August 2016) – Ein Nachruf



Schon das Ausscheiden von Hans Roth im Juni 2013 aus dem Vorstand bedeutete eine deutliche personelle Zäsur für den Verband. Glücklicherweise blieb er uns aber als Beiratsmitglied noch erhalten und brachte so weiterhin seine Kompetenz ein. Wir konnten ihn nun auch ehren und würdigen – zunächst mit der Ehrenmitgliedschaft und im September 2015 in einer wunderbaren Festveranstaltung in Laufen mit der längst verdienten Aventinus-Medaille. Heiter und vergnügt klang dieser bewegende Abend aus, zuletzt in kleiner Runde, die uns bis weit in die Nacht hinein verband. Dass dies der letzte gemeinsame Abend sein sollte, an dem wir in bester Laune plauderten und humorvoll-witzig manches Geschichtchen zu Besten gaben, konnten wir damals nicht ahnen.
Nun ist er am 16. August 2016 ganz überraschend von uns gegangen, aus einem aktiven Dasein gerissen, er, der noch so viel vorhatte. In seiner Heimatstadt Laufen ist das Archiv nun wirklich verwaist, die Geschichtspfle-

ge im Rupertiwinkel hat ihren kenntnisreichsten und aktivsten Akteur verloren.
Beim festlichen Requiem in der Laufener Stiftskirche ist die tiefe Verbundenheit mit seiner vom salzburgischen Erbe geprägten Heimatstadt deutlich geworden; historisch, kulturell und religiös ist er dieser hochstiftischen Tradition verbunden gewesen. Zehn Geistliche haben ihn daher auf seinem letzten Weg begleitet, darunter eben auch einige Salzburger.
Prälat Walter Brugger, der Freund und Wegbegleiter seit frühesten Jugendtagen, der schon bei der Verleihung der Aventinus-Medaille eine ganz persönliche, humorvolle Lebensbeschreibung zu Hans Roth beigetragen hatte, musste nun, selbst tief erschüttert, den Freund verabschieden aus dieser Welt. Auf der Basis des christlichen Glaubens an eine Auferstehung vermittelte er Trost, auch der Ehefrau Christl, die für Hans Roth eine ebenso verständnisvolle wie liebevolle Lebensbegleiterin gewesen war. Und er zeichnete ein feines, einfühlsames Bild von dem tief gläubigen Menschen Hans Roth, der stets aus christlicher Verantwortung und echter Heimatliebe handelte.
So haben wir ihn auch im Verband erlebt, als geschätzten Ratgeber und tatkräftigen Helfer, der mir im Laufe der Jahre auch zum persönlichen Freund geworden ist. In nahezu dreißig Jahren war er mir ein treuer Wegbegleiter, einer, auf den man nicht verzichten will und kann, weil er Kästners Wahlspruch „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ geradezu verkörperte, einer, der ohne große Worte, aber mit viel Tatkraft auch einsprang, wenn Not am Mann war. Zur Beständigkeit kam bei ihm eine Kompetenz, die er nicht vor sich hertrug, sondern über die er in aller Bescheidenheit einfach verfügte. Mir und vielen anderen ist er auch als einfühlsamer Gesprächspartner in Erinnerung, als einer, der zuhören konnte und gelassen blieb in allen Aufgeregtheiten unseres Kulturbetriebes. Was wundert es, wenn ich mir noch immer nicht vorstellen kann, dass er nicht mehr in unserer Runde sitzen wird, wenn wir uns zur nächsten Vorstandssitzung treffen, sachkundig, heiter-verschmitzt und lebensfroh wie immer.
Er fehlt uns sehr, weil er nicht nur wichtig für unsere Verbandstätigkeit war, weil wir ihn nicht nur geschätzt, sondern auch gern gehabt haben. Wir vermissen ihn als einen Menschen, dessen Persönlichkeit Walter Brugger als ganz spezifische Mischung charakterisiert hat: „Der Charme seines Wesens ist salzburgisch […], die Hinterkünftigkeit hinter den Ohren ist bairisch und der Humor ist eigentlich münchnerisch […].“
So wollen wir ihn in dankbarer Erinnerung behalten. Wir werden Hans Roth, der sich um unseren Verband mehr als verdient gemacht, ein ehrendes und liebevolles Gedenken bewahren.

Manfred Treml

Aus der Verbandsarbeit

1. Sitzungen und Versammlungen

Vorstandssitzungen

- 18. März 2014 in München
- 26. Juni 2014 in Regensburg (mit Beirat)
- 5. Dezember 2014 München
- 12. Mai 2015 in Ingolstadt (mit Beirat)
- 24. Juli 2015 in München
- 10. Dezember 2015 in München

Mitgliederversammlungen

Kurzprotokoll zur Mitgliederversammlung am 26. Juni 2014

Leitung: Prof. Dr. Manfred Treml, 1. Vorsitzender
Protokoll: Peter Staniczek, 1. Schriftführer
Ort: Regensburg, Thon-Dittmer-Palais, Haidplatz 8, Konferenzraum 1
Zeit: Donnerstag, 26.06.2014, 12.00-13.15 Uhr

- TOP 1: Bericht des Vorsitzenden
  - Der Vorsitzende verweist auf den ZBLG-Beitrag (76 (2013), S. 979-985), in dem die Aktivitäten des Verbandes ausführlich dargestellt werden.
  - Welterbe „Niederbayerische Donau“: Das Thema Welterbe „Niederbayerische Donau“ bleibt weiterhin auf der Agenda-Liste des Verbandes und des Bayerischen Heimattages. Trotz der Ablehnung einer Aufnahme in die bayerische Vorschlagsliste waren die Bemühungen letztlich von Erfolg gekrönt, weil nicht nur erhebliche Teile der Bevölkerung, sondern auch maßgebende Regionalpolitiker überzeugt werden konnten und dieser Prozess des Umdenkens auch bei der Bayerischen Staatsregierung zu einer deutlichen politischen Wende beim Donauausbau geführt hat. Es gibt daher den konkreten Beschluss des Bayerischen Heimattages, einen neuen, inhaltlich leicht modifizierten Antrag zu stellen. Als vorläufige Zwischenschritte sind auch Koope-

rationen mit den Planungen für eine „Kulturstraße Donau“ und des „Donau- Limes“ denkbar.

– Themenheft zur niederbayerischen Donau: 2015 wird unter der Federführung von Manfred Treml ein Themenheft zur niederbayerischen Donau in der Reihe „Edition Bayern“ des Hauses der Bayerischen Geschichte erscheinen, das diese Aktivitäten anschaulich unterstützen kann.
– Tag der bayerischen Landesgeschichte 2013: Als inzwischen etabliertes Zusammenspiel von Verband, Haus der Bayerischen Geschichte, Museumspädagogischem Zentrum und Kultusministerium fand am 16. Mai 2013 in Schweinfurt der 7. Tag der bayerischen Landesgeschichte mit hervorragenden Referenten statt.
– Der Bayerischer Heimattag vom 7. bis 9. Juni 2013 in Dinkelsbühl: Für das Motto „Jugend braucht Heimat – Heimat braucht Jugend“ interessierten sich anscheinend nur wenige, denn der Besuch war enttäuschend. Eine grundlegende Diskussion zwischen den veranstaltenden Verbänden ist dringend notwendig. Hierbei muss auch die Relation zwischen Kosten und Präsenz neu bewertet werden.
– Beiträge zum „Bayernspiegel“ der Bayerischen Einigung: In der Mitgliederzeitschrift „Bayernspiegel“ der Bayerischen Einigung e. V. werden auch in Zukunft regelmäßig Vereine des Verbandes vorgestellt. Inzwischen sind Porträts des Historischen Vereins von Oberbayern und des Heimatvereins für Wasserburg und Umgebung e. V. und der Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte e. V. erschienen. Der Historische Verein für Niederbayern e. V., der Historische Verein Dillingen e. V., der Historische Verein für Schwaben e. V. werden folgen.
– Ehrungen: Auf der Webseite des Verbands sind alle Ehrungen aufgeführt. Eine kurze Würdigung erfolgte in dem schon genannten ZBLG-Beitrag, eine ausführliche zur Ehrenmitgliedschaft von Hans Roth wird im nächsten Mitteilungsblatt 2014 erfolgen. Auch die Träger der Aventin-Medaille und der Ehrennadeln erscheinen im Internet-Auftritt des Verbands. Ehrennadeln gingen bisher an: Franz Umscheid, Bürgstadt; Walter von Molo, Freising; Karl-Heinz Keller, Nürnberg; Dr. Johann Dorner, Burghausen; Karl Baumann, Dillingen; Erich Pawlu, Dillingen; Herbert Rösch, Dillingen; Dr. Martin Geiger, Wasserburg; Alfred Maier, Traunstein; Walter Wendler, Bayreuth.
– Projekt „Pro Geschichte“: Der Verband plant im Verbund mit verschiedenen Einrichtungen der historischen und politischen Bildung (Haus der Bayerischen Geschichte, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Haus des deutschen Ostens, Museumspädagogisches Zentrum, Schülerlandeswettbewerb „Erinnerungszeichen“ u. a.)

und unter Einbeziehung des „Tages der bayerischen Landesgeschichte“ die Einrichtung eines Netzwerkes, das die Vermittlung von Landes- und Regionalgeschichte unterstützen soll. Dazu soll ein bayernweiter Lehrerarbeitskreis eingerichtet und die Verbindung zu den historischen Vereinen intensiviert werden. Mit Veranstaltungen, Publikationen und gemeinsamen Projekten soll diese Kooperation für alle Beteiligten auch praxisnahe Hilfen bieten. Denkbar wäre beispielsweise das Thema „Stadtmuseum und Stadtgeschichte“. Vorbesprechungen im Kultusministerium sind vorbereitet, ein Treffen mit Staatsminister Dr. Spaenle ist im September geplant.
- Kooperationen: Die Zusammenarbeit mit IDIZEM (Interkulturelles Dialogzentrum München), dem Frankenbund, und der Gesellschaft für Archäologie wird verstärkt betrieben.
- Vorträge des Vorsitzenden (siehe auch Webseite des Verbands unter Vorstand / Beirat): „Heimat“, am 9. März 2013 in Schweinfurt bei der Bundesbeiratstagung des Frankenbundes; „Regionale Geschichte als Lehrmeisterin und Erinnerungsinstanz“, am 13. Juli 2013 in Dillingen zur 125-Jahr- Feier des Historischen Vereins Dillingen; „Regionalität und Geschichtsbewusstsein“, am 28. September 2013 in Wasserburg zur 100-Jahr-Feier des Heimatvereins Wasserburg; „‚… und do bin i dahoam.‘ – Gedanken zur ‚Beheimatung‘ in Bayern“, am 13.November 2013 in München beim Dialog-Dinner von IDIZEM; „Historia magistra vitae – auch in unserer Heimat?“, Vortrag am 31.März 2014 in Traunstein zum 125-jährigen Jubiläum des Historischen Vereins Traunstein.

- TOP 2: Bericht des Schatzmeisters
  - Zu verzeichnen waren Mehrausgaben vor allem im Bereich „Bayerischer Heimattag“. Um einen ausgeglichenen Haushalt in Zukunft zu erreichen, gilt es neue Wege zu gehen: Sparen beim Heimattag, Sponsoren für das Mitteilungsblatt, Erhöhung des Ministeriums-Zuschusses, Erhöhung der Mitgliedsbeiträge usw.

- TOP 3: Entlastung der Vorstandschaft
  - Der Vorstand wurde einstimmig entlastet bei Enthaltung der Betroffenen.

- TOP 4: Planungen 2014/15
  - Eine Fortbildungsveranstaltung ist am 14. November 2014, 15.00-18.00 Uhr im Institut für bayerische Geschichte bei Prof. Ferdinand Kramer zum Thema „Gebietsreform 1971-78“ geplant.

- Vorschlag für Fortbildungsveranstaltung 2015: Prof. Helmut Flachenecker im Frühjahr 2015 (Würzburg). Die Form der wissenschaftsbasierenden Fortbildungsveranstaltungen soll etwa zweimal im Jahr stattfinden.
- Mitteilungsblatt: Das Mitteilungsblatt soll inhaltlich und äußerlich eine Aufwertung erfahren: neue Ideen, Vorträge vom Tag der bayerischen Landesgeschichte sowie des Bayerischen Heimattags, Vorstellung von Geschichtsvereinen, Meldungen aus dem Verband, Diskussion um Karl Bosl, Würdigung des verstorbenen Vorstandsmitglieds Dr. Gerhard Rechter, Laudatio auf Ehrenmitglied Hans Roth usw. Das Mitteilungsblatt soll in neuer Aufmachung (Layout, Hardcover, 500 Auflage, 196 S., 4-Farben-Druck) erscheinen. Zu dem von Herrn Schäfer vorgestellten Angebot sollen Alternativangebote eingeholt werden.
- Homepage: Vorsitzender Treml stellte eine neue Startseite (aktueller Text) in Aussicht. Neue Links können auf Vorschlag jederzeit in die Webseite eingebaut werden. Die Zusammenarbeit mit Herrn Schuster in Bezug auf Aktualität funktioniert bestens.

• TOP 5: Verschiedenes
- Die Bestätigung von Dr. Reinhard Bauer als Beiratsmitglied erfolgte einstimmig.
- Der Beitritt des Geschichtsvereins Penzberg wurde einstimmig befürwortet.
- Der Beitritt des Historischen Vereins Heidenfeld wurde ebenfalls einstimmig befürwortet.
- Der Austritt des Fichtelgebirgsvereins wurde zur Kenntnis genommen.
- Das Finanzministerium soll wegen Steuerfragen für Vereine kontaktiert werden.
- Das Thema GEMA-Gebühren (Dr. Walter, Landesverein) sollte auf der Webseite zur Information der Mitglieder veröffentlicht werden.

Kurzprotokoll zur Mitgliederversammlung am 12. Mai 2015

Leitung: Prof. Dr. Manfred Treml, 1. Vorsitzender
Protokoll: Bernhard Schäfer, 2. Schriftführer
Ort: Ingolstadt, Volkshochschule, Hallstraße 5
Zeit: Dienstag, 12.05.2015, 12.05-13.00 Uhr

- TOP 1. Bericht des Vorsitzenden
  - Pro Geschichte: Hr. Prof. Treml teilt mit, dass das Projekt „Pro Geschichte“ mangels Partnern habe aufgegeben werden müssen.
  - Geschichtsunterricht: Hr. Prof. Treml berichtet über die Situation des Geschichtsunterrichts. Ein Problem sei hier die in den Lehrplänen festgeschriebene Kompetenzdidaktik, die in der Konsequenz zu einer Zurückdrängung der bayerischen Landesgeschichte führe. Der Verband habe gegen diese Entwicklung wiederholt Stellung bezogen und werde dies auch weiterhin tun.
  - Ehrennadeln: Hr. Prof. Treml lässt wissen, dass er in den zurückliegenden Monaten an Erika Rahnsch, Waldkraiburg, an Sieghart Schwedler, Laufen, sowie an Werner Häring und Wilhelm Able, beide Pilsting, die Ehrennadel des Verbandes verliehen habe.
  - Mitteilungsblatt: Hr. Prof. Treml kommt auf die „Mitteilungen“ des Verbandes zu sprechen, deren letzter Band im neuen Zuschnitt und neuer Aufmachung positive Aufnahme gefunden habe. Wegen der mäßigen finanziellen Ausstattung des Verbandes werde das Blatt aber auch in Zukunft lediglich alle zwei Jahre erscheinen. Neben den aus den Tagen der bayerischen Landesgeschichte resultierenden Aufsätzen seien Beiträge seitens der Mitgliedsvereine natürlich sehr willkommen.
  - Donauprojekt: Hr. Prof. Treml gibt bekannt, dass die Donau auch weiterhin Thema des Bayerischen Heimattages sei. So habe am 14. November 2014 in Straubing eine Pressekonferenz zur Niederbayerischen Donau stattgefunden, sei am 4. März 2015 in Deggendorf die Edition „Niederbayerische Donau“ vorgestellt worden und am 29. April 2015 in Bogen eine Presse- und Informationsfahrt zur Niederbayerischen Donau durchgeführt worden.
  - Fortbildungsveranstaltungen: Hr. Prof. Treml informiert über die erste fachliche Fortbildungsveranstaltung, die am 5. Dezember 2014 um 15.00 Uhr im Institut für bayerische Geschichte zum Thema „Gebietsreform 1972-78“ stattgefunden und wichtige neue Erkenntnisse vermittelt habe. Herr Professor Dr. Ferdinand Kramer, der Inhaber des Lehrstuhls für Bayerische Geschichte an der LMU und Direktor des Instituts für bayerische Geschichte, habe die Veranstaltung gemeinsam mit seinen Schülern durchgeführt und damit eines seiner speziellen Forschungsgebiete vermittelt, das auch für viele Vereine ein wichtiges zeitgeschichtliches Thema darstelle. Für den September 2015 oder Juli 2016 sei in Würzburg eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Territorialisierung in Franken in der Frühen Neuzeit“ geplant.
  - 8. Tag der bayerischen Landesgeschichte: Hr. Prof. Treml berichtet über den 8. Tag der bayerischen Landesgeschichte am 26. Juni 2014 in Regensburg. Dieser sei zwar nicht überwältigend gut besucht gewesen,

werde aber in den Mitteilungen dokumentiert, so dass die wertvollen Vorträge dort nachgelesen werden könnten.
- Festvortrag: Hr. Prof. Treml lässt wissen, dass der Historische Verein Rupertiwinkel e.V. am 20. September 2014 in Laufen sein 50-jähriges Bestehen begangen und er bei dieser Gelegenheit den Festvortrag unter dem Titel „Regionalgeschichte als Lehrmeisterin?“ gehalten habe.
- Verleihung des Oberbayerischen Kulturpreises: Prof. Treml teilt mit, dass ihm der Oberbayerische Kulturpreis 2015 verliehen worden sei, der ihm am 18. Oktober in Kloster Seeon überreicht werde.

• TOP 2. Bericht des Schatzmeisters
- Hr. Dr. Stephan führt aus, dass der Verband zum Zeitpunkt des Rechnungsschlusses 213 Mitgliedsvereine gezählt habe. Sodann stellt er Einnahmen (v. a. Beiträge u. Zuschüsse) und Ausgaben (v. a. Veranstaltungen u. Mitteilungen) gegenüber und gibt das Ergebnis bekannt.
- Hr. Dr. Stephan stößt vor dem Hintergrund der schwachen Finanzsituation des Verbandes eine Diskussion über eine mögliche Beitragserhöhung an und unterbreitet einen konkreten Vorschlag für künftige Erhöhungen, der insgesamt als umsetzbar angesehen wird.
- Zur Verbesserung der Finanzsituation kündigt Hr. Prof. Treml zudem an, bei möglichen Sponsoren um Unterstützung anzufragen und beim Ministerium eine Zuschusserhöhung zu beantragen.

• TOP 3: Entlastung der Vorstandschaft
- Die Entlastung wird von den Versammelten einstimmig erteilt.

• TOP 4: Planungen 2015/16
- ZBLG-Bericht: Hr. Prof. Treml teilt mit, dass der Tätigkeitsbericht des Verbandes etwas verzögert in der „Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte“ erscheinen werde.
- Bayerischer Heimattag: Hr. Prof. Treml kündigt an, dass der 38. Bayerische Heimattag am 12./13.06.2015 in Murnau in auf zwei Tage verkürzter Form und mit gestrafftem Programm stattfinden werde und appelliert an die Anwesenden, für die Veranstaltung zu werben.
- Fortbildungsangebote: Hr. Prof. Treml erinnert noch einmal an die bereits in seinem Tätigkeitsbericht angesprochenen Fortbildungsangebote des Verbandes für seine Mitgliedsvereine.
- Homepage: Hr. Prof. Treml informiert, dass eine Neugestaltung der Homepage des Verbandes angedacht sei und bittet um sachdienliche Hinweise.

– Aventin-Medaille: Hr. Prof. Treml gibt bekannt, dass er am 12. September 2015 in Laufen an das Ehrenmitglied des Verbandes, Hans Roth, die Aventin-Medaille verleihen werde.
– Tag der bayerischen Landesgeschichte: Hr. Prof. Treml lässt wissen, dass sich der Verband mit seinem Tag der bayerischen Landesgeschichte 2016 aus verkehrsgeographischen und thematischen Gründen nicht der Landesausstellung „Bier in Bayern“ in Aldersbach, sondern der Ausstellung „Karl IV.“ in Nürnberg anschließen werde, deren Eröffnung im Oktober 2016 stattfinde. Als Themenschwerpunkte seien hier beispielsweise „Mittelalter“ und „Bayern und Böhmen“ denkbar. Gedacht sei auch an eine Kooperation mit einem einschlägigen Schülerwettbewerb.

Verbandsvorsitzender Prof. Dr. Manferd Treml begrüßt bei der Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Gebietsreform 1972-78“ im Institut für Bayerische Geschichte in München die Teilnehmer.

2. Veranstaltungen

Tage der bayerischen Landesgeschichte
Wie sehr diese Veranstaltung zur Institution geworden ist, belegte ein Schreiben von Ministerialrat Peter Kammler vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst am 19. Juni 2015 an den Vorsitzenden. Dort heißt es:

„ Der Tag der bayerischen Landesgeschichte hat sich als Forum und Netzwerk der für die Landesgeschichte Verantwortlichen und Aktiven etabliert. Gerne unterstützt das Staatsministerium diese Veranstaltung, die auch ein hochkarätiges Fortbildungsangebot für die in der Seminarausbildung tätigen Geschichtslehrkräfte an den Gymnasien und Realschulen in Bayern darstellt. Ich danke Ihnen meinerseits ausdrücklich für die jährliche Ausrichtung dieser – man inzwischen sagen – landesgeschichtlichen „Institution“ in Bayern.“

8. Tag der bayerischen Landesgeschichte am 26. Juni 2014 in Regensburg

Thema: „Ludwig der Bayer und die Städte“
10.30-13.00 Uhr Ausstellungsführungen
13.30 Uhr: Einführung in die Vorträge
14.00 Uhr: „Die spätmittelalterliche bayerische Stadtgeschichte – Forschungsstand und Forschungslücken“ (Alois Schmid)
14.30 Uhr: „Herzog – König – Kaiser – Freie Stadt: Ludwig der Bayer und Regensburg“ (Johann Schmuck)
14.50 Uhr: „Ludwig der Bayer und München“ (Michael Stephan)
15.10 Uhr: „Ludwig der Bayer in der Lokalgeschichte. Das Beispiel Landsberg am Lech“ (Werner Fees-Buchecker)
16.20 Uhr: „Ludwig der Bayer als Förderer fränkischer Städte“ (Markus Naser)
16.40 Uhr: „Die großen Säle und der Kaiser. Repräsentationsbauten zur Zeit Ludwigs des Bayern“ (Barbara Six)

9. Tag der bayerischen Landesgeschichte am 12. Mai 2015 in Ingolstadt

Thema: „Bayern und Napoleon“
10.15-11.00 Uhr: Präsentation der Uniform eines bayerischen Soldaten aus der Napoleonzeit (Marcus Junkelmann)
11.00-13.00 Uhr: Ausstellungsführungen
13.30 Uhr: Einführung in die Vorträge

Dr. Marcus Junkelmann präsentiert beim Tag der bayerischen Landesgeschichte in Ingolstadt die Uniform eines bayerischen Soldaten aus der Napoleonzeit.

14.00 Uhr: „Bayerns schwieriger Umgang mit den Napoleonischen Kriegen“ (Werner K. Blessing)
14.45 Uhr: „Soldatenleben im Russlandfeldzug“ (Julia Murken)
16.00 Uhr: „Napoleon in der bayerischen Erinnerungskultur“ (Marcus Junkelmann)
16.30 Uhr: „Historische Lieder für und gegen Napoleon“ (Ernst Schusser)

Mit über 200 Besuchern wurde diese Veranstaltung bestens angenommen und verlief äußerst erfolgreich. Die Vorträge sind in den vorliegenden „Mitteilungen“ des Verbandes publiziert.

Bayerischer Heimattag am 12./13. Juni 2015 in Murnau

Das Thema des Bayerischen Heimattages 2015 lautete: „Heimat-Bilder – Klischee und Wirklichkeit“. Um aus den Erfahrungen des letzten Heimattages in Dinkelsbühl Konsequenzen zu ziehen, wurde erstmals eine Reduzierung des Gesamtprogramms auf zwei Tage vorgenommen. Damit sollten die Kosten verringert und die zeitliche Belastung der Teilnehmer

reduziert werden. Dadurch entfiel allerdings auch die früher übliche repräsentative Festveranstaltung mit einem Vortrag und der Verleihung von Auszeichnungen. Mit einer vorzüglichen Lesung wurde der Heimattag am Abend des 12. Juni eröffnet. Am Vormittag des 13. Juni befasste sich eine Diskussionsrunde unter der Moderation des Bezirksheimatpflegers von Oberbayern, Dr. Norbert Göttler, mit dem Generalthema, den „Heimat-Bildern", nachmittags führten zwei Exkursionen ins Murnauer Moos und zum Kloster Benediktbeuern.
(Details zur Veranstaltung finden sich auf der Homepage des Bayerischen Heimattages und in der Zeitschrift „Schönere Heimat" 2015, Heft 2.)

Bayerischer Verfassungstag am 2. Dezember 2015 in München
Als Kooperationspartner war der Verband Mitveranstalter dieses von der Bayerischen Einigung durchgeführten Festaktes zur Feier des Jahrestages der Bayerischen Verfassung, die unter dem Generalthema „Leitkultur" – Bewährung, Bewahrung und / oder Wandel?" stand. Staatsminister Joachim Herrmann sprach ein Grußwort. Die Festrede hielt Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München.

Tag der Landesgeschichte vom 26. bis 28. November 2015 in Tübingen
Thema: „Landesgeschichte / Regional History / histoire régionale: Traditionen, Institutionen und Perspektiven bei den europäischen Nachbarn"
Veranstalter: Arbeitsgruppe „Landesgeschichte" im Historikerverband und Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine
Mit der Gründung einer Arbeitsgruppe „Landesgeschichte" im Historikerverband, die inzwischen eine feste Struktur angenommen und nach zwei Tagungen auch Planungen und Projekte entwickelt hat, hat auch die deutsche Landesgeschichte wieder zu der verdienten Beachtung und zu einem neuen Selbstbewusstsein gefunden, die der Gesamtverein nicht nur begrüßt, sondern auch weiterhin aktiv unterstützen wird.
Schon 2013 hat die Tagung „Methoden und Wege der Landesgeschichte" in Tübingen einen markanten Ausgangspunkt für einen neuen Aufschwung der deutschen Landesgeschichte gesetzt, um zwischen öffentlichkeitswirksamen Projekten, gesellschaftlicher Serviceleistung, landespolitischem Auftrag und wissenschaftlicher Obliegenheit einen gangbaren Weg zu finden. Die Ergebnisse dieser Tagung wurden als grundlegende neue Publikation zur Landesgeschichte in unserer Zeit am 27. November in Tübingen vorgestellt, gemeinsam mit dem 150. Band der Blätter für deutsche Landesgeschichte.

Dass auch die universitäre Landesgeschichte nur in der Kooperation mit vielen Institutionen erfolgreich sein wird, nicht zuletzt auch mit den Museen, Archiven und Geschichtsvereinen, steht außer Frage. Dass sie aber auch den Blick über die Grenzen der eigenen Zunft hinaus erweitern muss, etwa hin zur Bildwissenschaft oder zur Kulturgeschichte, aber auch methodisch und praktisch in neue Räume, vor allem in den europäischen Raum, ist zu unterstreichen.
Diesem Blickwinkel galt vor allem die Tagung in Tübingen, bei der zahlreiche Historiker aus ganz Europa über die Situation der Landesgeschichte in ihrem jeweiligen Land berichteten. Die Veranstaltung war von hoher Relevanz sowohl für die Landesgeschichte in Bayern als auch für den Verband und seine Mitgliedsvereine und wird daher auch in diesen Bericht einbezogen.
(Vergleiche dazu den Beitrag von Manfred Treml zum Thema „Der Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine und die deutsche Landesgeschichte. Eine Zwischenbilanz nach 20 Jahren Vorstandstätigkeit" in den Blättern für deutsche Landesgeschichte, Bd. 150/2015, S. 1-25.)

3. Publikationen

Mitteilungsblatt 2014
Die „Mitteilungen" des Verbands haben mit diesem Band ihr Gesicht geändert und ein neues Profil gewonnen. Sie wollen sich betont und stärker als bisher der Aufgabe widmen, wissenschaftliche Beiträge und didaktische Impulse aus der Landes- und Regionalgeschichte zugänglich zu machen. Insbesondere die regelmäßig stattfindenden und vom Verband ausgerichteten „Tage der bayerischen Landesgeschichte" und der jeweilige „Bayerischen Heimattag" bieten dazu eine vorzügliche Grundlage. Die Vorstandschaft will damit aus einem Mitteilungsblatt wieder ein Fachorgan machen, das nicht nur Rat in Vereinsangelegenheiten gibt, sondern auch wichtige landesgeschichtliche Themen, Projekte und Beispiele aufnimmt und damit auch den Diskurs und die Praxis in den Vereinen anregt.
Einen kompetenten Anstoß zu verstärkter Berücksichtigung der Umweltgeschichte gibt der grundlegende Beitrag von Martin Knoll zu Fluss und Flusslandschaft. Guido Facklers Beitrag zu den Kanälen in Bayern leistet mit einem interdisziplinären Ansatz eine wertvolle Zusammenschau der unterschiedlichen Perspektiven und Interessen, die beim Bau dieser Wasserstraßen aufeinandertrafen.

Beim Bayerischen Heimattag, der sich dem Thema „Heimat braucht Jugend – Jugend braucht Heimat“ widmete, hielt Wolfgang Gaiser, Mitarbeiter des Deutschen Jugendinstituts, ein grundlegendes Referat, in dem er sich mit dem „glokalen“ Denken und Verhalten junger Leute befasste und damit wertvolle Einsichten in das Heimatbewusstsein der Jugend lieferte, die durchaus für unser konkretes Handeln in der Vereinsarbeit von Relevanz sind. Die sich anschließenden drei Beispiele aus bayerischen Schulen belegen das Engagement und die Begeisterungsfähigkeit junger Leute und beeindrucken zugleich durch Ideenreichtum und hohes Niveau.
Einen besonderen Schwerpunkt stellt die Dokumentation zu Karl Bosl dar, der in jüngster Zeit wegen seines Verhaltens in der NS-Zeit scharf angegriffen wurde. Da er nicht nur der akademische Lehrer des Vorsitzenden, sondern auch sein Vorgänger in der Leitung des Verbandes war, schien eine Darstellung erforderlich, die die Gesamtleistung dieser Persönlichkeit in den Blick nimmt und nicht zuletzt auf Bosls über 20-jähriges Engagement als Vorsitzender einige Schlaglichter wirft.
Unter der Rubrik „Forum“ findet sich eine vorbildliche Strukturanalyse zu der von den historischen Vereinen geprägten Geschichtslandschaft in Mainfranken, die man sich in dieser Qualität und Aussagekraft für andere bayerischen Regionen ebenfalls wünschen würde. Außerdem werden in dieser Rubrik jeweils eine oder mehrere interessante Institutionen vorgestellt, die auch als Partner historischer Vereine in Frage kommen.
Verschiedene Meldungen aus dem Verband und Berichte über die Aktivitäten und Planungen der Vorstandschaft beschließen den Band.

Vorstellung des Themenheftes „Niederbayerische Donau“ am 4. März 2015 in Deggendorf

Das Bemühen um die Anerkennung der niederbayerischen Donau als Welterbe beschäftigt den Bayerischen Heimattag seit 2005. Ein neuer Antrag dazu ist in der nächsten Zeit zu erwarten, um dieser hochrangigen Kulturlandschaft den ihr zustehenden Status zu geben. Informationsaktivitäten vor Ort spielen dabei auch weiterhin eine wichtige Rolle, um das Gemeinschaftsbewusstsein anzuregen, Geschichtsbewusstsein und regionale Identität zu stärken und nicht zuletzt auch den Aspekt der Förderung eines sanften Tourismus ins Bewusstsein zu bringen.
Die Publikation „Niederbayerische Donau“ in der Reihe „Edition Bayern“ des Hauses der Bayerischen Geschichte (Heft 12, Augsburg 2015) ist dazu ein besonders wichtiges Medium. Im Einführungstext begründen die Präsidiumsmitglieder des Bayerischen Heimattages ihr Engagement:

„Die niederbayerische Donau zwischen der Welterbestadt Regensburg und der Stadt Passau ist ein Natur- und Kulturraum von globaler Bedeutung. Kein anderer Abschnitt dieses europäischen Stromes weist eine vergleichbare Verdichtung und Verzahnung von ökologischer Schutzwürdigkeit, jahrtausendelanger Siedlungskontinuität und kulturhistorischer Strahlkraft auf. Obwohl sie erst ein Fünftel ihrer rund 2500 km langen Fließstrecke zurückgelegt hat, nimmt die Donau hier bereits den außergewöhnlichen Charakter eines Tieflandstromes an. Gesäumt von naturnahen Auwäldern und landwirtschaftlich ertragreichen Böden ist sie seit jeher Vorzugsraum und Siedlungsachse für Mensch und Natur. Zwischen Straubing und Vilshofen befindet sich zudem auf 70 km Länge das letzte erhaltene Teilstück einer frei fließenden Donau mit einer einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt. Einschließlich des Isarmündungsgebiets besitzt dieser Abschnitt eine ökologische Qualität wie sie sonst in ganz Europa kaum noch zu finden ist. Für viele Vogel-, Fisch- und Muschelarten ist er letzter Rückzugsraum zur Arterhaltung.

Die niederbayerische Donauregion zählt zu den am frühesten besiedelten Gebieten Mitteleuropas. Die fruchtbare Landschaft des Gäubodens steht nachweislich seit rund 7500 Jahren in bäuerlicher Nutzung. In den ersten Jahrhunderten nach Christi Geburt bildete der Fluss von Regensburg abwärts die Nordgrenze des Römischen Weltreichs, den sogenannten ‚nassen Limes', wie archäologische Funde an einstigen Kastellorten eindrucksvoll belegen. Spätestens seit der Antike schlägt an der niederbayerischen Donau der Puls einer Lebensader, die Mitteleuropa mit dem europäischen Südosten, den Okzident mit dem Orient verbindet. Von diesem Kraftfeld aus traten Handelswaren, Kulturgüter und Ideen ihren Weg stromabwärts an. Ab dem Frühmittelalter wurden, ausgehend von den Bischofssitzen Regensburg und Passau sowie von Klöstern wie Metten und Niederaltaich, der Bayerische Wald und der Böhmerwald besiedelt, Böhmen und Ungarn missioniert. Die Ausstrahlung der geistlichen Zentren beförderte dort über Jahrhunderte hinweg die wirtschaftliche Entwicklung und bereicherte die religiöse, geistes- und kulturgeschichtliche Entfaltung. Ihre Bedeutung als Transport- und Verkehrsachse hat die Donau bis heute bewahrt.

In der jahrtausendelangen behutsamen Wechselwirkung von Mensch und Natur bildete sich an der Donau zwischen Regensburg und Passau eine ebenso wertvolle wie einzigartige Natur- und Kulturlandschaft heraus. Die niederbayerische Donau besitzt damit eine herausragende universelle Bedeutung, die nach Überzeugung der Arbeitsgemeinschaft ‚Der Bayerische Heimattag' eine Erhebung in den Rang eines UNESCO-Weltnatur- und Weltkulturerbes (sogenannte mixed site) verdient."

Themenheft zur Niederbayerischen Donau in der „Edition Bayern“ des Hauses der Bayerischen Geschichte.

Zu allen wichtigen Themenbereichen finden sich Beiträge von Experten. Nach drei Einführungstexten, die einen Überblick zu Natur, Kultur und Geschichte des Donauraums bieten, wird die Bedeutung der freifließenden Donau als hochwertiges Biotop gewürdigt. Die Städte an der Donau ziehen vorüber, die Klosterlandschaft erhält einen angemessenen Platz ebenso wie die Archäologie und die frühmittealterliche Adelsgesellschaft. Auch Schifffahrt und Reederei fehlen nicht. Und zu guter Letzt wird die Kunst- und Literaturlandschaft geschildert. Ein Literatur- und Informationsteil erleichtert die Orientierung und die weitere Beschäftigung mit dem Thema.

4. Projekte

Bayerischer Verfassungstag
Beim Bayerischen Verfassungstag, den die Bayerische Einigung am 2. Dezember 2014 in Unterföhring veranstaltete, hielt der Berichterstatter die Laudatio auf eine Schülergruppe des Ludwig-Thoma-Gymnasiums Prien. Diese wurde dort von der Bayerischen Einigung e.V. / Bayerischen Volksstiftung und der bayerischen Staatskanzlei für die hervorragende und beispielgebende Projektarbeit hinsichtlich der geschichtlichen Aufarbeitung des Herrenchiemseer Verfassungskonvents von 1948 und insbesondere für die Durchführung, Gestaltung und verantwortliche Begleitung des „Fests der Freiheit" zum Tag der Einheit am 3. Oktober 2014 auf Herrenchiemsee ausgezeichnet.
Ein halbes Jahr haben die Schülerinnen und Schüler in einem sogenannten P-Seminar an diesem Projekt gearbeitet, haben Fakten und historische Zusammenhänge studiert, haben Material gesichtet und gesammelt, haben sich Rat und Hilfe bei Experten geholt.
Und nach dieser Studienphase ging es ans Finanzieren und Organisieren, so hochprofessionell, wie man es von einem Schülerprojekt eigentlich nicht erwarten kann. Sponsoren und wichtige Institutionen wurden gewonnen, fachkompetente Berater befragt und Werbemaßnahmen mit Plakaten, Prospekten, einem Internetauftritt und zahlreichen Medienaktivitäten, darunter auch eine filmische Dokumentation, durchgeführt.
Das „Fest der Freiheit – Verfassungsfest für Kinder und Jugendliche am Ort des Verfassungskonvents", das am 3. Oktober auf Herrenchiemsee gefeiert wurde, überzeugte durch seine Vielfalt, seine phantasievolle Ausgestaltung und seine motivierenden und aktivierenden Angebote. Im alten Bibliothekssaal erklangen historische Lieder zur deutschen Verfassungsgeschichte, eine Schülerin führte im Stundenabstand höchst kompetent durch die Ausstellung zum Verfassungskonvent. Im Freigelände waren Aktivstationen aufgebaut: ein Parcours mit Abbildungen von Teilnehmern des Verfassungskonvents, ein Brettnageln zu positiven Begriffen der Verfassungsordnung und ein Büchsenwerfen auf verfassungsfeindliche Begriffe. Von einem weiteren Stand konnten Luftballone mit der Botschaft von Herrenchiemsee aufsteigen. An einer anderen Stelle wurde ein Zettel mit Quizfragen ausgegeben: „Wer wird Verfassungs-Master", hieß es da. Sogar an ein eigenes Angebot zur Kinderbetreuung war gedacht worden. Auch ein Infostand fehlte nicht, und zwei junge Damen warben bereits am Schiffssteg mit Prospekten und Plakaten für das Angebot ihrer Schule. Dazu kam als zünftige Beigabe eine kleine bayerische Musikgruppe, der auch Schüler angehörten und die zur Brotzeit in dem mit Bänken ausgestatteten kleinen Innenhof des Stiftsbaus aufspielten.

Dieser jugendliche Verfassungspatriotismus, der natürlich auch einer Reihe von engagierten Lehrern und einem Schulleiter zu verdanken ist, der seine Schule als Kulturinstitution für die Region begreift, hat viele angesteckt und begeistert. Für den zeitgeschichtlichen Erinnerungsort Herrenchiemsee, der solch pulsierendes jugendliches Leben bisher nicht erlebt hat, war es ein ganz besonderer Tag, von dem weitere Impulse ausgehen werden.

Schülerwettbewerb „Erinnerungszeichen"
Die Preisverleihung am 14. Juli 2015 im Bayerischen Landtag zum Wettbewerb 2014/15, der den 1. Weltkrieg als Schwerpunktthema hatte, erbrachte hervorragende Ergebnisse und bestätigte einmal mehr, wie interessiert und engagiert junge Leute sich der Geschichte ihres Raumes annehmen, wenn sie entsprechende Anregungen und Anleitungen erhalten.
Für die Geschichtsvereine ergibt sich da noch ein wichtiges und ergiebiges Betätigungsfeld, das verstärkt Berücksichtigung finden sollte. Für den Wettbewerb 2015/16 zu „Napoleon und Bayern" sollte sich das Augenmerk auf einen besonders ergiebigen, aber viel zu wenigen erschlossenen Realienbestand richten, die noch zahlreich erhaltenen Votivtafeln. Der Verband wird entsprechende Aktivitäten dazu entwickeln.

5. Ehrungen

Eine Ehrennadel wurde am 13. November 2015 an Dr. Hans Jürgen Schubert verliehen. Der Verband würdigte damit seine Verdienste um den Verein der Freunde der Burg Stein e.V., dessen Gründungsmitglied und langjähriger Schriftführer er ist und für den er durch wissenschaftliche Beiträge, Führungen und Vorträge über Jahrzehnte intensiv tätig war und ist.
Eine weitere Ehrennadel wurde am 27. November 2015 an Helmut Vollmann verliehen. Der Verband würdigte damit den überaus großen Einsatz für die Ziele der „Freunde der Altstadt Schongau e. V.", die der Geehrte von ihrer Gründung 1981 bis 1992 als Erster Vorsitzender führte, und für sein verantwortungsvolles Engagement als Mitglied der Vereinsleitung in dem unter seiner Ägide 1989/90 gebildeten Nachfolgeverein „Historischer Verein Schongau Stadt und Land e. V."

Am 12. September 2015 fand in Laufen im Rahmen eines Festaktes die Verleihung der Aventin-Medaille an Hans Roth statt, und zwar in Würdigung seiner außerordentlichen Leistungen, die er als Vorstandsmitglied und als Herausgeber der Mitteilungen über Jahrzehnte hinweg für den Verband erbracht hat.

6. Verschiedenes

Steuerfragen
Der Historische Verein von Oberbayern hat am 3. Juli 2015 auf Anregung eines Mitglieds aus steuerlichen Gründen seine Satzung geändert und sich dabei auf den Historischen Verein für Oberpfalz und Regensburg bezogen, der diesen Schritt schon vor einiger Zeit vollzogen hat.
Immer wieder ist von Vereinen mitgeteilt worden, dass die Verwendung des Begriffes „Heimat" (Heimatkunde, Heimatgeschichte etc.) zur Aberkennung der steuerlichen Abzugsfähigkeit geführt hat. Deshalb wird angeraten, die Vereinssatzung wie folgt zu gestalten und gegebenenfalls auch entsprechend zu ändern:

„Zweck des Vereins ist die allgemeine Förderung von Wissenschaft und Forschung, Denkmalpflege, Geschichte, Kunst und Kultur, vor allem
a) die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der Oberpfalz und die Stärkung des Geschichtsbewusstseins der Bevölkerung,
b) die Verbreitung geschichtlichen Wissens über die Oberpfalz, insbesondere durch Herausgabe der Vereinszeitschrift, Vorträge und Führungen,
c) die Pflege und Weiterentwicklung des historischen Erbes der Kulturlandschaft Oberpfalz, traditionell auf dem Gebiet der Denkmalpflege."

Informationen dazu finden sich auf folgenden Internetseiten:
http://www.steuernetz.de/aav_steuernetz/lexikon/K35312xhtml?currentModule=home
http://www.vereinsbesteuerung.info/frameestg.htm

Medienfragen

Als Vertreter des Bayerischen Heimattages und als Vorsitzender des Hörfunkausschusses ist der Vorsitzende besonders intensiv mit dem neuen Konzept „Hörfunk 2020“ befasst, das die vielfältige lokale Rundfunklandschaft in der digitalen Zukunft erhalten und weiterentwickeln will. Dabei zeichnen sich einige Probleme und Perspektiven ab, die auch für das historische Vereinswesen von Relevanz sind.

Die Konkurrenz zwischen privaten Sendern und Bayerischem Rundfunk wird trotz mancher Kooperationen vor allem im technischen Bereich für das duale Mediensystem bestimmend bleiben. Sie hat sich sogar deutlich verschärft, als der BR den Tausch der digitalen Frequenz des Jugendradios PULS mit der UKW-Frequenz von BR-Klassik beschlossen hat, der erhebliche Auswirkungen auf die private Hörfunkszene haben dürfte.

Zusätzlich wird die wirtschaftliche Dominanz des gebührenfinanzierten Rundfunks noch verstärkt durch einen in Werbung und Publikationen verbreiteten Nimbus als Hort der „medialen Heimat“, demgegenüber die Kommerzsender angeblich nur privaten Interessen verpflichtet sind. Trotz ständiger Konvergenz der beiden Säulen und ganz deutlicher Angleichung der Formate wird diese ideologische Position, alleiniger Wahrer öffentlicher Interessen zu sein, ständig als Schutzschild eingesetzt, um die private Konkurrenz abzuwerten.

Für die privaten Sender in Bayern wird die Bewahrung und Stärkung der Lokalität, auf der die eigentliche innovative Leistung des privaten Rundfunks in Bayern beruht, zum Prüfstein für ihre Zukunftsfähigkeit werden. Die Erhaltung und stetige Verbesserung eines journalistisch qualitätsvollen lokalen Radio- und Fernsehangebotes, das sich wirtschaftlich trägt und zugleich ein Image als akzeptiertes Heimatmedium entwickelt, dürfte damit eine der zentralen Aufgaben für die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) in den nächsten Jahren sein.

Möglicherweise liegen gerade in der daraus resultierenden Bürgernähe verstärkte Partizipationschancen, die durch den Aufbau lokaler Netzwerke und Kommunikationsstrukturen einer Entwicklung zum Bürgerradio den Weg bereiten könnten, das auch den historischen Vereinen neue Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnen könnte.

Letztlich entscheidend aber wird es für das gesamte Rundfunksystem in Bayern sein, ob die bisher geltenden politischen Grundsätze erhalten bleiben, nach denen Rundfunk Ländersache ist, als Kulturgut und nicht als Ware zu behandeln ist und daher besonderen Bedingungen und nicht allein des Gesetzen des Marktes unterliegt.

Mitarbeiter dieses Bandes

Prof. Dr. Lutz-Dieter Behrendt
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stadtarchiv Deggendorf
Geißkopfstraße 17
94469 Deggendorf

Prof. Dr. Werner K. Blessing
Professor für Neuere Geschichte und Landesgeschichte
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Kochstraße 4, BK 13
91054 Erlangen

Prof. Dr. Michael Brenner
Inhaber des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur
an der Ludwig-Maximilians-Universität München
Historisches Seminar
Geschwister-Scholl-Platz 1
80539 München

Carl Hans Engleitner M.A.
Geschäftsführer und Redakteur der Bayerischen Einigung e. V. /
Bayerischen Volksstiftung
Georgenstraße 63
80799 München

Dr. Werner Fees-Buchecker
Stadtheimatpfleger der Großen Kreisstadt Landsberg am Lech
Schlossstraße 8
86859 Igling

Raphael Gerhardt
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Bayerische Geschichte
der Ludwig-Maximilians-Universität München
Ludwigstraße 14
80539 München

Dr. Karl Heinz
ICARUS – International Centre for Archival Research
Erdberger Lände 6/7
A-1030 Wien

Isabella Hödl-Notter M.A.
Historikerin
Rindermarkt 25
85354 Freising

Dr. Marcus Junkelmann
Historiker
Pfarrhof Oberempfenbach
Wolnzacherstraße 120
84048 Mainburg

Prof. Dr. Ferdinand Kramer
Inhaber des Lehrstuhls für Bayerische Geschichte und Vergleichende
Landesgeschichte mit besonderer Berücksichtigung
der Neuzeit an der Ludwig-Maximilians-Universität München
Institut für Bayerische Geschichte
Ludwigstraße 14
80539 München

Dr. Julia Murken
Oberstudienrätin
Gymnasium der Geschwister-Scholl-Schule Tübingen
Berliner Ring 33
72076 Tübingen

Dr. Markus Naser
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl
für Fränkische Landesgeschichte
Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Am Hubland
97074 Würzburg

Julia Rinser M.A.
Historikerin
Meichelbeckstraße 38
83671 Benediktbeuern

Prof. Dr. Alois Schmid
Professor im Ruhestand
Listweg 8
93455 Obergoßzell

Dr. Johann Schmuck
Archivpfleger im Landkreis Schwandorf
Hof am Regen 46
93149 Nittenau

Dr. Ernst Schütz
Studienrat
Robert-Koch-Gymnasium Deggendorf
Egger Straße 30
94469 Deggendorf

Ernst Schusser
Leiter des Volksmusikarchivs und Volksmusikpfleger
des Bezirks Oberbayern
Krankenhausweg 39
83052 Bruckmühl

Dr. Barbara Six
Kunsthistorikerin
Stadtarchiv Stuttgart
Bellingweg 21
70372 Stuttgart

Dr. Michael Stephan
Stadtdirektor der Landeshauptstadt München
Stadtarchiv München
Winzererstraße 68
80797 München

Prof. Dr. Manfred Treml
1. Vorsitzender des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine e.V.
Austraße 18
83022 Rosenheim

Verband bayerischer Geschichtsvereine e.V.

Geschäftsstelle
Institut für Bayerische Geschichte
Wolfgang Schuster
Ludwigstraße 14
80539 München
Telefon: 089 / 28638-2800
Telefax: 089 / 28638-2506
E-Mail: wolfgang.schuster@lmu.de
Internet: www.verband-bayerischer-geschichtsvereine.de

Mitteilungen des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine 26 (2014)

ISBN: 978-3-87707-948-5
Preis: 19,90 €

Bezug über:
Verlagsdruckerei Schmidt
Nürnberger Str. 27–31 · 91413 Neustadt an der Aisch
Tel.: +49 (0) 91 61 / 88 60-0 · Fax: +49 (0) 91 61 / 88 60-40
E-Mail: vds@verlagsdruckerei-schmidt.de
www.verlagsdruckerei-schmidt.de

Aus dem Inhalt des Bandes 26 (2014)

Vorwort

Diskussion um Karl Bosl – Eine Dokumentation

Manfred Treml · War Karl Bosl ein „Nazi-Historiker"? (2012)

Manfred Treml · Die „Causa Bosl" und der Bayerische Philologenverband (2014)

Ernst Schütz · Rezension zum Buch „A Bavarian historian reinvents himself: Karl Bosl and the Third Reich" von Benjamin Z. Kedar und Peter Herde (2012)

Auszüge aus dem Buch „Karl Bosl. Annäherung an eine Persönlichkeit" von Dirk Walter (2013)

Auszüge aus der Chronik des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine zu den Jahren 1963 bis 1989 (2009)

Karl Bosl (†) · Die Leistung der historischen Vereine und ihre Bedeutung für die landesgeschichtliche Forschung (1966)

Tag der bayerischen Landesgeschichte in Schweinfurt 2013

Martin Knoll · Fluss und Flusslandschaft. Eine Kultur- und Umweltgeschichte

Guido Fackler · Kanäle zwischen Main und Donau: Eroberung der Natur, Technikeuphorie und Machtpolitik

Bayerischer Heimattag in Dinkelsbühl 2013

Wolfgang Gaiser · Generation glokal – mobil, vernetzt und vor Ort zu Hause

Hubertus Schmidt · „Der Altbau des Gymnasiums Dinkelsbühl als Denkmal – Ist ein Sichtbetonbau denkmalschutzwürdig?": Ergebnisse des Dinkelsbühler P-Seminars Geschichte (2009/11)

Oliver Mehling · Mit Kernseife und Wurzelbürste am Main – Auf den Spuren der Würzburger Waschschiffe

Peter Staniczek · 100 Jahre Geschichte der Schulfamilie Vohenstrauß. 60 Familien stöbern in ihren Fotoalben – Ein Projekt der Realschule Vohenstrauß

Forum Bayern

Helmut Flachenecker · Historische Vereine in Mainfranken – Eine aktuelle Strukturanalyse (2012)

Meldungen aus dem Verband

Manfred Treml · Dr. Gerhard Rechter (1951–2012) – Ein Nachruf

Manfred Treml · Ehrenmitglied Hans Roth – Eine Laudatio

Hans Roth · Gedanken zur gegenwärtigen Situation der historischen Vereine (1989)

Manfred Treml · Regionalität und Geschichtsbewusstsein – Geschichts- und Kulturvermittlung im 21. Jahrhundert. Vortrag zur 100-Jahr-Feier des Heimatvereins für Wasserburg a. Inn und Umgebung (Historischer Verein) e.V. am 28. September 2013 in Wasserburg

Manfred Treml · Historia magistra vitae – auch in unserer Heimat? Vortrag zum 125-jährigen Jubiläum des Historischen Vereins Traunstein am 31. März 2014 in Traunstein

Manfred Treml · Aus der Verbandsarbeit

Mitarbeiter dieses Bandes